

Andreas Exenberger

Außenseiter im Weltsystem

Die Sonderwege von Kuba, Libyen und Iran

*Im Gedenken an Dr. Otto Kreye,
der die Wahrheit stets gelassen aussprach*

Frankfurt a. M./Wien 2001

Inhalt

1. Einführung	7
1.1. Einiges zu Grundbegriffen	9
1.2. Über das Weltsystem	16
1.3. Fragen und wie man zu Antworten kommt.....	21
2. Kuba	23
2.1. Historischer Gesamtzusammenhang	23
2.2. Die Revolution	30
2.3. Postrevolutionäres politisches System im Wandel	34
2.4. Außenpolitische Positionen im Wandel	46
3. Libyen	55
3.1. Historischer Gesamtzusammenhang.....	55
3.2. Die Revolution	59
3.3. Postrevolutionäres politisches System im Wandel	63
3.4. Außenpolitische Positionen im Wandel	74
4. Iran	83
4.1. Historischer Gesamtzusammenhang	83
4.2. Die Revolution	92
4.3. Postrevolutionäres politisches System im Wandel	98
4.4. Außenpolitische Positionen im Wandel	111
5. Vergleichende Analyse	119
5.1. Periphere Entwicklung – Entwicklung zur Peripherie	119
5.2. Die Revolutionen im Vergleich	122
5.3. Außenpolitik zwischen Hegemonie und Kooperation.....	126
5.4. Revolutionäre Erfolge	132
6. Schlussfolgerungen	143
7. Bibliographie	153

1. Einführung

1959, 1969 und 1979. In diesen Jahrzehntschritten ereigneten sich in drei Ländern dieser Erde bemerkenswerte und folgenreiche Revolutionen. In Kuba fegten 1959 Fidel Castros spätere Kommunisten die korrupte Batista-Diktatur hinweg, in Libyen erklärte 1969 der junge Oberst Qathafi einen im Ausland weilenden Monarchen einfach für abgesetzt und im Iran bahnte sich die Revolution der Mullahs im Laufe eines vollen Jahres ihren Weg durch die Straßen von Teheran und stieß den im Prunk versinkenden Schah vom Thron. Diese Revolutionen verdienen Respekt, weil sie im Sinne der Masse der Bevölkerungen ausgeführt wurden, doch darf man darüber die Erstarrungen der postrevolutionären Systeme und die brutalen Herrschaftsmethoden nicht vergessen, derer sie sich bedienten. Freiheit wurde angestrebt und sollte teils durch Zwang erreicht werden. Ich möchte mich beiden Seiten widmen, wenngleich der Schwerpunkt auf der Würdigung der revolutionären Leistungen liegen wird, denn es geht mir ganz wesentlich um einen Abbau von Vorurteilen. Und das Vorurteil besagt für alle drei Länder, dass es sich um unberechenbare „Schurkenstaaten“ handelt, um despotische Regime, die ihre Bevölkerung knechten und überall Unruhe verbreiten. Dieses Buch soll helfen, auf den wahren Kern dieser Vorurteile zu kommen, und möchte ihnen zugleich ein differenzierteres Bild entgegenstellen, denn das negative transportieren die Massenmedien ohnehin täglich, nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen vom September 2001. Worum es aber gerade angesichts dieser Ereignisse gehen muss, ist eine differenziertere Analyse der Welt, um nicht pauschal zu verurteilen oder gar vorzuverurteilen. Denn Meinungen, die sich aus halbverdaulichem Wissen speisen, sind gefährlich und können im schlimmsten Falle den wie ich meine zu Unrecht vieldiskutierten „Kampf der Kulturen“ heraufbeschwören.

Das Jahr 2000 haben diese drei Länder nicht nur in großer postrevolutionärer Kontinuität begangen (in zweien regiert unverändert der Revolutionsführer selbst), sondern auch im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit. Kuba beschäftigte die Gemüter im Frühjahr 2000 durch den „Fall Elian“. Die Mutter des damals sechsjährigen Jungen war beim Fluchtversuch aus Kuba ertrunken, der Junge konnte hingegen gerettet werden und wurde nach Florida gebracht. Was folgte, war ein monatelanges Tauziehen um das Kind zwischen Verwandten in Miami und seinem Vater in Kuba. Diese Öffentlichkeit nutzten sowohl Castro als auch die Exilkubaner, um für ihre Anliegen Propaganda zu betreiben. Ein US-Gericht verfügte letztlich Elians Rückführung zu seinem Vater nach Kuba und die Massenmedien waren um ein Thema ärmer. Libyen wiederum war im Sommer 2000 in der

Weltpresse präsent, als Staatschef Qathafi das „Geiseldrama von Jolo“ beendete. Er zahlte viele Millionen US\$ Lösegeld an eine Gruppe von Moslemrebelln, die einige Touristen auf die philippinische Insel Jolo entführt hatten und sie dort wochenlang festhielten. Teilweise hatten Fernsehteams die Angriffe der philippinischen Armee auf das Camp mit den Entführungsoffern live übertragen. Insbesondere die Rückkehr deutscher Geiseln wurde von Qathafi medienwirksam inszeniert: sie legten einen Zwischenstopp in Libyen ein. Der Iran schließlich kam durch ein Ereignis in die Weltpresse, das dort gar nicht so ungewöhnlich ist. Bei Parlamentswahlen im Februar 2000 feierten die Reformer um Präsident Khatami einen Erdrutschsieg. Die Wahlbeteiligung war so ungewöhnlich hoch, dass die Öffnungszeiten der Wahllokale verlängert werden mussten und trotzdem einige Wähler nicht mehr die Gelegenheit erhielten, ihre Stimme abzugeben.

Es scheint sich jedenfalls um drei besondere Länder zu handeln, drei Außenseiter der Weltpolitik mit besonderen Geschichten. Die USA bezeichnet sie als „Schurkenstaaten“ und neuerdings als „Besorgnis erregende Staaten“ und fühlt sich von ihnen bedroht. Gemeint ist mit beiden plakativen Umschreibungen stets dasselbe: es handelt sich um Abweichler, die sich nicht einfach einen bestimmten Weg ins Glück von außen vorschreiben lassen. Mich hat aber immer vor allem das Besondere, das Ungewöhnliche und das von der wohl definierten Norm Abweichende interessiert. Denn wie ich meine, bietet nur die Abweichung letztlich die Chance, bessere politische, ökonomische oder soziale Konzepte zu entwickeln und zu erproben. Dieser Gedanke basiert ganz wesentlich auf der Erkenntnis, dass es dem herrschenden System bisher ganz offensichtlich nicht gelungen ist, die Lebensbedingungen der großen Masse der Menschen zu verbessern. Sicher, an der Spitze des Systems, in Europa und den USA, lebt es sich recht gut und wir erleben vor allem in den letzten 50 Jahren nie gekanntes Wirtschaftswachstum. Aber niemals zuvor in der Geschichte haben so viele Menschen gehungert wie heute (natürlich auch, weil es noch nie zuvor so viele Menschen gab), fast die Hälfte der Menschheit lebt von weniger als 2 US\$ pro Tag, und mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser.

Das System kann an dieser Polarisierung zumindest nicht ganz unschuldig sein, die Kluft zwischen Arm und Reich verbreitert sich in seinem Regelungsrahmen. Abweichungen vom System, die meist nur durch aktiven Widerstand zu verwirklichen sind, bieten hier eine Chance zur Veränderung. „Veränderung“ freilich kann zum Guten wie zum Schlechten führen, auch wenn sie sich positiv besetzte Begriffe wie „Fortschritt“, „Entwicklung“ oder „Verbesserung“ zum Ziel setzt. Denn auch in diesen Konzepten liegen Probleme, weder von Entwicklung noch vom Fortschritt profitieren alle, und selbst wenn insgesamt der Profit überwiegt (was nicht sicher ist), ist zumindest die Verteilungsfrage Quelle weiterer Konflikte. Auch die Revolutionen in den drei Ländern, die im Folgenden betrachtet werden, haben sich positive Ziele gesetzt. Sie entkamen aber dem Dilemma nicht, dass sie letztlich nur Veränderung erreichen konnten, weil das Gute zu wollen

noch lange nicht heißt, das Gute zu tun. Die Form, die sie wählten, um diese Veränderungen zu erreichen, war der Widerstand gegen das herrschende System mit dem Ziel, nach den erfolgreichen Revolutionen von den Regeln des Systems abzuweichen. Das machte sie letztlich zu Außenseitern, jedoch zu Außenseitern *im* System, da die Revolutionäre durch die Aneignung der Staatsmacht den Regelungsrahmen des Systems nicht verließen.

Welche Chancen hat aber ein in dieser Hinsicht innersystemischer Widerstand? Welche Chance hat eine Veränderung eines als unbefriedigend empfundenen *status quo*, wenn man sich an die Spielregeln des internationalen Systems hält? Um diese Frage zu beantworten genügt die Betrachtung nur eines Landes nicht, vielmehr bedarf es einer vergleichenden Studie, in diesem Fall anhand von drei Revolutionen, die Grundlegendes an den politischen Systemen ihrer Länder und an deren Stellung in der Welt ändern wollten. Folge der Breite einer solchen komparativen Analyse wird freilich sein, dass manche länderspezifische Erkenntnisse verloren gehen werden, dass die Untersuchung manchmal verkürzt wirkt und einige Punkte weniger Aufmerksamkeit und Sorgfalt erhalten, als sie in den Augen von Spezialisten verdienen würden. Dafür öffnet sie den Blick für interessante Zusammenhänge, die manchen Spezialisten verborgen bleiben.

Ich möchte auch die besonderen politischen Systeme dieser drei Außenseiter umfassend beschreiben und diskutieren, denn sie kommen in der Öffentlichkeit oft zu kurz. Daneben spielt die Weltsystemanalyse nach Immanuel Wallerstein eine wichtige Rolle, da sie treffend beschreibt, wie das internationale System (bzw. das Weltsystem, was nicht dasselbe ist) sich organisiert und organisiert wird, und wie in seinem Rahmen der Ausschluss von Außenseitern stattfindet. Es dreht sich also um die Frage, was es für einen Staat bedeutet, einen eigenen (früher war es ein „dritter“) Weg zu gehen, und ob und in welcher Weise ein solcher Weg zum Erfolg führen kann. Dabei stehen die Wege der Ausnutzung der Mechanismen *im* Weltsystem und *im* internationalen System im Vordergrund und es geht *nicht* um die vielfältigen Mittel und Wege des „zivilgesellschaftlichen Widerstandes“.

In der Folge werden nun einige Begriffe diskutiert, deren Verständnis für diese Arbeit wichtig ist. Der zweite Teil besteht aus den drei Länderstudien über Kuba, Libyen und den Iran (Kapitel 2 bis 4). Im abschließenden Teil findet die vergleichende Analyse der drei Fallstudien statt (Kapitel 5), aus der sich Schlussfolgerungen über die Chancen des Widerstandes im Weltsystem (Kapitel 6) ergeben.

1.1. Einiges zu Grundbegriffen

Über Geschichte

Einen Leitfaden, wie man über Geschichte denken sollte, liefert die Annales-Schule mit ihrem Hauptvertreter Fernand Braudel (vgl. Braudel 1992:49ff; Braudel 1990a, 1990b, 1990c). Dieser Geschichtsphilosophie folgt auch Imma-

nuel Wallerstein (vgl. Wallerstein 1995). Eine recht gelungene Zusammenfassung dieser Ansichten findet sich bei Christian Jentsch (Jentsch 1996). Wesentlich dabei ist ein zyklisches, beinahe rhythmisches Verständnis von Zeit (und Raum). Geschichte spielt sich in einander überlagernden Wellenbewegungen ab.

Braudel selbst beschrieb dieses Konzept als Zusammenwirken der üblicherweise als Geschichte angesehenen **Ereignisse** mit dem wichtigeren (weil diese begründenden) Zusammenspiel verschieden langer **Zyklen** (vom Kitchin-Zyklus mit 2 Jahren Phasendauer bis Kondratieff-Zyklus mit etwa 30 Jahren) und dem sanften Schwingen langfristiger, Jahrhunderte dauernder **Trends** (Braudel 1992:49ff; Braudel 1990b:73ff). Am schönsten zu vergleichen ist dieses Zusammenspiel mit einem Ozean, an dessen Oberfläche die Wellen der Ereignisgeschichte spielen (*histoire événementielle*), unter dessen Oberfläche sich in Küstennähe die Kräfte von Ebbe und Flut abwechseln, die historischen Konjunkturen (*histoire conjuncturelle*), und in dessen Tiefen „Struktur“-Strömungen das Wasser in ausgedehnten Kreisen um den Erdball tragen (*histoire structurelle* oder *longue durée*). Auf dem Grund dieses Ozeans ruhen die Sedimente und Steine, Phänomene der „sehr langen Dauer“, Phänomene der quasi „ewigen Grundwahrheiten“.

Dieses Konzept hat Wallerstein in der Erkenntnis des engen Zusammenhangs zwischen Raum und Zeit zu einem Konzept „**ZeitRaum**“ erweitert. Er diskutiert den episodisch-geopolitischen, den zyklisch-ideologischen, den strukturellen, den ewigen und den ZeitRaum des Übergangs (Wallerstein 1995:164ff). Der **episodisch-geopolitische ZeitRaum** korrespondiert mit der Ereignisgeschichte. Historische Ereignisse spielen sich in der Arena der Geopolitik ab, in der politische Interessen die relevanten Räume und oft selbst deren Bezeichnungen bestimmen. Der **zyklisch-ideologische ZeitRaum** führt die mittelfristigen Zyklen mit mittelfristig gültigen Raumbegriffen zusammen. Wallerstein schlägt hierfür das Ost-West und Nord-Süd der Nachkriegszeit als Beispiele vor, ideologische Kategorien, die für eine bestimmte – nicht zu lange – Zeit einen bestimmten Inhalt verkörpern. Der **strukturelle ZeitRaum** ist die lange Dauer der Strukturen, aus der Welt-systemperspektive heraus etwa die Konzepte von Zentrum und Peripherie (dazu später mehr), die länger gelten, als ideologische Konstrukte.

Unklarer werden, wie schon bei Braudel, die Ideen Wallersteins zum ewigen ZeitRaum, wesentlich interessanter ist hingegen sein originäres Konzept vom **ZeitRaum des Übergangs**, von der „rechten Zeit“. Dieser ZeitRaum, der an Wendepunkten, in Systemkrisen auftritt, um deren Transformation einzuleiten, ist „der ZeitRaum menschlicher Entscheidungen, [...] der seltene Moment, in dem ein freier Wille möglich ist. Er ist der ZeitRaum, in dem, um mit Prigogine zu sprechen, ‚Verzweigungs-Kaskaden‘ für den ‚Übergang zum Chaos‘ sorgen, und aus diesem Chaos heraus wird sich eine neue, aber nicht leicht vorherzusagende Ordnung bilden: Der ‚geschichtliche‘ Weg [...] des Systems [...] ist charakterisiert durch eine Aufeinanderfolge von stabilen Bereichen, in denen deterministische Gesetze herrschen, und instabiler Bereiche in der Nähe der

Verzweigungspunkte, wo das System zwischen mehr als einer möglichen Zukunft ‚wählen‘ kann.“ (Wallerstein 1995:179) Im ZeitRaum des Übergangs, einem ZeitRaum, in dem etwa auch Revolutionen wesentlich größere Erfolgsaussichten haben, sind Menschen gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die in verschiedene Richtungen führen können. „Kleine“ Ursachen entfachen große Wirkungen, während in Zeiten der Stabilität selbst „große“ Ursachen wirkungslos bleiben können.

Wesentlich für das Verständnis von Geschichte ist also die Erkenntnis der Strukturen und Zyklen, die beim Sammeln von Daten über Ereignisgeschichte leicht übersehen werden, und der dazu gehörigen Räume. Geschichte entfaltet sich nicht in der Aneinanderreihung einer konstruierten und stets unvollständigen Ganzheit von Ereignissen, denn Ereignisse sind nur die Wellen auf dem Meer der Geschichte, das nicht durch seine Wellen, sondern durch das Wasser erst bestimmt wird. Und zu diesem Meer gehören Räume, die Oberfläche, der Schelf, die Tiefen und der Grund des Ozeans, denn an welchem Ort immer sich Wellen oder Strömungen zeigen, sie werden in Abhängigkeit vom Ort unterschiedlich aussehen.

Geschichte ist zudem besonders unfrei von **Konstruktionen**, die sogar das landläufige Geschichtsbild dominieren. Für das, was wir in Europa unter nationaler Geschichte verstehen, gilt dies ganz besonders. Das, was weniger weit auf dem Zeitpfeil zurückliegt, determiniert das, was weiter zurückliegt; Italien war schon in der Antike *deshalb* Italien, weil es sich 1870 zum *heute* noch existierenden Staat vereinigt hat. Solche Konstrukte sind nicht unumkehrbar und das heutige Italien könnte durch zukünftige Ereignisse selbstverständlich auch rückwirkend neu konstruiert werden. Geschichte hat dadurch eine wichtige Funktion als Rechtfertigung oder Negation des *status quo* (je nach Bedarf), weniger als Erklärung. Auch ich gehe letztlich von den *heutigen* Staatsgebilden „Kuba“, „Libyen“ und „Iran“ aus und dieses Kuba gibt es seit vielleicht 100 Jahren, dieses Libyen seit 50 und diesen Iran seit 500 – genauso gut könnte man hier aber 40, 80 und 60 schreiben oder etwas anderes. Letztlich ist es die Perspektive der Betrachtung, die solche Zeiten vorschreibt, und dieser Perspektive sollte man sich bewusst sein.

Ob Ereignisse als solche wahrgenommen werden, hängt zudem von **Zufällen** und von **Interessen** ab. Sie können aufgezeichnet oder nicht aufgezeichnet oder die Aufzeichnungen verloren werden (und werden dann so behandelt, als hätten sie nicht stattgefunden), sie können in einen historischen Zusammenhang (als Ursache etwa) gebettet werden und erlangen dadurch Bedeutung, die ihnen vielleicht gar nicht zukommt. Bekanntermaßen hängt das, was aufgezeichnet wird, auch nicht zuletzt von den Interessen der Mächtigen ab, im Bewusstsein der reichhaltigen Möglichkeiten der Konstruktion verbindlicher historischer Realitäten und der vielen Vorteile, die damit verbunden sein können. Dies gilt genauso für den ZeitRaum, denn selbst die Lokalisierung eines Ereignisses beinhaltet eine politische Wertung wie zum Beispiel ob die IRA in Irland, in Nordirland oder in

Großbritannien agiert oder ob die *Intifada* in Israel oder Palästina stattfindet und stattgefunden hat.

Der Gefahr der Rückprojektion heutiger Konzepte, Grenzen und Vorstellungen, vor der etwa Samir Amin warnt, hoffe ich mich durch das Bewusstsein von dieser Gefahr zu begeben. Es ist sicherlich nie ganz zu vermeiden und soll im Sinne der aktuellen Aussagekraft historischer Forschung wohl auch nicht zwingend vermieden werden. Trotzdem möchte ich für das Bewusstsein dieser Willkür werben und dazu auffordern, einmal (zum Beispiel) eine Geschichte des Frankenreiches um 1500 zu schreiben. Das wäre eine *andere* Geschichte als die Frankreichs, Deutschlands und Italiens zur gleichen Zeit und keineswegs eine weniger aussagekräftige.

Nationale Systeme, Internationales System und Revolution

Ein historisches und damit soziales System entspricht in der Analogie viel eher einem Organismus als einem Mechanismus. Man zahlt diese Nähe zur beobachtbaren Realität mit einem höheren Grad an Komplexität und einem niedrigeren Grad an Beeinflussbarkeit, denn die Analogie mit der Maschine suggeriert ja die Möglichkeit, „an Hebeln drehen“ zu können, was beim Organismus nicht möglich ist. Im Rahmen dieser Arbeit ist sowohl vom „Weltsystem“ als auch vom „internationalen System“ die Rede, im Rahmen der Fallstudien aber auch von „nationalen Systemen“, zu denen auch die nationalstaatlich gedachten „politischen Systeme“ gehören, die in die beiden Erstgenannten eingebettet sind. Was ist im Rahmen dieser Arbeit darunter zu verstehen?

Meine Analyse spielt sich auf drei Ebenen ab, deren unterste die staatliche und trotz ihrer Fraktionierung als gemeinschaftlich angesehene Gesellschaft ist. Eine weitere Zersplitterung der Analyse in noch kleinere Einheiten würde die Untersuchung außersystemischen Widerstandes erfordern. Wir werden in den Fallbeispielen dennoch den Widerstreit zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Gruppen inner- wie außerhalb beobachten. Doch handelt es sich in allen drei Fällen auch um Staaten, in deren Staatsideologie Nationalismus eine konstituierende Rolle spielt, nicht zuletzt in der Abgrenzung vom äußeren „Feind“, vom „Anderen“. Dies gilt für den kubanischen, für den libysch-arabischen und für den iranisch-persischen Nationalismus.

Die beiden weiteren Ebenen meiner Analyse sind das internationale System und das Weltsystem. Das **Weltsystem** zeichnet sich einerseits durch seine vorrangige Betrachtung der Interdependenz auf internationaler Ebene und andererseits durch die Betrachtung des Kapitalismus als umfassendem, nicht nur ökonomischem Phänomen aus (Amin 1997:58). Der Kapitalismus ist *politische* Ökonomie und postuliert auch eine ganz spezifische Lebensweise, eine „kapitalistische Kultur“. Er ist nach Braudel die Spitze einer Pyramide aus Alltagsleben und Marktwirtschaft, die Welt der Monopole und Eben-nicht-Spezialisten, die

Welt des flexibel einsetzbaren und global zirkulierenden Kapitals, der „Anti-Markt“ (Braudel 1986:39ff). Das **internationale System** wiederum ist jenes System von Staaten, das sich vor allem nach 1945 institutionalisiert hat, schon vorher allerdings zwischen-staatliche Regelungsmechanismen kannte. Es stellt den „politischen Ausdruck“ des Weltsystems dar, große Entscheidungen werden kaum außerhalb seines Rahmens getroffen. Die wichtigsten seiner Institutionen sind der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, deren Generalversammlung, die G7 (*Group of Seven*; neuerdings G8), die WTO (*World Trade Organisation*), die IBRD (*International Bank for Reconstruction and Development*; Weltbank), der IMF (*International Monetary Fund*) und nicht zuletzt die NATO (*North-Atlantic Treaty Organisation*). Dass diese Aufzählung nicht vollständig ist, versteht sich von selbst. Wesentlich ist, dass was immer sich *entwickelt* oder geschieht, durchaus nicht auf das internationale System angewiesen, was immer aber *entschieden* oder geregelt wird, ohne es schwer vorstellbar ist.

Das alles geht auf Kosten der Souveränität des Nationalstaates (vgl. dazu Busch/Plümper 1999; Camilleri/Falk 1993; Sassen 1996). Das Voranschreiten von politischer Integration (EU), die Transnationalisierung der Ökonomie (internationaler Kapitalverkehr), Angriffe der Wirtschaft auf den Staat (transnationale Unternehmen, Lobbyismus, WTO), alles nach dem Motto *„profits go private, problems stay public“*, der Staatszerfall in ethnisch oder anderswie legitimierte Bruchstücke (Sowjetunion, Jugoslawien), die Schwäche vieler Staatsgebilde vor allem in Afrika (Sierra Leone, „Kongo“; vgl. Reno 1998) oder die Abhängigkeit nationaler Politik von internationalen Vorgaben können hier mühelos aufgezählt werden. Die meisten Staaten zerfallen zwar zudem in viele auch grenzüberschreitende kleinere soziale Systeme, dennoch hat der Staat mindestens dadurch große Bedeutung, dass er von der Staatengemeinschaft als solcher anerkannt, weil gebraucht wird. Staatsfreie Räume kann es *ex definitione* nicht geben, wer sich dort aufhielte, wäre aus dem von Staaten geschaffenen internationalen System als Einzelner oder als Gruppe ausgeschlossen und befände sich in einem rechtsfreien Raum. Das bereits weit entwickelte internationale System souveräner Staaten zwingt daher Menschen dazu, sich in Staatsform zu organisieren, denn nur über sie als Mittler können sie Einfluss auf die Regelungsmechanismen des Systems nehmen. Dies ist letztlich auch der Hauptgrund, warum diese Arbeit sich um den staatlichen und damit innersystemischen Widerstand dreht, denn der Staat verspricht wenigstens eine gewisse Macht, die dem Kampf gegen die Gewalt des Systems den Rücken decken kann, doch sobald sich dieser in der Form von Staaten organisiert, bettet er sich in das System ein.

Die Art und Weise, wie dieser Widerstand sich zeigt, kann zwar vielfältig sein, jedoch waren Revolutionen mit dem Ziel, Kontrolle über die Staatsmacht zu erlangen, ein häufig angewandtes Mittel. Christopher Clapham liefert eine gute Beschreibung von Revolutionen:

„A revolution is a rapid, violent and irreversible change in the political organisation of a society. It involves the destruction of the existing political order, together with the myths which sustain it and the men which it sustains, and the creation of a new order, sustaining new men and sustained by new myths. This change may well result from, and will certainly lead to, other and dramatic developments in the economy and social structure, but what is central to revolution is its *political* element. What revolutions are basically about is the exercise of power, and the ideas and institutions through which this is achieved.“ (Clapham 1985:160).

Man sollte aber auch „Revolution als Inhalt“ von „Revolution als Form“ unterscheiden (vgl. Benard/Khalilzad 1988:73ff). Die erste Sicht betont das Ergebnis einer Revolution und verlangt eine gewaltsame und grundlegende Umwälzung der Lebensbedingungen durch eine Massenbewegung, braucht daher aber erstens den Erfolg einer Bewegung und verschiebt zweitens das Urteil über den revolutionären Charakter in die Zukunft. Die zweite Sicht betont die Art und Weise des Umsturzes und vermeidet damit diese Probleme. Revolution ist nur noch eine bestimmte Form des politischen Machtkampfes, wobei allerdings die definitorische Grenze zum Putsch, zu Aufständen oder zu konsequenter Opposition damit zum Problem wird.

Als „gut“ definierte Inhalte (Modernisierung, Säkularisierung) oder gewaltsames Vorgehen sind keine besonders guten Kriterien für Revolution, außerdem darf die politische Dimension nicht überbetont werden. Revolutionen zeichnen sich daher durch (a) ihre Massenbasis, (b) ihre Stoßrichtung gegen die etablierte Macht und (c) ihren Willen zur grundlegenden Veränderung einer Gesellschaft aus. Das Vorhandensein einer Massenbasis verlangt aktive oder wenigstens passive Unterstützung durch eine große Bevölkerungsgruppe, möglichst die Mehrheit. Entweder betreibt eine Massenbewegung selbst die Revolution (durch bewaffneten Kampf, Demonstrationen, zivilen Ungehorsam) oder eine von einer Avantgarde getragene militärische oder politische Revolution wird im Nachhinein von einer Massenbewegung legitimiert. Sie muss sich außerdem gegen die etablierte Macht richten. Diese Ansicht schließt Revolutionen „von oben“ aus. Betreibt die etablierte Macht selbst eine Umwälzung, handelt es sich lediglich um „Reformen“ mit mehr oder weniger radikalem Gehalt. Man muss dabei nur zwischen formeller und realer Macht unterscheiden, denn die reale Macht kann durchaus bei Militär oder Großgrundbesitzern liegen, und nicht bei einer Regierung. Diese Ansicht stützt sich auf ein Verständnis von Revolutionen als Kampf oder zumindest Konflikt. Als drittes Merkmal einer Revolution ist ihr „Wille“ zur grundlegenden Veränderung der politischen, sozialen oder sonstigen Lebensbedingungen gefordert. Ob eine Revolution totalitären oder nur partikulären Charakter hat, ob sie eine vollständige Veränderung anstrebt oder nur einige Bereiche erfasst, ist nicht von vorrangiger Bedeutung, entscheidend ist vielmehr, ob sie das, was sie verändern möchte, radikal verändert und nicht nur graduell „reformiert“. Ganz erspart man sich dennoch die historische Sicht nicht. Man muss anerkennen, dass

Inhalt und Form einer Revolution Auswirkungen zeitigen und Strukturen determinieren, die sich möglicherweise erst nach einer gewissen Zeit offenbaren.

Zum „Schurkenstaat“

Die US-Außenpolitik schuf vor einiger Zeit den Begriff „*rogue state*“ (ins Deutsche übersetzt als „Schurkenstaat“). Zu den sieben Staaten, die von Anfang an auf der Liste der Schurkenstaaten stehen, zählen neben Nordkorea, dem Irak, dem Sudan und Syrien auch Kuba, Libyen und der Iran – nicht zufällig sind fünf dieser Staaten islamisch und die beiden übrigen kommunistisch (vgl. auch Falk 1997). Weitere Staaten wurden später in diese „Liste“ aufgenommen (wie etwa Afghanistan oder eine Zeitlang auch Jugoslawien), während von der Liste gestrichen zu werden schwieriger ist. Diese Staaten gelten für die USA als Förderer des Terrorismus und werden aus vielerlei Gründen mit einseitigen Sanktionen belegt. Die USA propagieren außerdem derzeit – und seit dem Amtsantritt von Präsident Bush verstärkt – gegen teils heftige Widerstände nicht nur aus Russland und China das Projekt einer satellitengestützten Raketenabwehr zum Schutz gegen die von diesen Staaten ausgehende „unberechenbare“, teils atomare Bedrohung. Die notwendige Diskussion um die von den USA ausgehende Bedrohung, wenn sie durch einen Raketenschild geschützt zum atomaren Erstschlag befähigt wären, wird hingegen aus Washington abgeblockt.

Im Juni 2000 noch unter Clinton ereignete sich dann eine bemerkenswerte Umdefinition: an die Stelle des „*rogue state*“ trat der „*state of concern*“, der „Besorgnis erregende Staat“, ein nicht nur der politischen Korrektheit gemäßerer Ausdruck, sondern vielmehr auch ein noch flexiblerer Begriff. Noam Chomsky (vgl. Chomsky 2000) stellt diese Bemerkung an den Anfang eines Essays, in dem er hauptsächlich aufzeigt, dass auch die USA letztlich ein außenpolitisches Verhalten an den Tag legen, das dem eines Schurkenstaates gar nicht so unähnlich ist. Es ist Strategie, nicht in jeder Hinsicht als rational kalkulierend zu erscheinen und daher unberechenbar zu sein; in einer US-Studie ist davon die Rede, dass sich die USA mit Hinweis auf ihr nukleares Potenzial als eine Macht darstellen sollten, „die sich irrational und rachsüchtig verhält, wenn sie ihre vitalen Interessen angegriffen sieht.“ (Chomsky 2000) Vitale Interessen nun sind ein dehnbarer Begriff, ebenso dehnbar wie es für den Mächtigen geltende internationale Vereinbarungen wie die UN-Charta sind, wenn sie zur Begründung bewaffneter Interventionen (von Vietnam bis Jugoslawien) gebraucht werden. Im Vorfeld des Vietnamkrieges etwa „fassten die USA den Begriff Aggression so weit, dass auch ‚politischer Krieg oder Subversion‘ (natürlich auf Seiten der anderen) darunter fiel.“ (Chomsky 2000).

Der Boden für doppelte Standards ist damit bereitet, für die USA (und deren befreundete Regime) gelten andere Regeln als für gewöhnliche Länder, insbesondere für Schurkenstaaten. Afghanistan und Nordkorea werden anders behan-

delt als Pakistan. „Das Konzept des ‚Schurkenstaates‘ [...] wurde schon immer äußerst flexibel gehandhabt. Doch letzten Endes waren die Kriterien eindeutig: Ein Schurkenstaat war nicht einfach ein krimineller Staat. Es war vielmehr ein Staat, der sich den Anordnungen der Mächtigen, insbesondere denen der USA, nicht fügen wollte [...].“ (Chomsky 2000)

Dass man die drei Außenseiter des Weltsystems Kuba, Libyen und Iran auch in der Gruppe der Schurkenstaaten finden kann, liefert daher bereits ein erstes klares Indiz für die politische Ausrichtung dieser Staaten gegen die systemdominierende Macht USA. Ich werde mich noch ausführlich der Frage widmen, wie diese Politik in den drei Ländern sich konkret ausgestaltete und welchen Veränderungen sie im Laufe der Zeit unterlag.

1.2. Über das Weltsystem

Die Weltsystemperspektive

Hier kann natürlich keine erschöpfende Beschreibung der Weltsystemanalyse stattfinden (vgl. etwa Wallerstein 1995), es sollen nur einige zentrale Aussagen formuliert und die Begriffe „Zentrum“ und „Peripherie“ diskutiert werden, die später in ihrer spezifischen Bedeutung gebraucht werden (vgl. Wallerstein 1986:99ff; Hout 1993:118ff). Der Begriff **Zentrum** beschreibt relativ homogene Regionen, in denen die Fäden des Weltsystems zusammenlaufen, in denen sich wirtschaftliche, politische und kulturelle (Definitions-)Macht vereinigen. Die **Peripherien** sind politisch und ökonomisch vom Zentrum abhängig, sie können ihre Wirtschaftsbeziehungen nicht autonom gestalten, die durch die Bedürfnisse des Zentrums über den Weltmarkt bestimmt werden. Es gibt viele, sehr unterschiedliche Peripherien, deren Verbindungen zum Zentrum stets intensiver gestaltet sind, als die Beziehungen zwischen den Peripherien. Als Mischform zwischen beiden Typen entwickelte Wallerstein das Konzept der **Semiperipherie(n)**, die als Vermittler zwischen Zentrum und Peripherien fungieren und damit nicht nur Zwischenzustand sind, sondern von integraler Bedeutung für das Weltsystem. Semiperipherien sind notwendig als Puffer und Vermittler, indem sie ihrerseits bestimmte Peripherien ausbeuten und im Gegenzug dafür Ordnungsaufgaben wahrnehmen. Sie bündeln dadurch einerseits Güter- und Kapitalströme und blocken andererseits Protest ab.

Zwischen Zentrum, Peripherie und Semiperipherie besteht funktionale und geographische Arbeitsteilung und verschiedene Formen der Organisation von Politik und Arbeitsbeziehungen. Grob gesagt: je zentraler ein Staat, desto höher der Pro-Kopf-Konsum und die Akkumulation des Kapitals (da auch die Einkommen höher liegen), desto „intensiver“ die Form der entlohnten Ausbeutung (nicht im Sinne des Zwangsausmaßes, sondern des Anteils der davon betroffenen Bevölkerung), desto höher der Grad der Staatssouveränität und desto stärker seine Staats-

macht nach außen und innen. Die deutlich sichtbare Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherien datiert nach Wallerstein aus dem „langen“ 16. Jahrhundert, in dem das Zentrum bei der „Verteilung des Mehrwerts“ entscheidend gewonnen hat, und sie äußert sich im Hinblick auf drei Kriterien: „die Kapitalakkumulation, die soziale Organisation der lokalen Produktionsprozesse und die politische Organisation der gerade entstehenden Staatsgebilde.“ (Wallerstein 1995:132f)

Neben den Regionen innerhalb des Weltsystems bestehen **Außenarenen**, die (noch) nicht dazu gehören (Wallerstein 1986:447ff). Sie werden verstanden als Gebiete, deren Strukturen nicht durch die Mechanismen des Weltsystems bedingt sind und die daher auch durch die im Weltsystem ablaufenden Prozesse nicht unmittelbar betroffen sind. Außenarenen (wie um 1600 die Türkei, Russland oder China) können sogar eigene Weltsysteme bilden. Außerdem unterscheidet Wallerstein **Minisysteme** vom Weltsystem, kleinräumige soziale Systeme, über deren Existenz man sich allerdings nicht sicher sein kann: ihr Entdecken bedeutet fast immer zugleich ihre Vereinnahmung, womit ihre Existenz nur noch *ex post* beobachtet werden kann.

Eine der zentralen Fragen im Weltsystem ist „Entwicklung“. Die Entwicklungsideologie beruht auf dem Aufholen *unter-*entwickelter Staaten bei gleichzeitigem globalem Wachstum und ignoriert damit unter anderem die nicht nur psychologische Bedeutung des relativen Abstands. Die Weltsystemanalyse hingegen erkennt, dass der Gewinn einer Region immer der Verlust einer anderen ist, auch wenn dies nicht in der Form eines Nullsummenspiels stattfinden muss. Sie kontrastiert damit konventionelle Entwicklungstheorien, die postulieren, dass sich in der Vergangenheit erstens alle Staaten (oder wenigstens die meisten) absolut verbessert hätten und zweitens der Abstand zwischen den „starken“ und den „schwachen“ geringer geworden sei (vgl. etwa Nohlen/Nuscheler 1992:55ff, 131ff; Wagner/Kaiser 1995). Dieser konventionelle Umgang mit „Entwicklung“ ist aber letztlich problematisch: „Entwicklung“ wird zielgerichtet, linear und deterministisch begriffen und nicht zuletzt prozeßorientiert, seit dem Ende des Ostblocks überdies dualistisch. Dies ist ein zentrales Problem im Umgang mit dem Begriff und dem Phänomen, hinter ‚Entwicklung‘ steht die Vorstellung von einem fortlaufenden, auf logischen Regeln basierenden (und damit begreif- und beeinflussbaren) Prozeß, der sich immer stärker auf ein bekanntes Entwicklungsziel zu bewegt. Dabei wird der Zustand in den Industriestaaten, da er diesem (noch) nicht erreichten Ziel näher ist, als Norm und anzustrebendes Ziel (oft) unausgesprochen vorausgesetzt.“ (Exenberger 1997:5) Drei Viertel der Menschheit wurden nach 1945 von US-Präsident Harry S. Truman als „unterentwickelt“ definiert, nicht zuletzt um noch rechtzeitig zu verhindern, dass sie nach der sich bereits anbahnenden Dekolonisation allzu viel Selbstbewusstsein entwickeln und sich allzusehr von ihren Mutterländern emanzipieren (Schade 1995:25ff). Denn diese postulierte Inferiorität hatte schon immer gerade den Zweck, den

Willen zum Widerstand gegen die Macht des Systems zu schwächen und möglichst zu brechen. Wenn man aufholen will, wird man abhängig, denn nur das Zentrum kennt die Rezepte, die zum Aufholen des Rückstandes nötig sind.

Die Weltsystemanalyse ist damit auch eine Spielart der Dependencia-Schule, allerdings beschränkt sie sich nicht nur auf die Diskussion der Abhängigkeit, sondern beschreibt zugleich den historisch gewachsenen und stabilen Systemzusammenhang, aus dem diese Abhängigkeit wächst. Damit geht sie konzeptionell deutlich weiter: „In many respects [... it] can be seen as the culmination of dependency theory. Wallerstein's formulation of the theory of the world system is the most highly developed and probably the most frequently cited variant of dependency theory.“ (Hout 1993:111). Wallerstein selbst formuliert den zentralen Inhalt der Weltsystemanalyse im Vorwort zur deutschen Ausgabe des zweiten Bandes wie folgt: es geht darum, „[...] die lokale Ebene aus der Perspektive des Weltsystems zu betrachten und zu zeigen, dass beide Bereiche nicht autonom vom jeweils anderen existieren können, sondern vielmehr ein Ensemble einander überlappender gesellschaftlicher Erscheinungen darstellen.“ (Wallerstein 1998:VII) Daher können Revolutionen niemals losgelöst vom globalen Zusammenhang betrachtet werden, in dem sie agieren, selbst wenn sie den nationalen Rahmen im Hinblick auf ihre Beweggründe, Gegner oder Ziele nicht bewusst verlassen.

Hegemonie im Weltsystem

Neben der funktionalen Rolle bestimmter Gebiete und Staaten als Zentrum, Peripherie und Semiperipherie ist auch die Frage der Hegemonie im Weltsystem relevant, weil sich vieles der folgenden Studien als Herausforderung eines Hegemons und dessen Reaktion auf diese Herausforderung verstehen lässt. **Hegemonie** bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es einer politischen Macht (der Elite einer bestimmten politischen Einheit) gelingt, eine Position im Weltsystem zu erreichen, mittels derer sie sowohl direkte Macht in großen Gebieten als auch indirekte Macht im gesamten Weltsystem ausüben kann. Indirekte Macht äußert sich in Definitionsmacht und in Kontrolle über Transportwege und Kommunikationsmöglichkeiten. Sie äußert sich daher in der Möglichkeit, anderen Mächten den Zugang zur Macht zu versperren. Eine solche Situation hat es aber im strengen Sinn nur sehr selten gegeben.

Die historische Regel ist vielmehr Konkurrenz um (partielle) Vorherrschaft, die sich zwischen Portugal und Spanien, den Niederlanden, England und Frankreich einige Jahrhunderte hindurch abspielte, ehe sich im 19. Jahrhundert England zu globaler Macht aufschwingen konnte. Echte Hegemonie bestand dann nur zwischen etwa 1840 und 1890 durch das Britische *Empire*, das zeitweise ein Sechstel der Erdoberfläche direkt kontrollierte. Der Erste Weltkrieg brachte diese Weltordnung in Unordnung, was nach einigen Jahrzehnten in den globalen

Hegemonialkonflikt „Zweiter Weltkrieg“ mündete, dessen klarer Sieger die USA waren. Die direkte Kontrolle über Territorium trat nun in den Hintergrund, die Kontrolle über globale (politische) Institutionen und die indirekte, insbesondere ökonomische Macht wurde wichtiger. In den USA entstanden die größten transnationalen Konzerne, New York löste London als Weltfinanzzentrum ab, die USA wurden zur ersten (und stets führenden) Atommacht. Die Sowjetunion, der einzige Konkurrent, musste sich mit einer unvorteilhaften Aufteilung der Welt zufriedengeben, die ihr lediglich eine bestimmte Einflussosphäre und Blockademacht in den Institutionen des internationalen Systems sicherte. Neben der überwältigenden militärischen Stärke ermöglichte es gerade diese Konfrontation den USA, auf eine noch ressourcenfressendere koloniale Expansion zugunsten der indirekten Einflussnahme zu verzichten, stets mit Verweis auf das „Gleichgewicht der Kräfte“, das tatsächlich ja nur in der Form des beiderseitigen Weltzerstörungspotenzials bestand, stets mit Verweise auf das „Reich des Bösen“ jenseits des Eisernen Vorhangs, vor dem auch Europa geschützt werden musste.

Was determiniert das aktuelle System?

Zu einer Analyse der Epoche nach 1945 gibt es eine Vielzahl von Veröffentlichungen, zuletzt meist unter dem Schlagwort „Globalisierung“. Erinnert sei an „Grenzen der Globalisierung“ von Elmar Altvater und Brigitte Mahnkopf (1995ff) oder an „Vom Handelskapital zur Globalisierung“ von Hansjörg Conert (1998). Beide bieten ausführliche Bestandsaufnahmen aus der Sicht einer betont politischen Ökonomie. Eine lesenswerte Bestandsaufnahme aus *einer* Weltsystemperspektive heraus liefert Samir Amin in „Die Zukunft des Weltsystems“ (1997). Ihm zufolge erhielt der Hegemon USA bzw. das Zentrum seine Dominanz im Weltsystem durch die Kontrolle über fünf Monopole: Technologie, Zugang zu natürlichen Ressourcen, globale Finanzflüsse, Kommunikation (Medien) und Massenvernichtungswaffen (konventionell wie nuklear) (Amin 1997:43ff). Diese Monopole sind brüchig, werden seit wenigstens den 1970er-Jahren ständig in Frage gestellt und angegriffen und ebenso heftig verteidigt. Solange dies nicht der Fall war, kann man mit Amin von „kontrollierter Globalisierung“ sprechen, die inzwischen aber „entfesselt“ wurde, was nun in einer immer unbarmherzigeren Ausgrenzung ganzer gesellschaftlicher Gruppen (Zweidrittelgesellschaft) und großer Weltregionen (Afrika südlich der Sahara) gipfelt (vgl. Erskine Childers in Köchler 1995:17ff).

Wesentliche Elemente, die Interaktionen im Weltsystem zwischen Zentrum und Peripherie bestimmen, sind meines Erachtens eine Kette destruktiver Strukturen, deren Glieder im Folgenden dargestellt werden sollen. Dabei darf aber auch nicht in Vergessenheit geraten, dass die einheimischen Eliten an dieser Politik in vielen Fällen maßgeblichen Anteil hatten, sie tolerierten und teils – aus eigenem Interesse – sogar förderten.

- Es besteht eine einseitige wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehung zwischen Zentrum und Peripherien, „ungleicher Tausch“ zwischen Nord und Süd und damit ist **Abhängigkeit** verbunden. Der Süden produziert, was von den kommerziellen oder konsumptiven Bedürfnissen des Zentrums bestimmt wird, das Zentrum organisiert zudem den Transport. Der Etikettenschwindel Dekolonisation änderte die jahrhundertlang gewachsenen Strukturen bestenfalls oberflächlich.
- Das Zentrum trug Kolonialismus in die Welt, der auf dem Konzept der zivilisatorischen **Minderwertigkeit** basierte. Was als Sklaverei begann, äußerte sich später in allgemeiner ethnischer und sozialer Disqualifizierung peripherer Bevölkerungen. Der Ausgang der meisten militärischen Konflikte untermauerte diese ungleiche Beziehung.
- Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Modell des Zentrums einschließlich einer bestimmten Weltanschauung wurde expansiv vertreten, was die **Unterdrückung** anderer Ideen mit sich brachte. Die Dominanz westlicher Konzepte, gerade der geistigen (Moderne, Aufklärung, Säkularisierung, Materialismus, Demokratie, Kommunismus, universalistische Menschenrechte usw.) führt gestern wie heute im Gegenzug zu einer Marginalisierung und Verdrängung originärer Konzepte in den dominierten Gebieten.
- Das internationale Regime (ob kapitalistisch oder sozialistisch) schlug im 20. Jahrhundert letztlich in der Form seiner Organisationen und Organisationsformen *einen* Weg ein, was **Ausweglosigkeit** mit sich brachte. Heute ist selbst die Zeit der Zugeständnisse an Staaten vorbei, die mit der „roten Gefahr“ argumentieren, Konzessionen müssen sich – ganz der Logik des Systems gehorchend – nicht mehr nur politisch, sondern auch wirtschaftlich rechnen.
- Das Zentrum hat vielfältige Mechanismen der Machterhaltung entwickelt und damit den **Ausschluss** anderer politischer Kräfte betrieben. Das Zentrum reproduziert seine Macht durch internationale Organisationen, indem es die Definitionsmacht absichert; die Mittel der Reproduktion sind überdies an technologische und organisatorische Bedingungen geknüpft, die peripheren Staaten systematisch entzogen wurden und vorenthalten werden (vgl. auch Falk 1997).
- Der vom Zentrum vorangetriebene wissenschaftlich-technische Fortschritt zog das Konzept der **Rückständigkeit** nach sich. Auch auf ökonomischem Gebiet hat diese Rückständigkeit feste Form angenommen, denn die Industrialisierung in den Peripherien ist nicht nur eine Kopie der Industrialisierung im Zentrum (was ein wichtiger Grund für die Reproduktion der Unterentwicklung ist, weil ihr so das innovative Potenzial fehlt), sondern die gesamte Entwicklungs-ideologie nach 1945 basiert auf diesem Konzept der „Unterentwicklung“, die man „aufholen“ muss – was unterstellt, dass man dies kann.

Dieser Befund wird durch die Länderstudien an einigen Stellen verdeutlicht. An den Fallbeispielen aus der islamischen Welt wird auch die wichtige Rolle von

Feindbildern in diesem Prozess sehr gut deutlich. Von denen, die Definitionsmacht ausüben, wird ein Feindbild der Außenseiter konstruiert und instrumentalisiert (Flohr 1991; Duran 1993; Friedli 1993; Gerhard/Link 1992; Lueg 1993; Ohde 1994), zudem erfolgt „historische Verdrängung“. Dabei wird jedes historische Verdienst des Kontrahenten aus den Geschichtsbüchern getilgt, womit aufgrund politischer Interessen Realität geschaffen und Geschichte konstruiert wird. Was geschehen ist, gerät im Erfolgsfalle in Vergessenheit, übrig bleibt die Konstruktion (vgl. Erskine Childers in Noor 1997:125ff). Diese Methode erstreckt sich auch auf moderne Kommunikationsmittel, die überwiegend von den staatlichen und privaten Monopolisten des Zentrums kontrolliert werden. Oder wie Daya Kishan Thussu aus Großbritannien schreibt: „It is not just the news that adds to the creation of the stereotype [...] We have *the whole information industry*: we have television programs, documentaries, films, novels and stories that add to that stereotype.“ (Thussu in Noor 1997:28)

Es geht trotzdem nicht um eine Weltverschwörung. Denn diese Dominanz ist keineswegs konsensuale Politik unter allen Staaten des Zentrums. Sie mag oft nicht einmal bewusst verfolgt werden, sondern sie folgt vielmehr dem Bedürfnis eines Erhalts des vorteilhaften Status quo. Abgesehen davon besteht natürlich auch innerhalb des Zentrums eine Hierarchie von mehr oder weniger Einfluss auf die Gestaltung der Regeln des Weltsystems, und einige Regionen des Zentrums mögen sich – in abgeschwächter Form – durchaus vergleichbaren Situationen der Abhängigkeit gegenüber sehen, wie manche (Semi-)Peripherien. Klar ist, dass sich zentrale wie periphere Staaten den Herausforderungen durch Angriffe auf die Staatssouveränität gegenübersehen, aber in unterschiedlicher Weise, und dass sie über unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, dem entgegenzutreten: die Erosion bedroht die schwächeren Staatsgebilde in den Peripherien weitaus mehr (vgl. Reno 1998) als die relativ starken in den Zentren, auch wenn das Wehgeschrei sich in letzteren hörbarer artikuliert.

1.3. Fragen und wie man zu Antworten kommt

Der Grund, warum ich den innersystemischen Widerstand analysieren möchte, die Form des Widerstandes, die vom System vorgezeichnete Wege beschreitet, sich über den Konflikt um die Staatsmacht entlädt und später über den Staat zu artikulieren versucht, liegt in der Macht des Staates selbst begründet. Das internationale System gestattet es nur Staaten, sich in ihm zu artikulieren, andere Formen des Widerstandes stoßen auf Unverständnis in diesem Kontext und werden ignoriert. Der zahlenmäßige Aufstieg der NGOs (*Non-governmental organisations*) in den letzten Jahrzehnten etwa hat an deren (Nicht-)Mitspracherecht in den Institutionen des Internationalen Systems nichts geändert.

Zivilgesellschaftlicher Widerstand von Interessengruppen und NGOs ist zwar ein sehr bemerkenswertes Phänomen, es gibt aber einerseits eine kaum

überschaubare Vielzahl an Beispielen, andererseits nur wenige Beispiele, die sich für eine umfassende Analyse im globalen Rahmen eignen würden. Und eine spezifische Analyse der transnationalen Strukturen der Weltwirtschaft wäre mir zugleich zu einseitig auf die Ökonomie fixiert wie sie weniger Auskunft über Widerstand als über Herrschaft geben würde. Der hier beschrittene Mittelweg ist hingegen ein guter Kompromiss, der vor allem eines verspricht: eine schlüssige Einschätzung einer bestimmten, lange Zeit ziemlich populären und mit vielen Hoffnungen verknüpften Form des Widerstandes gegen globale Herrschaftsmuster zu liefern. Man könnte die Frage nach den Möglichkeiten des Widerstandes auch aus einer bloßen Analyse des Weltsystems zu beantworten versuchen. Dabei fehlte allerdings meines Erachtens der empirische Bezug, und die Gefahr wäre groß, sich in einem akademischen Diskurs an der Realität vorbei zu verlieren. Ein solcher allein hilft niemandem, der Vergleich eröffnet hingegen die Möglichkeit, den Diskurs um entscheidende Erkenntnisse zu bereichern.

Nachdem nun ein Rahmen geschaffen wurde, in dem die Länderstudien positioniert werden können, die zwar alle ihre Eigenheiten und speziellen Entwicklungen aufweisen, aber dennoch durch den Rahmen teils erst verständlich oder wenigstens verständlicher werden, soll zusammenfassend auf die zentralen Fragen und die weitere Vorgehensweise eingegangen werden. Welche Chance hat Widerstand gegen die Machtmechanismen des internationalen Systems und die Ausbeutungsmechanismen des Weltsystems? Welche gemeinsamen Züge zeigen sich in Kuba, Libyen und Iran? Worin bestanden deren Versuche des Widerstandes und waren sie erfolgreich? Nützt oder schadet das den Staaten und dem System?

In dieser Arbeit werden drei auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Länder verglichen. Kuba ist eine Insel, die von 400 Jahren spanischer Kolonialherrschaft kulturell und strukturell geprägt ist und die seit 40 Jahren sozialistisch regiert wird. Libyen ist ein großes, bevölkerungsarmes Wüstenland, das seit 30 Jahren eine basisdemokratisch und/oder (je nach Weltanschauung) autoritär regierte Republik ist. Der Iran, ein großer, bevölkerungsreicher schiitisch-islamischer Staat, der von verschiedenen Volksgruppen bewohnt wird (im Sinne von Gruppen, die sich ihrem Selbstverständnis nach in sprachlicher, kultureller und/oder religiöser Hinsicht von der Bevölkerungsmehrheit eines Landes unterscheiden), war als einziges der drei Länder nie kolonisiert, existiert als Staatswesen schon seit Jahrtausenden und ist erst seit 20 Jahren keine Monarchie mehr, sondern eine Islamische Republik. Gerade dieser Blick auf so relativ unterschiedliche Beispiele verheißt Ergebnisse, die nicht nur Spezialfragen beantworten (wie zum Beispiel: Warum wurde Kuba sozialistisch und warum blieb es das bis jetzt? Welches politische und soziale Experiment geht in Libyen vor? Welche Bruchlinien bestimmen den Machtkampf zwischen politischer und religiöser Elite im Iran?), sondern auch Rückschlüsse auf globale Prozesse erlauben.

2. Kuba

„Ich weiß, dass viele Batista für einen Hurensohn halten ... aber amerikanische Interessen haben Vorrang ... zumindest ist er unser Hurensohn. Er läßt sich nicht mit Kommunisten ein [...].“

(William Wieland, damals im US State Department für die Karibik zuständig; zitiert in Thomas 1984:139).

Die tropische Insel Kuba beherbergt auf etwa 110.000 km² rund 11 Millionen Einwohner, davon 2 Millionen in der Hauptstadt La Habana. Zwei Drittel der Kubaner leben heute in den Städten des Landes (Nummer zwei ist Santiago mit 350.000 Einwohnern), das dennoch ausgewogener besiedelt ist als früher. Die Bevölkerung in Kuba hat sich durch Ein- und Auswanderungswellen verändert, neben Einwanderern aus Europa und Lateinamerika kamen viele Afrikaner als Sklaven (sie stellten im 19. Jahrhundert sogar die Mehrheit) und einige Chinesen als Arbeiter auf die Insel. In der Öffentlichkeit als „weiß“ zu gelten, erwies sich wegen der sozialen Disqualifikation der nicht-weißen Bevölkerung in Kuba aber stets als nützlich, auch wenn die Revolution dies abgeschwächt hat. Vorherrschende Religion ist das römisch-katholische Christentum, allerdings gehören die meisten Menschen auf der Insel *neben* ihrem offiziell christlichen Bekenntnis afro-karibischen Kulturen an, was inzwischen zu einer besonderen Verschmelzung (wie der *Santería*) geführt hat.

Die aktuelle Situation wird stark durch Kubas jahrhundertelange koloniale Vergangenheit und die räumliche Nähe zu den USA bestimmt (90 km trennen die Strände des Nordwestens von Key West), die ineinander greifen. Wenden wir uns daher nun dieser Prädetermination zu.

2.1. Historischer Gesamtzusammenhang

Koloniale Geschichte

Über das, was vor Columbus in Kuba war, wissen wir wie so oft nur durch die Aufzeichnungen der Eroberer. Alle anderen Spuren der Ureinwohner (es mögen etwa 100.000 Aruak gewesen sein) wurden innerhalb weniger Jahrzehnte durch Zwangsarbeit und europäische Krankheiten ausgelöscht. Columbus landete bereits 1492 erstmals, 1509–14 kolonisierte Diego Velásquez die Insel, die als Versorgungszentrum für die Kolonien am Festland zur Drehscheibe des Vizekönigreichs werden sollte. Eine autonome Wirtschaft entwickelte sich kaum

(Stahl 1995:481; Zeuske/Zeuske 1998:56). Die wirtschaftliche Basis der Insel wird durch diese frühe Prägung bis heute bestimmt.

Schon bald begannen Niederländer, Engländer und Franzosen militärisch, ökonomisch und politisch in die Domänen der Spanier in der Karibik einzudringen, teils war die Insel direkt umkämpft. Insbesondere dann, wenn Spaniens Energien durch Weltkriege oder Ereignisse in Europa gebunden waren, entwickelte sich in Kuba eine „Parallelökonomie“, die auf Schmuggel basierte und den lokalen Eliten eine gewisse Eigenständigkeit erlaubte (Zeuske/Zeuske 1998:61ff). Als das spanische Kolonialreich anfangs des 19. Jahrhunderts zerfiel und die kreolischen Eliten überall die Selbstständigkeit erkämpften, blieben in Amerika nur Kuba und Puerto Rico noch spanisch. Kuba wurde entgegen seiner früheren Rolle zu einem Grundpfeiler des zwar immer noch globalen, aber stark geschrumpften Imperiums.

Das Zuckerrohr wurde zwar bereits 1548 in Kuba eingeführt, erlebte aber erst mit dem Sklavenboom ab dem späten 18. Jahrhundert einen echten Aufschwung. Zwischen 1790 und 1804 erhöhte sich die Zuckerproduktion um den Faktor 2,5, bis 1836 nochmals um den Faktor 4,25, womit Kuba an die Weltspitze vorstieß. Zugleich stieg auch die Kaffeeproduktion bis 1833 von praktisch null auf 28.000 Tonnen an (Kopf 1998:31; Zeuske/Zeuske 1998:172). Die feudalen Strukturen der Wirtschaft und die Exportorientierung der Produktion führten zur Bildung großer Latifundien, die zuerst von extensiver Viehwirtschaft, später von Zucker, Kaffee und Tabak lebten. Infolge der Profite und der Interessen der Kolonialmacht (Kuba als billigen Rohstofflieferant und zuverlässigen Abnehmer zu nutzen), wurden Modernisierung und Industrialisierung verhindert. Die koloniale Periode, ebenso wie die folgende neokoloniale, determinierten in Kuba ein klassisches Muster einer extrem abhängigen Entwicklung, einheimische Wirtschaftstreiber hatten gegen die übermächtige ausländische Konkurrenz und deren Finanzkraft nur in der Zuckerproduktion eine Chance (Stahl 1995:481). Auch die Zentralisierung der Verwaltung wurde bereits im 18. Jahrhundert eingeleitet und wirkt im „Wasserkopf“ La Habana und der jahrzehntelangen Vernachlässigung des offenen Landes bis heute nach (Zeuske/Zeuske 1998: 66ff, 135ff).

Diese Entwicklungen bedeuteten auch eine zunehmende Disparität in der Gesellschaft: die Pflanzeraristokratie lebte in immensem Reichtum, die Sklaven und die Landbevölkerung hingegen in bitterer Armut. Daher kam es auch zu vielen lokalen Sklavenrevolten, denen mit großer Härte begegnet wurde. Die Angst vor einem großen Aufstand wie in Haiti, die wegen des hohen Sklavenanteils in Kuba zweifellos nicht unberechtigt war, war sicherlich ein ausschlaggebender Faktor für den Verbleib Kubas bei Spanien (Zeuske/Zeuske 1998:267ff). Die spanische Ordnungsmacht wurde als Garant der Sicherheit gesehen.

Von der Kolonie zur „Unabhängigkeit“

Die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten bedeutete, dass aus diesen Ländern viele Spanier nach Kuba kamen und sich dort an die Spitze der

Sozialpyramide setzten. Kubas Bindung an das Mutterland wurde dadurch gefestigt und seine Autonomie geschwächt, denn Einheimische (*creoles*) wurden aus dem politischen Prozess zugunsten der Zuwanderer (*peninsulares*) verdrängt. Durch ein rigides Außenhandelsregime mit der Kolonie wurde Kuba zusätzlich peripherisiert: als sicherer Absatzmarkt der international kaum konkurrenzfähigen spanischen Industrie und als für Spanien ungehindert zugängliche Quelle tropischer Rohstoffe. Daraus folgte eine Lenkung der Ressourcen in die Produktion von wenigen Primärgütern auf Kosten der kubanischen Industrie, die sich abgesehen von Zuckermühlen auf niedrigem technischen Niveau nicht entwickeln konnte. Für die einheimische kreolische Elite überwogen die Nachteile der Kolonialherrschaft bald deren Vorteile, daher sammelte sie sich im Untergrund und forderte umfassende Reformen: anfangs nur eine Neuverteilung der Macht im kolonialen Rahmen, später den Anschluss an die USA und die Unabhängigkeit. Die Spanier hielten aber an Kuba fest, während sich Kuba wirtschaftlich immer mehr den USA annäherte. Ein großer Teil des Außenhandels wurde trotz Beschränkungen mit dem Norden abgewickelt (50% der Exporte und 20% der Importe 1850; Kopf 1998:36), die gesellschaftlichen Strukturen Kubas waren denen der Südstaaten der USA sehr ähnlich. Die Folge dieser Entwicklung war ein informelles Arrangement zwischen Spanien und den USA:

„Spanien würde in Zukunft bloß noch als militärisch-politische Ordnungsmacht auftreten, günstige Produktionsbedingungen garantieren und dafür Steuern und Zölle kassieren. Die wirtschaftlichen Funktionen der Kolonialmacht hingegen gingen auf die USA über, welche zukünftig Absatzmärkte stellen, Technologie und Kapital liefern würden.“ (Kopf 1998:40).

Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich in Kuba vor allem die Zucker-Monokultur ausgebildet, zudem verdrängte Tabak Kaffee von Platz zwei der Produktpalette. Zu den Zuckermühlen gesellten sich lediglich Zigarrenfabriken, die aber im Zuge eines Zollkonflikts zwischen Spanien und den USA 1856 ruiniert wurden – mit der Industrie ging die Wertschöpfung nach Florida, Kuba lieferte den Rohstoff. Weitere Zoll- und Steuererhöhungen 1867/68 waren der Auslöser für den ersten Unabhängigkeitskrieg. Er wurde am 10. Oktober 1868 ausgerufen, zog innerhalb weniger Wochen etwa 12.000 Bewaffnete an sich und sollte zehn Jahre anhalten (Zeuske/Zeuske 1998:354ff). Führungskonflikte und regionale Fragmentierung führten letztlich zum Scheitern des Aufstandes. Die von Tabak- und Viehfarmern im Osten ausgegangene Revolte (die keine Vorteile durch die spanische Herrschaft hatten) stand den Zuckerbaronen des Westens gegenüber, ihr Scheitern war damit vor allem eine Frage ausgehenden Geldes und der Zeit. Die ökonomischen Folgen des Krieges aber waren verheerend, als einziger positiver Punkt ist das durch ihn beschleunigte formelle Ende der Sklaverei 1886 zu nennen (Kopf 1998:37f). Die Annäherung an die USA setzte sich hingegen ungebremst fort, so dass 1894 bereits 90% aller Exporte in den Norden gingen.

Die reformwillige Bevölkerung sammelte sich nun hinter der visionären Bewegung von José Martí, der in den USA im Exillebte (Sevilla/Rode 1993:43ff). Er beobachtete den oft unverhohlenen rassistisch motivierten US-Imperialismus in Amerika mit Argwohn, war er doch selbst Anhänger der kulturellen Zusammengehörigkeit Lateinamerikas, die er durch die Hegemonie der USA gefährdet sah. Am 29. Januar 1895 gab er den „Befehl zum Aufstand“. Zwar starb Martí selbst schon am 19. Mai in Kuba bei einem Scharmützel und wurde so zum „unsterblichen“ Volkshelden, der Aufstand insgesamt aber war erfolgreich, da er die gesamte Insel erfasste und von Máximo Gómez umsichtig geführt wurde. Der bevorstehende Sieg des antiimperialistischen kubanischen Aufstandes rief die USA auf den Plan, die ihre Interessen an quasi-kolonialen Wirtschaftsbeziehungen durch die drohende Unabhängigkeit gefährdet sahen. Sie griffen daher in den Konflikt ein und erklärten am 25. April 1898 Spanien den Krieg. Binnen kürzester Zeit besiegten die US-Truppen die geschwächte Kolonialarmee (Leonard 1999:21ff). Dahinter stand eine einfache Idee: „Die Amerikaner müßten Kuba befreien – damit Kuba unfrei bliebe. [...] Pikanterweise waren Kubaner von der Teilnahme am Kapitulationszeremoniell in Santiago ausgeschlossen, und auf dem Dach des Rathauses wurde nicht die kubanische, sondern die amerikanische Flagge gehißt.“ (Kopf 1998:45f). Die kubanische Unabhängigkeitsbewegung solidarisierte sich zuerst mit den US-Truppen und ging erst zu spät auf Distanz, als deren Interessen deutlich wurden. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges waren noch dramatischer und weitreichender als zwanzig Jahre zuvor (Kopf 1998:46f).

Der amerikanische Einfluss im unabhängigen Kuba

Die Bemühungen der Kubaner um eine autonome Verfassung und Regierung wurden von den USA unter Ausnutzung internen Spannungen zwischen dem militärischen und dem zivilen Arm der Rebellen unterlaufen und aus Angst vor einem Guerillakrieg löste die US-Verwaltung auch die kubanische Befreiungsarmee auf. Bis Mitte 1899 gelang es auf diese Weise, alle kubanischen Institutionen zu zerschlagen. Dies wurde durch die Stationierung von 45.000 US-Soldaten auf der Insel unterstützt. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba und den USA wurden in ihrer kolonialen Struktur verfestigt. Die Kriegszerstörungen führten zudem zu massiver Verschuldung und diese zum endgültigen Untergang der einheimischen Pflanzeraristokratie. Die USA wollten Kuba aber weder kolonisieren noch aufnehmen, dazu waren ihrer Ansicht nach die chaotischen Latinos weder würdig noch reif, sie fühlten sich aber verpflichtet, den Kubanern die Segnungen der Zivilisation zu bringen (Kopf 1998:52f; Zeuske/Zeuske 1998:423ff; für ein positives Urteil: Beede 1994:137ff). Ironisch formuliert:

„The United States had liberated the island from Spanish oppression. Now it would do Cuba another favour: it would govern Cuba until the Cubans themselves

were ready to take control of their own destiny, and would always be there to help.“ (Blight/Allyn/Welch 1993:331)

So wurde unter US-Patronanz eine Verfassung ausgearbeitet, 131.627 Männer (8% der Bevölkerung) durften 1900 eine verfassunggebende Versammlung wählen, die am 12. Mai 1901 auch das *Enmienda Platt* verabschieden musste. Dieses verbriefte folgende zentrale Punkte: Kuba darf keine seine „Unabhängigkeit“ gefährdenden internationalen Verträge abschließen; Kuba darf keine seine Staatsfinanzen gefährdenden Schulden aufnehmen; die USA darf jederzeit in Kuba intervenieren, um die Unabhängigkeit der Insel, ihre Regierung und die Sicherheit von Leben, Besitz und Freiheit zu gewährleisten (Kopf 1998:53; Zeuske/Zeuske 1998:445). 1902 wurde der Reziprozitätsvertrag „verhängt“, der die Wirtschaftsstrukturen institutionalisierte. Kubanischer Zucker (und nur Zucker) erhielt in den USA eine Zollreduktion von 20%, dafür erhielten alle (!) US-Güter in Kuba Zollerleichterungen von 25 bis 40%. Der ökonomische Status der Insel war damit sogar vertraglich fixiert. Angesichts dessen verkündete Máximo Gómez: „Das ist nicht die Republik, für die wir gekämpft haben [...].“ (Zeuske/Zeuske 1998:419). Doch diese Republik, für die die Kubaner nicht gekämpft hatten, blieb bis 1959 aufrecht und besteht als Negativtradition (Feindbild der Revolution) bis heute.

Ein *Tratado Permanente* folgte am 22. Mai 1903. In diesem Klima bildete sich „eine korrupte, abhängige politische Klasse heraus, die sich im Interesse ihrer persönlichen Bereicherung und Machtabsicherung der Unterstützung der USA durch ökonomische Zugeständnisse versicherte. Zur Ausschaltung politischer Rivalen scheute diese Klasse nicht davor zurück, erneute US-Interventionen in Kuba herauszufordern.“ (Stahl 1995:483) Der erste kubanische Präsident Estrada Palma (1902–06) glänzte durch einen Wahlbetrug, der einen Aufstand auslöste und zu einer US-Intervention führte. Statt einer Wiederholung der Wahl brachte sie den Rücktritt des Präsidenten und eine US-Militärverwaltung (vgl. Beede 1994:290ff). 1908 wurde José Miguel Gómez mit zweijähriger Verspätung doch gewählt. Durch Windschattenpolitik versuchte er, kubanische Interessen zu fördern, indem „im Windschatten“ von US-Investitionen kubanische Firmen Projekte zugeschanzt erhielten. Doch stieß diese Politik oft an die (US-) Grenzen ihrer Machbarkeit (Kopf 1998:63ff). Sein Nachfolger war der konservative Politiker Mario Menocal (1913–20), ein Wirtschaftsfachmann, der aber 1916 ebenfalls der Versuchung eines Wahlbetruges erlag. Die Abläufe von 1905/06 wiederholten sich, die USA intervenierten 1917 wiederum zugunsten des Präsidenten, der dafür in den Ersten Weltkrieg eintrat (Kopf 1998:90ff; Beede 1994:135f). Menocal musste jedoch insbesondere am Lande gegen den Widerstand der Mehrheit regieren. Die USA stationierten daher präventiv bis 1922 Truppen auf der Insel.

1920 wurde der zu den Konservativen übergelaufene Liberale Alfredo Zayas Präsident. Das Ritual von Wahlbetrug und Nachwahlen kam erneut in Gang, die USA intervenierten durch die Entsendung von General Crowder als „persönli-

chem Repräsentanten des US-Präsidenten in besonderer Mission“ (Kopf 1998:157ff,168ff). Er sollte stabile Rahmenbedingungen für die (US-)Wirtschaft herstellen, was ihm durch wirtschaftspolitische Maßnahmen (Förderung von Banken und sogenannten „integrierten“ Zuckerproduzenten – Mühle und Raffinerie in einem –, beides von US-Kapital dominiert), durch ein „Moralisierungsprogramm“ (gegen Korruption und Verschwendung) und ein Sparprogramm (gegen die Pfründe der einheimischen Eliten) auch gelang. Die Kubaner setzten sich aber zur Wehr, und schon Ende 1922 wendete sich das Blatt (Kopf 1998: 196ff). Auch in Washington setzte sich dann langsam die Meinung durch, dass die Kubaner ihre Probleme selbst lösen sollten. Zayas sanierte in den folgenden beiden Jahren den Staat und seine Finanzen durch Beschränkung der Korruption auf ein „wirtschaftlich verträgliches Ausmaß“ (Kopf 1998:220ff). Die Wahlen vom November 1925, zu denen Zayas nicht mehr antrat, gewann der liberale Kandidat General Gerardo Machado überlegen.

„Wieder wechselten unzufriedene Splitterfraktionen hektisch von einer Partei zur anderen – wie eine Zeitung satirisch bemerkte – *„por consideracione\$ de politica de alto\$ vuelo\$“*. Aber auch das einfache Volk profitierte, indem es gegen Bezahlung in den Umzügen beider Parteien mitlief[...]“ (Kopf 1998:229).

Vom Machadato zur Batista-Diktatur

Präsident Machado errichtete in den Jahren seiner Herrschaft eine Militärdiktatur und einen Polizeistaat. Schon 1927 und 1928 modifizierte er eigenmächtig die Verfassung, speziell in den 1930er-Jahren ist er für Folterungen und politische Morde verantwortlich zu machen, ebenso für ausufernde persönliche Bereicherung. Das *Enmienda Platt* kam Machado dabei sogar entgegen, denn solange er Stabilität für US-Kapital und Sicherheit für US-Bürger garantierte, würden sich die USA aus der kubanischen Innenpolitik heraushalten. Doch der Vertrag war auch für die USA wegen der expliziten Interventionsverpflichtung längst eine Last geworden. 1933, eine Wirtschaftskrise hielt bereits einige Zeit an, verlängerte Machado verfassungswidrig seine Amtszeit. Das verstärkte die schweren inneren Unruhen, die die Stabilität des Regimes akut gefährdeten. Im Mai 1933 kam daher US-Botschafter Welles nach Kuba und legte Machado einen Forderungskatalog vor, der seinen Rücktritt beinhaltete, andernfalls würden die USA gegen ihn intervenieren. Im August folgte ein erster Militärputsch, und Machado verließ das Land. Eine neue Regierung unter dem nationalpopulistischen Präsidenten Ramón Grau San Martín erregte aber mit einem links-nationalistischen Kurs den Ärger der USA und so putschte General Fulgencio Batista mit freundlicher Billigung der USA. Im Januar 1934 verließ auch Martín das Land Richtung Mexiko (Leonard 1999:27f).

Batista zog sich aus den unmittelbaren Regierungsgeschäften bald wieder zurück und fungierte als „graue Eminenz“ hinter den verschiedenen ab 1934

gewählten Präsidenten, mit Welles wiederum in seinem Rücken. Soziale Unruhen wurden niedergeschlagen. 1934 wurde das *Enmienda Platt* durch einen zwischenstaatlichen Vertrag im Einvernehmen zwischen Kuba und den invasionsemüden USA außer Kraft gesetzt, nur Guantánamo blieb dem US-Militär als Hintertür. 1940 sorgte Batista dafür, dass eine neue, liberale kubanische Verfassung verabschiedet wurde und kandidierte selbst erfolgreich für die Präsidentschaft. Nach dieser „Legitimation“ führte er auch dank des Zuckerbooms im Zweiten Weltkrieg eine erfolgreiche und stabile Regierung des nationalen Zusammenhalts und wirtschaftlichen Aufschwungs. In diese Epoche fielen erste Sozial- und Arbeitsgesetze in Kuba. 1944 trat Batista nicht mehr zur Wahl an und akzeptierte, dass Grau San Martín als Kandidat der Opposition gewann. Doch die beiden folgenden Regierungen Martín und Prío (beide von der Partei *Auténticos*) waren durch Korruption und mafioses Banditentum geprägt. 1947 wurde deswegen von Eduardo Chibás die Partei *Ortodoxos* gegründet, die mit einem modernistischen, nationalen und sozialreformerischen Programm antrat und sofort großen Zulauf erhielt. 1952 stellten sich Batista, Roberto Agramonte (*Ortodoxos*) und Aurelio Hevia (*Auténticos*) der Präsidentschaftswahl, mit der sich einige Hoffnungen der reformistischen Kräfte auf Kuba verbanden, die vor allem mit Agramonte verknüpft wurden.

In Erwartung eines Wahlsieges der *Ortodoxos* verübte Batista am 10. März 1952 seinen zweiten Staatsstreich. Er gewährte Armee und Polizei zusätzliche Privilegien und mehr Geld, was ihm deren Loyalität und damit innenpolitische Stabilität sicherte. Außenpolitische Stabilität stellte sich noch im März ein, als die USA sein Regime anerkannten. Batista, mit ähnlichem Programm wie 1940, kündigte soziale Reformen und Wahlen für das nächste Jahr an. Die Versprechungen blieben aber leer und die Unterstützung verlief sich wieder. Sogar der Castro-Kritiker Pascal Fontaine muss zugestehen:

„Unter Batista verzeichnete die Insel einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung, doch verteilte sich der Reichtum sehr ungünstig. Insbesondere bestand ein großes Ungleichgewicht zwischen den benachteiligten ländlichen Gebieten und den Städten, die eine gute Infrastruktur aufwiesen und vom schnellen Geld der italo-amerikanisch geprägten Unterwelt dominiert waren [...]. Korruption und Geschäftemacherei waren Kennzeichen der Ära Batista [...].“ (Fontaine 1998:711)

Organisierter Widerstand formierte sich kaum, es blieb bei einzelnen Aktionen, die vor allem von Studenten und Veteranen des Aufstandes von 1933 durchgeführt wurden. Schon 1953 gab es Demonstrationen, Tote beim Überfall eines revolutionären Studentenkomitees auf den Präsidentenpalast, Folterungen und Schauprozesse, im Juli überfiel Castros Gruppe erfolglos die Moncada-Kaserne. Ende 1954 ließ Batista trotz dieser Probleme Wahlen abhalten, der General selbst war einziger Kandidat für das Präsidentenamt. Die Wahlbeteiligung betrug nur 50% (Thomas 1984:59ff), die Wahl legalisierte aber den Putsch. Im folgenden

Jahr sammelte sich die Opposition in der *Sociedad de Amigos de la República*, die eine folgenlose Großdemonstration abhielt. Batista ignorierte die Proteste einfach, denn die Wirtschaft florierte (7% Wirtschaftswachstum 1954) und es wurde eifrig gebaut – in erster Linie Spielkasinos und Bordelle.

2.2. Die Revolution

Der Vorlauf zur Revolution

In diesem Klima war um Fidel Castro eine „Bewegung“ entstanden, die am 26. Juli 1953 mit ungefähr 150 Frauen und Männern und damit zahlenmäßig weit unterlegen die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba angriff, die zweitgrößte des Landes (Thomas 1984:44ff,50ff). Nach deren Eroberung sollte ein sozial-reformerisches Manifest verkündet und die gesamte Insel in Aufstand versetzt werden. Der Angriff scheiterte, und viele der Rebellen wurden an Ort und Stelle getötet oder verhaftet, Castro selbst gelang die Flucht. Entscheidend dafür, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung den Aufführern zuneigte, war die überzogene Reaktion des Regimes: die meisten der verhafteten Rebellen wurden innerhalb von zwei Tagen exekutiert oder zu Tode gefoltert. Und außerdem: „Although the attack failed, its brazenness established Castro’s leadership of the Anti-Batista camp and reaffirmed armed struggle as the principal means of the opposition.“ (Leonard 1999:31)

Als Castro dann verhaftet wurde, war er bereits zu bekannt, um ihn einfach hinrichten zu können. Als Jurist war er in der Lage, sich selbst vor Gericht zu verteidigen, und hielt eine dramatische Rede („die Geschichte wird mich freisprechen“). Er verteidigte die Verfassung von 1940 darin vehement, forderte und versprach deren Wiedereinsetzung (Follath 1993:130f). Das Urteil lautete auf 15 Jahre Gefängnis, doch schon im Mai 1955 wurde er im Rahmen einer Amnestie freigelassen und ging bald darauf – nicht zuletzt wegen Mordgerüchten – mit einigen Anhängern nach Mexiko ins Exil. Sie und in Kuba zurückgebliebene Sympathisanten bildeten die „Bewegung des 26. Juli“, eine nun von den *Ortodoxos* unabhängige oppositionelle Gruppe (vgl. Jakob 1992:21ff). Im PRI-dominierten Mexiko herrschte damals ein offeneres politisches Klima, das Castros Zielen entgegen kam. Er agitierte von dort aus gegen Batista und organisierte eine Guerillausbildung für seine Anhänger, Ende 1955 begegnete er dort erstmals Ernesto (Ché) Guevara. Doch betrachtete ihn auch das offizielle Mexiko argwöhnisch und es kam zu Razzien und Verhaftungen. Zuletzt wurde Castro ein Ultimatum gestellt und er verließ das Land daher am 25. November 1956 mit etwa 80 Anhängern an Bord der legendären „Granma“ in Richtung Kuba (Thomas 1984:74ff).

Die materielle Ungleichheit dort war unverändert groß. So verfügte die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur über 10,8% der Einkommen, das reichste

Zwanzigstel jedoch über 26,5%. 1958 befanden sich außerdem 47,7% des Zuckerrohrlandes, 36,7% der Zuckerproduktion, 30% der Banken, 50% der öffentlichen Eisenbahnen, 66% der Erdölraffinerien, 90% der Telephon- und Elektrizitätsgesellschaften und 90% der Bergbaubetriebe unter der Kontrolle von US-Kapital (Stahl 1995:482). Obwohl man nicht verschweigen darf, dass diesem Besitz zumeist entsprechende Investitionen vorausgegangen waren, gedieh der Widerstand gegen das verhasste Regime auf diesem Boden besonders gut. Und alle – Castros Bewegung, *Ortodoxos* und *Auténticos*, Ex-Präsident Prío, Teile der Armee, zahlreiche voneinander unabhängige revolutionäre Zellen – hatten ein Ziel: den Sturz Batistas.

Fidel Castro

Fidel Castro wurde am 13. August 1926 (vielleicht auch 1925 oder 1927) als Sohn von Angel Castro und Lina Ruz Gonzáles geboren (Thomas 1984:29ff; Follath 1993:124ff). Sein Vater war 1895 mit der spanischen Armee nach Kuba gekommen und arbeitete nach dem Krieg bei der Eisenbahn, in Minen und für die *United Fruit Company*. Von ihr erhielt er Land, errichtete eine Zuckerfarm und brachte es schließlich zu einigem Wohlstand. Seine Mutter war Köchin im Hause seines Vaters und Fidel kam noch unehelich zur Welt, ehe sein Vater seine Mutter zur zweiten Frau nahm. Er war das älteste von sieben Kindern und es wird überliefert, dass er ein eifriger Schüler und guter Sportler war, und auch, dass er immer schon ein Starrkopf gewesen sei. Nach dem Besuch einer strengen Jesuitenschule in La Habana ging Fidel ab 1945 zur Universität, wo er sich auch politisch betätigte – was damals hieß, sich einer bewaffneten Bande anzuschließen. Er beteiligte sich an den Aktionen verschiedener Gruppen, man sagt ihm auch die Beteiligung an einem Mord nach. 1948 war er an Störungen der panamerikanischen Konferenz in Kolumbien beteiligt.

Zugleich baute er sich eine bürgerliche Existenz auf. 1948 heiratete er (mit Hochzeitsreise ausgerechnet in die USA; die Scheidung erfolgte nach seiner Verurteilung wegen Moncada), 1950 promovierte er zum Doktor der Rechtswissenschaften. Schließlich arbeitete er ernsthaft an einer politischen Karriere und kandidierte 1952 für den linken Flügel der *Ortodoxos* mit guten Chancen für einen Sitz im Parlament. Als Batista putschte, sah Castro in ihm einen Verräter am kubanischen Volk und an der Verfassung. Er setzte sich an die Spitze einer Gruppe, eröffnete mit ihr den bewaffneten Kampf, entwickelte danach immer radikalere politische Positionen, scharte in Mexiko auch neue Anhänger um sich und kehrte mit dem festen Willen und der unerschütterlichen Gewissheit, Batista zu stürzen und stürzen zu können, in seine Heimat zurück.

Schon während seiner Abwesenheit hatten permanente Anschläge der Opposition in Kuba das Regime destabilisiert. Seine Rückkehr wurde aber zum Misserfolg: vom Kurs abgekommen, an der falschen Stelle gelandet, vom Militär

überrascht und in den Vorbergen zerstreut, reduzierte sich die Truppe auf nur noch wenige schlecht bewaffnete Guerilleros (verschiedenen Quellen zufolge zwischen 11 und 18). Mit diesem Häuflein befand sich Castro in der Sierra Maestra im äußersten Südosten der Insel. Dass von dort der letztlich erfolgreiche Umsturz ausgehen würde, war schon damals kaum zu glauben, ja das Regime feierte sogar etwas voreilig Castros Tod. Im Februar 1957 führte Herbert Matthews von der *New York Times* ein für Batista peinliches Interview mit dem Rebellenführer in der Sierra. Es blamierte das Regime und seine erfolglosen Bemühungen, Castro auszüräuchern und machte ihn zudem über Nacht weltberühmt. Sein propagandistisches und taktisches Geschick zeigten sich aber noch kaum in einer politischen Linie und zu den Kommunisten hatte er bis dahin keinerlei Beziehung.

Verlauf und Sieg der Revolution

Auch andere Gruppen sorgten in Kuba für Unruhe, teils durch Terror, teils durch Invasionen ähnlich der Castros, der inzwischen in der Sierra ein „freies Kuba“ proklamiert hatte. Am 13. März etwa überfiel eine Abteilung des *Directorio Revolucionario* den Präsidentenpalast (Thomas 1984:103ff). Diese Attacke nahm einen ähnlichen Verlauf und hatte ähnliche Wirkung wie der Sturm auf Moncada. Auch diesmal verfuhr das Regime ausnehmend grausam mit den Aufführern. Castro selbst distanzierte sich vom erfolglosen Palaststurm und baute in den Bergen eine schlagfertige Truppe auf, die von den dort in ärmlichsten Verhältnissen lebenden Bauern unterstützt wurde. Insbesondere die Willkür der Großgrundbesitzer, die es immer wieder zu verhindern wussten (und sei es durch Mord), dass einer der Landarbeiter eigenes Land erwerben konnte, war für sie drückend. Die Rebellen, selbst fast alle Stadtbewohner, kamen so erstmals in Kontakt mit den wirklichen Problemen der einfachen Landbevölkerung.

Castro schaltete 1957 kleinere Kasernen und Posten rund um die Sierra aus und verschaffte sich so Bewegungsfreiheit. In den Städten verschärfte sich die Unruhen und Störaktionen, es kam auch zu Streiks. Batista kündigte in diesem Klima Präsidentschaftswahlen für Juni 1958 an, mit Andrés Rivero Agüero als seinem Kandidaten. Vertreter der Opposition bekundeten ihre Bereitschaft, sich aufstellen zu lassen, selbst Castro wurde eingeladen, lehnte aber ab. Er hatte bereits zuvor den Richter Manuel Urrutia als Übergangspräsidenten für die Zeit *nach* der Revolution ins Spiel gebracht. Castro war damit mittels Fundamentalopposition eindeutig zum entscheidenden Widerpart Batistas geworden. Dies ist um so erstaunlicher, wenn man seine Truppenstärke von nur etwa 100 oder 120 Mann unter direktem Befehl und noch einmal vielleicht 100 unter Almeida und seinem Bruder Raúl vergegenwärtigt, zu denen allerdings einige Tausend Anhänger „in der Ebene“ (also in den Städten) kamen, die in der Revolution erheblich mehr Opfer zu beklagen hatten als die kämpfenden Rebellen (Horowitz 1995:13ff; Thomas 1984:142f,417).

„Die Bedeutung des ‚Bürgerlichen Widerstandes‘ ist kaum zu überschätzen. Es gelang ihm, bedeutende Kräfte des Regimes zu binden. Auf diese Weise wurde auch die Absicht der Regierung durchkreuzt, Castros Aktivitäten in der Sierra herunterzuspielen.“ (Thomas 1984:180)

Die Gewaltbereitschaft des Regimes brachte zunehmend auch die USA gegen Batista auf. Im März 1958 wurde die Verschiffung von 2.000 Gewehren verboten, was einem Waffenembargo gleichkam. Castro richtete zugleich Aufrufe an Beamte, Militär und Bevölkerung zum zivilen Ungehorsam (Steuerverweigerung), die auch zur Erosion der Gefolgschaft Batistas beitrugen. Am 9. April 1958 organisierte die Bewegung einen Generalstreik, den aber die Kommunisten nicht unterstützten und der daher nicht besonders erfolgreich war. Dennoch wuchs die materielle und die ideelle Unterstützung für die Revolution, während die Moral der Armee verfiel. Eine Offensive gegen Castro im Sommer 1958 scheiterte daher (Thomas 1984:148ff). Vertreter der Opposition trafen sich in Caracas (Venezuela) und bildeten am 20. Juli eine tragfähige Union gegen Batista. Sie ernannten dabei auch bereits eine Übergangsregierung, der unter anderem Urrutia als Präsident und Castro als Armeechef angehörten.

Castro schaltete und waltete in der Sierra bereits nach Belieben, kontrollierte den Großteil des Südostens, erließ Gesetze (als erstes eine radikale Landreform) und vergab Posten und Privilegien. Durch die Entsendung von Guevara nach Zentralkuba wurde auch der militärische Sieg der Revolution gesichert. Bis Mitte Dezember wurde der Osten vom Westen der Insel abgeschnitten, am 23. Dezember ergab sich mit Sancti Spiritu in Zentralkuba die erste Großstadt den Rebellen. In der Silvesternacht des Jahres 1958 floh Präsident Batista mit seiner Familie, einigen Freunden und hochrangigen Anhängern per Flugzeug aus dem Land. Auch die Regierung und andere Repräsentanten des Regimes verließen noch Anfang Jänner Kuba (Fontaine 1998:712; Horowitz 1995:3ff; Thomas 1984:164ff), während La Habana die Rebellen und die Einsetzung einer neuen Regierung erwartete.

Der eigentliche Umsturz verlief weitestgehend unblutig, Guevara zog in der Nacht des 2. Jänner in der Hauptstadt ein und übernahm die Ordnungsgewalt. Santiago de Cuba war schon am Tag zuvor an Fidel Castro übergeben worden. Die USA anerkannten das neue Regime bereits am 7. Jänner 1959, weitere Staaten folgten. Es erwies sich anfangs als das größere Problem, die fragile innenpolitische Integrität der Revolution zu bewahren. Verschiedene Gruppen, bisher vor allem durch den gemeinsamen Feind Batista geeint, verlangten nach Regierungsbeteiligung, dazu kam der Druck der USA, die in Kuba gerne ein US-freundliches Regime an der Macht gesehen hätten. Die Führer der alten Parteien (Liberale, *Auténticos*, *Ortodoxos*) hatten teilweise mit Batista kollaboriert und waren daher schwer angeschlagen. Nur die Kommunisten waren in dieser Hinsicht unbeschädigt, nicht zuletzt deshalb erlangten sie wohl 1959/60 zunehmend Bedeutung. Denn obwohl der Regierungskurs nach links tendierte, war die

postrevolutionäre kubanische Regierung keineswegs kommunistisch, sondern ein Sammelsurium verschiedenster Kräfte. Neben Revolutionären stammten die meisten ihrer Mitglieder aus dem bürgerlichen Lager, viele davon hätten auch bei einem Wahlsieg der *Ortodoxos* 1952 ein Regierungsamt übernehmen können (vgl. zur Zusammensetzung Thomas 1984:236ff). Castro selbst war als Armeechef „außerordentliches“ Mitglied, sein Einfluss kann aber kaum überschätzt werden. Da Castro seit 1952 die Abschaffung von Wahlen mehrfach versprochen hatte, rechnete man nun innerhalb von zwei Jahren damit. Bis dahin wurde auf dem Verordnungsweg regiert. Castro fühlte sich auch als Garant dafür, dass dieser Umsturz nicht wie manche vor ihm zum System der Korruption, persönlichen Bereicherung der Mächtigen und Vetternwirtschaft unter Austausch mancher Köpfe zurückkehren würde. Er wollte eine permanente Revolution des gesamten Volkes inszenieren, seine personalisierte Politik brauchte auch den revolutionären Esprit (vgl. auch Castro, zitiert in Pagés 1992:38ff). „Die einzige Möglichkeit, so etwas wie eine permanente Rebellion zu installieren, war die Fortsetzung des Kampfes gegen einen neuen Gegner. Batistas langjährige Freunde, die USA, boten sich da geradezu an. Der Kampf gegen sie ermöglichten ihm [Castro] nicht nur, weiterhin als Rebellenführer zu posieren, der von Feinden umgeben ist. Vielmehr ließen sich auf diese Weise – durch Ausspielen des Nationalismus – auch nationale Differenzen kitten.“ (Thomas 1984:234)

Erste Maßnahmen der neuen Regierung waren ein Glücksspielverbot, eine Senkung der Mieten, Strom- und Telephontarife, eine Lohnerhöhung, eine Wohnbauoffensive, zollpolitische Maßnahmen sowie Diskussionen über eine Landreform und ein Industrialisierungsprogramm. Es ereigneten sich aber auch Säuberungskampagnen: in Verwaltung, Justiz, Armee, Polizei, an den Schulen, überall wurden Anhänger Batistas entfernt. Noch radikaler ging man an die Bestrafung von „Kriegsverbrechen“ (meist Folterungen oder Morde in den Hinterzimmern der Polizeireviere). Man kann angesichts der Prozessführung sicherlich nicht von fairen Verfahren sprechen, sie fanden teilweise in Fußballstadien statt (vgl. Thomas 1984:240ff,250f). In den ersten Monaten wurden etwa 600 Anhänger des alten Regimes nach Schauprozessen hingerichtet, es kam dabei auch zu Willkürakten (Fontaine 1998:712; Thomas 1984:241,260f). Zumindest in dieser Hinsicht unterschied sich das neue Regime kaum von Batistas Politik.

2.3. Postrevolutionäres politisches System im Wandel

Die Transformation der Revolution in eine sozialistische

Die Revolution trat an, um die Abhängigkeit von den USA zu durchbrechen und Kuba unter fairen Bedingungen in den Weltmarkt zu integrieren (damit war durchaus der kapitalistische gemeint), sowie soziale Differenzen, Stadt-Land-Gefälle und die Geringschätzung körperlicher Arbeit durch Umverteilung und

politische Programme auszugleichen. Bevor man daran denken konnte, musste sich aber das Regime konsolidieren. Schon am 15. Februar trat ein enttäuschter Ministerpräsident Miró Cardona zurück, Castro folgte ihm in dieser Funktion nach. Mit ein Grund dafür war die Verabschiedung eines „Grundgesetzes der Republik“ vom 7. Februar, mit dem entgegen allen Ankündigungen die Verfassung von 1940 außer Kraft gesetzt wurde. Innerhalb von Monaten wurde der Einfluss der Liberalen und Demokraten zurückgedrängt, viele von ihnen traten zurück, verließen das Land und gingen in die Opposition oder den Untergrund, ebenso wie kritische Journalisten (Fontaine 1998:713ff). Auch Castros engere Mitstreiter waren betroffen und die Justiz verlor ihre eben gewonnene Unabhängigkeit wieder.

Castros Revolution war im Ansatz bürgerlich mit starken sozialreformerischen Elementen, eine Verschärfung dieses Kurses wurde am 17. Mai 1959 mit einer nationalen Landreform auf Initiative Castros eingeleitet – unmittelbar nach einem Besuch in den USA, bei dem er zwar auf viel Interesse der Öffentlichkeit gestoßen, von Präsident Eisenhower aber ignoriert worden war. Die Enteignungen im Rahmen der Landreform wurden mit Schuldverschreibungen 30 Jahren Laufzeit vergütet, die USA äußerten darüber „Besorgnis“ und forderten für US-Besitz eine sofortige Barabläse. In dieser Landreform ging es aber nicht nur um die Verteilung, sondern auch um die Verwaltung des Großgrundbesitzes, die durch die Gründung von Kooperativen unter dem Dach des INRA (*Instituto Nacional de la Reforma Agraria*) nunmehr staatlich statt privat erfolgen sollte (Jakob 1992:36ff). Die auf Latifundien basierende Agrarstruktur wurde durch sie also nicht verändert, da sie aber oft willkürlich durchgeführt wurde, verschreckte die Landreform sowohl die USA als auch die heimischen Agrarkapitalisten. Gemäßigte Kräfte waren für die Rücknahme der Reform im Hinblick auf gute Beziehungen zu den USA. Das kam für Castro aber nicht in Frage, deshalb begrüßte und förderte er eine Ablöse der Liberalen. Sie traten einer nach dem anderen zurück, Staatspräsident Urrutia im Juli, Nationalbankpräsident Pazos und andere im November. „[...] Ihr] Rücktritt – wenn sie auch nicht alle Kuba verließen – bedeutete das Verschwinden des liberalen Flügels der Revolution, der echten Reformer, die auch in Washington respektiert worden waren.“ (Thomas 1984:291) Fidelistas und Kommunisten übernahmen die freien Stellen.

Es wurde zudem – bewusst oder unbewusst – die Trennung zwischen der revolutionären Avantgarde und der Bevölkerung vollzogen, denn der Zugang zu Ämtern hing stark davon ab, wie aktiv man während der Revolution gewesen war (Packenham 1995:160ff; Stahl 1993:74ff). Sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen, bedeutete ein persönliches Risiko. So schwebten viele aus dem konservativen, demokratischen oder liberalen Lager in der Gefahr, verhaftet, inhaftiert und für Jahre ins Gefängnis geworfen, im schlimmsten Fall sogar erschossen zu werden. Castro hingegen präsentierte sich als *der* Garant für ein demokratisches, revolutionäres Kuba. Er hatte die Zügel fest in der Hand und konnte Kontrahenten gegeneinander ausspielen, indem er z.B. die Gemäßigten

durch antiamerikanische Maßnahmen kompromittierte und zugleich die Machtzunahme der Kommunisten innen- wie außenpolitisch als Bedrohungsbild instrumentalisierte. Auch die neue Geheimpolizei war bereits gefürchtet und die Revolution begann, ihre Kinder zu fressen (vgl. Thomas 1984:295f). Destabilisierungsversuche der Exilkubaner aus den USA förderten dafür die Tendenz zum nationalen Schulterschluss und damit die Annäherung an die in der Arbeiterschaft mächtigen kubanischen Kommunisten.

Im März explodierte ein französisches Schiff mit einer Waffenlieferung an Bord im Hafen von La Habana. Die USA wurden von Kuba dafür verantwortlich gemacht. Das letzte liberale Kabinettsmitglied, Finanzminister Fresqué, trat zurück, die USA begannen mit der offiziellen Unterstützung der Exilkubaner. Oppositionelle in Kuba wurden immer unnachgiebiger verfolgt, die freie Presse, Radio und TV „verstaatlicht“, Gewerkschaften zugunsten des kommunistisch kontrollierten Arbeitsministeriums entmachteter, Universitäten gesäubert (Thomas 1984:315f). Hohe kubanische Funktionäre reisten in die führenden sozialistischen Staaten, am 7. Mai 1960 wurden diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen.

Ende Juni enteignete die Regierung Texaco, Shell und Esso, die sich geweigert hatten, sowjetisches Öl zu verarbeiten. Anfang Juli reduzierten die USA daher ihre Zuckerquote um mehr als ein Viertel (die Sowjetunion kompensierte). Kuba enteignete als Vergeltung zuerst Zuckerfabriken in US-Besitz, auf eine fast völlige Verstaatlichung der Wirtschaft im August reagierte die USA mit einem (fast) totalen Ausfuhrverbot. Die US-Importe waren durch Zölle und den preisgünstigen Verkauf kubanischer Waren in staatlichen Läden aber ohnehin bereits stark zurückgegangen. Kuba war in den USA zum Wahlkampfthema geworden, noch im Oktober 1960 verließ US-Botschafter Bonsal Kuba, die diplomatischen Beziehungen wurden im Jänner 1961 nach kubanischen Provokationen abgebrochen (vgl. Piok 2000:16ff). Eine weitere Verschärfung der gegenseitigen Feindseligkeiten ereignete sich im April 1961 mit der Invasion in der Schweinebucht. Castro erklärte kurz zuvor erstmals öffentlich, vor allem an die USA gerichtet: „Das ist es, was sie uns nicht verzeihen können – dass wir hier ... direkt unter ihrer Nase eine sozialistische Revolution gemacht haben.“ Und: „Kameraden, Arbeiter und Bauern, hier ist die sozialistische und demokratische Revolution der Erniedrigten mit den Erniedrigten für die Erniedrigten [...]“ (Castro, zitiert in Thomas 1984:337, 362) Zwei Wochen später, am 1. Mai 1961, wurde Kuba feierlich zum sozialistischen Staat erklärt, Wahlen würde es nicht mehr geben, weil die Revolution der direkte Ausdruck des Volkswillens sei. Mit den Idealen aus der Zeit von Moncada hat Castro mit diesem endgültigen Abschied von der Verfassung von 1940 gebrochen.

Das politische System war im wahrsten Sinne des Wortes auf Castro zugespitzt, die Kommunistische Partei benutzte er als Apparat und Bürokratie, politische Gegner waren zermürbt und ausgeschaltet worden. Die Sowjetunion

lieferte Waffen, sicherte für 1962 den Kauf von 2,7 Millionen Tonnen Zucker zu Vorzugspreisen zu und steigerte die Quote für 1963 auf fast das Doppelte. Im Mai 1962 wurde ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen, die Beziehungen zu den Staaten Osteuropas (DDR, CSSR) wurden weiter vertieft, wie auch die Beziehungen zu China trotz Spannungen zwischen Moskau und Peking freundlich blieben. Kubas Mitgliedschaft in der OAS (*Organisation of American States*) wurde hingegen auf Betreiben der USA suspendiert.

Trotz dieser Entwicklungen gab es 1961 noch wenig ideologische Übereinstimmung zwischen Castro und den Kommunisten, die mittlerweile einige Schlüsselpositionen im Staat besetzt hielten. Der Weg war zwar vorgezeichnet, aber dennoch: „Ob nun dieser Regierung zutreffend das Etikett ‚kommunistisch‘ umgehängt werden konnte oder nicht – ihre Leistungen garantierten ihr auch ohne das bezwingende Rednertalent Castros die Unterstützung der großen Mehrheit der Kubaner. Die Schattenseiten des Regimes – seine Militanz und der ständige Zwang zum Konformismus – beunruhigten überraschend wenige.“ (Thomas 1984:353; vgl. zur Militarisierung der Gesellschaft Packenham 1995:165f) Nach dem Sieg in der Schweinebucht ersetzten Kommunisten viele der zwischenzeitlich aufgestiegenen Fidelistas in der Führung. Noch 1961 wurden Kaderschulen der ORI (*Organizaciones Revolucionarias Integradas*) gegründet, in denen die Bewegung des 26. Juli, die Kommunisten, einige Jugendbewegungen und das Revolutionsdirektorium vereinigt wurden, bald entstand auch eine Einheitsgewerkschaft.

Ökonomie, Politik und Repression im Planungsstaat Kuba

Kuba war insbesondere bei Deviseneinnahmen vom auf niedrigem technischen Niveau produzierten Zucker und von den USA als Handelspartner vital abhängig. Die Industrie baute ausschließlich darauf auf, wohingegen praktisch alle Kapital- und Produktionsgüter, Konsum- und Luxusgüter und viele Güter des täglichen Bedarfs importiert werden mussten. Dazu kam ein Stadt-Land-Gefälle im Einkommen, beim Lebensstandard und der Ressourcenverteilung (75% der industriellen Produktion außer Zucker entfielen auf La Habana). Die Arbeitslosigkeit war hoch und lag selbst zur Erntezeit um 10%. Die neue Regierung trat an, diese Zustände zu verändern, hat die Wirtschaft allerdings in der Folge den egalitären sozialen und politischen Zielen untergeordnet (Göthner 1993:119).

Die erste Maßnahme gegen diese Deformation war die bereits erwähnte Verstaatlichung der Wirtschaft und die Kollektivierung. Zudem wurden die Anbauflächen ausgeweitet. Doch wurde nicht nur Brachland urbar gemacht, sondern im Diversifizierungswahn auch gutes Zuckerrohrland mit anderen Gütern ineffizient bebaut (Thomas 1984:343ff). Folge war ein allgemeiner Rückgang in der Produktion. Zwischen dem Höhepunkt 1960 und dem Tiefpunkt 1963 reduzierte sich die Produktion von Zucker und Reis jeweils um ein Drittel

und von Mais um mehr als die Hälfte. Als die Erträge sanken, begann am 19. März 1962 die Rationierung durch die *Libretta*. Lediglich die Produktion von Exportgütern (Zitrusfrüchte, Tabak, nicht aber Kaffee) stieg an (Jakob 1992:78). Im Februar 1961 wurde ein Industrieministerium unter Guevara zur Verwaltung der übernommenen Betriebe gegründet, er entwickelte auf der Basis autozentrierter Diversifikation ein Industrialisierungsprogramm für den ersten Fünfjahresplan. Die technische Ausstattung der Fabriken musste aber ebenso wie die Importquellen von West auf Ost umgestellt werden. Die ständige Invasionsdrohung aus den USA erhöhte zwar in dieser Phase die Leidensbereitschaft, trotzdem kam es zu ersten Protesten in der Öffentlichkeit und zur Premiere des später oft gebrauchten Arguments: die Hauptschuld auch an den inneren Problemen trägt die Blockadepolitik der USA.

Die Landreform war ein sozialer Erfolg, da das INRA „Volksgeschäfte“, Krankenhäuser, Schulen und Wohnungen baute. Im „Jahr der Bildung“ 1961 starteten Alphabetisierungs- und Kulturprogramme, die freilich durch konformistische Erziehung auch die revolutionäre Basis verbreitern sollten. Der Revolutionsregierung gelang auch innerhalb der ersten Jahre eine Angleichung der Einkommen (1962 erreichte der Einkommensanteil der ärmeren Hälfte 24%), eine Senkung der Arbeitslosigkeit um zwei Drittel, die Einrichtung einer umfassenden Sozialversicherung, der Sieg über den Hunger, Mietsenkungen insbesondere für Bedürftige, eine Verbesserung der Energieversorgung und eine Steigerung des Frauenanteils an der Erwerbsbevölkerung (schließlich auf fast 40% in den 1970er-Jahren) (Göthner 1993:127ff). Gesundheits- und Bildungssystem wurden flächendeckend und gratis aufgebaut, daher genügten Ausbildungsstand und medizinische Versorgung bald sogar europäischen Standards. Dazu kam eine gezielte Raumordnungspolitik zur Förderung der ländlichen Gebiete (vgl. Sevilla/Rode 1993:241ff).

Das politische System war aber noch nicht institutionalisiert. Zwar hatte die Regierung legislative und exekutive Kompetenzen, faktisch war Castro als „Revolutionsführer“ aber mit absoluter Macht ausgestattet. Sein Charisma und die Unterstützung durch die Massen bildeten deren Basis. 1960 setzte er die Gewaltenteilung außer Kraft, als er die Unabsetzbarkeit der Richter aufhob – ähnlich wie unter Machado und Batista geschehen. „Das alte Rechtssystem zerfiel wie ein morscher Baum. Mit Unbehagen beobachteten die Richter die Zunahme willkürlicher Verhaftungen, die langjährigen Strafen und die politischen Prozesse, denen alle Gegner des Regimes unterworfen wurden. [...] Das Recht wurde politisiert. In der Mehrzahl der Kriminalfälle hatten die Leistungen des Angeklagten für die Revolution entscheidenden Einfluss auf die Strafzumessung.“ (Thomas 1984:356) Das System war geprägt durch stundenlange öffentliche Reden Castros vor Zehntausenden Zuhörern, durch seiner Ansicht nach „direkte Demokratie“. Die paternalistische Beziehung zwischen Regierung und Bevölkerung „wurde aber auch danach nicht formalisiert und geordnet, sondern

drückte sich weiterhin mehr in einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung aus [...]“ (Burchardt 1996:172). Das politische System in den 1960er-Jahren entsprach daher einer Pyramide, die aus Castro selbst, *seiner* Regierung, dem Zentralkomitee der Einheitspartei PCC (*Partida Comunista de Cuba*, gegründet 1965), dem Parteiapparat und schließlich der Basis bestand. An Korrekturen fehlte es völlig. „Die in diesem System verankerte Monopolisierung der Macht führte zur Herausbildung einer bürokratischen Führungsschicht, die sich verstärkt autoritärer Herrschaftsmethoden bediente und sich zur neuen herrschenden Klasse zu verselbständigen begann.“ (Stahl 1993:79)

Der militärische Nachrichtendienst und die Komitees zur Verteidigung der Revolution als ziviler Zweig der Miliz waren bald nach der Revolution organisiert worden (Horowitz 1995:489ff). Pascal Fontaine gibt die Zahl der in den 1960er-Jahren Ermordeten mit 7.000 bis 10.000 an, die Zahl der politischen Häftlinge mit 30.000 (Fontaine 1998:720). Zwischen 1964 und 1967 bestanden auf Kuba Arbeitslager für „Abweichler“, die erst nach internationalen Protesten aufgelöst wurden. Doch blieb die Zwangsarbeit für politische Häftlinge an der Tagesordnung (Fontaine 1998:720ff). Auch Hugh Thomas verweist oft auf die schlechten Haftbedingungen in den frühen 1960er-Jahren, die teils bis heute herrschen. Die Zahl der politischen Morde und Todesurteile ist in Kuba zwar seither zurückgegangen, politische Haft, Misshandlungen und Einschüchterungen von Oppositionellen sind aber bis heute verbreitet.

Die Wirtschaftspolitik verfolgte keine einheitliche Linie, was den Wunsch wirtschaftlicher Emanzipation reflektiert und die Probleme, die damit verbunden waren. Daher kam es Anfang der 1960er-Jahre zur „Planungsdebatte“ zwischen Industrieminister Guevara und Außenhandelsminister Mora. Während Mora das „System wirtschaftlicher Rechnungsführung“ mit autonom agierenden Unternehmen propagierte, befürwortete Guevara das „System der Budgetfinanzierung“ (Jakob 1992:109ff; Niess 1993:68f) und setzte sich damit nicht zuletzt wegen seiner revolutionären Verdienste durch. Er hoffte durch die „Vergesellschaftung“ der Wirtschaft der Entwicklung eines „neuen“ Menschen Vorschub zu leisten. Ziel war die Mobilisierung der Bevölkerung zu freiwilliger Arbeit für das Gemeinwohl ohne materielle Leistungsanreize. Man wandte sich aber auch wieder der Nutzung komparativer Kostenvorteile bei der Produktion von Zucker als Leitsektor zu. 1970 wurde daher ein Vorhaben verkündet, auf das alle Ressourcen konzentriert wurden: die *Gran Zafra*. Die Revolutionsführung plante, mittels einer Zuckerernte von 10 Millionen Tonnen ihren „großen Sprung vorwärts“ zu vollbringen. Das Unternehmen schlug aber fehl, und das weniger deshalb, weil „nur“ ein bis heute unerreichter Rekord von 8,5 Millionen Tonnen geerntet wurde, sondern weil die auf dieses Projekt ver(sch)wendeten Energien an anderer Stelle fehlten (Burchardt 1996:17f). Das traumatische Erlebnis des Scheiterns ließ die revolutionäre Energie schwinden und die Wirtschaft erlebte eine Rezession. *Ausentismo* (Fernbleiben vom Arbeitsplatz) wurde zum verbreit-

teten Phänomen. In den folgenden Jahren verschärfte sich die Krise und damit das politische Klima, selbst Kritik auf der Basis des sozialistischen Systems wurde wieder als konterrevolutionär verfolgt (Burchardt 1996:20).

Der Niedergang leitete eine weitere Umorientierung ein. In einer Selbstkritik schwor Castro 1970 der Unterstützung revolutionärer Bewegungen in Lateinamerika und der bisherigen Wirtschaftsstrategie ab (beides auch aus finanziellen Gründen und auf Druck der Sowjetunion). Die Diversifizierungsstrategie wurde durch den Eintritt in die sozialistische weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ersetzt, für die Kuba vor allem Zucker, Nickel und Zitrusfrüchte im Austausch gegen Treibstoff, Kapitalgüter und Nahrungsmittel beitrug. 1972 erfolgte der Beitritt Kubas zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). „Das ökonomische Embargo der USA, das auch lateinamerikanische und andere westliche Industrieländer lange Zeit von intensiveren Wirtschaftskontakten abhielt, und der im vollen Gange befindliche Kalte Krieg zwangen Kuba, sich bei Strafe des Untergangs politisch und ökonomisch für eines der beiden Lager zu entscheiden.“ (Göthner 1993:121). Diese letztlich politische Entscheidung fiel zu Gunsten der sozialistischen Welt. Die geopolitische Konstellation Anfang der 1960er-Jahre hat Kuba die Diversifizierung der Außenhandelsstruktur de facto verunmöglicht. Kuba ersetzte nach einem Jahrzehnt des Experimentierens die vitale Abhängigkeit von den USA durch eine ebenso vitale von der Sowjetunion. 85% des Außenhandels wurden nun mit den RGW-Staaten abgewickelt (der Rest auf dem Weltmarkt), davon allein etwa 70% mit der Sowjetunion (Stahl 1995:495). Die Produktionsstruktur des Landes wurde an die Bedürfnisse der Handelspartner angepasst, was noch dadurch verstärkt wurde, dass Preise weit über Weltmarktniveau bezahlt wurden (in der Regel das zwei- bis vierfache). Jeder Anreiz zur Diversifizierung war damit beseitigt. Zwar zahlte auch Kuba überhöhte Preise, doch neben direkter sowjetischer Wirtschaftshilfe und Entwicklungskrediten wurden auch beträchtliche Einnahmen aus dem „Reexport“ von nicht benötigtem Erdöl lukriert (Mesa-Lago 1993:200f).

Am Ende dieser Jahre standen zwei Umbrüche: die Verfassungsreform von 1976 (damit eine politische Institutionalisierung) und die Wirtschaftsreform von 1977 (damit eine Wende zum staatssozialistischen Modell der staatlichen Planung und Leitung). Die neue Verfassung machte Kuba zum formell föderalistischen Staat mit Gemeinde- und Provinzparlamenten neben der *Asemblea Nacional* (Nationalversammlung). Praktisch aber fungierten die regionalen Parlamente nur als ausführende Organe der Beschlüsse der Nationalversammlung als alleiniger legislativer und verfassungsgebender Gewalt, und die Nationalversammlung war wiederum faktisch dem formell von ihr gewählten Staatsrat untergeordnet. Über allem stand weiterhin Fidel Castro, der seit 1976 Staats- und Ministerpräsident sowie Armeechef ist (nur letzteren Posten gab er inzwischen an seinen Bruder Raúl ab), und überdies das Recht hatte, mehrere Ministerämter auszuüben, was aber in Lateinamerika auch sonst üblich war. Außerdem verfügen die

Personen, die in Staats- und Ministerrat oft in Personalunion Schlüsselpositionen einnehmen, in aller Regel über hohe Parteiämter (Jakob 1992:139ff; Stahl 1993:83ff). Diese Strukturen bestanden auch lokal, wo Exekutivausschüsse die Parlamente dominierten. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene lähmen das System zusätzlich, obwohl sie fast sicher zugunsten der jeweils höheren Ebene entschieden werden.

Für die Wahlen wurde ein freies, gleiches und geheimes Stimmrecht für alle Bürger ab 16 Jahren eingeführt. Während die Wahlen zu den lokalen Parlamenten über Einerwahlkreise mit mehreren Kandidaten nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht erfolgten, wurden die übrigen Parlamente indirekt durch mittels Wahlkommissionen erstellte Kandidatenlisten gewählt. Während auf lokaler Ebene die Fluktuation an Abgeordneten relativ groß war, reproduzierte der Wahlmodus für höhere Gremien permanent die politische Elite. Fast alle Mitglieder der *Asemblea Nacional* waren daher auch Mitglieder der PCC, etwa die Hälfte übte führende Positionen in Staat, Verwaltung oder Partei aus (Stahl 1993:92ff; das unterscheidet sie aber wenig von europäischen Parlamenten). Die PCC gab sich 1976 erstmals Statut, Programm und den gesellschaftlichen Führungsanspruch, den sie über Kandidatenlisten, Ernennungsbefugnisse und Konsultationsmechanismen sichert. Pyramidenförmige Organisation, striktes Fraktionsverbot und ihre Struktur als Kaderpartei sind typisch für sozialistische Systeme. Aber entgegen „ihres Anspruchs, Interessenvertreterin der Arbeiter und Bauern zu sein, hat sich die PCC zur Interessenvertreterin der herrschenden Staatsbürokratie selbst entwickelt. [...]“ (Stahl 1993:89f) Das gilt zweifellos bis heute.

Zentrale Elemente der zeitgleich eingeleiteten Wirtschaftsreform waren materielle Arbeitsanreize, wirtschaftliche Rechnungsführung und eine Dezentralisierung der Planung, die Ära des „neuen Menschen“ war vorbei. Trotz guter Wachstumsraten blieben Widersprüche: „Dieses System, das auf Festpreisen und einer Entscheidungsdezentralisierung beruhen sollte, führte wegen der bürokratischen Widerstände, dem Fehlen an adäquat ausgebildeten Führungskräften und einer gänzlich anderen politischen Kultur in Kuba als in der Sowjetunion zu erheblichen Problemen von Anbeginn der Implementation.“ (Brezinski 1993:229)

Neben der Neuordnung der politischen und ökonomischen Verhältnisse wurde in den 1970er- und 1980er-Jahren aber auch die Überwachung der Bevölkerung weiter verschärft. 1980 ereignete sich wohl nicht zuletzt deshalb der „Massenexodus von Mariel“ mit Hasskampagnen gegen die bis zu 125.000 Auswanderer. Das „Ventil der Unzufriedenheit“ wurde – nicht das einzige Mal – geöffnet und die Bevölkerung, konnte „Dampf ablassen“ (Fontaine 1998:727). Die erste Hälfte der 1980er-Jahre war wirtschaftlich trotzdem noch erfolgreicher, dazu trug neben günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die Öffnung sogenannter „freier“ Bauernmärkte bei, wo Überschüsse verkauft werden durften und die Bevölkerung ihr Nahrungsmittelangebot ergänzen konnte. In diese Zeit fiel auch eine weitere Expansion der Ausgaben für Bildung und

Gesundheit, beides wohl nicht zuletzt zur Bekämpfung der Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Daher stieg der Importbedarf und so kam es nach dem Ende des Booms zur Liquiditätskrise. 1986 wurde der Schuldendienst an die westeuropäischen Staaten eingestellt, was zur Annullierung aller weiteren Kredite und der Kooperationsprojekte durch diese Länder führte.

Auf dem dritten Kongreß der PCC 1986 wurden Guevaras Ideen wieder aufgewärmt und die Phase der *Rectificación* eingeleitet. Dies bedeutete Re-Nationalisierung von Wirtschaft und Politik und Rückbesinnung auf die revolutionären Wurzeln. Es war dies in erster Linie aber nicht eine Reaktion auf ökonomische Probleme, sondern ein Konter auf die sowjetische *Perestroika*, weswegen marktorientierte Reformen oder Forderungen nach Dezentralisierung auf dem Parteitag keine Chance hatten. Im Zuge der neuen Politik wurden die freien Bauernmärkte wieder abgeschafft und die wirtschaftliche Planung zentralisiert. Entgegen den Erwartungen sank aber die Arbeitsproduktivität von 1985 bis 1989 um fast 14%, die Kapitalproduktivität von 1985 bis 1988 um 16,5%, der *Ausentismo* stieg an, das Budgetdefizit wuchs dramatisch. Die Güterrationierungen wurden verschärft, die Quoten wurden teils auf einen Bruchteil der Werte von 1962 (!) gesenkt, für Zucker (!) und Kaffee erstmals eingeführt. 1986 verfielen auch die Weltmarktpreise für Zucker und Erdöl, was die Verschuldung weiter ansteigen ließ. 1989 konnte gerade das Produktionsniveau von 1985 wieder erreicht werden (Burchardt 1996:21ff; Brezinski 1993:228).

Kuba nach dem Ende der sozialistischen Weltwirtschaft

Die PCC insgesamt und die maßgebenden Personen an der Staatsspitze ganz besonders übten in Kuba stets erheblichen Einfluss auf den Willensbildungsprozess aus. Ebenso problematisch war die Dominanz der zentralstaatlichen Organe über die regionalen und lokalen und Streitigkeiten zwischen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern auf lokaler Ebene. Die zaghafte Demokratisierung auf dem vierten Parteitag von 1991 bildet nur einen kleinen Fortschritt. In der neuen Verfassung von 1992 ist unverändert eine Führungsrolle der PCC verankert, auch wenn Partei und Verwaltung gestrafft wurden und letztere außerdem dezentralisiert. Eine Änderung betrifft auch das Wahlsystem: zwar werden die Mitglieder der Regional- und Nationalversammlung weiterhin von PCC-dominierten Wahlkommissionen bestellt, jedoch müssen diese Listen zur Hälfte aus Mitgliedern der vom Volk direkt gewählten lokalen Parlamente bestehen (Burchardt 1996:177ff). Trotz dieser Reform von 1991/92 gilt offensichtlich weiterhin: „In Cuba, the Revolution and its leaders legitimate the constitution, the courts, the administration, the party, the mass organisations, and the elections – and not vice versa [...]“ (Jorge I. Domínguez, zitiert in Pakenham 1995:161) Im politischen System bildet Fidel Castro unverändert die Spitze, mit der Verfassung von 1992 erhielt der Staatspräsident zusätzliche Rechte aus der

„Notstandsgesetzgebung“. Castros wichtigste Funktion ist trotzdem die der charismatischen, integrativen Klammer gegen sich verstärkende Disparitäten. Opposition gegen ihn ist als Verrat an der Revolution und damit am Vaterland verpönt, die bestehenden Widerstände werden nicht zuletzt unterdrückt, indem der Eindruck erweckt wird (und das teils durchaus zu Recht), jede Art der Opposition wäre vom Ausland gesteuert und würde damit die Wiedererrichtung eines korrupten und den USA hörigen Regimes unter Verlust der sozialen Errungenschaften bedeuten. Auch die Repression bleibt daher aufrecht. Selbst offiziell wird die Existenz politischer Häftlinge eingestanden (Fontaine 1998:729), *Amnesty International* zufolge sind es wenigstens einige hundert (AI 2000). AI kritisiert außerdem den Einsatz der Todesstrafe, unfaire Prozesse, schlechte Haftbedingungen, mangelnde Rechtssicherheit und Misshandlungen (AI 2000, AI 2001). Im Jahr 2000 wurden zwar einige politische Gefangene freigelassen, genauso kam es aber zu neuen Verhaftungen. In Kuba besteht letztlich keine Möglichkeit, eine nonkonforme politische Meinung zu äußern. Es ist teils sogar gesetzlich verboten (wegen „Feindpropaganda“, „Respektlosigkeit“ oder einfach „Gefährlichkeit“), Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und politische Oppositionelle sehen sich ständigen Belästigungen und teils Misshandlungen ausgesetzt (AI 2001). Selbst sozialdemokratische Ideen werden nicht geduldet, weil sie die Integrität der Gesellschaft beeinträchtigen könnten, die von der Führung für das Land als überlebensnotwendig angesehen wird – und für das System sicherlich ist. Seit 1959 haben mindestens 750.000 Menschen das Land verlassen, mit großen Auswanderungswellen 1959–61, 1980 und 1994.

Wirtschaftlich bestand in den 1990er-Jahren in Kuba wesentlich mehr Reformeifer. Das war nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Weltwirtschaft allerdings auch dringend notwendig. Immerhin brachten die Vorzugsbedingungen im Handel Kuba jährlich etwa 3 Milliarden US\$ an Subvention, dazu kamen günstige Kredite und Entwicklungshilfe, die in den 1980er-Jahren ein Sechstel des BIP umfassten und nun wegfielen. Die Handelspartner gingen verloren (die Exporterlöse fielen 1990–93 um 80%), während gleichzeitig die notwendige Anpassung von einer völligen Umorientierung der Wirtschaftsstruktur im neuen geopolitischen Rahmen (Auflösung des RGW am 28. Juni 1991) begleitet werden musste. Die Versorgungs- und Finanzierungsprobleme in Kuba kann man sich kaum vorstellen (Mesa-Lago 1993:201ff; Furtak 1993:190f; Castro, zitiert in Hoffmann 1994:44ff). Selbst nach offiziellen Angaben sank das kubanische BIP zwischen 1989 und 1993 um 40%. Wegen der sinkenden Produktion sank auch die Nachfrage nach Arbeitskräften, was sich in Unterbeschäftigung und dem Rückzug von Frauen äußert (Smith/Padula 1993:109ff). Dazu kommt eine Staatsführung, die nicht auf die zentrale Rolle des Staates in der gesellschaftlichen Entwicklung oder wirtschaftlichen Lenkung verzichten wollte und will. So wurden die „Sonderperiode in Friedenszeiten“ (*Periodo Especial en Tiempos de Paz*) verkündet und erste Wirtschaftsreformen eingeleitet.

Der Kern einer ersten Reformetappe (1990–93) war Weltmarktorientierung (neben Zucker Nickel, Tourismus, Biotechnologie, Telekommunikation und Öl), radikale Drosselung der Binnennachfrage durch Rationierung und ein Lebensmittelprogramm zur Sicherung der Grundversorgung. Die Industrie erlitt schwere Einbußen und verlor bis Ende 1993 80% ihrer Kapazität, auch die Agrarproduktion ging dramatisch zurück, da fehlendes Kapital (Treibstoff, Maschinen) nicht einfach durch Arbeit substituiert werden konnte. Im selben Jahr erreichte das Budgetdefizit 40% des BIP, die Kaufkraft sank nach Anwerfen der Geldpresse auf 25%. Der Dollar entwickelte sich zur begehrten illegalen Zweitwährung, bis Devisenbesitz im Juli 1993 legalisiert wurde, die Dollars werden nun durch Devisenläden vom Staat abgeschöpft. Diese Strategie bedeutete aber keinen Strukturwandel, sondern lediglich eine Expansion bzw. Kontraktion bestimmter Sektoren in staatssozialistischer Tradition. Es mangelte ihr daher auch an Konsistenz, die monetäre Sphäre koppelte sich von der produktiven immer mehr ab, der informelle Sektor (Schwarzmarkt) wurde auf Kosten der Staatswirtschaft gestärkt, eine soziale Schere zwischen Dollarbesitzern und -nichtbesitzern tat sich auf (Burchardt 2000:3ff).

In der zweiten Reformetappe (1993–96) gesellte sich zum Dollar die Legalisierung privatwirtschaftlicher Tätigkeiten und nach den schweren Unruhen vom August 1994 eine Neuauflage der freien Bauernmärkte. Außerdem wurden im Zuge einer „Dritten Agrarreform“ viele unproduktive Großbetriebe in kleinere selbst verwaltete Kooperativen aufgespalten (eine erste echte Abkehr vom Latifundismus), die allerdings oft in Konflikt mit lokalen politischen Institutionen geraten. Seit Herbst 1994 gibt es in Kuba auch Geld- und Fiskalpolitik, um das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. 1995 folgte ein Investitionsgesetz, das bis auf den Gesundheits-, Bildungs- und Militärsektor die gesamte Wirtschaft ausländischem Kapital öffnete (auch 100%-Besitz wurde möglich und auch Geld aus Miami ist willkommen), das dann vor allem aus Kanada, Frankreich, Spanien und Mexiko und vor allem in den Tourismus und die Nickelförderung floss: 1999 erreichte die Zahl der Joint-Ventures 350. Damit wurden zwar qualitative Reformen gesetzt, einige entscheidende Probleme – wie den Währungs dualismus – bekam man aber nicht in den Griff und manche Erfolge erwiesen sich als Kosmetik (Burchardt 2000:6ff). Die Wachstumsraten sind seit 1994 aber wieder positiv (mit dem Höhepunkt von 8% 1996).

In der dritten Reformetappe (seit 1996) ließ der Reformeifer aufgrund der Erholung nach. Der Zuckersektor stagniert, während zu wenig für den Aufbau einer zuckerverarbeitenden Industrie getan wird, die Agrarkooperativen schreiben Verluste und die eben erst aufkommende Privatwirtschaft wird durch politisch motivierte Steuererhöhungen wieder abgewürgt. 160.000 „auf eigene Rechnung“ Tätige verdienen, meist durch Arbeiten im touristischen Umfeld, zwar relativ hohe Einkommen, sie leiden aber unter ständig steigenden Steuern und bewegen sich in der Grauzone zur Illegalität, während die Löhne im

Staatssektor (der 80% der Beschäftigten stellt) in den 1990er-Jahren extrem an Kaufkraft verloren haben. Die Insel kennt wieder ein massives Einkommensgefälle, das in systemgefährdende Destabilisierung münden kann. Im Exportsektor hingegen wird die Weltmarktintegration vorangetrieben. Während es Kubanern trotz inzwischen respektablem Kapitalbesitz von rund einer halben Milliarde US\$ wegen des staatlichen Investitionsmonopols nicht erlaubt ist, auf Kuba zu investieren, werden ausländische Investoren hofiert. Vier freie Produktionszonen eröffneten 1997 in Kuba, rund 240 ausländische Unternehmen sind dort inzwischen angesiedelt (vgl. allgemein zu solchen Zonen Exenberger 1997). Es bestehen über 30 bilaterale Investitionsschutzabkommen, die Neuinvestitionsquote ist mit 10 bis 20% des BIP trotzdem niedrig, Auslandsinvestitionen machen davon nur einen Bruchteil aus (kaum mehr als ein Viertel) (Diaz-Vazquez 2000:144f,152). 1999 waren 850 Millionen US\$ aus dem Ausland (vor allem aus Spanien und Italien) im kubanischen Tourismus angelegt und etwa 350 Millionen US\$ in der Ölförderung (Diaz-Vazquez 2000:154ff).

Die Exportsteigerungen gehen mit Verschlechterungen der *Terms of Trade* einher (die Preise der Exporte verschlechtern sich relativ zu den Preisen der Importe), die Erlöse reichen auch immer noch nicht aus, um den Importbedarf zu decken, weswegen Kuba teure Kredite aufnehmen muss. Der Hoffnungsträger Tourismus mit seinem primär quantitativen Wachstumspotenzial (1989 bis 1998 stiegen die Touristenzahlen von 340.000 auf 1,4 Millionen und die Einnahmen von 240 Millionen US\$ auf 1,9 Milliarden; Bähr/Widderich 2000:188) hat den Importbedarf der kubanischen Wirtschaft eher noch erhöht. Die Überweisungen aus Miami, die inzwischen die wichtigste Devisenquelle darstellen (sie stiegen 1994 bis 1998 von 400 Millionen auf über 1 Milliarde US\$; Bähr/Widderich 2000:193), degradieren Kuba letztlich zum Almosenempfänger. Die Partei ist trotzdem nicht gewillt, ihre totale Kontrolle über die Gesellschaft aufzugeben, damit werden dringend notwendige Reformen des Binnenmarktes aber unmöglich. Der Geldüberhang und das duale Währungssystem drücken immer stärker auf die soziale Stabilität, weitere Liberalisierungsschritte (Einführung eines Kapitalmarktes, Währungsreform, Privatisierung und Dezentralisierung von Unternehmen) unterbleiben aber, da sie noch größere soziale Sprengkraft in sich bergen und ein Eingeständnis des Scheiterns wären, da sie also der Staatsführung nicht helfen, sondern sie akut gefährden würden.

In keiner Phase behoben werden konnte das grundlegende Problem der Energieintensität der kubanischen Wirtschaft, die in ihrer sozialistischen Vergangenheit begründet liegt. In der ersten Reformetappe wurde der Verbrauch eingeschränkt (auf die Hälfte) und in der Folge die eigene Ölförderung propagiert (in den 1990er-Jahren verdreifacht), um die Abhängigkeit von teuren Treibstoffimporten zu verringern. Trotzdem liegt die Eigenbedarfsdeckung heute bei nur 20% (Bähr/Widderich 2000:180). Eine ausgewogene Ernährung ist durch die *Libretta* nicht mehr gesichert, die Bevölkerung muss ihren Bedarf zu wesentlich höheren Preisen

auf den freien Bauernmärkten oder in Devisenläden ergänzen, wo inzwischen auch verstärkt kubanische Produkte verkauft werden (Bähr/Widderich 2000:101).

Der alte Leitsektor Zucker hat in Kuba jedenfalls ausgespielt: Betrug die jährliche Ernte in den 1980er-Jahren noch zwischen 7 und 8 Millionen Tonnen, so fiel sie bis 1993 auf nur noch 4 und erreichte 1998 nur noch knapp 3, so schlecht wie nie seit 1959 (Bähr/Widderich 2000:196). Während 1985 noch 82% der Deviseneinnahmen von insgesamt 5,5 Milliarden US\$ aus dem Verkauf von Zucker stammten, waren 1995 die Gesamteinnahmen auf 3,1 Milliarden US\$ gesunken, davon nur noch 23% aus dem Verkauf von Zucker, hingegen 35% aus dem Tourismus und 16% aus Devisenüberweisungen. Diese Verschiebung der Anteile schreitet bei wieder wachsenden Exporterlösen voran (Bähr/Widderich 2000:181f). Andere Rohstoffe, wie Nickel, Tabak, Kaffee oder Fisch stellen jeweils einige wenige Prozent der Exporterlöse. Hoffnungen auf eine Steigerung des Exports verarbeiteter Produkte werden insbesondere auf die Biotechnologie gesetzt, sowie auf Zuckerderivate. Erfolge in diesem Bereich sind noch stärker als früher von Kooperation mit dem Ausland abhängig. „Zusammenfassend können wir also feststellen, dass die ökonomische Stabilisierung des sozialistischen Kubas groteskerweise einerseits auf dem kubanischen Exil und andererseits auf dem kapitalistischen Weltmarkt basiert. Der Aufschwung auf der Insel lebt hauptsächlich von Almosen und auf Pump.“ (Burchardt 2000:13f) Kubas Transformation ist wie auch in China „halbiert“: in der Wirtschaft ist einiges möglich, was politisch ausgeschlossen ist. Zusätzlich aber herrscht in Kuba kein Wirtschaftsboom, sondern vielmehr „stabile Stagnation“.

2.4. Außenpolitische Positionen im Wandel

Dominierend für die kubanische Außenpolitik war stets die Beziehung zur USA. Der Koloss im Norden bildete in den letzten 150 Jahren sowohl als Vorbild wie als Feindbild das wichtigste Bezugssystem. Selbst die Beziehungen zur Sowjetunion entsprangen letztlich den Problemen im Verhältnis mit den USA. Zusammenfassend kann man mit Jaime Suchlicki folgende Hauptlinien der kubanischen Außenpolitik festhalten, deren Überbleibsel unverändert beobachtbar sind:

„(1) survival of the Castro revolution; (2) internationalization of Castro's personal prestige and charisma with the resultant power and influence thus conveyed; (3) preservation of an anti-US-posture in an effort to weaken (or dilute) US power and influence worldwide; (4) acquisition of influence and supportive allies, particularly among Third World states; (5) development of a 'new international economic order'; and (6) continuing support for 'national liberation movements' in Asia, Africa, the Middle East, and Latin America.“
(Suchlicki in Horowitz 1995:767)

Kuba und die USA

Die Beziehungen des revolutionären Regimes zu den USA waren vom ersten Tag an gespannt, zwei Castro-Reisen nach Washington (1959) und New York (1960) konnten sie nicht positiv beeinflussen, im Jänner 1961 wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Schon im Oktober 1960 waren Pläne einer Invasion und von der CIA geförderte Ausbildungslager in Mittelamerika öffentlich bekannt geworden und Kennedy musste nach seinen Ankündigungen im Wahlkampf die kompromisslose Kuba-Politik Eisenhowers schon allein aus Gründen der eigenen und nationalen Glaubwürdigkeit weiterverfolgen. Doch war die US-Unterstützung der Invasion letztlich halbherzig, da Kennedy aus geopolitischen Gründen die Verwicklung der USA nicht offensichtlich werden lassen wollte. Zwar unterstützte die CIA die Operation logistisch, eine aktive Beteiligung von US-Militär war aber nicht beabsichtigt. Nachdem in Kuba kurz vor der Invasion die gesamte tatsächliche oder vermutete Opposition verhaftet worden war (eine Reaktion auf Bomberangriffe am 15. April), landeten die Invasoren unter sehr ungünstigen Bedingungen am 17. April frühmorgens in der Schweinebucht im Westen der Insel. Sie stießen sofort auf starken Widerstand kubanischer Einheiten, die erhoffte US-Luftunterstützung blieb aus und so kapitulierten sie bereits am Nachmittag des 19. April. Die mehr als Tausend Überlebenden wurden gefangen genommen, einige Batistanos exekutiert, der Rest nach einem Schauprozess zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Nach eineinhalb Jahren wurden sie gegen hohes Lösegeld und Medikamente freigelassen. Das Scheitern der Invasion war für Kuba ein großer, nicht nur propagandistischer Sieg, für US-Präsident Kennedy hingegen eine Blamage, auch wenn dieser jede Verantwortung von sich wies.

Ständig lag eine weitere Invasion in der Luft und ob die kubanische Armee ihr gewachsen sein würde, war trotz steigendem Militäretat zweifelhaft. Außerdem gab es Terrorakte gegen Kuba und fehlgeschlagene Anschläge auf Castro persönlich. Daher reiste Raúl Castro nach Moskau und erhielt dort Sicherheitsgarantien, man einigte sich auch auf die Stationierung von Interkontinentalraketen auf Kuba. Über die geostrategische Tragweite dieser Entscheidung (es ging nicht zuletzt darum, den quantitativen atomaren Rückstand der Sowjetunion qualitativ aufzuholen) müssen sich die Sowjets durchaus bewusst gewesen sein. Am 14. Oktober 1962 bestätigte sich bei einem der ständigen Aufklärungsflüge der US-Luftwaffe die Existenz von Mittelstreckenraketen in Kuba. Die Reaktion der USA bewies, dass auch sie sich der strategischen Bedeutung und Vorbildwirkung sehr bewusst waren, Kennedys Entschlossenheit wurde nach dem Schweinebucht-Debakel offenbar unterschätzt. Er verkündete am 22. Oktober auf Grundlage der OAS-Charta wegen „Gefährdung der Hemisphäre“ eine „Quarantäne“ gegen Kuba. Es waren bereits Schiffe aus Osteuropa nach Kuba auf dem Weg, und neben 20.000 sowjetischen Soldaten waren einsatzbereite Defensivraketen und

zwei inaktive Mittelstreckenraketen auf Kuba stationiert worden. Kurz vor der Konfrontation auf See, die die Welt an den Rand eines Atomkrieges manövrierte, zeigten sich die Sowjets schließlich kompromissbereit (vgl. zur Raketenkrise Blight/Allyn/Welch 1993; Jakob 1992:96ff; Thomas 1984:378ff; Piok 2000).

Sowohl die Kubaner in Miami wie auch die in La Habana waren zu diesem Zeitpunkt nur noch Bauern auf dem Schachbrett der Weltpolitik. Ihre Interessen waren zweitrangig, die Krise war mit dem Abzug der sowjetischen Raketen ab dem 28. Oktober beendet. Zugeständnisse der USA (wie etwa ein Abzug aus Guantánamo oder ein Ende der Aufklärungsflüge) waren illusorisch, verweigerten sie doch schließlich sogar eine formelle Sicherheitsgarantie für Kuba mit dem Argument, dass der Abzug der Raketenstellungen nicht wie vereinbart von der UNO überwacht worden wäre. Der Status quo eines sozialistischen Kubas wurde von den USA aber faktisch akzeptiert. Dies lag auch an schwindendem US-Interesse an Kuba – waren doch die direkten wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Insel schon in den Jahren vor der Revolution merklich zurückgegangen und inzwischen auf null gesunken, und die feindselige Haltung Castros ließ nicht auf Besserung hoffen. So fiel es der Regierung Kennedy leicht, den Abbruch der Beziehungen in der Form eines umfassenden Wirtschaftsembargos zu institutionalisieren. Durch den politischen und ökonomischen Einfluss der USA auf die übrigen Staaten der Region und die gesamte OAS war für Kuba sehr bald nach dem US-Markt auch der regionale Markt in Zentral- und Südamerika geschlossen, auch die US-Verbündeten in Westeuropa schlossen sich größtenteils an.

In den nächsten Jahren änderte sich wenig. Auf die kurze Entspannungsphase in den 1970er-Jahren folgte ab 1979 (Grenada, Nicaragua) eine erneute Abkühlung und mit dem sozialistischen Zusammenbruch nach 1989-91 eine bis heute anhaltende Verschärfung der Konfrontation. Dies mutet auf den ersten Blick seltsam an, da ja sowohl die militärische, als auch die ökonomische und die ideologische Bedrohung durch Kuba de facto obsolet geworden und die Attraktivität des kubanischen Modells geschwunden ist, ja inzwischen sogar der US-Dollar als Parallelwährung in Kuba fungiert. Seit 1990 sind zudem Fluchtversuche aus Kuba strafrechtlich entschärft und vom Hochverrat zur Wirtschaftsflucht degradiert (Burchardt 1996:28).

Der erste formelle Schritt der Verschärfung von US-Seite war der *Cuban Democracy Act* (Torricelli-Gesetz) von 1992 (PL 102-484). Dieser beinhaltet die Ausdehnung der gegen Kuba gerichteten Sanktionen auf alle Staaten, die Handelsbeziehungen mit Kuba unterhalten und soll damit seine regionale Reintegration verhindern. Auch der Handel der Auslandsniederlassungen von US-Firmen mit Kuba wurde so unterbunden. Gleichzeitig setzten die USA ihrerseits Schritte zur Wirtschaftsintegration der Karibik – wie auch schon im August 1961 mit der „Allianz für den Fortschritt“ für Lateinamerika. In einem zweiten Schritt folgte 1995/96 der *Cuban Liberty and Democratic Solidarity (Libertad) Act* (Helms-Burton-Gesetz; PL 104-114). Dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen, Firmen,

die mit Kuba Handel treiben („enteigneten US-Besitz benutzen“), über deren Niederlassungen in den USA zum Schadenersatz heranziehen zu können. Außerdem werden Vertretern dieser Firmen keine Einreisevisa mehr erteilt. Bi- und multilaterale Kreditvergabe wurde an „korrektes“ Verhalten gegenüber Kuba gebunden, damit war eine weitere soziale und politische Destabilisierung der Insel beabsichtigt, beschönigend mit dem Begriff „Demokratisierung“ umschrieben. Dieses Gesetz wurde vorerst vom Kongress in abgeschwächter Form verabschiedet. Aufgrund seines extraterritorialen Charakters wird es nicht nur von Kuba heftig angegriffen (Mascher 1999:61ff). Dazwischen erfolgten im August 1994 von Castro genehmigte Massenausreisen, da „Kuba die Grenzen der USA nicht mehr länger verteidigen kann“. Nachdem am 10. September die Grenzen wieder geschlossen wurden, wurde die Migrationspolitik zwischen beiden Staaten normalisiert, Kubaner gelten in den USA nicht mehr „automatisch“ als politisch verfolgt (Burchardt 1996:28). Danach ergab sich zwar eine Chance zum Dialog, nachdem am 24. Februar 1996 aber zwei Flugzeuge mit Exilkubanern von Kuba abgeschossen worden waren (ein im beginnenden Wahlkampf für die US-Präsidentschaft nicht unbedingt glücklicher Zug) folgte der dritte Schritt der Verschärfung: das Helms-Burton-Gesetz wurde in der ursprünglichen Fassung vom Kongress ratifiziert und am 12. März 1996 von Präsident Clinton unterzeichnet, der seine volle Anwendung aber noch Ende desselben Jahres und seither immer wieder (zuletzt am 17. Jänner 2001) aussetzte. Obwohl sogar US-Firmen aufgrund wirtschaftlicher Interessen auf Kuba eine Aufhebung des Embargos fordern, wird sich die Bush-Administration hier wahrscheinlich nicht kooperativer verhalten.

Auch in verschiedenen internationalen Organisationen schwelt der Konflikt. Seit Jahren schon bemühen sich Kuba und die USA, sich wechselseitig verurteilen zu lassen: die USA bringen Kubas politische Häftlinge vor das Menschenrechtskomitee der UN (zuletzt mit 22 zu 20 Stimmen am 18. April 2001; Resolution E/CN.4/RES/2001/16), Kuba bemüht wegen des völkerrechtswidrigen Embargos die Generalversammlung (letzte Resolution A/RES 55/20 vom 9. November 2000 mit 167 zu 3 Stimmen). Man kann gespannt abwarten, ob sich dieses Spiel im nächsten Jahr wiederholt, nachdem die USA ihren Sitz in der Menschenrechtskommission verloren haben. Wie auch immer, wird sich deshalb aber nichts an den antagonistischen Positionen Kubas und der USA in der WTO ändern und ebenso wenig daran, dass die USA Kuba durch eine Demokratieklausele quasi von vornherein von der Panamerikanischen Freihandelszone (FTAA) ausgeschlossen haben. Volkdemokratien genügen den Ansprüchen dieser Klausel *per definitionem* nicht.

Die Beziehungen zu den (ehemals) sozialistischen Staaten

Die militärischen Verbindungen der Sowjetunion mit Kuba mündeten nie in ein Bündnis. Allerdings bildete Kuba eine Nachschubbasis für die sowjetische Flotte in der Karibik und wurde daher massiv finanziell unterstützt. Die wirtschaftliche

Abhängigkeit Kubas von der Sowjetunion war freilich anders geartet, als jene von den USA: die ökonomische Entwicklung in Kuba war in den 1960er-Jahren völlig und auch danach teilweise autonom, während sie vorher eine reine Reaktion auf die Erfordernisse der US-amerikanischen Wirtschaft und daher fast völlig außenbestimmt gewesen ist (vgl. Furtak 1993:184). Das kann allerdings nicht vertuschen, dass Kubas vitale und strukturelle Abhängigkeit vom Zucker mit dem Eintritt in die sozialistische Weltwirtschaft nicht etwa aufgehoben wurde, sondern nur der Hauptabnehmer gewechselt hatte (sein Außenhandelsanteil fiel von 1958 bis 1989 nur von 81 auf 73%) (Burchardt 1996:38; Packenham 1995:143ff).

Die 1960er-Jahre waren noch von ideologischen Konflikten mit dem Partner geprägt. Das militante Engagement Kubas in Lateinamerika forderte die sowjetische Politik der Koexistenz heraus, Guevaras Konzept der Erschaffung des „neuen Menschen“ provozierte die sowjetischen Ideologen. Castro bezeichnete sogar die Sowjetunion als „Komplizen des Imperialismus“ (Jakob 1992:131). Er nahm dies 1972 explizit zurück, es hatte sich auch die Grundlinie wieder geändert, da Kuba sich von beiden Strategien abwandte und ein modifiziertes sowjetisches Wirtschafts- und Politikmodell übernahm (Jakob 1992:129ff). Die Kubaner unterstützten nun auch verstärkt sozialistische Bewegungen in Afrika (Angola 1975–89, Äthiopien 1978). Dieses Engagement war meist koinzident mit den Interessen der Sowjetunion, denen es teilweise (Eritrea) aber auch zuwiderlief (vgl. für die Gegentese Packenham 1995:166ff). Der Versuch, die Blockfreien-Bewegung auf der Konferenz von La Habana 1979 zu einer Annäherung an die Sowjetunion zu bewegen, scheiterte allerdings. Auch andere sozialistische Bewegungen erfreuten sich kubanischer Unterstützung, so vor allem das sandinistische Nicaragua (1979–90) und Bishops Grenada (1979–83). Beide Staaten wurden von Kuba nicht nur finanziell, sondern auch durch militärische und zivile Experten und Hilfsleistungen unterstützt, was in beiden Fällen zum direkten Konflikt mit den USA führte (Contras in Nicaragua, Invasion in Grenada). Das Engagement der Sowjetunion in der Karibik blieb aber aus geopolitischen Überlegungen gering, sie unterstützte Kuba dabei kaum (vgl. zu Nicaragua Nohlen/Nuscheler 1995:234ff; Luciak 1995; vgl. zu Grenada Nohlen/Nuscheler 1995:408ff).

Mit der Machtübernahme von Michail Gorbatschow 1985 verschärfte sich die Probleme zwischen beiden Ländern, denn Castro lehnte *Glasnost* und *Perestroika* ab. Dem 25-jährigen Freundschaftsvertrag von 1989 fehlte daher bereits die ideologische Basis. Kuba verlor überdies durch die Entspannung zwischen den USA und der Sowjetunion zur selben Zeit seine geostrategische Bedeutung, die letzten sowjetischen Truppen wurden 1991 ohne vorherige Konsultation aus Kuba abgezogen. Der folgende Niedergang der Beziehungen konnte erst auf sehr niedrigem Niveau gestoppt werden. Als Resümee bleibt dennoch: „Die kubanisch-sowjetischen Beziehungen waren nicht immer harmonisch, sondern wegen unterschiedlicher Überzeugungen, Interessen und Prioritäten auch durch Differenzen und Spannungen gekennzeichnet. Die sowjetische

Wirtschafts- und Militärhilfe erfolgte aber – im wesentlichen – unabhängig von den Höhen und Tiefen der politisch-ideologischen Verhältnisse.“ (Furtak 1993:193). Doch insbesondere die Kontinuität der Abhängigkeit Kubas vor und nach 1959 (vorher USA, nachher Sowjetunion) fällt auf. In den meisten Bereichen der messbaren wirtschaftlichen Abhängigkeit hat sich keine Änderung ergeben, während die Abhängigkeit von Energie ebenso gestiegen ist wie die internationale Verschuldung (Packenham 1995). Freilich haben sich die Eigentumsverhältnisse durch die Revolution gravierend verändert, mit dem Eigentum blieb nach 1959 viel vorher abfließender Profit nun im Land.

In den Jahren nach dem RGW-Beitritt verfestigte sich aber die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit von der Sowjetunion und Osteuropa, die Außenorientierung wurde durch die einseitige Ausrichtung auf bestimmte Güter im Rahmen der sozialistischen Arbeitsteilung kaum abgebaut. Kuba blieb auch im sozialistischen Kontext eine Peripherie. Die Vorzugsbedingungen, die Entwicklungsprojekte und -kredite, selbst die Lieferung von Ersatzteilen wurden zudem bis 1992 eingestellt, mit verheerenden Auswirkungen. Mit der deutschen Wiedervereinigung verschwand mit der DDR der wichtigste Partner Kubas in Osteuropa sogar völlig von der Landkarte. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Kubas zu den Ländern Osteuropas folgten insgesamt dem sowjetischen Muster und waren kaum institutionalisiert, die ideologische Nähe brachte lediglich eine enge Zusammenarbeit in internationalen Organisationen mit sich. Heute gestalten sich die Kontakte Kubas zu den osteuropäischen Staaten aufgrund deren Annäherung an die Kuba-kritische EU kompliziert.

Gerade in jüngster Zeit werden die Kontakte zu den ehemaligen Bruderstaaten wieder intensiviert, unter Einschluss Chinas. Im April 2001 besuchte der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin die Insel, dabei wurden Abkommen unterzeichnet, die auch Entwicklungskredite für Kuba im Umfang von 350 Millionen US\$ beinhalten. Der russische Präsident Putin hat die Insel bereits im Dezember 2000 besucht, Kuba dabei als „traditionellen Verbündeten“ bezeichnet und ebenfalls Kooperations- und Handelsverträge unterschrieben. Die Beziehungen Kubas zu China und Russland werden nun also sehr zum Ärgernis der USA (die Verstimmung darüber ging beide Male durch die Weltpresse) unter neuen geopolitischen Rahmenbedingungen dauerhaft wiederbelebt.

Die Beziehungen zur westlichen Welt

Kuba, das im Handel der EU-Staaten nur eine kleine Randfigur ist, wird in Europa wohl nie in eine Schlüsselrolle wachsen (bei Zucker sind Kuba und die EU sogar Konkurrenten). Zwar ist Westeuropa für Kuba ein ökonomisches Hoffungsgebiet, doch hat Europa am Nicht-AKP-Land Kuba nur wenig Interesse. An eine ausgeglichene Zahlungsbilanz im Handel mit der EU ist angesichts dieser Situation nicht zu denken, dazu kommt die hohe bilaterale Verschuldung bei

europäischen Staaten, die noch aus der Zahlungskrise von 1986 herrührt und weiteren Handelskontakten zum Teil im Weg steht. Auch politische Spannungen sind offenbar, da Kubas außenpolitisches Engagement oft direkt mit europäischen Interessen in Konflikt geraten war. Die Beziehungen der Staaten Westeuropas zu Kuba waren zudem stets eine abhängige Variable der Beziehungen zwischen den USA und Kuba bzw. dem Westen und der sozialistischen Welt im allgemeinen, trotz wechselnder Konjunkturen. In den 1990er-Jahren ist sowohl eine Entspannung wegen des Endes des Ost-West-Konflikts als auch eine Abkühlung wegen der für Europa unbefriedigenden politischen Situation in Kuba zu bemerken. So kritisiert Europa die Menschenrechtssituation in Kuba eindringlich und knüpft Wirtschafts- und Entwicklungshilfe wie mögliche Handelsvergünstigungen an Demokratisierung und Reformen.

Innerhalb der europäischen Staaten gibt es aber durchaus Unterschiede. So ist Spanien aus historischen und kulturellen Gründen ein nahe liegender Partner. In der Gonzales-Ära kühlten sich die Beziehungen etwas ab, wofür der spanische EG-Beitritt 1986 mitverantwortlich zeichnet. Trotz diplomatischer Verstimmungen erhielt sich Spanien aber seine Rolle als Vermittler, baute seine Wirtschaftskontakte mit Kuba aus und war 1992 auch Ziel der ersten Europareise von Fidel Castro (Grabendorff 1993:156ff). In den 1990er-Jahren haben spanische Investitionen in Kuba respektable Ausmaße angenommen, eine ähnliche Rolle spielt heute Italien. Frankreichs wie auch Großbritanniens Haltung gegenüber Kuba war stets pragmatisch und selbst in Zeiten größter Spannung vom Bemühen um eine unabhängige politische Linie gekennzeichnet. „Ebenso wie für Frankreich ist die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zu Kuba auch für Großbritannien nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Interessen, sondern auch der nationalen Souveränität“ (Grabendorff 1993:165), vor allem gegenüber den USA. In den 1990er-Jahren wurden mit den meisten europäischen Staaten Investitionsschutzabkommen geschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen werden also ausgebaut, das gilt insbesondere auch für Kanada. Seit dem Papstbesuch von 1998 bestehen auch zwischen dem einstmals atheistischen Kuba und dem Vatikan wieder Beziehungen, wenngleich Papst Johannes Paul II. auch kritische Worte für die Menschenrechtsslage in Kuba fand.

Kubas Süd-Süd-Beziehungen

Das revolutionäre Kuba betrieb immer eine bewusste Süd-Süd-Politik (Grabendorff 1993:144; Jakob 1992:129ff). Begonnen hat diese Entwicklung mit einer aktiven revolutionären Politik in Lateinamerika, die allerdings von vielen Seiten heftig kritisiert und bekämpft wurde. Guevara hoffte trotzdem, in Lateinamerika eine sozialistische Revolution auf breiter Basis auslösen zu können, nicht zuletzt im Interesse der kubanischen strategischen Position in Lateinamerika. Diese Versuche, vor allem in Kolumbien, Peru, Bolivien und Zentralamerika, schlugen

letztlich allesamt fehl. In den 1970er-Jahren wandte Kuba sich von dieser Strategie wieder ab und propagierte statt dessen eine vielmehr friedliche Annäherung. Jamaika und Panama schienen Mitte der 1970er-Jahre interessante Partner abzugeben, letztlich führte aber erst der erfolgreiche Umsturz in Nicaragua 1979 zum Entstehen eines stabilen Partners. Dort wurden die von den USA heftig bekämpften Sandinisten aber 1990 durch reguläre Wahlen wieder abgelöst (Luciak 1995).

Spätestens 1972 globalisierte sich Kubas Außenpolitik, als Castro auf dem Gipfel von Algier begann, die Blockfreien-Bewegung zu einer Annäherung an die Sowjetunion zu bewegen, was sich auf dem Gipfel von 1979 in La Habana schließlich als aussichtslos erwies. Die sowjetische Invasion in Afghanistan desavouierte die kubanischen Bemühungen, die Sowjetunion als anti-imperialistische Kraft darzustellen. Kuba wurde daraufhin 1980 auch nicht in den UN-Sicherheitsrat gewählt. Insbesondere in Afrika engagierte sich Kuba aber verstärkt, zwischen 1975 und 1991 unterstützte es das sozialistische Regime Angolas mit Geld, Waffen und Personal, auch schon vorher hatte die MPLA Unterstützung erhalten (Horowitz 1995:551ff). Um die 50.000 Kubaner waren am Höhepunkt des Bürgerkrieges in dem afrikanischen Land, bis 1991 wurden sie infolge eines internationalen Abkommens aber abgezogen. Kuba intervenierte 1978 auch zugunsten des sozialistischen Äthiopien in einem Krieg um die Provinz Ogaden gegen Somalia, verweigerte Äthiopien aber die Unterstützung im Bürgerkrieg gegen die eritreanische Befreiungsbewegung. Das lag auch daran, dass Kuba immer gezielt revolutionäre Befreiungsbewegungen unterstützt hat, nicht zuletzt deshalb stand es auch der libyschen und selbst der iranischen Revolution positiv gegenüber, obwohl es gerade im Fall des Iran nur wenig ideologische Übereinstimmung mit dem neuen Regime gab. Im Mai 2001 weilte Castro sogar auf Staatsbesuch in Teheran und erhielt dort das Ehrendoktorat für Politikwissenschaft.

Kubanisches Militär, militärische und zivile Berater, Ärzte und Lehrer gingen in viele Staaten der Dritten Welt, ein Engagement, das sich die kleine Insel ohne Unterstützung der Sowjetunion nicht hätte leisten können, das aber auch darauf abzielte, aus Kuba einen Hauptakteur der internationalen Beziehungen zu machen. Waren es 1966 noch kaum 1.000, stieg ihre Zahl bis 1976 auf fast 20.000, bis 1978 auf 40.000 und 1982 waren es bereits 70.000 Kubaner in 23 Staaten der Welt (neben Angola vor allem in Nicaragua, Libyen, Irak, Mozambique und Südjemen) (Packenham 1995:167f). Diese Heerscharen sind inzwischen zwar größtenteils zurückgekehrt, aber trotz der finanziellen Belastungen leistete sich Kuba immer und bis heute ein intensives außenpolitisches und humanitäres Engagement in der Dritten Welt, das seine Leistungsfähigkeit eigentlich übersteigt. Dies gilt für bilaterale Beziehungen, diplomatische Vertretungen und für den Einsatz in internationalen Organisationen, der in den letzten Jahren verstärkt wurde und werden musste, um der Isolation zu begegnen.

Kubas Integration in die Dritte Welt war aber immer stark vom strukturellen Dualismus der Insel geprägt, zugleich ein Land der Zweiten und der Dritten Welt zu sein. Daher haben sich die Beziehungen zu sozialistischen Ländern in Afrika und Asien, deren sozialistischen Regimes und sozialistischen Widerstandsbewegungen dort immer besser entwickelt, als zu nicht-sozialistischen. Auch als der Revolutionsexport keine vorrangige Strategie mehr war, betrieb Kuba eine sehr bewusste und auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, nationale Selbstbestimmung und gesellschaftliche Gerechtigkeit gerichtete Dritte-Welt-Politik. Dieser Grundlinie wurden vor 1989 pragmatische Überlegungen noch untergeordnet, inzwischen gebietet die Not größere Kompromissbereitschaft. Trotzdem leistet Kuba ungeachtet seiner wirtschaftlichen Probleme vielen anderen Ländern des Südens organisatorische und humanitäre Hilfe, während es sich kaum mehr militärisch engagiert. „Menschliche Entwicklung“ und Hilfe bei Naturkatastrophen insbesondere für die besonders wenig entwickelten Länder und im regionalen Umfeld steht im Vordergrund. Carlos Lage, Vizepräsident des kubanischen Staatsrates, brachte dies vor dem UN-Menschenrechtskomitee in Genf 1999 auf den Punkt: „Menschenrechte verteidigt man nicht, indem man unter Auflagen Überreste verteilt, sondern indem man bedingungslos das teilt, was man hat und was gebraucht wird.“ (Lage 1999)

Im Mai 2000 beherbergte Kuba den „Südgipfel“ der G77 (es war das erste Gipfeltreffen dieser Vereinigung von rund 130 UN-Mitgliedern aus dem „Süden“ überhaupt), bei dem die Nachteile der Globalisierung für die Entwicklungsländer ein zentrales Thema waren. Die Teilnehmer veröffentlichten eine Erklärung, in der ein gerechteres Weltwirtschaftssystem, mehr nationale Selbstständigkeit und ein Schuldenerlass gefordert und zum wiederholten Male das „Recht auf Entwicklung“ eingemahnt wurde. Ob dieser Gipfel – nicht zuletzt eine Reaktion auf die Ereignisse von Seattle 1999 – mehr als nur eine Absichtserklärung war, oder ob Kubas intensive Bemühungen in den letzten Jahren um eine stärker politische Koordination des Südens langsam Früchte tragen, muss abgewartet werden. Die Reintegration in die Region (nur mit Mexiko bestanden über alle geopolitischen Konjunkturen immer gewisse Beziehungen) schreitet trotz der Widerstände aus den USA langsam voran, mit den meisten Staaten bestehen wieder diplomatische Beziehungen, teils gibt es auch wirtschaftliche Kontakte.

3. Libyen

„The Green Book presents the final solution to the problem of the instrument of governing.“ (Al-Qathafi I:5).

In Libyen im nördlichen Afrika leben derzeit etwa 5,5 Millionen Menschen (1951 waren es erst wenig mehr als 1 Million) auf etwa 1,7 Millionen km² Fläche. Fast die gesamte Bevölkerung ballt sich auf dem höchstens 50 km breiten Küstenstreifen (allein 1,5 Millionen in Tripolis und 800.000 in Benghazi). Die Landesnatur ist nicht unbedingt verheißungsvoll: 90% des Landes werden von Sand- und Steinwüsten bedeckt, nur 2% des Landes sind landwirtschaftlich nutzbar.

Topographisch teilt sich das Land in drei Teile: Tripolitanien im Nordwesten, die Cyrenaika im Nordosten und der Fezzan im Süden. Diese Landesteile haben sich über lange Zeit fast unabhängig voneinander entwickelt – in historischer, ökonomischer und politischer Hinsicht. Sie waren zudem unterschiedlich ausgerichtet: Tripolitanien nach (Nord-)Westen und zum Meer, die Cyrenaika nach Osten und eher zur Wüste, der Fezzan nach Süden, zur Wüste und nach Schwarzafrika. Die städtische Kultur des Küstenlandes stand (und steht bis heute) stets im Widerspruch zur beduinischen Kultur der Wüste.

3.1. Historischer Gesamtzusammenhang

Libyens Geschichte bis zum 20. Jahrhundert

Neben eine bereits früh einsetzende Besiedelung des heutigen Libyen (dieser Name stand in der Antike noch für ganz Afrika) durch Berber traten in der ersten Hälfte des ersten vorchristlichen Jahrtausends Siedlungen der Karthager (in Tripolitanien) und der Griechen (in der Cyrenaika), durch die die einheimische Bevölkerung teilweise in den Süden abgedrängt wurde. War damit die Basis für die Dreiteilung des Landes gelegt, führte die zwischen 105 und 46 vor Christus über den Küstenstreifen errichtete römische Herrschaft zu Strukturänderungen. Aus einer Handelswirtschaft wurde eine auf Großgrundbesitz und Sklavenwirtschaft erbaute agrarische Gesellschaft, Tripolitanien wurde sogar zur Kornkammer des Imperiums (Fallwickl 1987:13).

Die römische Herrschaft dauerte zwar 500 Jahre, drang aber nur durch vereinzelte Kastelle in die Wüste vor. An der Küste hingegen bildeten sich bedeutende frühchristliche Zentren. Auf ein Zwischenspiel der Vandalen (439–533) folgte ein weiteres Jahrhundert (ost-)römischer Herrschaft, ehe zwischen

643 und 648 die Araber die Küstenregionen eroberten und später als erster Eindringling auch Einfluss auf den Fezzan erlangten, womit die Islamisierung eingeleitet wurde. Die Araber blieben aber wie frühere Eroberer nur eine Führungsschicht über der einheimischen berberischen Bevölkerung. Mit dem 11. Jahrhundert kam es bedingt durch Zuwanderung aus Ägypten zum nächsten Strukturwandel, die Nomadenwirtschaft erfasste nun auch das Küstengebiet. Das Land, einschließlich des kulturell weiterhin relativ autonomen Fezzan, wurde in der Folge auch arabisiert. Das Gebiet des heutigen Libyen wechselte trotzdem oft den Besitzer: in Tripolitanien herrschten die Abbasiden, Aghlabiden, Almoraviden und Almohaden, in der Cyrenaika die Fatimiden, Ajobiden und Mamelukken. Gemeinsam war den beiden Landesteilen immer ihre periphere Position innerhalb der jeweiligen Reiche. Aus geographischen Gründen war Libyen zum Durchzugs- und Grenzland prädestiniert. Die Türken erreichten Libyen um 1520, eine echte Kolonialherrschaft etablierten sie nicht. „Istanbul stützte sich bei seiner Verwaltung auf ehemalige Offiziere und libysche Clans und ermöglichte so den Aufstieg nichtkonformer Gruppen, die sich in zunehmendem Maße der Kontrolle entzogen. Unter der sogenannten ‚Karamanli-Dynastie‘ (18. Jahrhundert), deren Haupteinnahmequelle die Piraterie war, erreichte Libyen weitreichende Autonomie.“ (Fallwickl 1987:14)

Erst als das Machtvakuum in Libyen die europäischen Großmächte auf den Plan rief (aus dem Maghreb drangen die Franzosen, aus Ägypten die Engländer vor), verstärkten die Osmanen ihre Bemühungen. Sie stießen dabei aber auch auf innere Widerstände durch die *Sanusi*-Bruderschaft. Diese Bewegung war Anfang des 19. Jahrhunderts von Ali as-Sanusi gegründet worden und hatte ihr Zentrum in Ostlibyen. Sie war eine von religiösen Autoritäten gelenkte Vereinigung politisch selbstständiger Clans und bildete damit eine Wurzel des späteren libysch-arabischen Nationalstaates.

Die italienische Kolonialära

Ab Ende des 19. Jahrhunderts mehrte sich der italienische Einfluss, der ab 1911 wegen der Schwäche des Osmanischen Reiches zur Errichtung einer Kolonialherrschaft führte. Bis 1919 waren die Außengrenzen des Territoriums mit anderen europäischen Mächten geklärt, der Widerstand des nationalistischen Flügels der *Sanusi* blieb aber ungebrochen, im Gegensatz zu dem des Arrangisten-Flügels des späteren Königs Idris. Nach einer kurzen Phase libyscher Selbstregierung unter kolonialem Dach, in der die drei Landesteile Parlamente erhielten (die formell bis 1969 existieren sollten), setzte 1922 mit der faschistischen Regierung in Italien die gewaltsame Eroberung von innen ein. Die Clanführer wurden übergangen, deren Widerstand führte zu zahlreichen Toten (Fallwickl 1987:16f; Follath 1993:167; Frank/Kamp 1995:87ff). „Die Italiener führten einen der schmutzigsten und brutalsten Kolonisationskriege aller Zeiten, und

dass über ihre unmenschlichen Ausschreitungen so wenig geschrieben wurde, liegt nur daran, dass diese ‚riesige Büchse Sand‘ (wie Mussolini später einmal Libyen nennen sollte) die Weltmeinung so wenig interessierte.“ (Follath 1993:166f). 1931 fiel die Oase Kufra, die Hochburg der Rebellen, und die „zweite“ Eroberung war abgeschlossen. In den 1930er-Jahren folgte die Umwandlung des Landes in eine Siedlerkolonie, etwa 100.000 bis 150.000 Italiener siedelten sich an, rund 20% der Gesamtbevölkerung.

Bis 1935 folgten Grenzgarantien für Großbritannien und Frankreich, doch trotz der Zuwanderung und Italianisierungskampagnen neigte sich die Kolonialherrschaft bereits wieder ihrem Ende entgegen. Im Zweiten Weltkrieg war Libyen als strategische Schlüsselposition hart umkämpft. 1941 drangen die Alliierten bis zur großen Sirte vor, wurden aber 1942 bis El Alamein in Ägypten zurückgeschlagen, ehe sie 1943 den Krieg zu ihren Gunsten wendeten (im Jänner fiel Tripolis, im Mai war der Krieg in Afrika zu Ende). Das Fazit der kolonialen Episode bildete die Zerstörung des Landes, sowohl vor als auch während des Zweiten Weltkrieges, teils liegen noch heute Mienen vergraben. Diese knapp 30jährige Ära war insgesamt wohl das dunkelste Kapitel in der Geschichte der Region.

Dekolonisation nach dem Zweiten Weltkrieg

Vorerst teilten sich nach dem Krieg Franzosen (Wüste) und Engländer (Küste) wieder einmal die Verwaltung im Land auf. Doch da sich die Großmächte und auch die Eliten im Land nicht über seine Zukunft einigen konnten (die Bevölkerung wurde ohnehin nicht gefragt), kam das Territorium unter UN-Kontrolle. „Das Land lag nach dem Sieg der Alliierten am Boden, physisch und moralisch zerstört, verarmt und mit einer Bevölkerung, die zu 90 Prozent aus Analphabeten bestand.“ (Follath 1993:170). 1951 gab es 16 (!) libysche Universitätsabgänger.

Aus politischen Gründen – die Westmächte wollten das Land als Stützpunkt gegen den Kommunismus nutzen, zugleich aber keiner Einzelnen von ihnen die alleinige Kontrolle zugestehen – einigte man sich, das Land in einer konstitutionellen Monarchie zu vereinigen, obwohl die UNO das Gebiet für völlig unvorbereitet für die Selbstständigkeit hielt. Die absolute Macht des von den Westmächten „gewählten“ Königs Idris I. überdeckte aber lediglich die Konflikte, die unter der Oberfläche des extrem vom Ausland abhängigen Staates brodelten. Idris hatte nämlich sogar in der *Sanusi*-Bruderschaft nur eine Minderheit hinter sich und für die Nationalisten Tripolitaniens und der Cyrenaika war die Lösung bestenfalls ein Kompromiss. Der König erwies sich aber als geschickt in der Absicherung seiner Macht. Er installierte einen aus einflussreichen Vertretern diverser Clans gebildeten „Royal Diwan“, der „die realen Machthaber des Landes [repräsentierte], deren Einfluss durch Wasserrechte und Landbesitz gesichert war. [...] Der Diwan verfolgte eigene Interessen, ohne den Führungsan-

spruch des Königs in Frage zu stellen und unterminierte die Parlamentsarbeit, wenn diese gegen sie gerichtet war.“ (Fallwickl 1987:19f) Die formelle Unabhängigkeit erlangte Libyen am 24. Dezember 1951. Im Land wurde eine Scheindemokratie eingerichtet, die vollständig von informellen privaten Beziehungen dominiert war und in der Wahlen lediglich einer formellen Legitimation der Machthaber dienten. Über allem stand ein König, der sich nicht unbedingt an die Verfassung gebunden fühlte. Die formell mächtige Regierung bezog faktische Macht nur aus persönlichen Beziehungen zu ihm. Opposition sammelte sich vorrangig in Ägypten und kam dort mit dem Nasserismus und panarabischen Strömungen in Kontakt. Der Nasserismus war aber auch in der Bevölkerung zumindest der Idee nach verbreitet, was für den Erfolg der Revolution von 1969 wichtig war.

Libyen schloss bald nach dem Krieg Verträge mit Großbritannien und den USA, beiden Staaten wurden darin große Freiheiten eingeräumt: Militärbasen wurden errichtet, Ausländer genossen in Libyen extraterritorialen Status, unterlagen also nicht libyschen Gesetzen. Das Land war eines der ärmsten der Erde (es lebte vom Verkauf von Weltkriegsschrott und der Miete für die Militärbasen), Auswanderung verbreitet, es fehlte aufgrund des schlechten Bildungsangebots an Karrierechancen und mangelte an qualifizierter Arbeit für Inländer. Da die Eliten noch dazu sehr undurchlässig waren, bot die Armee die einzige Chance zum sozialen Aufstieg. Mit dem Beginn der Ölförderung (1955 wurden Vorkommen entdeckt, ab 1961 wurde exportiert) verstärkte sich die Landflucht, die landwirtschaftliche Produktion wurde zugunsten der wesentlich lukrativeren Ölwirtschaft vernachlässigt. Damit wandelte sich die wirtschaftliche Lage des Landes vollkommen. Der Wohlstand des plötzlich reichsten Landes Afrikas war aber höchst ungleich verteilt und beschränkte sich auf die Eliten um den König. Robert Fallwickl zieht zur ersten Periode der Unabhängigkeit daher den Schluss:

„Fehlendes Demokratie- und Nationalbewusstsein sowie die uneingeschränkte Loyalität Idris' seinen ausländischen Mentoren gegenüber verhinderte eine demokratische Entwicklung. Der traditionelle Herrschaftsanspruch des Idris-Clans verhinderte eine auf allen politischen Kräften beruhende Einigung des Landes, der libysche Ölboom zeitigte keine effektiven Wirkungen auf Wirtschaft, Bildungs- und Sozialwesen, westliche Militär- und Wirtschaftsinteressen bestimmten die ‚Entwicklung‘.“ (Fallwickl 1987:24)

Und nach Hans-Peter Mattes erweiterte sich seit 1955 „ständig die Kluft zwischen dem, was bei bewußter politischer Steuerung an ökonomischer Entwicklung möglich gewesen wäre, und der tatsächlich eingeleiteten sozio-ökonomischen Transformation. Die traditionelle Elite begünstigte bei der Verteilung der Erdöleinnahmen ausschließlich loyale Stämme, Familien und Personen.“ (Mattes 1993:221) Libyen wurde so zu einem Rentierstaat (Näheres dazu beim Iran), in dem politische und wirtschaftliche Kontrolle eins waren. Vor allem in der Armee und bei Intellektuellen wuchs die Opposition. Reformorientierte Studenten und Armeeangehörige vereinigten sich 1964 daher im nasseristisch inspirier-

ten „Bund Freier Offiziere“. Ihm gehörte auch ein junger Offizier namens Muammar al-Qathafi an.

3.2. Die Revolution

Muammar al-Qathafi

Wahrscheinlich 1942 wurde Qathafi (zur Schreibweise: verbreitet sind auch Gaddafi oder Kadhafi, gewählt wurde aber jene Transkription, unter der die englische Version des Grünen Buches offiziell erschienen ist) in den wenig einflussreichen Clan der Kadhafah geboren, mitten in die Wirren des Zweiten Weltkrieges, seine unmittelbare Heimat war zudem eines der am heftigsten umkämpften Gebiete. Er war neben vier Töchtern der einzige Sohn einer Beduinenfamilie, die in der Wüste bei Sirt in der von der Geschichte vergessenen Landesmitte lebte. Diese Stadt ist inzwischen Sitz mehrerer Ministerien und wird (auch aus strategischen und regionalökonomischen Gründen) zum „dritten“ Zentrum des Landes aufgerüstet. Sein Großvater soll im Kolonialkrieg gestorben, sein Vater verwundet worden sein. Der Krieg fremder Mächte auf libyschem Boden zur Zeit seiner Geburt, der so viel Leid nach sich zog, hat ihn zumindest aus zweiter Hand geprägt, neben den beduinischen Werten, die ihm seine Familie vermittelte.

Qathafi ging ab 1951 in Sirt zur Schule, später in die Oasenstadt Sebha. Dort gelangte er über Radio erstmals mit den Ideen von Nasser in Kontakt und lernte dessen aus Panarabismus, Sozialismus und Nationalismus bestehende Ideologie kennen. Der ägyptische Staatschef und seine politischen Konzepte wurden zu bestimmenden Einflüssen für Qathafi. Er predigte Panarabismus und radikalisierte die politischen und ökonomischen Ideen Nassers. Als politischer Unruhestifter (er soll auch Flugblätter für die kubanische Revolution verteilt haben) wurde er aber der Schule verwiesen und beendete seine Ausbildung 1963 in Masrata bei Tripolis. Im selben Jahr trat er in die Armee ein, wo er die besten Chancen sah, die „Befreiung der libyschen Volksmassen“ zu erreichen (oder weniger pathetisch: sozial aufzusteigen). Er verabscheute den König und seine Familie, die den Reichtum des Landes in ihre Taschen fließen ließen, er verabscheute die westliche Dominanz über das Land und die ausländischen militärischen und politischen Einflüsse auf seine Politik. Erich Follath charakterisiert ihn kurz gefasst wie folgt: Qathafi ist eine „[...] Mischung aus Lawrence of Arabia, Jack Nicholson und Carlos: wohlmeinender Wüstenheld, ehrlich überzeugt vom edlen Auftrag für seine Nation, genialer Schauspieler mit einem Hang zum Flug übers Kuckucksnest, eiskalter, der ‚Sache‘ ergebener, für die ‚Sache‘ auch terroristische Mittel einsetzender Diktator.“ (Follath 1993:163f). Und was meinte Qathafi 1991 über sich? „In den Geschichtsbüchern soll stehen, daß ich mein Volk befreit und daß ich darüber hinaus die Welt entscheidend verändert habe.“ (zit. n. Follath 1993:189).

Wie ein Putsch zur Revolution wird

Idris I. blieb der einzige und letzte König. Eine der vielen oppositionellen Bewegungen nutzte einen Kuraufenthalt des Königs in der Türkei am 1. September 1969 zum Umsturz. Die Legitimation und Unterstützung der Bevölkerung zu erlangen, war wegen der Nicht-Umverteilungspolitik des Königtums kein großes Problem. Das galt insbesondere, da der Putsch gerade in dieser Richtung Veränderungen verhiß: „Mit den ökonomischen und politischen Ambitionen zur nationalen Befreiung [...] und der Entscheidung, die Erdöldevisen gesamtgesellschaftlich nutzbar zu kanalisieren, besonders auch damit die groben Mängel in den sozialen und medizinisch-hygienischen Verhältnissen zu eliminieren, schuf sich die revolutionäre Führung ihre machtpolitisch notwendige Massenakzeptanz [...].“ (Bergs 1987:90).

Qathafi selbst stammte vom Land und vermochte es daher, den Menschen „aus der Seele zu sprechen“, was zum Teil sein bis heute ungebrochenes Charisma erklärt. Er war bei seiner Machtübernahme erst 27 Jahre alt (was dem Durchschnittsalter der insgesamt etwa 60 Putschisten entsprach). Mit ihm bildeten elf führende Revolutionäre den „Revolutionären Kommandorat“, der in der Folge die Herrschaft ausübte, allerdings nicht lange in dieser Zusammensetzung: Qathafi „erkannte bald, dass seine revolutionären Vorstellungen eine lange und ‚absolute‘ Regierungszeit voraussetzten und daß er dazu all diejenigen ausschalten mußte, die ihm im Wege standen. Innerhalb weniger Jahre waren sechs der zwölf Mitglieder des Revolutionären Kommandorates [...] entweder tot, im Gefängnis oder im ausländischen Exil.“ (Follath 1993:176) So folgten Gewalt gegen Studenten, Gewalt gegen religiöse Würdenträger, Gewalt gegen Oppositionelle, Kampagnen gegen die Exilopposition, Gewalt gegen ehemalige Mitstreiter – kurz, Gewalt gegen alle, die mit dem neuen Regime und seiner Richtung nicht einverstanden waren. Qathafi unterstützte auch den internationalen Terrorismus aktiv wie passiv und wird verdächtigt, A-, B- und C-Waffen zu bauen und finanzieren. Qathafi vertritt dazu die Position, dass im Sinne eines Gleichgewichts der Kräfte auch die islamische Welt das Recht auf Massenvernichtungswaffen hat (vgl. Follath 1993:185f) – ganz der Rhetorik des Kalten Krieges verpflichtet und entsprechend argwöhnisch betrachtet.

Der Putsch von 1969 war bereits mit revolutionären Ansprüchen angetreten: er „war von Qaddafi und seinen Gefolgsleuten als eine Revolution bezeichnet worden, da er sich von den üblichen Militärcoups insofern unterscheidet, als daß er nicht wie diese ein repressives, die Massen vom politischen Leben ausschließendes Militärregime installieren werde.“ (Badry 1987b:146) Nicht nur ging es um den Sturz des Königs, sondern auch um eine revolutionäre Umwälzung der sozialen Verhältnisse. Die Ungleichheit in der Verteilung der Reichtümer war eines der Hauptangriffsziele der Putschisten. Es war von Anfang an klar, dass ein erfolgreicher Putsch eine Revolution nach sich ziehen sollte, denn Qathafi strebte

eine grundlegende Neustrukturierung des politischen und gesellschaftlichen Systems an. Da diese Bewegung eine typische Avantgarde-Bewegung war, blieb der Umsturz der Form nach einem Putsch näher als einer Revolution. Doch da die revolutionäre Veränderung auf dem Fuße folgen sollte und auf eine (passive) Massenbasis bauen konnte, wurde der Putsch zur Revolution. Es war auch schnell klar, dass sie sozialistische Züge tragen würde. In der „Proklamation zur Gründung der Libyschen Arabischen Republik“ vom 1. September 1969 und in der Verfassungserklärung vom 12. Dezember 1969 formulierte Qathafi politische, ökonomische und soziale Freiheit, Sozialismus und Einheit als ihre (und damit seine) Ziele. Er erklärte außerdem, dass in Libyen „eine neue Periode angebrochen [ist], ohne Günstlingswirtschaft, Unterdrückung und Willkür. Nach dem 1. September gibt es keine Demütigung, Unterwerfung und keine Erniedrigung mehr.“ Und er schloss mit „auf daß das Volk über alles herrsche“ (Qathafi vom 28.11.1969, zitiert in Mattes 1987a:31). Damit ist die Revolution ganz den Zielen verpflichtet, die Nasser in Ägypten verfolgt hat (Badry 1987a:49f).

Bereits 1970 erfolgte eine Verwaltungsreform und Neugliederung des Landes. „Durch die Bildung von Gouvernements (*muhafadhat*), Distrikten (*mudiriyat*) und Gemeinden (*baladiyah*) sollten die traditionellen Stammesgrenzen aufgebrochen werden.“ (Strunz/Dorsch 2000:21) Schon bald nach dem politischen Umsturz setzte auch die „Kulturrevolution“ ein, im Zuge derer unerwünschte Ausländer des Landes verwiesen, ausländische Einflüsse zurückgedrängt und eine Islamisierung und Arabisierung von Staat und Gesellschaft angegangen wurde. Im öffentlichen Raum wurde sie schnell verwirklicht. Exemplarisch seien die ausschließliche Verwendung der arabischen Sprache und Schrift in Libyen genannt oder auch die Schließung von Bars und anderen Vergnügungsstätten. Zu Beginn der 1980er-Jahre wurde der „Nationale Rat für arabische Kultur“ gegründet, der sich dem Kampf gegen den „imperialistisch-zionistischen Kulturkreuzzug“ widmet. In ökonomischer Hinsicht versprach Qathafi eine „Entwicklungsrevolution“, die vor allem eine ökonomische Diversifizierung beinhaltete. Entwicklungspläne nach sozialistischem Muster wurden ab 1973 verabschiedet (Bergs 1987:91ff). Qathafi strebte nach sozialer Gerechtigkeit durch Lohnerhöhungen, mehr Gleichheit, Gewerkschaften, den Bau von Wohnungen, Straßen und Krankenhäusern und vieles andere mehr. Das erforderte seiner Meinung nach aktive Mitarbeit der „Volksmassen“ (*jamahir*), jedes einzelnen Libyers nach dem Vorbild der Arabischen Sozialistischen Union Nassers. Deshalb wurde auch in Libyen eine Partei gleichen Namens (ASU) gegründet. Durch sie sollten Klassengegensätze friedlich überwunden und nationale Einheit hergestellt werden (Mattes 1987a:32). Diese erste Idee scheiterte aber am Konflikt zwischen ASU und Verwaltung und am Einfluss traditioneller Eliten in der Partei.

In einer programmatischen Rede in der Stadt Zuwara am 15. April 1973 gab daher Qathafi „seiner“ Revolution eine andere Richtung. Nach Mattes beendete diese Rede die „erste Etappe“ der Revolution und leitete zugleich die zweite ein, in

der das *Jamahiriya*-System zuerst formuliert, dann ausgearbeitet und schließlich schrittweise implementiert wurde. In Zuwara verkündete Qathafi die Aufhebung aller nicht-revolutionären Gesetze (der Koran sollte Basis der Rechtsprechung werden), die Säuberung des Landes von „politisch Kranken“ (ein sehr dehnbarer Begriff), die Bewaffnung des Volkes, die Durchführung einer Verwaltungsrevolution und den Beginn der Kulturrevolution (Badry 1987a:52f; Mattes 1987a:34f). Ein Jahr später zog sich Qathafi für sechs Monate aus der Öffentlichkeit zurück, um eine neue Staatsorganisation zu entwerfen. Ergebnis dieses Rückzugs waren das „Grüne Buch“ (veröffentlicht 1975 bis 1979) und das Konzept für ein „direkt-demokratisches Experiment“. 1975 kehrte Qathafi in seine Ämter zurück und verkündete auf zwei Reden das neue System und den Beginn der „religiösen Revolution“, durch die der Einfluss religiöser Eliten gebrochen werden sollte.

Die ASU-Basiseinheiten wurden nun in „Basisvolkskonferenzen“ umgewandelt, lokale Versammlungen, an denen alle Libyer aktiv teilnehmen sollten. Insgesamt ist das System pyramidenförmig mit nationaler, regionaler und lokaler Ebene strukturiert. An der Spitze steht die Allgemeine Volkskonferenz (AVK) mit etwa 1.000 Mitgliedern und streng imperativem Mandat (Mattes 1987a:37f; Badry 1987a:67). Alle Organe sollen bloß den Volkswillen vollziehen, die Meinungsbildung soll von unten nach oben erfolgen. Volksmilizen und eine allgemeine Militärausbildung (auch für Frauen und Kinder) sollten die Souveränität des Staates garantieren. Die religiösen Eliten wurden entmachtet, denn der Mensch braucht keinen Mittler zwischen sich und Gott, ebensowenig wie zwischen sich und der Herrschaft. Eine „Produzentenrevolution“ sollte die wirtschaftlichen Probleme lösen. Mit der ersten Sitzung des AVK Anfang 1976, durch den die ASU obsolet und daher aufgelöst wurde, endete (nach Mattes) die zweite Etappe der Revolution.

Qathafis Streben nach direkter Volksherrschaft erklärt sich auch daraus, dass er die Macht tribaler, religiöser und bürokratischer Eliten, die mit Italienern, Briten und den USA zum eigenen Vorteil kollaboriert hatten, mit ihren negativen Begleiterscheinungen brechen wollte. Die revolutionären Eliten waren nicht die familiär-tribalen und religiösen der vorrevolutionären Phase, sondern Armeeangehörige, Intellektuelle, teilweise auch Bürokraten. Es ging also ganz wesentlich um eine Verlagerung der faktischen Macht, sicher auch im eigenen Interesse. Es gab dabei Widerstände, so etwa durch städtische Eliten, die in den 1970er-Jahren Reprivatisierung befürworteten, was am 8. August 1975 sogar in einem Putschversuch unter Führung des Revolutionärs Omar el-Meheschi gipfelte. Er scheiterte und seine Teilnehmer flohen ins Exil oder wurden umgebracht (Follath 1993:155f). Die Revolutionsführung wurde daraufhin auf den „harten Kern“ (Qathafi, Jallud, Kharrubi, Jabir, Humaydi) reduziert. Noch widerstandsfähiger blieben die Clanführer, deren reale Macht bis heute nicht überwunden ist.

Die „dritte Etappe“ der Revolution (nach Mattes) hält noch an, denn das organisatorische System der Volksjamahiriya hat sich seit Mitte der 1970er-Jahre

nicht mehr grundlegend verändert, wohl aber institutionalisiert. Am 2. März 1977 verabschiedete eine außerordentliche Tagung der AVK die verfassungsgebende „Proklamation der Volksmacht“ (vgl. für den Wortlaut Mattes 1987a:40f). Die Libysch-Arabische Republik wurde nun in „Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya“ umbenannt. Im Rahmen der Erklärung wurde auch der Revolutionäre Kommandorat als systemfremdes Element aufgelöst, seine Mitglieder – darunter Qathafi – übernahmen statt dessen führende Aufgaben in der AVK.

3.3. Postrevolutionäres politisches System im Wandel

Die „Ideologisierung“ der Politik und der Gesellschaft ist eine der tragenden Säulen des libyschen politischen Systems. Durch das Grüne Buch (Badry 1987a:54ff; Al-Qathafi I-III), vor allem aber durch die permanente Interpretation dieser Lehre durch ihren Erfinder und die von ihm geschaffenen Institutionen wurde ein ideologischer Rahmen definiert, innerhalb dessen sich die Entwicklung nunmehr zu vollziehen hat. Der „ideologische Druck“, der mit der Rede in Zuwara begann, sich mit Qathafis Rückkehr in die Öffentlichkeit ab 1975 immer weiter verstärkte und der bis 1979 seine volle Kraft entfaltet hatte, erfasste alle gesellschaftlichen Bereiche.

Postrevolutionäre Politik in der Theorie

Qathafi plante „eine *permanente* Revolution, die dauernde Mobilisierung und aktive Partizipation der Volksmassen durch allmähliche Sozialisierung aller Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens.“ (Badry 1987a:51, Hervorhebung A.E.) Er zog sich bereits 1979 aus allen offiziellen Ämtern zurück, übernahm aber als unangefochtener Revolutionsführer die ideologische Leitung. Seither wird das Grüne Buch durch Auslegungen Qathafis als oberste ideologische Autorität, Forschungsseminare und ein Studienzentrum weiterentwickelt. Das Konzept lässt sich zusammenfassen als sozialistisch orientierte, auf Basisdemokratie und Selbstverwaltung erbaute und islamisch geprägte gesellschaftliche Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus. So erhielt sie den Namen „Dritte Universaltheorie“ im Sinne eines Dritten Weges der Staaten der Dritten Welt mit universalem Lösungsanspruch.

Zentrales Thema im ersten, politischen Teil des Grünen Buches, ist das *Jamahiriya*-System, ein basisdemokratisches Regierungssystem auf Grundlage von „Volkskongressen“ und „Volkskomitees“. Dieser Teil verkündet die direkte Herrschaft des Volkes als ultimative Lösung des Problems der Demokratie. Qathafi lehnt alle derzeitigen politischen Systeme ab, da sie Repräsentation beinhalten, damit einer Minderheit die Herrschaft überantwortet und daher letztlich Diktaturen sind. Basis des Systems der Volksjamahiriya sind Volks-

konferenzen und Volkskomitees. In den Volkskonferenzen (vgl. Badry 1987a:66) sind alle Bürger (Frauen und Männer) ab 18 Jahren zur Teilnahme berechtigt und aufgerufen, in ihnen werden alle politischen Entscheidungen, die die Gemeinschaft betreffen, diskutiert und basisdemokratisch gefällt. Die Volkskomitees und geschäftsführende Führungskomitees werden durch sie bestimmt. Jährlich tritt zudem die AVK zusammen, an der neben Delegierten der lokalen Basisvolkskonferenzen auch Delegierte aus Berufs- und Gruppenkongressen (wie Ärzte, Studenten, Frauen) teilnehmen. Alle Delegierten haben ein imperatives Mandat und sollen die Wünsche der Basiszellen zum Ausdruck bringen, denen sie direkt verantwortlich sind. Das Sekretariat des AVK übt administrative Regierungsfunktionen aus. An die Stelle der Gewaltenteilung tritt ein Kooperationsprinzip, idealtypisch kontrolliert das Volk sich selbst:

„Thus, both the administration and the supervision become popular and the outdated definition of democracy – *Democracy is the supervision of the government by the people* – comes to an end. It will be replaced by the right definition *Democracy is the supervision of the people by the people.*“ (Al-Qathafi I:30).

Neben der Lösung des Problems der Demokratie kennt Qathafi auch die Lösung der ökonomischen Probleme der Menschen: den Sozialismus. Dies beschreibt er im zweiten, ökonomischen Teil des Grünen Buches. Kein Versuch, meint Qathafi, das Grundproblem der Ökonomie zu lösen – das der Beziehung zwischen Arbeiter und Unternehmer nämlich –, war erfolgreich, nicht durch Lohnregulierungen, nicht durch Eingriffe in das Eigentum. Statt dessen muss das Lohnsystem abgeschafft, dem „Produzenten“ (Arbeiter) das Recht auf das, was er produziert, zurückgegeben werden. Dies kommt durch das Prinzip „Partner statt Lohnarbeiter“ zum Ausdruck, für Arbeitsunfähige sorgt die Gesellschaft. Der zweite Teil des Grünen Buches basiert auf dem oft wiederholten Grundsatz: „in der Not gibt es keine Freiheit“, denn niemand kann frei sein, dessen Bedürfnisse von jemand anderem kontrolliert werden. Daher gibt es Privateigentum nur bei Gütern des Grundbedarfs (Wohnung, Kleidung, Nahrung, Transportmittel). Auch privaten Landbesitz gibt es nicht, jeder darf aber Land bearbeiten und dann von den Erträgen dieser Arbeit profitieren.

Im Dritten Teil präsentiert Qathafi eher unzusammenhängend die soziale Grundlage der Dritten Universaltheorie. Demnach wird die Geschichte durch Nationalismus und Religion angetrieben, wobei der nationale Faktor, der aus sozialen Bindungen entsteht (in Familien und Stämmen), der wichtigere ist, Länder, in denen verschiedene Nationalismen existieren, müssen zerfallen (Al-Qathafi III:24; siehe Sowjetunion oder Jugoslawien). Damit sich beide Faktoren in Harmonie befinden, sollte jede Nation eine Religion haben, nicht notwendigerweise aber alle dieselbe. Der systemstabilisierende Nationalismus wird durch übermäßige Loyalitäten auf niedrigeren sozialen Ebenen (Kritik am Clansystem) und durch Fanatismus (Kritik am Fundamentalismus) gefährdet. Ethnisch-

nationale Minderheiten oder andere Rassen dürfen in keiner Weise diskriminiert werden. Qathafi propagiert damit das Konzept eines libyschen oder sogar panarabischen Nationalstaates, in dem die politische Bedeutung von Clans und religiösen Führern gebrochen ist.

Qathafis Konzept betont auch die Gleichberechtigung (nicht Gleichheit) der Frau (Qathafi III:26ff). Männer und Frauen sind bezüglich ihrer Rechte und als Menschen gleich, aber nicht *sich* gleich. Der wichtigste *soziale* Unterschied der Geschlechter liegt in ihrer Rolle, denn nur Frauen können Kinder zur Welt bringen. Daher muss die Gesellschaft die Bedingungen dafür schaffen, dass ihnen die Verwirklichung dieser Rolle als Mutter ohne Probleme ermöglicht wird, sie müssen von materiellen Zwängen befreit werden, die ihnen andere soziale und ökonomische Systeme auferlegen (daher besitzt etwa die Frau die Wohnung). Frauen steht aber der Zugang zu jeder Form von Bildung und jeder Form von Arbeit offen, was freilich in der Praxis kaum angenommen wird. Außerdem legt Qathafi fest: „Education that leads to work unsuitable for her [a females] nature is unjust and cruel as well.“ (Al-Qathafi III:35) Der Interpretationsspielraum in dieser für seine Ausführungen insgesamt typischen Formulierung ist offensichtlich.

Was an Qathafis Grünem Buch außerdem unmittelbar stört, ist zweierlei: zum einen sein Anspruch, buchstäblich der Weisheit letzten Schluss gezogen zu haben, zum anderen teils fundamentale Widersprüche. Er meint, dass das Grüne Buch „die Grundlage für alles in der arabischen, ja in der islamischen Welt [ist]. Mit meinem Grünem Buch habe ich die endgültige Lösung der Regierungsproblematik gefunden und den Menschen den Weg aus den Zeiten der Diktatur in die Zeiten der wahren Demokratie gezeigt, und habe alle ökonomischen und sozialen Probleme gelöst.“ (Qathafi zitiert in Follath 1993:165) Qathafi meint solche Aussagen sehr ernst und glaubt tatsächlich, eine letztlich weltweit allgemeingültige Lösung für alle Probleme gefunden zu haben. Trotzdem schließt er den ersten Teil seines Buches, in dem er eine neue Konzeption der Demokratie entwickelt, mit: „Theoretically, this is genuine democracy. But realistically, the strong always rule, i.e., the stronger part in the society is the one that rules.“ (Al-Qathafi I:44) Auch Roswitha Badry kommt zu dem Schluss, dass ungenügende Differenzierung und damit Oberflächlichkeit, teils offensichtliche Einseitigkeit, ungenügende Berücksichtigung von Wechselwirkungen, begriffliche Ungenauigkeiten und Lücken zu den Mängeln der Konzeption zählen (Badry 1987a:62ff). Den Schlüsselbegriff „Bedürfnisse“ etwa erläutert Qathafi nicht und er berücksichtigt keinerlei Anreizsysteme. „Die Lösung dieses Problems wäre [aber] allein in der utopischen Schaffung eines idealen (revolutionären und aktiven) Menschen im Sinne der Theorie Qaddafis zu suchen.“ (Badry 1987a:63) Daran ist auch Guevara schon gescheitert.

1988 wurde dem Konzept die „Große Grüne Menschenrechtsdeklaration“ hinzugefügt, die dem Einzelnen einklagbare Rechte einräumt. Man muss sie als

Qathafis Antwort auf den „Menschenrechtsimperialismus“ des Westens ansehen, obwohl sie – wenngleich auf der Basis der Volksjamahiriya und damit in Details stark modifiziert – dieselben Rechte verbrieft wie die Deklarationen verschiedener internationaler Organisationen. Die Deklaration geht in manchen Bereichen auch über die Allgemeine Erklärung von 1948 hinaus. Die Menschenrechtspraxis in Libyen wird von *Amnesty International* aber trotzdem nicht positiv beurteilt. Die Hauptkritikpunkte sind unfaire Prozessführung, Folterungen, die unmäßige Verhängung der Todesstrafe, „außergerichtliche“ Exekutionen und Kollektivbestrafung. Auch gegen gewaltfreie religiöse Vereinigungen wird restriktiv vorgegangen (vgl. AI 2000, AI 2001). Die Meinungs- und Religionsfreiheit gilt daher nur innerhalb der Grenzen der Großen Grünen Menschenrechtsdeklaration: Religion hat privat zu sein und Meinungen dürfen das politische System nicht in Frage stellen, denn die Volksjamahiriya steht über allem.

Als Konzept und als Staatsutopie bleibt Qathafis Grünes Buch trotz aller berechtigten Kritik interessant, weil es in Libyen zumindest prinzipiell alltägliche Wirklichkeit ist. Und die Theorie ist nicht zuletzt deshalb eher einfach formuliert, weil sie sich an die „Volksmassen“ wenden will, und nicht zuletzt deshalb eher ungenau, weil sie nur einen Leitfaden liefern möchte, der einer sich entwickelnden Praxis, die eine Anwendung der Prinzipien in kleinen Gemeinschaften ebenso wie in Staaten ermöglichen soll, zur Orientierung dient.

Qathafis Konzept und der Islam

Qathafi sieht sich eindeutig als islamischer Staatsführer, „sein“ Islam ist aber eigenständig und wird gerade von Fundamentalisten kritisiert, die in ihm einen säkularen Häretiker sehen. Eine Ironie der Geschichte ist es daher, dass zu Beginn der Revolution diese nach heutigem Verständnis fundamentalistische Züge trug (Kulturrevolution, Islamisierung). Sie wurde aber nicht von den religiösen, sondern von den politischen Eliten betrieben und gerade dadurch gelang es der Revolution, zugleich den Einfluss der religiösen Würdenträger und Lehrer zu beschneiden und trotzdem die eigene islamische Legitimationsbasis zu behalten. Schon seit den 1970er-Jahren hat sich Qathafi militant gegen fundamentalistische Tendenzen in Libyen und im arabischen Raum gewandt (ein Hauptgegner war und ist die Muslimbruderschaft, die aus Ägypten agiert; Lerch 1991:136ff). Die Freiheiten religiöser Autoritäten wurden laufend eingeschränkt, politische Aktivitäten werden unverändert nicht geduldet. In dieser Hinsicht hat Qathafi wohl sogar den radikalsten säkularen Staat der arabischen Welt geschaffen. Er „ist nämlich ein ganz und gar kompromissloser Fundamentalist. [... Im Islam der] Schriftgelehrten, sieht er ein teilweise reaktionäres Herrschaftsmittel, das nichts mehr vom ursprünglich fortschrittlichen, ja revolutionären Geist des Islam an sich habe, wie er vom Propheten verkündet wurde.“ (Lerch 1991:169)

Im Gegensatz zur gängigen Lesart in anderen islamischen Staaten lehnt Qathafi *Sunna* (die überlieferten Aussprüche und Handlungen des Propheten), *Fiqh* (die Auslegungen islamischer Rechtsgelehrter durch den Analogieschluss, den *Ijtihad*) und *Taqlid* (die Lehrsätze islamischer Rechtsschulen) als nicht authentische Interpretation göttlichen Willens ab. Den *Ijtihad* selbst lehnt er nicht ab, da er es dem Moslem erlaubt, durch das Bilden von Analogien zu früheren Entwicklungen auf neue Herausforderungen zu reagieren.

In Libyen wurde 1971 die islamische Gesetzgebung (*Sharia*) eingeführt, die aber gemäßigt ausgelegt wird. Der Islam ist nach Qathafi zwar auf den Privatbereich beschränkt, jedoch ist sein Anspruch universell: er deckt alle Lebensbereiche ab, auch den politischen. So werden auch die Thesen des Grünen Buches auf den Koran zurückgeführt (Badry 1987a:78f), ebenso wie die Volksjamahiriya als Variante des traditionellen islamischen Verständnisses von Demokratie (vgl. zur *Shura* Tibi 1993:155ff). Die „Große Grüne Menschenrechtsdeklaration“ von 1988 ist ein weiterer Schritt der praxisorientierten Islaminterpretation. Die insgesamt ausgesprochen tolerante Haltung Qathafis zur Religion – solange sie nicht politisiert wird – hat 1997 sogar zu diplomatischen Beziehungen zwischen Libyen und dem Vatikan geführt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Qathafi wandelt auf dem Grat zwischen säkularem Häretiker und islamischem Fundamentalisten im Wortsinn; während die Religion einerseits programmatisch auf den Privatbereich beschränkt bleibt, bildet sie doch die Grundlage des politischen, ökonomischen und sozialen Gefüges der Dritten Universaltheorie. Ihrer Praxis wollen wir uns nun zuwenden.

Postrevolutionäre Politik in der Praxis

Kehren wir noch einmal in die Zeit vor dem Grünen Buch zurück. Nach der Revolution von 1969 wurden die ausländischen Militärbasen geschlossen und in „strategischen“ Sektoren der Auslandsbesitz enteignet. Bereits nach wenigen Jahren befand sich die Industrie daher fest in libyschen Händen (auch noch von privaten Eigentümern), die meisten Ausländer waren ausgewiesen worden. Auch zentrale soziale Errungenschaften wurden in wenigen Jahren verwirklicht: Verdopplung der Mindestlöhne, Initiativen im Wohnungsbau, Verbesserung der ärztlichen Versorgung, Aufbau einer allgemeinen Sozialversicherung.

Nach den Anlaufschwierigkeiten der Revolution und der Transformation der 1970er-Jahre wurde 1979 durch die Proklamation der „Trennung von Herrschaft und Revolution“ eine politisch nicht legitimierte Parallelorganisation geschaffen. Qathafi und die nach Säuberungen verbliebenen führenden Revolutionäre legten ihre politischen Ämter nieder und bildeten fortan das Oberste Revolutionskomitee. Als Basis für dieses Gremium wurden schon seit 1977 Revolutionskomitees gebildet, die als Kaderschmiede fungierten und Aufgaben im Bereich

der Verteidigung der Revolution, der Information und der Mobilisierung der Massen erfüllten, diese Massen aber auch kontrollieren sollten. Dadurch kommt schon zum Ausdruck, dass in den zehn Jahren zuvor vor allem die politische Mobilisierung der Massen zu wünschen übrig gelassen hat. Freilich lähmte die Überwachung und die ständige Betonung revolutionärer Verdienste den Staat noch weiter. Die alten Probleme (Tribalismus, Nepotismus, Korruption, Rentenmentalität) konnten hingegen nicht überwunden werden. Die Bedeutung der Revolutionskomitees wurde von Qathafi trotzdem stets hervorgehoben. Sie sollten aber als überflüssig aufgelöst werden, sobald die Volksmassen nach einer (zeitlich unbestimmten) Übergangsphase Macht, Reichtum und Waffen übernommen haben, auch Qathafi selbst würde sich dann zurückziehen.

Im Grünen Buch wird der „Revolutionsbereich“ aber nicht erwähnt. Er ist „der politischen Kontrolle durch die Volkskonferenzen und Volkskomitees entzogen [...], während die Revolutionsführung um Qathafi durch die Kontrolle der Streitkräfte und die Präsenz der Revolutionskomitees in allen staatlichen Einrichtungen Kontrolle, Steuerung und Mobilisierung betreiben kann. [...] Das] zeigt den engen Handlungsspielraum des Herrschaftssektors und die engen Grenzen der von ihm verabschiedeten Gesetze auf.“ (Mattes 1993:233) Zentraler Hauptakteur der Politik in Libyen ist entgegen aller Ansprüche und Bekenntnisse jedenfalls die Revolutionsführung mit Qathafi an der Spitze. Dies führt die Trennung von Revolution und Volksmacht von 1979 ad absurdum, denn eigentlich sollten die exekutiven Kompetenzen bei der AVK bzw. deren Sekretariat und deren Volkskomitee liegen (Badry 1987a:68). Doch ist Kompetenz vielmehr personen- denn funktionsgebunden: vor 1979 lag sie bei denselben Personen in ihrer Funktion als Generalsekretariat der AVK (1977–79) und als Revolutionärer Kommandorat (1969–77).

Höchstes Exekutivorgan des „Herrschaftsbereichs“ wurde das Allgemeine Volkskomitee. Es ersetzte den Ministerrat, seine Mitglieder werden basisdemokratisch und nicht mehr durch die Revolutionsführung bestimmt. Auch die Personalunion von Revolutionsführung und Ministerrat gehört der Vergangenheit an, dafür verlor der Herrschaftssektor an Einfluss. Formal lag (und liegt) die Kompetenz wegen des streng imperativen Mandats zwar bei den Basisvolkskonferenzen, tatsächlich vollzieht sich dort aber oft eine Bestätigung der Aktionen der Revolutionsführung und eine formelle Ermächtigung anderer Gremien mit der Ausführung bestimmter Politikfelder, so vor allem der Außenpolitik. In anderen Bereichen fassen die Basisvolkskonferenzen zwar verbindliche Beschlüsse, die Meinungs- und Willensbildung im AVK erfolgt aber insgesamt absteigend statt aufsteigend. „Die Revolutionskomitees verfügen außerdem durch ihre militärische Bewaffnung und die eigene Revolutionsgerichtsbarkeit (Revolutionsgerichte) seit Beginn der [19]80er-Jahre über erhebliche Machtmittel zur Einschüchterung und Liquidierung oppositioneller, kritischer Stimmen.“ (Mattes 1987a:42) Hans-Peter Mattes schließt daher auch: „Nach westlichem

Verfassungsverständnis ist Libyen ein Staat ohne Verfassung, dessen Bürger theoretisch und praktisch der Willkür der politischen Führung ausgeliefert sind, da diese keiner wie auch immer gearteten Kontrolle unterliegt.“ (Mattes 1993:233)

Der Widerstand gegen die herrschende Politik ist aber auch aus anderen Gründen relativ gering. Die Einnahmen aus dem Erdöl sind zwar in den 1980er-Jahren stark zurückgegangen (zwischen 1981 und 1986 fiel das Pro-Kopf-BIP auf die Hälfte), sie garantieren aber unverändert einen hohen Lebensstandard. Die politische Opposition inner- wie außerhalb des Landes ist heute schwach, fundamentalistische Opposition wird massiv bekämpft, die zwar regelmäßigen, aber stets lokal begrenzten Unruhen (vor allem in Benghazi; vgl. AI 2000) werden von der Revolutionsführung gewaltsam unterdrückt. In den 1970er-Jahren war die Opposition noch stärker, 1976 wurden die Universitäten von „revolutionsfeindlichen Elementen“ gesäubert und 1978 Freitagsprediger, die Qathafis Islaminterpretation ablehnten, ihrer Ämter enthoben. 1979 verließen viele von der Produzentenrevolution negativ Betroffene das Land (das bedeutete einen massiven Aderlass vor allem für die Privatwirtschaft). Nach 1977 gab es Hinrichtungen und Verfolgungswellen bis ins Ausland, insbesondere Anfang der 1980er-Jahre. Zentrum der Opposition war Ägypten, weswegen sich die Beziehungen zu diesem Nachbarn merklich anspannten.

Seit Ende der 1980er-Jahre nimmt die Bedeutung des „tribalen Faktors“ in der Politik wieder zu, selbst Mitglieder der Revolutionsführung stärken ihn (Mattes 1993:234). Es ist offenbar ein konstituierendes Element des libyschen politischen Systems und erwies sich als weit schwerer fassbar, als andere Elemente des „alten“ Systems: ausländische Berater, Militärs und Geschäftsleute, die Bürokratie, die religiösen Eliten und die „Kapitalisten“. Diese Gruppen konnten durch institutionelle Maßnahmen isoliert und aufgelöst werden (ungeachtet späterer Versuche, Einfluss zurückzugewinnen), die Stämme, Clans und Familien aber erwiesen sich als hochgradig resistent gegen solche Angriffe.

Auf der internationalen Bühne wird Qathafi meist entweder als Terrorist oder als Verrückter gesehen, teils zu Recht, teils als Polemik. Wenn man mit Libyern spricht, taucht ein ganz anderes, viel positiveres Bild auf: „Sie erwähnen die kostenlose Schulbildung, die eigenen, staatszugeleiteten Wohnungen, die unentgeltliche ärztliche Versorgung im ganzen Land; viele junge Frauen sehen in Gaddafi ihren ‚Befreier‘, können sie heute doch, anders als in der Vergangenheit, anders aber auch als ihre Geschlechtsgenossinnen in den meisten Nachbarländern, Karriere im Busineß, in der Staatsverwaltung, in der Armee machen. Viele Ältere sind stolz darauf, dass Libyen ‚auf der internationalen Bühne eine große Rolle spielt‘ (und scheinen nicht besorgt darüber, welche), dass Gaddafi mit seiner Revolution die koloniale Unterdrückung abgestreift, die Ausländer ‚aus Libyen hinausgeworfen‘, dem Land ein ‚neues Selbstbewusstsein‘ gegeben habe.“ (Follath 1993:154) Eine soziale Komponente des Grünen Buches, die im islamischen Kontext besonderer Berücksichtigung bedarf, ist die Stellung der

Frau. Jede Diskriminierung im privaten, politischen und ökonomischen Bereich sowie auf Bildungsebene ist untersagt, Frauen sind im Ehe- und Scheidungsrecht gleichberechtigt und genießen weitreichenden Mutterschutz. Qathafi setzte sich stets für den Einzug der Frauen in alle gesellschaftlichen Bereiche ein und möchte insbesondere die traditionelle Praxis arrangierter Eheschließungen aufbrechen. Der gesellschaftliche Wandel in diese Richtung ist in Libyen zögerlich im Gange, denn im politischen oder wirtschaftlichen Prozess sind Frauen unverändert wenig integriert: in der Politik sind fast ausschließlich Männer aktiv; der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen beträgt nur etwa ein Viertel (die Erwerbsquote bei Frauen über 15 Jahren beträgt nur 24% gegenüber 78% bei Männern), lediglich im Bildungsbereich haben Frauen gleichgezogen und stellen sogar fast die Hälfte der Universitätsstudierenden (vgl. UNDP 2000:293, 297).

Die ideologische Vorbildwirkung des Systems war aber schwach. Zwar wurde und wird das Grüne Buch als eine der wenigen ausformulierten „Theorien“ des Dritten Weges diskutiert, doch zumeist nur im eigenen ideologischen Umfeld. Das einzige Land, in dem das System außerhalb Libyens zur Anwendung gekommen ist, war Ghana (allerdings mit wenig Erfolg; Sucher 1992). Im Tschad wurde in den 1980er-Jahren die Einführung der Volksjamahiriya und die Vereinigung der beiden Staaten diskutiert, beides zerschlug sich aber. In Ländern mit geringerem Volkseinkommen als Libyen stößt ihre Realisierung ohnehin auf große Probleme. Solche Länder (wie Ghana und Tschad, aber auch Ägypten, Syrien, Sudan, Niger) können sich weder großzügige soziale Errungenschaften leisten, noch könnten sie die Produktionsausfälle abfangen, wie sie mit der Produzentenrevolution einhergegangen sind. Dazu unterstützen Libyens geringe Bevölkerungszahl, seine ethnische und inzwischen auch soziale Homogenität den gesellschaftlichen Konsens, was in anderen Ländern nicht ohne weiteres zu erwarten ist.

Auch das militärische Potenzial Libyens ist seit 1989 (die Sowjetunion war Hauptlieferant von Waffen) geschwächt worden. Abgesehen von terroristischen Aktivitäten, die sich aber seit Mitte der 1980er-Jahre abgeschwächt haben und inzwischen praktisch zum Erliegen gekommen sind, ist von der zwischenzeitlich im regionalen Vergleich großen militärischen Potenz wenig geblieben. Qathafi betreibt den Export der Revolution daher primär durch ihre Vorbildwirkung, rhetorische und diplomatische Mittel. Doch eine historische Konjunktur, die gerade in der islamischen Welt radikale religiöse Opposition fördert (Iran, Türkei, Ägypten, Algerien, ...), arbeitete gegen ihn. Zum Problem wird dabei seine Rolle in der Weltöffentlichkeit. Nicht erst seit der wechselseitigen offenen Feindschaft mit den USA, „sondern generell aufgrund seiner unsteten, nicht kalkulierbaren Innen- und Außenpolitik, seiner oft zweideutigen Äußerungen und seines wenig positiven Images auf der Weltbühne [gilt Qathafi] als unsicherer Verbündeter“ (Badry 1987b:151). Dies gilt trotz einer gewissen Deeskalation auch des repressiven Klimas im Land in den letzten Jahren. Und obwohl immer

wieder Zusammenstöße mit religiösen Gruppen und andere Unruhen bekannt werden (zuletzt schwere Ausschreitungen gegen Schwarzafrikaner) und auch die Attentate auf Qathafi nicht abreißen (1993 scheiterte ein Putschversuch), ist Libyen innenpolitisch verhältnismäßig stabil, gerade verglichen mit seinem unmittelbaren Umfeld.

Libysche Wirtschaft und Wirtschaftspolitik

Die Produzentenrevolution von 1978/79 stellte den Wirtschaftsbetrieb auf eine völlig neue Basis: Mietwohnungen wurden den Mietern übergeben, privates Wohnungseigentum teils verstaatlicht und umverteilt (privater Wohnbau kam danach völlig zum Erliegen); private und öffentliche Unternehmen kamen in „Volksbesitz“; privater Handel wurde durch „Volksmärkte“ unter Kontrolle der Volkskonferenzen ersetzt; im Außenhandel wurde ein Staatsmonopol installiert. Libyen wurde in eine basisdemokratische Umverteilungswirtschaft umgewandelt. Seit 1988 werden jedoch Privatbetriebe und privater Handel wieder geduldet, womit man die Produktivität steigern wollte, deren Rückgang wegen der Einnahmefälle bei Öl und den hohen Fixausgaben für Rüstung und industrielle Großprojekte zum Problem wurde. Viele (nord)afrikanische Gastarbeiter wurden im Laufe der 1990er-Jahre ausgewiesen, teils aus finanziellen Gründen, teils aus außenpolitischen. Zwar waren viele dieser Arbeitskräfte illegal im Land, Probleme bei ihrer Bezahlung (allein durch den damit verbundenen massiven Kapitaltransfer ins Ausland) und die Bestrafung politischen Fehlverhaltens der Herkunftsländer spielten aber zweifellos die wichtigere Rolle. Aufgrund der Probleme weiteten sich Tendenzen zur (Re-)Privatisierung in den 1990er-Jahren aus, erfassten schließlich Krankenhäuser, Banken und den Außenhandel und sparten nur noch strategische Industriezweige aus, wie den Ölsektor, wo aber im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten Auslandsbeteiligungen seit 1969 immer möglich und gerade in der Erschließung neuer Quellen auch sehr wichtig waren. Durch Versorgungsprobleme kam es aber auch zu Rationierungen und 1992 zu Preisfreigaben, was die Inflation anheizte (bei stagnierenden Nominallöhnen).

Am Anfang der Revolution standen Agrarentwicklungsprogramme gegen die Landflucht und mittelfristig zur Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Beide Ziele wurden allerdings klar verfehlt, Landarbeit wird fast ausschließlich von ausländischen Arbeitskräften (meist Ägyptern) betrieben, die teils illegal in Libyen arbeiten, teils aber auch gezielt ins Land geholt werden, und Libyen ist zu 60% von Nahrungsmittelimporten abhängig. Im Zuge einer „Grünen Revolution“ wurden Flächen bis an die Grenzen der Belastbarkeit ausgebeutet, die Produktionskosten waren aber hoch und überstiegen oft den Weltmarktpreis. Mit dem seit 1984 errichteten „Großen künstlichen Fluss“ soll sich aber die Eigenbedarfsdeckung in der Landwirtschaft entscheidend erhöhen. Seit 1996 sind Tripolis, Benghazi und Sirt an das Projekt angeschlossen, weitere Ausbau-

stufen sind vorgesehen, die demnächst fertig gestellt werden. Ob es bei immensen Kosten (seit 15 Jahren werden jährlich 10 bis 15% des Staatshaushalts investiert, insgesamt rund 30 Milliarden US\$) die erhofften Erträge bringt ohne zur ökologischen Katastrophe zu führen, muss abgewartet werden (Strunz/Dorsch 2000:116ff; Frank/Kamp 1995:165ff).

Keine solchen Probleme hat der Dienstleistungssektor. Er prosperiert mit Anteilen um ein Drittel des BIP und fast der Hälfte der Beschäftigten, allerdings nicht zuletzt wegen der überdimensionierten und daher ineffizienten Verwaltung. Schlechter steht es um die Industrie, die unter Problemen leidet, die man angesichts der kolonialen Vergangenheit einer völlig abhängigen Wirtschaft und der geringen Bevölkerungszahl erwarten kann (Mangel an Know-how, Facharbeitern und Kapital, hohe Kosten, kleine Absatzmärkte). Diese Schwierigkeiten konnten durch gezielte Industrialisierungspolitik gemildert, aber nicht behoben werden, denn gerade in diesem Bereich wurde viel Geld auf ineffiziente Großprojekte verschwendet. Auch das US-Embargo ab 1984 und die UN-Sanktionen 1992–99 beeinträchtigten die Industrie nachhaltig (Mangel an Ersatzteilen). Die Bedeutung der Nicht-Öl-Industrie ist allerdings mit nur etwa 10% Anteil an der Wirtschaftsleistung eher gering und nimmt auch kaum zu. Entwicklungsprojekte sollen dem abhelfen, 1998 wurde ein Eisenbahnprojekt ausgeschrieben, das in mehreren Stufen durch insgesamt 5.000 km Schienen Ägypten mit Tunesien unter Einbeziehung sämtlicher libyschen Großstädte verbinden soll.

Fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung und über 90% der Exporterlöse sprudeln hingegen aus den Ölquellen. Der großen Bedeutung dieser Abhängigkeit bewusst, sorgte der Staat bereits früh für die Kontrolle über diesen Sektor, war federführend bei der Preisbildung der OPEC (*Organisation of Petrol Exporting Countries*) und setzt bis heute auf eine koordinierte Reduktion der Förderungsmengen (vor 1969 wurden die Quellen exzessiv geplündert). In den 1980er-Jahren investierte Libyen in Vertriebswege: eine Tankerflotte wurde gebaut, Raffinerien und Tankstellenketten im Ausland (Italien) erworben. Auch im Land wurde versucht, durch ölverarbeitende Industrie Wertschöpfung zu erzeugen. Erdöl wird in Wärmekraftwerken in der expandierenden Stromerzeugung eingesetzt. Die direkten Beschäftigungseffekte der Ölindustrie sind aber gering (3%) und auch bei schonendster Nutzung werden die Ölreserven irgendwann versiegen (wenngleich frühestens 2040) (Strunz/Dorsch 2000: 105ff).

Der Außenhandel ist ebenfalls völlig vom Erdöl bestimmt. Deshalb ist auch die libysche Handelsbilanz seit 1963 ununterbrochen positiv, trotz steigendem Importvolumen (das in den 1980er-Jahren zurückgeschraubt werden musste) – mit einem entscheidenden Unterschied: floss vor 1969 der Überschuss in die Taschen des Sanusi-Clans oder ins Ausland, blieb danach viel im Land und wurde zum Teil auch erfolgreich in Entwicklungsprogramme investiert. Am Höhepunkt

des Ölbooms 1980 betragen die Exporterlöse aus dem Ölgeschäft 21,4 Milliarden US\$ (weit mehr als die Hälfte des BIP). Am Tiefpunkt 1988 waren sie auf 5,2 Milliarden US\$ gesunken, eine Wirtschaftskrise war die Folge. Libyen war aber trotzdem seit den 1960er-Jahren immer eine Rentenökonomie, in der die herrschende Kaste über den Staat die Renten abschöpft und in Umverteilung „investiert“ – nicht zuletzt zum Zwecke des Machterhalts.

In den 1990er-Jahren entwickelte sich trotz internationaler Sanktionen der Außenhandel relativ stabil (vgl. zu den Zahlen ausführlich Strunz/Dorsch 2000:139ff), die Handelsbilanz war durchgängig und deutlich positiv, mit Einnahmen von mindestens 8 Milliarden US\$ und Ausgaben von höchstens 5. Die Exporte bestehen fast ausschließlich aus Öl, die Importe vor allem aus Fahrzeugen und Maschinen, bearbeiteten und fertigen Waren sowie Nahrungsmitteln. Haupthandelspartner ist die EU (vier Fünftel der Exporte, zwei Drittel der Importe, vor allem Italien). Die besonders negativen Leistungsbilanzen der EU-Staaten mit Libyen verstärken das Interesse an dem kaufkräftigen nordafrikanischen Markt, während Libyen seine Handelspartner erfolgreich diversifizierte. Die USA spielt wegen des Embargos in den Außenhandelsbeziehungen Libyens keine Rolle mehr. Bis 1982 freilich waren sie der bevorzugte Absatzmarkt für libysches Öl und nahmen 1980 noch etwa 40% ab, soviel wie heute Italien.

Berichte von Journalisten sprechen aber übereinstimmend von lähmender Tatenlosigkeit, die über dem Land liegt, weil sich persönliche Anstrengung im Umverteilungsstaat nicht lohnt (vgl. Reuter 1997). Für körperliche Arbeiten werden arabische und afrikanische Ausländer eingesetzt, in der Industrie werden Know-how, Facharbeiter und Experten in Europa gekauft. Dieses Problem vertieft sich, weil der Einkauf von Expertise günstiger kommt, als Investitionen in die Bildung. Der Reichtum des Landes führt auch dazu, dass wegen des hohen Lohn- und Preisniveaus die Produktionskosten hoch bleiben, worunter die internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft (außer des Ölsektors) leidet. Das ist nicht das einzige Problem, denn bis auf die geringe Auslandsverschuldung verheißten die meisten Indikatoren wenig Gutes: das Wirtschaftswachstum ist teilweise negativ, es herrscht hohes Inflations- und damit Zins- und Wechselkursrisiko, die starke Abhängigkeit vom Weltölmarkt sorgt trotz konstant positiver Leistungsbilanz langfristig für Unsicherheit und Verwundbarkeit (gerade im Hinblick auf mögliche neue Sanktionen), dazu kommen der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im Land und die Rentiermentalität. Dies alles führt zur Schlussfolgerung, dass Libyen infolge der unausgewogenen Ressourcenausstattung zu autozentrierter diversifizierter Wirtschaftsentwicklung entweder gar nicht oder nur unter immensen Anstrengungen in der Lage ist. Das beeinflusst Potenzial und Perspektiven natürlich negativ. In den Jahren seit der Revolution ist Libyens Bevölkerung zudem um 4% jährlich gewachsen, heute sind mehr als die Hälfte der Libyer jünger als 15 Jahre. Die

Arbeitslosenquote ist hoch (angeblich 30%), der Ausländeranteil beträgt 10 bis 30%, je nach wirtschaftlicher und politischer Situation des Landes. Etwas zynisch, aber alles andere als unzutreffend ist dazu die Bemerkung von Minister Juma Al-Fazzani: „Wir beschäftigen 2,5 Millionen Gastarbeiter aus Nordafrika. Würden wir dies nicht tun, wäre sicherlich damit zu rechnen, dass diese Menschen, die in ihrer Heimat keine Arbeit finden, über kurz oder lang ihr Glück in Europa versuchen. Wir kümmern uns also um europäische Sicherheitsinteressen!“ (zitiert in Edlinger 1998:6)

Das Pro-Kopf-BIP des Landes beträgt etwa 6.500 US\$ (Kaufkraftparitäten), das mit Abstand höchste in Afrika. Das Gesundheitssystem ist hervorragend, Säuglingssterblichkeit (2%), Lebenserwartung (70 Jahre) und Ärztedichte genügen internationalen Standards, die Medikamentenversorgung ist gratis. Im Index der menschlichen Entwicklung (HDI) nimmt Libyen in Afrika hinter Mauritius und in der arabischen Welt hinter Bahrain, UAE, Kuwait und Katar einen absoluten Spitzenplatz ein (UNDP 2000:194ff). Die Einkommensverteilung in Libyen gilt – auf hohem Niveau – als einer der egalitärsten der Welt, der Annäherungsgrad der Geschlechter ist zumindest im Vergleich mit anderen islamischen Staaten bemerkenswert und das Bildungssystem erfasst die gesamte Bevölkerung einschließlich der Frauen. Der Analphabetismus beträgt zwar noch 24% (bei Frauen sogar 35%), konnte bei Jugendlichen allerdings auf 4% reduziert werden (UNDP 2000:195, 232, 293). Zwischen April 1992 und April 1999 galt wegen des Lockerbie-Attentats ein Embargo des UN-Sicherheitsrates gegen Libyen (vgl. S/RES/748). Internationale Flugverbindungen wurden unterbrochen, die Kommunikation war behindert, der Handel schwer beeinträchtigt, insbesondere mit Ersatzteilen. Die Auswirkungen des Embargos waren in Libyen sehr spürbar, Öl war aber wahrscheinlich primär wegen des europäischen Interesses daran (auch Großbritannien zählt zu den wichtigen Handelspartnern Libyens) nicht erfasst.

3.4. Außenpolitische Positionen im Wandel

Während die Revolution selbst an den Organisationsformen der Außenpolitik und auch an den Mitgliedschaften in internationalen Organisationen (UNO, *Organisation of African Unity* OAU, Arabische Liga, Bewegung der Blockfreien, OPEC, ...) nicht rüttelte, wurde ab etwa 1977 auch die Außenpolitik von der Ideologisierungswelle erfasst. Insgesamt lässt sich diese Politik, die durch die geostrategische Lage Libyens stark mitbestimmt wurde, wie folgt zusammenfassen:

„Die Frage nach der grundsätzlichen Orientierung der libyschen Politik beantwortet ein libyscher Spitzenpolitiker damit, dass die libysche Identität immer aus vier gleichberechtigten Komponenten bestanden habe: Arabertum – Afrikanertum – Islam – Mediterraner Raum.“ (Edlinger 1998:5)

Die außenpolitische Orientierung schwankte in den 30 Jahren seit der Revolution zwischen diesen Polen hin und her, ohne einen davon ganz zu vernachlässigen. Qathafi unterstützte dabei insbesondere Befreiungsbewegungen in aller Welt. Unabhängigkeit von den Supermächten ist trotz ideologischer Nähe zum sozialistischen Lager eine unverkennbare fünfte Komponente der Außenpolitik. Inzwischen ist zudem eine Entradikalisierung der libyschen Außenpolitik klar erkennbar, Qathafi konzentriert sich auf regionale Kooperation.

Akteure und Hauptlinien der libyschen Außenpolitik

Die libysche Revolution sollte spätestens seit ihrer ideologischen Verfestigung exportiert werden (die Volksjamahiriya als „Mekka aller Revolutionäre und Befreiungsbewegungen“, wie der führende Revolutionär Jallud sich ausdrückte), worin viel Ölgeld investiert wurde. Die Erfolge waren aber gering, obwohl sich weltweit revolutionäre Gruppen bildeten. 1979 wurden die libyschen Botschaften in „Volksbüros“ umgewandelt, da es in der Außenpolitik die Völker sind, die sich verständigen sollen. Die Revolutionsführung hat auch schon 1981 Vorstellungen entwickelt, wie ein *Jamahiriyah*-System im Weltmaßstab organisiert werden soll und außerdem Institutionen geschaffen, mittels derer die „Prolieferung“ der Ideen der Revolution geschehen sollte – teils gewaltsam durch Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen, teils durch Überzeugungsarbeit auch in Industriestaaten (Mattes 1987b:135ff).

Auch in der Außenpolitik ist die Revolutionsführung (und ihre Vorgängereinstitutionen) mit Qathafi zentraler Hauptakteur. Die übrigen Institutionen des politischen Systems treten hier noch deutlicher in den Hintergrund, so dass die Revolutionsführung im Widerspruch zu formalen Regelungen die Geschäfte in der Außenpolitik autonom führt (Mattes 1987b:120). Allerdings wurden auch nicht-staatliche Institutionen für die Außenpolitik geschaffen, von denen jene die wichtigsten sind, die dem Revolutionsbereich zuzurechnen sind, wie das Studienzentrum des Grünen Buches oder die Institutionen der islamischen Mission. Eine wichtige Rolle spielen auch die Verbindungsbüros der Revolutionskomitees im Ausland.

Neben panafrikanischen Ansätzen ab 1978 ist Libyens (und damit Qathafis) Außenpolitik vor allem durch Panarabismus geprägt. Libyen hat seit 1969 an fast alle arabischen Staaten (und einige andere) teils mehrfach das Angebot der staatlichen Vereinigung gerichtet. Ägypten, Tunesien und Syrien, aber auch Algerien, Marokko, der Sudan, der Tschad und sogar Malta waren Objekte der Begierde, alle Verbindungen sind aber gescheitert. Dabei wandelte sich die Stoßrichtung in den 1970er-Jahren vom Nahen Osten zum afrikanischen Kontinent und in den 1980er-Jahren zum Maghreb. In den letzten Jahren steht wieder der afrikanische Kontinent im Mittelpunkt des Interesses, 1997 wurde die Bevölkerung – mit wenig Widerhall – zu „Vereinigungsmärschen“ in die Nach-

barländer aufgerufen. Die Visapflicht für Afrikaner wurde aufgehoben, in der Folge erhöhte sich die illegale Zuwanderung. Im September 2000 kam es dann zu schweren Ausschreitungen gegen Schwarzafrikaner in Libyen, als aufgebraachte Menschenmengen regelrecht „Jagd“ auf Afrikaner machten. Mehr als hundert (möglicherweise erheblich mehr) kamen dabei zu Tode, viele wurden verletzt (AI 2001, Standard, 19.10.2000). Das zeigt, dass das panafrikanische Bewusstsein der Regierenden in der Bevölkerung auf bestenfalls geteilte Resonanz stößt, auch wenn das Regime bemüht ist, entweder die Opfer als Verbrecher oder die Täter als Agenten darzustellen. Es wird trotzdem auch gegen Libyer Prozesse wegen der Vorfälle geben (AI 2001).

Libyen unterstützt(e) Staaten und Bewegungen vor allem dann, wenn sie sich gegen Israel, die USA oder koloniale Strukturen richten. Dazu zählten die PLO im Nahen Osten, die SWAPO in Namibia, die UNITA in Angola oder die POLISARIO in der Westsahara ebenso wie die IRA, die ETA, die libanesisische *Hamas* und andere radikale Bewegungen. Auch, aber nicht nur in der Bewegung der Blockfreien propagiert und betreibt Libyen die Einheit des Südens, meist ohne Berührungsängste auch mit umstrittenen Regimen (wie etwa Bokassas Zentralafrika). Mit Syrien und dem Iran bestehen relativ stabile freundschaftliche Kontakte. Die nur rhetorisch provokante Rolle Libyens im Kuwait-Konflikt war davon beeinflusst. In den letzten Jahren war Libyen Gast, Gastgeber und Finanzier zahlreicher Konferenzen afrikanischer Staaten, die OAU solidarisierte sich auch anders als die arabische Welt mit dem vom UN-Embargo getroffenen Libyen. Qathafi betätigte sich in innerafrikanischen Konflikten (Sierra Leone, Kongo, Sudan) als neutraler Vermittler, eine Rolle, die er im Rahmen des Geiseldramas von Jolo 2000 auch der medialen Weltöffentlichkeit präsentieren konnte.

Die besondere Spannungssituation zu den USA

Libyen fungierte ab 1951 als US-Brückenkopf in der arabischen Welt und Afrika. Mit der nicht zuletzt gegen diese Einflussnahme gerichteten Revolution war diese Beziehung schlagartig beendet. Dann schlug die Dominotheorie zu, und schon Mitte der 1970er-Jahre hat die USA Libyen als Feind und später Schurkenstaat erkannt, nach der Annäherung zwischen Ägypten und Israel wurde Qathafi zum Symbol für die Unruhe, die von der arabischen Welt ausging – eine Rolle, die er nur kurz an Khomeini und Saddam Hussain abgeben musste. Als sich Libyen infolge US-amerikanischen Boykotts an die Sowjetunion um Waffenlieferungen wandte, war für die USA zudem der Beweis kommunistischer Infiltration erbracht (Teuber 1987). Libyen war dennoch bemüht, zu allen Staaten Europas gute Beziehungen zu unterhalten, stieß aber insgesamt im sozialistischen Lager auf weniger Ablehnung. Doch auch mit der Sowjetunion wurde nie auch nur ein Freundschafts- geschweige denn ein Bündnisvertrag geschlossen, Qathafi hielt stets Distanz und strikte Blockfreiheit.

Die ersten Sanktionen der USA datieren aus dem Jahr 1978 (Strunz/Dorsch 2000:29ff). 1981 folgten militärische Zwischenfälle, als libysche Kampfflugzeuge in der Buch von Sirt abgeschossen wurden, wo ein US-Militärmanöver unweit der Küste stattfand. Darauf wurde ein schwaches US-Embargo gegen Libyen verhängt, das unter anderem direkte Ölimporte verbot. Die Ölfirmen zogen sich aber erst 1984 widerwillig zurück, die letzten US-Bürger verließen das Land 1986. Rhetorische Provokationen wurden in der Folge ausgetauscht. In diesem Klima ereigneten sich ein weiterer Luftzwischenfall und im April 1986 schließlich Bombenangriffe auf Tripolis und Benghazi als Vergeltung für die (wahrscheinliche) libysche Beteiligung an einem Terrorakt in Berlin und weitere Anschläge in der Zeit davor. Dieser „Gegenschlag“ war von US-Präsident Reagan explizit gegen Qathafis Person und Familie gerichtet und widersprach auch deshalb allen Regeln des Völkerrechts. Der internationale Protest hielt sich aber wegen der politischen Isolation Libyens und einer gezielten (Des-)Informationskampagne durch die USA im Vorfeld der Bombardements in Grenzen. Das bis dahin löchrige US-Embargo wurde verschärft, was auch den Umweghandel zwischen den USA und Libyen beendete. Die Aufrufe zur Destabilisierung sind inzwischen seit 15 Jahren erfolglos, die Verbündeten der USA in Europa schlossen sich dem Embargo auch nur zögerlich an. Nicht zuletzt deshalb waren seine Folgen für Libyen nicht besonders gravierend (Strunz/Dorsch 2000:32f), befriedigten aber die öffentliche Meinung in den USA (Lanc 1987:171). In Libyen trugen die Angriffe zu einer Dezentralisierung wichtiger Institutionen bei, um ihre Verwundbarkeit zu reduzieren.

1989 wurde US-Firmen der indirekte Handel wieder erlaubt. Diese Entspannung hielt aber nur kurz, denn einerseits verhielt sich Libyen im Kuwait-Konflikt nicht kooperativ und andererseits endete der Terror nicht: schon 1988 starben 270 Menschen bei einem Absturz eines US-Passagierflugzeuges auf den schottischen Ort Lockerbie, 1989 kamen 170 Insassen einer französischen Maschine über dem Niger zu Tode. Für beide Fälle wurden Libyer verantwortlich gemacht. Libyen weigerte sich aber jahrelang, die mutmaßlichen Attentäter an ein britisches oder US-amerikanisches (bzw. französisches) Gericht auszuliefern. Deshalb initiierten die USA und Großbritannien 1992 ein Embargo des UN-Sicherheitsrates gegen Libyen (Strunz/Dorsch 2000:34ff; vgl. auch S/RES 731, S/RES 748 und S/RES 883). Nachdem spätere Versuche, die internationalen Sanktionen zu verschärfen, wegen des Widerstandes der Entwicklungsländer sowie Chinas und Russlands im Sicherheitsrat keine Mehrheit erreichen konnten, kam es schließlich zu einem Kompromiss, der zur Auslieferung der Verdächtigen in die Niederlande führte, wo sie vor ein schottisches Gericht gestellt wurden. Damit ging die Aussetzung des Embargos im April 1999 einher, was die bilateralen Maßnahmen der USA nicht beeinträchtigte. Ein französisches Gericht verurteilte im selben Jahr sechs Verdächtige des Attentats auf die Maschine, die über dem Niger abgestürzt war, in Abwesenheit zu lebenslanger Haft (Strunz/Dorsch 2000:77). Der Lockerbie-

Prozess endete Anfang 2001 mit einer Verurteilung und einem Freispruch. Nun wird wegen finanzieller Entschädigung der Opfer weiter prozessiert, im Gegenzug verlangt Libyen eine Entschädigung für die Sanktionen, die dem Land bis 1998 nach eigenen Angaben einen Schaden von fast 24 Milliarden US\$ zugefügt haben sollen (vgl. Strunz/Dorsch 2000:172ff).

In der US-Öffentlichkeit lässt sich seit 20 Jahren eine Hetzkampagne gegen Libyen verfolgen, selbst in kommerziellen Filmen. Das hat handfeste politische Gründe: „Der libysche Führer wurde zum Hauptverantwortlichen für die seit den späten [... 1970er] Jahren zunehmenden antiamerikanischen Ausschreitungen in der arabisch-islamischen Welt erklärt. Qathafis eigentümliche Ideologie und sein Verhalten wurden von der amerikanischen Regierung und in den Medien des Landes auf eine Weise dargestellt, [... so dass er] nur noch als *Verrückter* und als *Hund* zu begreifen [... war].“ (Clam/Hubel 1987:99) Und auch für andere Fälle zutreffend ist die Einschätzung von Charlotte Teuber: man kann „in der amerikanischen Stellung auch einen gewissen Ärger feststellen, dass das 1951 so positiv scheinende Experiment eines von den USA protektionierten arabischen Staates gründlich in die Binsen gegangen war.“ (Teuber 1987:178)

1996 wurde auch Libyen von der Helms-Burton-Gesetzgebung getroffen, durch den sogenannten *Iran and Libya Sanctions Act* (PL 105-774; Strunz/Dorsch 2000:254ff), der mit Sanktionen gegen Firmen drohte, die mit Libyen Handel treiben. Libyen war in dieses gegen den Iran gerichtete Gesetz im letzten Moment mitaufgenommen worden. Doch beantwortete die EU diesen Akt mit einem umfassenden Verbot seiner Einhaltung und drohte offen mit einem Handelskrieg, falls die USA auf dieser Basis gegen Firmen aus der EU vorgehen sollten. 1998 erfolgte eine bilaterale Einigung zwischen den USA und der EU (Strunz/Dorsch 2000:40,72). Die wirtschaftlichen Sanktionen haben den Spielraum für Libyen zwar eingeengt, aber nicht zu einem Zusammenbruch der Versorgung führen können. Der Erdölhandel wurde von den USA auf die EU verlagert, Libyen unterhält auch Raffinerien und Vertriebsnetze in Europa. Auch die Annäherung an die Sowjetunion 1984–89 wurde wesentlich durch die US-Sanktionen bedingt. Vor allem nach 1992 gab es gravierende Engpässe in der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten, wie von der Führung betont wurde. Rationierungen mussten vorgenommen werden, teilweise wurden Preise freigegeben. Nicht zuletzt wegen dieser Probleme zeigte sich Qathafi während der 1990er-Jahre mehrmals kompromissbereit.

Libyen und die Welt

Eine weitere Komponente der Feindschaft zwischen den USA und Libyen waren Libyens Bemühungen im Rahmen internationaler Organisationen, die Macht des Südens zu stärken und damit den Einfluss der Großmächte zurückzudrängen, was die USA nach Kräften blockierten. Im Wissen um das Stimmengewicht der

„Dritten Welt“ in der Generalversammlung war die Süd-Süd-Kooperation vor allem mit arabischen, islamischen und afrikanischen Ländern aber immer ein Schwerpunkt in der libyschen Außenpolitik. Die Beziehungen zu Staaten in Amerika waren hingegen stets weniger ausgeprägt. Erst in den letzten Jahren intensivierten sich auch die Kontakte mit Ostasien. Neben politischer Unterstützung durch China nähert sich Libyen wirtschaftlich dieser Region an: einige Großaufträge wurden nach Südkorea vergeben, wodurch dieses Land nun auch zu den wichtigen Importländern für Libyen zählt (1996 stellte es fast 10%, seither etwa 5%), die Lieferbeziehungen zu China sollen ausgebaut werden. Zu Japan bestehen hingegen nicht einmal wirtschaftlich nennenswerte Verbindungen.

Zu den Staaten Westeuropas waren die Beziehungen fragil und differenziert, wobei insbesondere die zu Großbritannien nicht nur wegen dessen Nähe zu den USA immer wieder unter großen Spannungen litten. Auch die Beziehungen zu Deutschland und Frankreich waren wegen terroristischer Aktivitäten und wegen politischer Konflikte in Afrika belastet. Ebenso leiden die Beziehungen zur EU unter diesen Spannungen, nicht zuletzt, weil sich die Lockerbie-Affäre genau zu einer Zeit ereignete, als die EU ihre innere Integration und außenpolitische Kooperation vorantrieb. Libyens politische Isolation führte daher dazu, dass es als einziger Staat in Nordafrika von den Kooperationsverträgen der EU mit den Mittelmeeranrainerstaaten ausgeschlossen war (was sich nun ändern soll, seit 1999 ist Libyen immerhin „Beobachter“). Insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zu Italien sind hingegen eng, mit der Kolonialmacht hat man sich inzwischen weitestgehend ausgesöhnt. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sprechen sich Libyen gegenüber pragmatisch für „kritischen Dialog“ statt Blockade aus, in erster Linie wegen der großen wirtschaftlichen Interessen an dem Land. Rege Wirtschaftsbeziehungen bestehen selbst zu Großbritannien, auch die diplomatische Entspannung ist inzwischen weit gediehen. Die Beziehungen zu Österreich waren vor allem in der Kreisky-Ära ziemlich eng, blieben auch danach gut und haben sich gerade zuletzt nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht weiter verbessert. Handelsverträge wurden in den späten 1990er-Jahren mit Spanien, Deutschland und Italien geschlossen, auch die Beziehungen zu Frankreich vertiefen sich.

Die Kontakte in das sozialistische Osteuropa waren in den 1980er-Jahren enger als die zu Westeuropa. Diese Staaten schlossen sich der sowjetischen Politik der Zusammenarbeit (auch durch Militärberater) und freundlichen Distanz an. Die strikte Blockfreiheit hatte für Libyen allerdings auch Nachteile. Zwar reagierte die sozialistische Welt mit gehöriger Verstimmung und verbaler Empörung auf die US-Angriffe von 1986, allen voran Kuba, es fehlte aber an Sicherheitsgarantien, die den Angriff vielleicht hätten verhindern können. In den 1990er-Jahren intensivierten sich die Wirtschaftskontakte Libyens nach Osteuropa weiter, 1995 wurde etwa ein Handelsvertrag über 1,5 Milliarden US\$ mit Russland unterzeichnet (Callies de Salies 2000).

In Afrika war Libyen stets relativ aktiv, verstärkt 1977–87 und erneut in den letzten Jahren. Anfangs waren die (pan)afrikanischen Bemühungen Libyens durch zunehmende Distanz zum Nachbarn Ägypten bestimmt. Zu Nassers Zeiten noch unumstrittenes Vorbild der Revolution, war Ägypten unter Sadat aufgrund der ägyptisch-israelischen Annäherung zum Gegner geworden. Die OAU sollte dazu dienen, Ägypten zu isolieren – was allerdings nicht gelang. In diese erste Phase fielen auch stärkere Kontakte mit Ghana, Uganda, Zentralafrika und Angola. In den 1980er-Jahren stand der Krieg im Tschad im Mittelpunkt, den Libyens Verbündete mit massiver Waffenhilfe für sich entscheiden konnten, es kam aber bald danach zum Bruch und später zu einer militärischen Niederlage Libyscher Truppen im Tschad. Die Beziehungen wurden in den 1990er-Jahren trotzdem wieder aufgewärmt, 1994 verzichtete Libyen sogar auf den rohstoffreichen Aouzou-Streifen im Norden des Tschad, um den der Krieg geführt worden war (Strunz/Dorsch 2000:42f). Ebenso kam es zu einer weiteren Annäherung an Eritrea (ein alter Verbündeter), Burkina Faso, Mali, Niger und Sudan. Qathafis Unterstützung für die Befreiungsbewegungen der Tuareg und Tubu wurde dafür eingestellt. 1997 wurde die „Saharische Wirtschaftszone“ (Comessa) gegründet, was vorerst eine Institutionalisierung libyscher Entwicklungshilfe bedeutete und diesen Binnenstaaten Zugang zu den libyschen Häfen verschaffte. Diese Staaten (inzwischen etwa 15) danken es weiterhin und ungeachtet mancher Probleme mit politischer Unterstützung (vgl. zur libyschen Afrika-Politik auch aktuell Callies de Salies 2000). Auch eine Wiederannäherung an Ägypten vollzieht sich zaghaft, die aber von den USA argwöhnisch betrachtet und untergraben wird.

Die islamisch-arabische Schiene der libyschen Außenpolitik kommt gerade durch die Vereinigungsversuche mit den meisten Staaten dieses Raumes zum Ausdruck, die nicht vom Erdölreichtum gesegnet sind. Libyen versuchte sich in der Region als Führungsmacht zu profilieren. Wirklich erfolgreich war Libyen darin nicht, was durch die mangelnde Kontinuität der libyschen Außenpolitik zweifellos mitverursacht war. Dennoch ist Qathafi bei den Treffen arabischer Staatsschefs stets präsent. Auch an die drei Staaten im Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien) gab es Angebote zur staatlichen Vereinigung, die teils auch recht weit gediehen, genauso gab es ernste und fast militärische Konflikte zwischen ihnen, vor allem in der Palästinenserfrage bestand nicht immer Einigkeit. Zudem hoffte Qathafi zuversichtlich, dass seine Revolution in diesen Ländern auf ideologisch fruchtbaren Boden fallen könnte – dies allerdings bislang vergeblich.

Eine besondere Konstante war immer die feindselige Haltung gegenüber Israel. Libyen unterstützt vor allem die radikalen palästinensischen Befreiungsbewegungen. Andere Staaten wurden oft wegen ihrer zu unkritischen Haltung der israelischen Politik gegenüber kritisiert. Wie sich die Dinge derzeit präsentieren, ist ein Kompromiss nicht absehbar. Die in den 1990er-Jahren geschlossenen

Abkommen zwischen Israel sowie Ägypten, Jordanien und Syrien haben daher auch zur Verstimmung mit diesen Ländern geführt. Demonstrativ hat Qathafi seine Politik daraufhin Afrika zugewandt. Dazu kam auch die mangelnde arabische Unterstützung für Qathafi angesichts des UN-Embargos, weswegen 1998 schließlich sogar das Ministerium für Arabische Einheit aufgelöst wurde – einzige Unterstützung war die Duldung von Pilgerreisen mittels ägyptischen und saudischen Flugzeugen ab 1995; hingegen verhinderte die Arabische Liga nach der politisch motivierten Ausweisung von Palästinensern aus Libyen, dass Libyen 1996 einen von Afrika bereits zugesicherten nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat einnehmen konnte; statt dessen wurde Ägypten gewählt, die Verstimmung darüber war groß (Strunz/Dorsch 2000:45ff). Die afrikanischen Staaten solidarisierten sich hingegen mit Libyen, 1997 forderte der OAU-Gipfel einstimmig die Aufhebung der Sanktionen (Strunz/Dorsch 2000:63ff). Bei den Revolutionsfeiern von 1999, bei denen die meisten afrikanischen Regierungschefs anwesend waren, wurde in Libyen erneut die Idee der „Afrikanischen Union“ beschworen, die auf dem von Libyen finanzierten OAU-Gipfel in Lomé (Togo) 2000 noch vertieft wurde. Diese politische und wirtschaftliche Union nach dem Vorbild der EU soll immer konkretere Formen annehmen, wie zuletzt auf dem OAU-Gipfel in Sirt 2001 wieder verdeutlicht wurde. Der Weg zur Wirtschaftsunion ist aber sicherlich noch sehr steinig, nicht nur die Ausschreitungen in Libyen vom letzten September widersprechen Qathafis Bekenntnissen zu Afrika als einer Nation, einer Ökonomie und einer Kultur ohne irgendwelche Grenzen, sondern auch das klägliche Scheitern früherer Versuche in diese Richtung geben nicht allzu viel Hoffnung.

4. Iran

„Die iranische Revolution von 1979 gehört ohne Zweifel zu den herausragenden Ereignissen nach dem Zweiten Weltkrieg.“ (Fürting 1992:46)

Von allen drei hier besprochenen Staaten ist der Iran der bevölkerungsreichste (mehr als 60 Millionen Einwohner auf 1,65 Millionen km²). Zugleich ist er im Hinblick auf die im Iran lebenden Volksgruppen der heterogenste, denn nur 50% der Bevölkerung sind „Perser“, die andere Hälfte besteht aus Azerbaidschanern im Nordwesten, Turkmenen im Nordosten, Kashgai im Zentraliran, Kurden im Westen, Belutschen und Bachtianern im Südosten sowie aus schiitischen Arabern, vor allem in Chuzestan im Südwesten, christlichen Armeniern und einigen anderen kleineren Gruppen (Lerch 1991:81ff).

Bis in die jüngste Vergangenheit war die Lage religiöser Minderheiten (vor allem der Anhänger von Buchreligionen) eher unproblematisch, hingegen die Lage der ethnischen Minderheiten eher schwierig. Und da sich der Iran auch nach der Revolution als Nationalstaat begreift, sollen ethnische Unterschiede eingeebnet werden. Von der vor der Revolution versprochenen Autonomie können daher sowohl Kurden als auch Azerbaidschaner nur träumen, und das trotz ihrer Regimetreue während des Golfkrieges. Seit der Revolution ist auch die im Islam traditionell verwurzelte religiöse Toleranz zurückgegangen, wofür das Verhältnis zu den schiitischen Bahai ein besonderes Beispiel abgibt. Die Bahai, vor 150 Jahren von Ali Mohammed als ihrer Selbsteinschätzung nach jüngste Weltreligion und Nachfolgerin von Judentum, Christentum und Islam gegründet, werden als abtrünnige und ungläubige Schiiten gewaltsam unterdrückt und blutig verfolgt (Greussing 1987:99ff; Lerch 1991:87ff).

4.1. Historischer Gesamtzusammenhang

Exkurs zum schiitischen Islam

Die Rolle des Iran in der (islamischen) Welt zu verstehen, ist ohne Kenntnisse über den schiitischen Islam nicht möglich (vgl. zum Islam im allgemeinen z.B. Ebert 1987:365ff,371ff; Ende/Steinbach 1989; Schwarz 1993; Serauky 1991; zum Schiismus z.B. Vaziri 1992). Der Ursprung der Spaltung von Schiiten und Sunniten war ein politisch-religiöser Machtkampf. Ali, der Schwager des Propheten Mohammed, soll von diesem persönlich zum Nachfolger bestimmt worden sein. Die islamische Gemeinschaft (*umma*) wählte aber 632 Abu Bakr zum ersten Kalifen.

Alis Anhänger fühlten sich betrogen und sammelten sich in einer „Partei“ (*shiat*, daher der Name). Nach langen Machtkämpfen wurde Ali 656 schließlich doch noch Kalif. Ein weiterer fünfjähriger Krieg zwischen den Streitparteien folgte, der durch den Mord an Ali 661 beendet wurde. Mit ihm endete die Zeit der „rechtgeleiteten“ Kalifen. Nachdem Alis Sohn auf das Kalifat verzichtet hatte, erlangte es Mu'awiya, dessen Tod einen weiteren Bürgerkrieg (680–691) auslöste. Die Schiiten anerkannten die Kalifen letztlich weder als Herrscher noch als geistliche Führer. Sie betrachteten Ali als ersten *Imam*. Als solcher hat er „die *umma* zu leiten, dem Menschen den verborgenen Sinn der Dinge zu erklären sowie das religiöse Gesetz und Dogma zu erläutern.“ (Ebert 1987:384). Er stellt ein unerreichbares, aber nachahmenswertes Ideal für die Gläubigen dar und muss ein leiblicher Verwandter des Propheten Mohammed sein. Weitere dogmatische Unterschiede zwischen Schiiten und Sunniten liegen in der von Schiiten vertretenen Lehre des *Taqiya* (Verbergen des Glaubens in Zeiten der Gefahr) und der von ihnen angenommenen Möglichkeit zur Selbstbestimmung des Menschen. Der zweite *Imam* war Hasan (661–669), der dritte Husain (669–680), beide Kinder von Ali und Fatima. Husain beanspruchte das Kalifat, wurde aber 680 in der Schlacht von Kerbala vom sunnitischen Kalifen Yazid in einen Hinterhalt gelockt und ermordet. Deshalb gilt Yazid im Schiismus als der sprichwörtliche „Böse“, Husain hingegen gilt als Vater aller Märtyrer. Mit dieser Bluttat war die Basis zwischen Schiiten und Sunniten zerstört, dogmatische Unterschiede verfestigten sich (Thoß/Richter 1991:143ff).

Die meisten Schiiten glauben, dass der zwölfte *Imam* Mahdi nicht gestorben ist, sondern 874 „in die Verborgenheit entrückt“ wurde, bis er schließlich als eine Art islamischer Messias zurückkehren und das Paradies auf Erden errichten wird. Deshalb bestimmte die schiitische Gemeinschaft in der Folge geistliche Führer (*Imam* im Sinne von „Führer“) als Stellvertreter für den „Verborgenen Imam“, wobei die Führung auch kollektiv ausgeübt werden konnte. Die sogenannten Fünfer- und die Siebener-Schiiten anerkennen nur die ersten fünf bzw. sieben Imame, damit lehnen sie spätere Einflüsse auf die religiöse Lehre ab und insbesondere den Mahdi-Glauben der insgesamt vorherrschenden Zwölfer-Schiiten. Khomeinis Staatslehre beruht stark auf dieser islamischen und insbesondere schiitischen Vorstellung der Stellvertretung. Generell ist der Schiismus auch hierarchischer strukturiert als der Sunnismus. Zwar ist jeder Gläubige befähigt, Glaubenserkenntnis zu erreichen und sich spirituell von allen Autoritäten zu befreien (er wird dadurch ein *Mugtahid*, der zu selbstständiger Rechtserkenntnis fähig ist und die religiösen Texte für die übrigen Gläubigen interpretiert) die meisten orientieren sich aber trotzdem an „Instanzen“ größerer Weisheit. Eine theologische Hochschule kann mit den Titeln (in aufsteigender Reihenfolge) *Sagat-ul-eslam*, *Hoggat-ul-eslam* oder *Hoggat-ul-eslam wa-l-muslimin* abgeschlossen werden, Absolventen dürfen Schüler ausbilden. Der Ehrentitel Ayatollah wird an herausragende Geistliche verliehen (in der gesamten schiitischen Welt gab es 1978 etwa 1.200), die wiederum ihrerseits einige wenige *Ayatollah al-Ozma* („Groß“-Ayatollah) und

Marga at-Taqlid („Quelle der Nachahmung“) als höchste Autoritäten bestimmen. Ein solcher Titel kann nur durch „allgemeinen Konsens der Theologen der Zeit“ zuerkannt werden (Ebert 1987:433f). Vor der Revolution hat es im Iran etwa 180.000 Geistliche verschiedener Stufen gegeben.

Eine der Grundlagen der Islamischen Republik ist das „Recht der Gesellschaft“, die *Sharia*. Sie erhebt (mehr oder weniger explizit) den Anspruch, für alle Bereiche menschlichen Lebens eine Lösung bereitzuhalten (Ebert 1987:371ff; Lerch 1991:76). Viele Regeln aus der *Sharia* unterscheiden sich nicht so sehr vom westlichen Wertsystem, wie man oft glaubt. Der wie ich meine grundlegendste Widerspruch zum europäischen Verständnis liegt darin, dass für den Moslem ein vom Menschen gemachtes und damit beliebiges, dem politischen Tagesgeschäft unterworfenes Recht Anmaßung gegenüber Gott ist, der einzig legitimen Rechtsquelle. Die *Sharia* basiert daher ausschließlich auf dem Koran, der *Sunna* und der *Fiqh* (Auslegungen islamischer Rechtsgelehrter). Die Schiiten anerkennen auch die Erkenntnis durch den Analogieschluss (*Ijtihad*). Geistliche erlassen im Bedarfsfall ein Rechtsgutachten (*Fatwa*), konkrete Anwendungen der *Sharia*. Die *Sharia* wird in der islamischen Welt freilich verschieden ausgelegt. Im iranischen Schiismus ist seit dem 16. Jahrhundert die *Dschafari*-Schule verbindlich (Lerch 1991:75ff; Tibi 1993:161ff).

Die Islamische Revolution war von einem starken dualistischen Element getragen, das sowohl in Persien wie im Schiismus lange verbreitet ist. Im mythologischen Kampf zwischen Ahura Mazda und Ahriman begründet, sich fortsetzend mit dem Duell zwischen Kyros und Gaumata, später im Kampf der Araber gegen die Perser und der islamischen Glaubensspaltung gewissermaßen „islamisiert“ läuft es auf eine Weltsicht hinaus, die in Licht (die rechtgläubigen schiitischen Revolutionäre) und Schatten (der Schah und die USA) denkt und kaum Grautöne zulässt. Eine radikale Interpretation des Schiismus, die auf der angesichts mongolischer Fremdherrschaft entwickelten Lehre der *Dschahilija* von Ibn Taimijja basiert, ergänzt dies. Dieser Lehre nach ist der heilige Krieg auch gegen „Scheingläubige“ (*kafir*) nicht nur möglich, sondern Pflicht der Moslime, und scheingläubig ist, wer weltlichen Gesetzen gehorcht. „Volksouveränität“ nach westlichem Muster ist angesichts dessen kaum zu denken. Die Rolle der Mongolen spielen heute der säkularisierte Westen und seine Helfer – so auch der iranische Schah, der 1981 ermordete ägyptische Präsident Sadat und viele andere. Viel vom Verhalten der schiitischen Revolutionäre und noch mehr von ihrer Rhetorik und Bildsprache geht auf dieses Element zurück (Thoß/Richter 1991:98ff; Lerch 1991:94,98).

Persien

Persien (seit 1935 Iran) gilt als ältestes Staatswesen der Welt. Mit dem Sieg des legendären Perserkönigs Kyros 558 vor Christus gegen die Meder begann eine

2500-jährige Geschichte, die allerdings nicht frei von Fremdherrschaft gewesen ist. Insbesondere Schah Reza Pahlewi bediente sich eines propagandistischen Rückgriffs auf die großen Perserreiche. Die islamische Phase wurde im Vergleich zur persischen Geschichte als Rückschritt interpretiert.

Die Achämeniden-Dynastie beherrschte das damals großflächigste Reich der Welt (zur Blütezeit um 400 v. Chr. vom Indus und Aralsee über den Kaukasus nach Griechenland und Afrika, auf der dreifachen Fläche des heutigen Iran). Sie wurde von den Alexanderzügen zerschlagen und zerfiel in Diadochenstreitigkeiten. Es folgte die Araskiden-Dynastie (bis 224 n. Chr.), eine der Rivalen des Römischen Imperiums. Die Sassaniden-Dynastie, die zwischen 224 und 651 Persien beherrschte, griff nicht nur nach Nordosten und Osten, sondern wieder in den Kaukasus, nach Mesopotamien und über den Persischen Golf über die heutigen Grenzen hinaus. Die Araber beendeten aber diese politische Blütezeit. In der symbolisch als Sieg über die Ungläubigen bis heute sehr wichtigen Schlacht von Quadisiya (am Euphrat) besiegten die Araberheere 636 die Perser vernichtend und eroberten bis 651 das ganze Reich. Persien wurde islamisiert – obwohl sich auch Reste der Zarathustrier und Nestorianer noch halten konnten –, politisch wurde es bis 750 Teil des Umajiden-Kalifats von Damaskus.

Das folgende Abbasiden-Kalifat von Bagdad – bereits stark beeinflusst von persischen Ideen – hielt für die nächsten Jahrhunderte die Welt des Islam politisch noch zusammen. In diese Zeit fiel die Hochblüte islamischer Wissenschaft und Kunst (vgl. Watt 1992), die gerade in Persien vom Geist religiöser Toleranz getragen wurde. Politisch bildete sich in Persien in der Schwächephase des Kalifats das instabile islamische Seldschuken-Reich, im Nordosten das Reich des Choresm-Shah. Beide Staatsgebilde wurden ab 1220 von den Mongolen zerstört, die 1258 Bagdad zerstörten. Die mongolisch-tatarische Herrschaft (mit einem zweiten Höhepunkt um 1400 durch Timur) dauerte zwei Jahrhunderte, im 15. Jahrhundert zerfiel auch sie.

In das entstehende Vakuum drangen die turkstämmigen Safawiden ein (bis 1722). Ismail I. Shah (1501–24) machte die in der Bevölkerung verbreitete Zwölfer-Schia zur Staatsreligion und gilt als Schöpfer des persischen „National“-Staates. Im 16. Jahrhundert musste Persien allerdings Mesopotamien dem Osmanischen Reich räumen. Es verlegte seine Interessen in der Folge in den Kaukasus und nach Zentralasien. Aus dieser Zeit datiert der Zuzug vieler heute den Iran bewohnenden Volksgruppen. Persien kam über den Status einer Regionalmacht aber nicht mehr hinaus, die wichtige Handels- und Hafenstadt Hormuz fiel 1515–1622 sogar an Portugal. Am Ende des politisch unruhigen 18. Jahrhunderts, setzten sich die ebenfalls turkstämmigen Kadscharen durch. Diese Dynastie (1796–1925) zeigte wenig Interesse an Großmachtpolitik und am Ausbau des Landes und frönte stattdessen der persönlichen Bereicherung (Greussing 1987:85ff). Sich verstärkende Konfrontation und Kollaboration mit Russland und später auch Großbritannien prägten diese Zeit.

Die Pseudokolonisation

Das 19. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Konfrontation zwischen Persien und Russland und zugleich von innenpolitischen Konfrontationen mit der geistlichen Opposition. Anfang des Jahrhunderts fielen Armenien, Georgien und (Nord-)Azerbaidshān, zwischen 1873 und 1881 auch die von Persien abhängigen Gebiete in Zentralasien an Russland. 1863/70 wurden die Ostgrenzen Persiens zu Afghanistan und Britisch-Indien vertraglich garantiert. Persien war gegenüber Russland und Großbritannien territorial, politisch und wirtschaftlich permanent im Rückzug, das Herrscherhaus vergab Zugeständnisse an die Großmächte, auch die wichtigsten Banken waren um 1900 in ausländischem Besitz. So lukrativ dies für den Schah und seine Familie war, so negativ wirkte es sich für das Land aus. „Der fortschreitende Ausverkauf des Landes und die wachsende politische Abhängigkeit führten dann anlässlich der Vergabe der ‚Tabakkonzessionen‘ im Jahre 1890 an einen Engländer zu ersten Massenprotesten, in denen sich die Geistlichkeit, Modernisten, städtische Bevölkerung, Liberale und die Basaris gegen die Regierung verbündeten.“ (Ferdowsi 1993:343f) Auf diese Vergabe durch Nasseroddin Shah (1848–96) folgte ein *Fatwa* der führenden Geistlichen, das Tabakgenuss verbot. „Von diesem Tage an rauchte praktisch kein Perser mehr, bis der Erfolg der Aktion sichergestellt war: Der Schah mußte einlenken und die Abtretung [...] rückgängig machen.“ (Lerch 1991:51) Negativer Höhepunkt dieser Entwicklung war die Teilung Persiens von 1907, die die russisch-britische Rivalität im Vertrag von Petersburg (!) beilegte. Der Norden (40% des Landes einschließlich Teheran) wurde zur russischen Einflussosphäre, der Südosten (20%) zur britischen, dazwischen lag eine neutrale Zone. Bemühungen der persischen Führung, auch mit den USA „ins Geschäft“ zu kommen, wurden von diesen Patronagemächten unterbunden.

Anfang des 20. Jahrhunderts fand im Iran unter Einfluss der bürgerlichen russischen Revolution eine Umwälzung statt: die „Konstitutionelle Revolution“ von 1905 bis 1911 (vgl. Ebert 1987:394ff). Zwar trugen „Modernisten“ (aus Geistlichkeit, Adel, Großgrundbesitzern und Großkaufleuten) die Bewegung, doch konnte sie sich auf eine breite (obzwar wohl nicht mehrheitliche) Basis bei Bauern, Arbeitern und Kleinbürgern stützen. Um 1900 gab es daher drei Gruppen, die gegen die Monarchie kämpften: „Teile des schiitischen Klerus, Nationalisten sowie von westlichem Denken beeinflusste liberale und linke Intellektuelle. [...] Ein großer Teil der Mullahs stand auch auf der Seite der Obrigkeit und sperrte sich gegen jegliche Veränderung und Neuerung.“ (Lerch 1991:51) 1906 wurde das Parlament ins Leben gerufen, 1907 ein „Wächterrat“, der Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Islam prüfte. In den Städten bildeten sich Revolutionskomitees und diese innenpolitische Instabilität hat den Abschluss des Vertrags von Petersburg begünstigt, da der Schah zum eigenen Machterhalt ausländische Unterstützung brauchte. 1909 griffen britische und

russische Truppen an der Seite des neuen und noch minderjährige Schah Ahmed in den Konflikt ein. Im Dezember 1911 löste sich das Parlament auf russischen Druck auf und alle Revolutionskomitees wurden zerschlagen. Die Verfassung wurde in der Folge nur noch pro forma angewandt (Fürting 1987a:4ff).

1921 endete die doppelte Besatzung. Nach dem Sieg der Sowjets im russischen Bürgerkrieg und der Eroberung von Armenien, Georgien und Azerbaidschan garantierte die Sowjetunion die persische Nordgrenze. Auch die Unabhängigkeit von Gilan (seit 1917) und Südazerbaidschan (seit 1919) war damit wieder beendet. Da die Sowjetunion nun eine bewusst nicht-imperialistische Außenpolitik betrieb, war die russische Einflusszone gegenstandslos geworden. 1921 war auch das Jahr eines Militärputsches von Reza Chan gegen Ahmed Shah, der das Land noch im selben Jahr verließ.

Die Pahlewi-Dynastie

Reza Chan hatte sich während der Revolutionszeit in der Armee vom einfachen Soldaten zum General hochgedient. Er war Nationalist und Kemalist und strebte nach dem Putsch von 1921 laizistische Reformen an. Er erfreute sich daher der Unterstützung der modernistischen Armee und der britischen Regierung, die in ihm einen Garant gegen die Sowjetmacht im Norden und für innenpolitische Stabilität sah. Zija ad-Din wurde Marionettenpremier, Reza Chan vorerst Kriegs- und Finanzminister sowie „graue Eminenz“ unter dem Einfluss britischer Berater. Nach dem Sieg über die letzten Reste revolutionärer und separatistischer Erhebungen erklärte sich Reza Chan 1924 selbst zum Premierminister und ließ sich am 12. Dezember 1925 zum Schah krönen. Er begründete damit die Pahlewi-Dynastie und machte sich an eine Modernisierung und Säkularisierung des Staates (vgl. dazu Greussing 1987:129ff), die auch die kommerziellen Eliten (den „Bazar“) verärgerte. Reza Shah bekämpfte die Opposition und verfolgte insbesondere die Kommunisten (trotz eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion 1927). Die politischen Institutionen wurden von ihm ignoriert, er führte ein autoritäres Regime und verunmöglichte politische Agitation. Reza Shah setzte Reformen im Bildungswesen und eine Zentralisierungs- und Bürokratisierungskampagne durch. Die Nationalisierung von Staat und Gesellschaft erfolgte gezielt auf der Basis *persischer* Vergangenheit, arabische Einflüsse wurden selbst aus der Staatssprache Farsi getilgt, Proteste dagegen gewaltsam unterdrückt. In den 1930er-Jahren näherte sich der Schah Hitlerdeutschland an. Dies konnte angesichts der Nachbarschaft mit und vielfältiger Abhängigkeit von Großbritannien, vor allem über die 1905 gegründete und den Ölhandel kontrollierende *Anglo-Iranian Oil Company* AIOC, und der Sowjetunion nicht ohne Folgen bleiben. Am 25. August 1941 marschierten die Sowjets in den Nordiran ein, die Briten drangen in den Süden vor. Zwei Wochen später musste Reza Shah auf Druck der Besatzer zugunsten seines Sohnes Mohammed Reza abdanken.

Dieser schloss Bündnisverträge mit den Besatzern, akzeptierte 1943 US-Truppen in einer neutralen Zone zwischen der sowjetischen und der britischen und erklärte Deutschland den Krieg.

Der neue Herrscher erwies sich in den ersten Jahren als nicht besonders stark. Anders als sein Vater musste er dem Parlament und den Geistlichen wieder mehr Einfluss zubilligen. Azerbaidschan und Kurdistan erklärten die Unabhängigkeit, der nur mit Unterstützung der USA und Großbritanniens ein Ende gemacht werden konnte. Die 1941 gegründete kommunistische *Tudeh*-Partei entfachte überall politische Aktivitäten (Fürtig 1987a:29ff), allerdings ohne viel Erfolg. Es entstanden linksgerichtete militante Gruppen: *Fedaijan-e Islam* („Muslimkämpfer“) und *Fedaijan-e chalq* („Volkskämpfer“) (Fürtig 1987b:89ff). Ein Bündnis bürgerlicher Parteien unter Chavam as-Saltaneh dominierte das Parlament.

Die USA und Großbritannien gerieten langsam in Rivalität um die politische Vorherrschaft und Kontrolle über die iranischen Ölreserven, die bisher hauptsächlich die Briten innehatten. 1951 wurde der von ihnen eingesetzte Ministerpräsident Razmara nach nur drei Monaten ermordet, während sich die Opposition gegen den fremd bestimmten Zustand in der Nationalen Front von Mohammed Mossadegh sammelte. Begleitet von Streiks der Erdölarbeiter wurde am 1. Mai 1951 die lang geplante Verstaatlichung der AIOC durchgeführt. Sozialreformen, Demokratisierung, Nationalisierung und weitere Wirtschaftsreformen folgten oder sollten zumindest folgen. Die Briten reagierten umgehend mit diplomatischen Initiativen und nach deren Erfolglosigkeit mit einem umfassenden Totalembargo. Die USA hofften ihrerseits, die britischen Domänen nahtlos übernehmen zu können. Da eher der Schah als der nationalistische Mossadegh für eine proamerikanische Linie stand, schmiedete die CIA Pläne für einen Putsch, der die durch Kommunisten „gefährdeten“ demokratischen Institutionen entmachten sollte. 1953 schwand die breite Unterstützung für Mossadegh und schon am 19. August endete diese Episode mit dem erzwungenen Rücktritt des Premiers diese Episode (Martschukat 1995). Für den Sturz von Mossadegh war auch verantwortlich, dass die Nationale Front über ein zersplittertes Zweckbündnis ohne tragfähiges Programm kaum hinausgekommen ist (Lerch 1991:55f). Die hohe Geistlichkeit war zwar mehrheitlich gegen den Schah und sein dekadentes Regime, doch war die Angst vor sozialistischer Infiltration (und damit Säkularisierung) stärker.

Mohammed Reza Shah kehrte aus einem einwöchigen Kurzexil in Rom im Wissen zurück, dass seine Macht von den USA gesichert worden war. In der Folge agierte der Schah wesentlich macht- und zunehmend auch selbstbewusster. Dabei halfen ihm in den Jahren zwischen 1953 und 1960 insgesamt 440 Millionen US\$ an US-Wirtschaftshilfe. Als Gegenleistung wurde 1954 ein Ölvertrag geschlossen, womit die USA Großbritanniens Rolle übernommen hatten. Dazu kam Organisationshilfe für das Militär, die Wirtschaft und den Geheimdienst

SAVAK. 1955 war der Schah stark genug, den politischen Führer des Mossadegh-Putsches abzuverufen und statt dessen einen Gefolgsmann als Premier einzusetzen, 1957 führte er das „gelenkte Parteiensystem“ mit ständiger Regierungspartei *Mellijun* (ab 1963 „Neuer Iran“, *Iran-e Novin*) und permanenter (Schein-)Opposition *Mardom* ein (Zadehmohammad 1988:92ff). Die Beziehungen zu den USA gipfelten im März 1959 in einem Militärabkommen – ein Jahr nach dem Putsch im Irak und zwei Monate nach der Revolution in Kuba. Weitere Reformen waren aber notwendig, um interne Kritiker und externe Partner zu beruhigen und die das Parlament dominierenden Großgrundbesitzer zu entmachten. Der Schah wollte den Iran außerdem zur Mittelmacht und zum Industriestaat entwickeln, daher beschleunigte er die Modernisierung – zumindest der Städte, denn für das Land wirkte viel von dem, was der Schah durchzog, so, „als hätte man in Europa um 1850 versucht, den Bikini einzuführen.“ (Touraj Rahnama, zitiert in Lerch 1991:57). Anfang der 1960er-Jahre ereignete sich der Umbruch, der dem Iran den Aufschwung ermöglichen sollte: die „Weiße Revolution“.

Die Weiße Revolution und die absolute Monarchie

Die USA drängten den Schah nun, mit Ali Amini einen Liberalen und Modernisten (und US-Gefolgsmann) auf den Sessel des Premierministers zu hieven. Um diese Integrationsfigur herum erlebte die Nationale Front ein Wiederaufleben. Neben solchen liberalen Reformern stemmten sich dem Schah Putschisten aus dem Militär und der Klerus entgegen, dessen Wortführer schon damals Khomeini war (Tafazzoli 1993:58f). Dazu kamen noch die linke Opposition im Umfeld der *Tudeh*-Partei und die militanten Gruppen. Insbesondere bei den politisch aktiven Bazaris fand die Opposition Rückhalt, denn ihre Profite schrumpften wegen der wirtschaftlichen Öffnung des Landes für das ausländische Kapital. Doch gelang es der Opposition auch, Teile der Landbevölkerung und das Proletariat zu mobilisieren. Nach der Auflösung des Parlaments kam es im Jänner 1963 zu Massenprotesten, die vom Schah brutal bekämpft wurden.

Mohammed Reza gewann aber durch seine „Weiße Revolution“, die einer „Roten Revolution“ zuvorkommen sollte (dieses Argument half kurz nach der kubanischen Revolution sehr), die Unterstützung der USA. Er solidarisierte sich als Reformers quasi mit der Opposition gegen sich selbst, ließ am 26. Jänner 1963 über sein Programm abstimmen und erhielt 98% Zustimmung (Fürting 1987b:55f). Das Programm beinhaltete insbesondere auch eine gegen die Großgrundbesitzer gerichtete Bodenreform. Die USA akzeptierten es und ließen Mohammed Reza Shah in der Folge gewähren, als er nicht nur das Parlament auflöste, sondern auch Premier Amini entließ und damit die ihm zu reformistisch gewordene Nationale Front II zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Mit ihr musste sich die *Tudeh*-Partei in den Untergrund zurückziehen. Keine der Oppositionsgruppen war mit dem Ergebnis der Reformen zufrieden, wenngleich aus unterschiedlichen Grün-

den. Den einen (Klerus) ging sie viel zu weit, den anderen (Sozialisten) war sie nicht einmal ein Anfang (Lerch 1991:44f).

Da gerade der schiitische Klerus über großen steuerbegünstigten Besitz verfügte, blieb der Widerstand aus diesem Bereich groß. Dazu kam die mit dem Paket eingeleitete Modernisierung (Säkularisierung, Verwestlichung, Frauenemanzipation) und der unislamische Lebens- und Herrschaftsstil des Schah. Ein letztes, massives Aufbegehren erlebte diese „Konterrevolution“ daher im Juni 1963, als der Schah Khomeini festnehmen ließ, nachdem dieser eine aufrührerische Rede gehalten hatte. Mit der Reaktion der Massen hatte er offenbar nicht gerechnet: Tausende sammelten sich zu einem Protestmarsch auf Teheran, im ganzen Land brachen Unruhen aus. „Unter brutalstem Einsatz von Armee und anderen Sicherheitskräften gelang es dem Schah, den Aufstand blutig niederzuschlagen. Unterschiedliche Quellen sind sich darin einig, daß der Schah in den Tagen zwischen dem 5. und dem 8. 6. 1963 5.000 bis 10.000 Aufständische niedermetzeln ließ.“ (Fürtig 1987b:62). Khomeini drohte die Todesstrafe, doch das wusste die Geistlichkeit zu verhindern, indem die Versammlung der Groß-Ayatollah ihn zum *Imam* ausrief. Der Schah konnte sich ein Todesurteil nun nicht mehr erlauben, ohne das Land ins Chaos zu stürzen. Khomeini ging so formell straffrei aus, wurde aber unter Hausarrest gestellt und musste am 4. November 1964 das Land verlassen.

Der Weg zur absoluten Monarchie war für den Schah damit aber frei, da konnte er es sich leisten, die demokratischen Institutionen wieder aufleben zu lassen, denn im Parlament saßen praktisch nur noch regimetreue Abgeordnete. Der SAVAK erweiterte seine Aufgabe der Informationsbeschaffung und errichtete ein Spitzelnetz zur Kontrolle der Bevölkerung. Über kurz oder lang musste damit die Opposition auf dem Land aber an Kraft gewinnen, denn die Unterdrückung erreichte auch Gebiete, die dem Schah bisher nicht feindlich gegenüberstanden waren. Damals entstand mit den *Modschahedin-e chalq* („Volksmudschahedin“) eine weitere wichtige militante Gruppe (Fürtig 1987b:91ff; Lerch 1991:119ff).

Bei der Festigung seiner Macht half dem Schah ein wirtschaftlicher Aufschwung, der nicht nur durch günstige Rahmenbedingungen, sondern sicher auch durch manche Strukturimpulse der Weißen Revolution ermöglicht wurde. Doch unverändert war die Ölwirtschaft zentral, in der aber nicht für die Bedürfnisse der iranischen Bevölkerung, sondern vielmehr gezielt für die Bedürfnisse des Weltmarktes produziert wurde. Dies brachte eine Plünderung der Ressourcen im Sinne sicherer und billiger Öllieferungen für den Westen mit sich. Der Schah wagte es nun auch, neben der von den USA zgedachten Rolle als „Polizist am Golf“, eine eigenständige Außenpolitik zu machen. Der Iran sollte sich vom Befehlsempfänger der USA zu deren „Juniorpartner“ wandeln und als regionale Führungsmacht profilieren. So erlebte die Monarchie in den 1960er-Jahren einen Machthöhepunkt (obwohl noch 1964 ein Immunitätsgesetz für US-Militär erlas-

sen wurde), der in den 1970er-Jahren überschritten war, als die negativen Begleiterscheinungen der Reformen deutlich wurden, und Bereicherung bis in hohe Regierungskreise ein ungeheures Ausmaß erreichte.

4.2. Die Revolution

Der Iran ist nicht nur von imperialer Vergangenheit, sondern auch von Fremdherrschaften geprägt worden. Sowohl Araber als auch Mongolen eroberten das Land als kulturell unterlegen empfundene Macht und erschütterten so das Selbstbewusstsein der Bewohner. Im 20. Jahrhundert war Herrschaft im Iran eine abhängige Variable externer Mächte, zuerst der Briten und Russen bzw. Sowjets, schließlich der USA. Politische Emanzipationsversuche wurden unterdrückt. Zentrifugale gesellschaftliche Gruppen erschütterten dennoch die Integrität des Staates und vereinigten sich schließlich zur Revolution. Im wesentlichen waren dies neben den Fundamentalisten westlich orientierte Säkularisten, islamische Modernisten und islamische Traditionalisten (Benard/Khalilzad 1988:47ff).

Die prägendste Figur in der iranischen Revolution war zweifellos Khomeini, doch neben ihm gab es andere wichtige Personen. Ein für die intellektuelle Opposition etwa sehr wichtiger Mann war der „islamische Modernist“ Ali Shariati. Der lange in Europa lebende Shariati polemisierte vehement gegen das Schahregime und setzte sich für Demokratisierung und zugleich Rückkehr zur Religion ein – wobei der Islam seiner Meinung nach keine Religion des Wartens (auf den Mahdi) und Betens ist, sondern eine Ideologie der Kritik und Befreiung (Ram 1997:8f). Shariati betätigte sich als scharfer Kritiker westlicher Wissenschaftsgläubigkeit, von Rationalität, Säkularismus und Kapitalismus, ebenso von Religion als bloßem Herrschaftsinstrument (Benard/Khalilzad 1988:62ff; Ebert 1987:411f; Fürtig 1987b:94f). Er starb 1977 unter ungeklärten Umständen. Seine Ideen und auch die von Ayatollah Mahmud Talegani, ganz besonders die aktivistische Islaminterpretation wurden aber in modifizierter Form auch von der Revolutionsführung propagiert (Lerch 1991:58ff; Hetsch 1992:74ff; Fürtig 1987b:208ff). Mahdi Bazargan und Abolhassan Bani Sadr, Regierungschefs nach der Revolution, waren weitere theoretische Wegbereiter (Hetsch 1992:83ff). Ihre demokratischen und reformerischen Forderungen hatten in der politischen Konjunktur nach der Revolution, die radikalen und religiösen Kräften in die Hände spielte, aber keine Chance.

Ayatollah Khomeini

Khomeini (eigentlich Ruhollah Mustafifi) war *Sajid*, ein Nachfahre des Propheten in direkter Linie. Seine Lebensdaten sind unsicher, selbst das Geburtsdatum (1902) ist umstritten. Sein Vater Mustafa war *Mugtahid* in Khomein im Westen des Iran und soll sich für die einfachen Bauern und gegen die Willkür der

Mächtigen eingesetzt haben. Eine Version besagt, dass ihn dies 1903 auf Befehl des Schah das Leben kostete (Thoß/Richter 1991:35f). Khomeini selbst war durch seine Herkunft für eine geistliche Karriere vorbestimmt und erhielt schon als Kind Unterricht in Theologie. Ansonsten ist über seine Jugend wenig bekannt, es wird aber umso mehr spekuliert (Thoß/Richter 1991:37, 43ff).

Khomeini vertiefte seine Studien in Arak und Qom. Er schwankte in seiner Jugend noch zwischen Mystik, Lyrik und Politik, was schon durch seine beiden wichtigsten Lehrer, den Fundamentalisten Mohsen Araki und den Mystiker Abdol Karim Chairi-Yazdi zum Ausdruck kommt. 1929 nahm Khomeini an einer Pilgerreise nach Mashhad teil und heiratete kurz danach, spätestens 1933 wurde er *Hoghat-ul-eslam* und begann selbst zu unterrichten. 1937 ging Khomeini auf eine einjährige Pilgerreise nach Mekka. Auf der Rückreise besuchte er die heiligen Stätten An-Najaf und Kerbala im Irak und traf dort prominente Fundamentalisten. Nach seiner Rückkehr begann er mit politischer Agitation. 1942 veröffentlichte er „Enthüllung der Geheimnisse“ (*kasf al-asrar*) (Meier 1994: 323ff; Greussing 1987:270ff). Er deklarierte sich – obzwar auf der Basis der bürgerlichen Verfassung – in dieser Schrift als Fundamentalist, der für den Vorrang der Religion eintrat und weltliche Herrschaft ablehnte. Er kritisierte sowohl den Despotismus und den antiklerikalen Säkularisierungskurs von Reza Shah als auch die kolonialen Regungen äußerer Mächte und den wirtschaftlichen Ausverkauf des Landes, dies freilich noch, ohne die Monarchie an sich in Frage zu stellen.

1946 wurde Mohammed Husain Borudscherdi zum Nachfolger von Abdol Karim und damit zum *Marga at-Taqlid* bestimmt. Khomeini wurde einer seiner Berater, obwohl er relativ radikal war, Borudscherdi hingegen unpolitischer Traditionalist (Thoß/Richter 1991:73). Der Bruch ließ deshalb nicht lange auf sich warten. In der unruhigen Phase der Mossadegh-Ära 1951–53 war Khomeini wohl auch darum auffallend ruhig. 1958 wurde er in den Kreis der Groß-Ayatollah aufgenommen. 1963 polemisierte Khomeini gegen die Weiße Revolution, die auch vom 1961 verstorbenen Borudscherdi abgelehnt worden war (Thoß/Richter 1991:92ff). Nach seiner Verhaftung, Erhebung zum Imam und schließlich Ausweisung ging er 1964 ins Exil in die Türkei, wo ihn die laizistische türkische Regierung allerdings nicht gerne sah. Am 5. Oktober 1965 reiste Khomeini deshalb nach An-Najaf in den Irak. Dort lebte er mit seiner Familie und widmete sich theologischen Studien und der theoretischen Verfestigung seiner politischen Ansichten. 1970 hielt er Vorlesungen, die von einem Schüler aufgezeichnet und veröffentlicht wurden (Thoß/Richter 1991:103f; Ebert 1987:404ff; Greussing 1987:276ff; Hetsch 1992:102ff).

Er forderte darin den Sturz der weltlichen Herrschaft und befürwortete stattdessen die politische Herrschaft der religiösen Führung: „Der islamische Staat kennt keine Despotie. Er ist ein konstitutioneller Staat, aber nicht im modernen Sinne, wo die Verfassung vom Parlament oder einer Abgeordnetenversammlung

ausgelegt wird. Der islamische Staat ist konstitutionell dergestalt, dass seine führenden Köpfe an die Gesetze und Bedingungen des Korans gebunden sind.“ (Khomeini, zitiert in Encke 1989:33) Khomeini weist die Notwendigkeit der Schaffung eines islamischen Staates nach, entwickelt dessen Regierungssystem und ein Kampfprogramm zu seiner Durchsetzung. Khomeini „formuliert expresse verbis die Souveränität im Staat als einzig und allein Gott zugehörig. Damit distanziert er sich einerseits vom bürgerlichen Prinzip der Volkssouveränität und andererseits von einer dem Monarchen zustehenden Herrschaftsgewalt.“ (Ebert 1987:407) Er bricht daher mit der Monarchie und propagiert statt dessen das Prinzip eines „Obersten Rechtsgelehrten“, der in Vertretung des Verborgenen Imam die Regierung führt. „Wenn ein fähiger Mann über [...]Gerechtigkeitssinn und Kenntnis der Gesetze] verfügt, erscheint und einen [islamischen] Staat bildet, verfügt er über die gleiche Statthalterschaft, die auch der heilige Prophet für die Verwaltung innehatte. Das ganze Volk muss ihm gehorchen.“ (Khomeini, zitiert in Ebert 1987:408)

Eine wohl treffende Charakteristik liefert ARD-Korrespondent Ulrich Encke. Khomeini sei „[e]ntsprechend dem schiitischen Verständnis des Islam ein sozial engagierter Geistlicher, der seine Solidarität mit den Unterdrückten und Entrechteten ernst meinte, [d]em einfachen Leben verpflichtet, kompromisslos auch gegen sich selbst und zudem absolut unbestechlich.“ (Encke 1989:30) Dennoch ist der Mensch Ruhollah Mustafifi durch biographische „Winkelzüge“ quasi vergöttlicht worden. Insbesondere bei Charakterstudien aus seiner Jugend ist die Tendenz unverkennbar, seinen *späteren* Leistungen rückwirkend einen historischen Vorlauf zu geben und dadurch seine Prädestination zum großen religiösen Führer nachzuweisen.

Die Jahre vor der Revolution

Die Weiße Revolution traf vor allem die Landwirtschaft (Zadehmohammad 1988:123ff). Die Selbstversorgung brach unter der erzwungenen Weltmarktöffnung vor allem zugunsten von US-Exporten zusammen (Importquote 1978: 80%). Großgrundbesitzer retteten mit juristischen Tricks viel Besitz vor der Landreform, was ihren sozialen Zielen zuwider lief (Ferdowsi 1993:350). Die Produktion sank und infolge der Modernisierung auch der Arbeitskräftebedarf, viele Bauern und Landarbeiter verarmten, agroindustrielle Kombinate waren ineffizient. Die ländliche Arbeitslosigkeit stieg, eine massive Landflucht war die Folge (Fürting 1987b:73). Millionen von Menschen wanderten in die großen Städte ab und bildeten dort eine soziale Schicht, auf der die Revolution einen breiten Nährboden fand. Von diesen arbeitslosen Analphabeten, den sogenannten „Barfüßigen“, geprägt durch das bäuerlich-religiöse Milieu, aus dem sie stammten, sprach Khomeini als „Unterdrückte und Entrechtete“ (*mostazafin*) (Benard/Khalilzad 1988:83ff). Sie waren zweifellos Opfer der Reformen des

Schah geworden, doch auch die Mittelschichten übten Kritik: „Die Diktatur des Pfauenthrons, die ständigen Menschenrechtsverletzungen und die dadurch ausgelösten weltweiten Anklagen gegen das Schahregime hatten ihnen das Leben im Iran unerträglich gemacht. Entscheidender aber noch waren die wirtschaftlichen Gründe, die hinzukamen [...]. Wer Zugang zum Hof hatte, konnte binnen kürzester Zeit astronomische Summen verdienen, der Rest der Bevölkerung aber – und das war die überwiegende Mehrheit – bekam nichts.“ (Encke 1989:18f)

Das Schahregime protegierte ohne ökonomisches Kalkül jene Projekte, die Schmiergeld einbrachten. Daher verpulverte der Iran beträchtliche Summen in Prestige- und Großprojekte und die hochgerüstete Armee. Die Industrialisierung konzentrierte sich auf Öl und die großen Städte (Wöhlert 1993:27ff). Dieser Umstand vergrößerte das Stadt-Land-Gefälle weiter, zudem wurden die Ölreserven systematisch geplündert. Ausländisches Kapital drängte in den Iran, ausländische Militär- und Wirtschaftsberater mit Sonderrechten waren allgegenwärtig. Die Spaltung der Gesellschaft in eine dünne, verwestlichte Deckschicht und die Masse der Bevölkerung war vollzogen. Damit zerbrach die frühere Symbiose zwischen religiöser und politischer Elite. „Das monarchistische Element, ursprünglich als Mittler zwischen beiden Strömungen etabliert, ergriff nicht nur Partei, es usurpierte die nationale und säkulare Traditionslinie, beraubte sie ihres politisch-progressiven Gehalts und führte sie in einen ‚Krieg‘ gegen den schi’itischen Islam. [...] Auch die schi’itische Geistlichkeit verlor [daher ...] ihre systemstabilisierende Funktion [...]“ (Wöhlert 1993:35)

Einen der wichtigsten Auslöser für die Revolution stellte schließlich die Provokation der religiösen Gefühle der Massen durch den Schah dar. Er führte – wie bereits erwähnt – eine Zeitrechnung auf der Basis der Gründung des ersten Perserreiches ein und feierte 1971 pompös dessen 2500jähriges Bestehen. Das politische System hingegen war paralysiert. Am 2. März 1975 führte der Schah seine beiden Parteien in der Einheitspartei *Rastachiz* („Nationale Wiedergeburt“) zusammen, denn die „Oppositionspartei“ war für qualifizierte Kräfte stets unattraktiv gewesen. Der neuen Partei sollten alle Bürger beitreten, wer es nicht tat, wurde als Verräter behandelt und unverhohlen mit Gefängnis oder Exil bedroht (Tafazzoli 1993:79ff; Fürtig 1987b:79). Im Jahr darauf ließ der Schah auf Basis des Reformprogramms der „Weißen Revolution“ eine politische Philosophie ausarbeiten. Die Revolution habe demnach vier Hauptwidersprüche gelöst (das erinnert an Qathafis Grünes Buch): zwischen Großgrundbesitz und Bauern (durch Landreform), zwischen Kapitalisten und Arbeitern (durch Arbeiterbeteiligungen), zwischen in- und ausländischen Interessen (durch die „neue“ Erdölpolitik) und zwischen den Geschlechtern (durch auf Gleichberechtigung zielende Reformen, vor allem im Eherecht) (Fürtig 1987b:86). Die Probleme waren aber nicht mehr einfach unter den Teppich zu kehren. Die linken Gruppen waren gut organisiert, daneben bestand die Opposition im Wesentlichen aus vom Regime enttäuschten bürgerlichen Kräften und religiösen Gruppen. Die „Kleri-

kalen“ umfassten radikale, kämpfende Gruppen ebenso wie Traditionalisten um die Groß-Ayatollah Golpajegani, Madari und Marasi, die die Kontrollrechte der Geistlichkeit wiederherstellen wollten, islamische Modernisten, die Shariatis Ideen folgten, und radikale Fundamentalisten um Khomeini.

Auch die Ölpreisexplosion schaukelte sich zu einer unerwarteten Wirtschaftskrise hoch: die Staatseinnahmen explodierten zwar, noch mehr aber die Ausgaben für Importe, die Höhe der Korruptionsgelder und die Inflation (bis zu 30%, was vor allem die Landbevölkerung traf, deren Löhne stagnierten) (Encke 1989:12ff; Fürtig 1987b:80ff). Die Ausgaben überholten 1978 erstmals die Einnahmen, zudem war die Einkommensverteilung weiter auseinander gedriftet: 1978/79 verfügte das reichste Prozent der Bevölkerung über 80% des Vermögens, die reichsten 5% verfügten über 70% des Nationaleinkommens und mehr als die Hälfte des privaten Konsums. Im Gegenzug betrug die Arbeitslosigkeit selbst offiziell 20% (Wöhlert 1993:29).

Die Revolutionsjahre 1977 bis 1979

1977 bildeten sich in einigen Städten Komitees zugunsten politisch Verfolgter. Studenten streikten und demonstrierten in Teheran und Tabriz gegen die Repression durch Armee, Polizei und SAVAK, und Ende des Jahres gründete sich die Nationale Front III mit Karim Sangabi an der Spitze. Die neue politische Bewegung trat mit einem Programm an die Öffentlichkeit, in dem eine konstitutionelle Monarchie mit demokratischen Freiheiten in einem liberaleren Klima gefordert wurde (Fürtig 1987b:97f). Der Schah griff als Reaktion den im Exil eigentlich schon in Vergessenheit geratenen Khomeini an und verhalf ihm damit zu Popularität, als die Zeitung Ettela'at am 8. Jänner 1978 einen Schmähartikel gegen den Imam veröffentlichte. Das Pamphlet rief unter den Gläubigen den Zorn der Entrüstung hervor (Fürtig 1987b:98; Tafazzoli 1993:116). Am Tag nach der Veröffentlichung des Artikels strömten sie in Teheran und Qom zusammen, um blutig wieder auseinander getrieben zu werden. Damit begann eine Serie von 40-tägigen Zyklen, an deren Ende jeweils blutig niedergeschlagene Trauermärsche standen. Auch die linke Opposition beteiligte sich daran, am 18. Februar 1978 ereigneten sich in allen größeren Städten Streiks, Demonstrationen und Straßenkämpfe. Nach dem nächsten Zyklus kehrten die Proteste unter immer stärkerer Beteiligung der Bevölkerung am 30. und 31. März 1978 in die großen Städte zurück und verstärkten sich noch am 9. Mai 1978, als sie vom Militär unter Missachtung des Asylrechts bis in die Moscheen und die Häuser von hohen Geistlichen verfolgt wurden. Das von der Nationalen Front getragene gemäßigte Klima wurde dadurch vergiftet, und die Opposition schlug einen kompromissloseren Kurs ein. Am 5. Juni 1978 rief sie zur Aktion „tote Stadt“ auf, die größtenteils befolgt wurde. Der Schah, der sich eher verärgert als beunruhigt gab, ging demonstrativ nicht einmal auf die Forderungen gemäßigter Gruppen ein. Im

August kam es wieder zu Gewalt gegen Demonstranten. Erst jetzt leitete der Schah zur Deeskalation lange aufgeschobene soziale Reformen ein, setzte am 27. August 1978 den aus religiösem Haus stammenden Gafar Sharif-Emami als Premierminister ein und nahm Provokationen gegen die Geistlichkeit zurück. Trotz dieser Zugeständnisse fühlte sich der Schah aber noch stark, gestützt auf internationale Unterstützung durch die USA und Saudi-Arabien.

Am 4. September kam es zu einer weiteren Massenkundgebung in Teheran und am 7. und 8. September zum Generalstreik und zu blutigen Zwischenfällen bei einer Großdemonstration mit hunderttausenden Teilnehmern. Als Soldaten in die Menge schossen, wurden bis zu 4.500 Menschen getötet (nach Angaben der Regierung 100) und das Kriegsrecht über alle Großstädte verhängt (Fürting 1987b:104; Lerch 1991:48; Thoß/Richter 1991:112). Das Anwachsen von Khomeinis Einfluss veranlasste den Schah zu einem weiteren strategischen Fehler: er forderte vom Irak dessen Ausweisung, woraufhin dieser am 6. November 1978 nach Neuphle-le-Château bei Paris ging. Trotz der größeren Entfernung verbesserte sich die Kommunikation mit dem Iran schlagartig und Khomeini avancierte im Westen von der unbekannten Randfigur zum Medienstar. Auch die intellektuelle Opposition zum Schah war in Paris konzentriert und konnte nun in einen Dialog mit ihm treten. Aus Geistlichen wurde ein erster Revolutionsrat gebildet, Khomeini übermittelte seine Revolutionsbotschaften per Telephon in den Iran, wo sie mittels Audiokassetten vervielfältigt und in den Moscheen ausgestrahlt wurden, die als öffentliche und selbst für den Geheimdienst schwer beherrschbare Orte ein gutes Kommunikationsnetz für den Widerstand abgaben.

Der Schah versuchte, seine Stellung mit Gewalt zurückzuerobern. Am 6. November 1978 wurde eine Militärregierung unter General Gholam Reza Azhari eingesetzt, die das Land mit Terror überziehen sollte. Am 3. Dezember 1978 zogen zu Beginn des Trauermonats Moharam Millionen Menschen durch Teheran. Die Armee war zermürbt vom Kriegszustand gegen die eigene Bevölkerung, auch war die Unterstützung für Khomeini in der Armee nicht so schwach, wie das der Schah gerne gesehen hätte. Ende Dezember war daher auch die Militärregierung am Ende. Der Schah ließ Regimekritiker frei und ehemalige Mitstreiter verhaften, aber Ayatollah Talegani, auf den er als Kollaborateur gesetzt hatte, schloss sich dem Revolutionsrat an. Der Schah trat daher in Verhandlungen mit der Nationalen Front, die schließlich am 1. Jänner 1979 in der Ernennung von Sahpur Bachtiar zum Ministerpräsidenten gipfelten. Bachtiar hatte zweifellos die Absicht, das politische System zu reformieren und „vor dem Zugriff der Mullahs zu retten“, er wurde aber zwei Tage später als Kollaborateur aus der Partei ausgeschlossen. Das Land war unregierbar, wurde teilweise von revolutionären Räten kontrolliert, Demonstrationen und Streiks lähmten Wirtschaft und Verwaltung. Der Schah verließ das Land am 16. Jänner 1979, in der Armee desertierten ganze Einheiten.

In Washington war man noch im August 1978 der Meinung, dass sich der Iran nicht einmal in einer vorrevolutionären Stimmung befinde, obwohl die Massen-

proteste bereits ein halbes Jahr andauerten. Der Schah erweckte sogar noch um die Jahreswende den Eindruck, die Lage unter Kontrolle zu haben, obwohl die US-Berater bereits ein anderes Bild gewonnen hatten, die aber „so sehr auf die Abwehr marxistischer und linksradikaler Einbrüche fixiert“ waren, „dass sie der religiösen Sturmflut, deren Vorboten längst zu erkennen waren, eine viel zu geringe Bedeutung beimaßen“ (Robert Graham, zitiert in Fürting 1987b:116). Nach der Ausreise des Schah zerfiel das Regime völlig, die Revolution konnte das Vakuum aber noch nicht sofort füllen (Fürting 1987b:118ff). Die USA beharrten auf der Regierung Bachtiar, während Khomeini dessen sofortigen Rücktritt forderte. Am 1. Februar kehrte er triumphal aus dem Exil zurück und bestätigte am 5. Februar Mehdi Bazargan als Führer einer Revolutionsregierung. Die bewaffnete Konfrontation mit der Armee wollte er verhindern, um ein Blutbad zu vermeiden und die von ihm als ideologische Gegner argwöhnisch betrachteten linksgerichteten militanten Gruppen nicht unnötig stark zu machen. Freilich überholten ihn die Ereignisse. Splittergruppen der Armee verteilten am 9. Februar Waffen an das Volk, Volkskämpfer und Volksmudschahedin besetzten Kasernen und Polizeistationen. Am 11. Februar erklärte die verbliebene Armeeführung ihre Neutralität, Bachtiar sah seine Niederlage ein und tauchte unter. Noch eine Woche vorher hatte er großspurig verkündet: „[Khomeini] kann in der heiligen Stadt Ghom seinen islamischen Staat errichten. Es wäre reizvoll, wenn wir auch hier im Iran einen kleinen Vatikan hätten.“ (Bachtiar, zitiert in Thoß/Richter 1991:116)

4.3. Postrevolutionäres politisches System im Wandel

Der Revolution folgte ein Klima nie gekannter Freiheit. Politische Häftlinge wurden freigelassen, unabhängige Zeitungen erschienen, politische Themen wurden öffentlich diskutiert, Parteien und Minderheiten hofften auf einen anhaltenden revolutionären Frühling. Khomeini betätigte sich in Qom als überparteilicher Schiedsrichter, er dominierte aber die Diskussion um die neue Verfassung, der später angenommene Entwurf zeigte deutlich seine Handschrift (Ebert 1987:419ff). Vom „Frühling“ ausgenommen waren die Schergen des Schah, die sich Schauprozessen und Erschießungskommandos gegenüberstehen. Tausende wurden umgebracht (Revolutionsgarden verübten die Mordaufträge – man kann die Urteile oft nicht anders bezeichnen – der Revolutionsgerichte), viele gingen in eins der vielen Gefängnisse. Die meisten politischen Gruppen glaubten aber daran, dass sich dies nach einer Übergangsphase wieder einpendeln würde und dass mit dem Sturz der Monarchie der Weg zur Demokratisierung der Gesellschaft möglich wäre. Man wünschte keine Islamisierung, sondern wollte die Politik wieder Berufspolitikern überlassen (also sich selbst), um den angestrebten sozialen Umbruch organisieren zu können. Die Geistlichen hätten mit der Mobilisierung der religiös fanatisierten Massen ihre Schuldigkeit getan.

Die Festigung der Macht der Islamisten

Der Machtkampf war bereits in vollem Gange. Er wurde – vereinfacht – zwischen bürgerlichen Gruppen, der islamischen und sozialistischen Linken und den klerikalen Hauptströmungen (Traditionalisten und Fundamentalisten) ausgefochten (Zadehmohammad 1988:182ff; Encke 1989:59). Zentrales Gremium in den ersten Monaten war der Revolutionsrat, der nun aus je sieben weltlichen und geistlichen Mitgliedern bestand, darunter Rafsanjani, Khomeini, Montazeri und Bani Sadr. Die provisorische Regierung Bazargan war von der Zustimmung dieses Gremiums abhängig. Khomeini hatte wenigstens zwei Pluspunkte einzubringen: er verfügte durch die Moscheen über ein perfektes Kommunikationsnetz und er genoss von allen Gruppen die mit Abstand größte Autorität bei den Massen. Die islamischen Traditionalisten spielten hingegen wegen ihrer politischen Passivität im Machtkampf kaum eine Rolle.

In diesem Klima gelang es Khomeini, die Volksabstimmung über die Regierungsform am 30. März 1979 entscheidend zu lenken: statt einer Zersplitterung der Abstimmung in mehrere Varianten ließ er über „Monarchie oder *Islamische Republik*“ abstimmen – schließlich hatte man ja für den Islam gekämpft. Das Ergebnis war klar: 90% der Wahlberechtigten stimmten bei nur 140.000 Gegenstimmen zu. Die neue Republik wurde zwei Tage später proklamiert. Ebenso klar war das Ergebnis des Verfassungsreferendums vom Dezember 1979 (98% Zustimmung bei 70% Wahlbeteiligung). Am 15. Februar 1979 wurde die IRP (Islamische Republikanische Partei) gegründet, schon bald entstanden islamische Stiftungen, deren wichtigste die *Mostazafin*-Stiftung war, die den enteigneten Grundbesitz verwaltete.

Khomeini nutzte seine Massenbasis nun aus, um seine Gegner auszuschalten. Denn die bürgerlichen Kräfte hatten nach ihrer ersten Furcht vor einer Intervention der USA (oder der Sowjetunion) bemerkt, dass Khomeini seine Macht beängstigend festigte. Sie boykottierten die Abstimmungen, die aber „nationale *und* islamische Pflicht“ waren. Äußerungen der Opposition und die liberale Presse wurden unterdrückt – teils im wahrsten Sinne des Wortes. „Khomeini bedauerte hinterher zwar die Art des Vorgehens, gab aber regelmäßig den Opfern selbst die Schuld: Durch ihr unislamisches Verhalten hätten sie den gerechten Volkszorn provoziert, sie sollten sich daher nicht beklagen.“ (Encke 1991:66) Khomeini dirigierte die Entrechteten, aber: „Aus den *Mostazafin* [...] wurden auch nach der islamischen Revolution keine Sieger, sondern Werkzeuge und Kostgänger des neuen Regimes, dessen Machthaber sie letztlich als Kanonenfutter und politische Manövriermasse missbrauchten.“ (Wöhlert 1993:41) Damit endete der „Frühling der Freiheit“, jede Kritik an der Regierungsform wurde als Verrat am Glauben interpretiert. Ministerpräsident Bazargan sah dieses Problem und bot auch aus Frustration über seine Unterordnung unter den Revolutionsrat schon im Sommer 1979 seinen Rücktritt an,

angenommen wurde er aber erst am 5. November, einen Tag nach Beginn der Besetzung der US-Botschaft in Teheran. Ihm folgte Bani Sadr als Ministerpräsident nach, der am 25. Jänner 1980 (mit 75% der gültigen Stimmen) zum Staatspräsidenten gewählt, aber bald entmachtet und am 21. Juni 1981 „wegen Unfähigkeit“ abgesetzt wurde. Im Mai 1980 hatte die IRP einen klaren Sieg bei den Parlamentswahlen gefeiert, im September 1980 wurde der Geistliche Mohammed Ali Rajai Ministerpräsident. Als Staatspräsident folgte Bani Sadr am 2. Oktober 1981 Ali Hasan Khamenei (mit 95%) nach.

Der Revolutionsrat konnte nun aufgelöst werden, denn die Übermacht des Klerus in den politischen Gremien war überwältigend. Als erste Oppositionsgruppe zerbrach die Nationale Front III an Khomeinis Politik, verschiedene andere (vgl. Wöhlert 1993:41ff) folgten. Auch die gemäßigte Linke brachte sich durch öffentliche Kritik an Khomeini aus dem Spiel, als sie die Einführung einer Sozialdemokratie auf Basis des Islam forderte und damit den Ausgangspunkt der Revolution wieder in Erinnerung rief (Encke 1991:68). Die radikalere Linke war von Anfang an gegen den Kurs der Regierung und wurde daher verfolgt, vor allem die Volkskämpfer. Wie die Volksmudschahedin hatten sie mit dem Tod von Ayatollah Talegani 1979 einen wichtigen Fürsprecher verloren. Masud Rajawi (Volksmudschahedin) wurde von den Präsidentschaftswahlen 1980 ausgeschlossen, seine Gruppe ging daraufhin in den Untergrund. Lediglich die *Tudeh*-Partei kollaborierte über einige Jahre mit dem Regime, ehe sie ihm selbst zum Opfer fiel. Oft banden die Islamisten auch Gegner in die Verantwortung mit ein, um „sie in ‚Scheingefechten‘ zu verschleißen und so an ihrer Entfaltung zu hindern. Gleichzeitig nutzte der Klerus diese Zeit, sich einen gesellschaftlichen Konsens für weiteren Machtaufbau zu schaffen und die eigene Politik auf strategisch entscheidende Felder zu konzentrieren.“ (Wöhlert 1993:63f)

Die Volksmudschahedin wurden zusätzlich durch Attentatsvorwürfe diskreditiert (die gesamte Parteispitze der IRP fiel einem solchen Anschlag zum Opfer, auch Khamenei wurde bei einem anderen schwer verletzt und gilt seither als „lebender Märtyrer“), was speziell nach Beginn des Golfkriegs Popularität kostete. Der Machtkampf wurde mehr und mehr zu einer Auseinandersetzung auf der Basis des Koran – ein innerislamisches Duell zwischen Fundamentalisten, Traditionalisten und Reformern, dessen Pluralismus man aber nicht unterschätzen sollte (Greussing 1987:297ff). „Unter der scheinbar starren Oberfläche entwickelte sich ein politisches System, das Taktieren in Sachfragen und Richtungskämpfe sehr wohl ermöglichte. Dies war angesichts der Heterogenität des Klerus in politischen Grundsatzfragen nicht weiter verwunderlich und stand lediglich im Widerspruch zum durch die [westlichen] Medien verbreiteten Erscheinungsbild [...]“ (Wöhlert 1993:48)

Die orthodoxe islamische Republik

Politik und Religion wurden in der langen staatsrechtlichen Tradition im Islam als Einheit angesehen und geistliche Würdenträger wirkten stets aktiv an der Regierung mit. Dies gilt für den Schiismus mit seinem Prinzip des Imamats ganz besonders. Im Iran tritt neben das Einkammerparlament *Majlis* („Islamischer Rat“) der ebenfalls direkt gewählte Staatspräsident. Bis 1989 kam die Exekutive (Ministerrat und -präsident) aus dem Parlament, seither wird sie vom Staatspräsidenten bestellt und von der Legislative kontrolliert. Die Justiz, traditionell eine Domäne der Geistlichen, ist zwar vom politischen Apparat unabhängig, allerdings islamischen Prinzipien verpflichtet (Ebert 1987:457ff). Die Besonderheit des iranischen politischen Systems ist die Funktion des „Obersten Rechtsgelehrten“ (*vilayat-e fagih*) (Ebert 1987:435ff). Dieser nur Gott verantwortliche Gelehrte fungiert als „relativer Statthalter“ des Verborgenen Imam bis zu dessen Wiederkehr. Nach Artikel 5 der Verfassung von 1979

„[...] steht während der Abwesenheit des entrückten 12. Imam – möge Gott, dass er baldigst kommt – der Führungsauftrag (Imamat) und die Führungsbefugnis (*wilayat-e amr*) in den Angelegenheiten der Islamischen Gemeinschaft dem gerechten, gottesfürchtigen, über die Erfordernisse der Zeit informierten, tapferen, zur Führung befähigten Rechtsgelehrten zu, der von der Mehrheit der Bevölkerung als islamischer Führer anerkannt und bestätigt wurde.“ (Meier 1994:340)

Falls kein Einzelner diese Fähigkeiten mitbringt, kann die Führung auch kollektiv erfolgen. Selbstverständlich bekleidete Imam Khomeini diese Position, die durch „Konsens“ der Massen vergeben wird (näheres wird dazu nicht erläutert), vorerst selbst. Er konnte durch sein Charisma das politische System dominieren, seine Schiedssprüche waren bindend, öffentliche Kritik an ihm war gefährlich. Khomeini bekleidete das politische Amt des Revolutionsführers (*rahbar-e engelab*), das religiöse Amt des Obersten Rechtsgelehrten (*vilayat-e fagih*) und die spirituelle Stufe der „Quelle der Nachahmung“ (*marga at-taqlid*), zudem war er Nachfahre des Propheten Mohammed in direkter Linie (*sajid*) – eine ungeheure Machtkonzentration. „Ihm werden damit obrigkeitsstaatliche Rechte eingeräumt, von denen selbst der Schah nur hatte träumen können.“ (Encke 1989:64) Der Oberste Rechtsgelehrte könnte allein durch den Wächterrat abgesetzt werden (etwa bei Amtsverfehlungen). Dieses Überbleibsel der ersten Verfassung von 1905/07 bekam mit der Revolution wieder Zähne und besteht heute aus sechs islamischen Gelehrten und sechs Fachjuristen (Ebert 1987:443ff). Der Wächterrat hat absolutes Vetorecht in Gesetzesfragen und entscheidet über die Zulassung von Kandidaten zu Wahlen. Khomeini nutzte ihn, um eine ihm zu weitreichende Modernisierung zu verhindern und Wahllisten zu beeinflussen. Die Regierung gründete auch neue Institutionen: *Pasdaran* (Revolutionswächter) sollten an die Stelle der korrumpierten und demobilisierten Armee treten, Revolutionskomitees die „Polizei“ ersetzen

und Revolutionsgerichte eine neue, islamische Justiz bilden. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens wurden gesäubert und islamisiert, insbesondere der Bildungsbereich. 1982 wurden eine „Expertenversammlung“ vom Volk gewählt, die für die Wahl eines Nachfolgers für Khomeini verantwortlich war (nach Artikel 108 der Verfassung), und der „Rat der Freitagsimame“ ins Leben gerufen, der die Predigten koordiniert, die ein wichtiges Mobilisierungsinstrument sind.

Schon vor dem Sieg der Islamisten über ihre Gegner hatten sich die Gefängnisse im Iran wieder gefüllt und die Folterkammern des Schah ihren Dienst wieder aufgenommen. Schon in den ersten Tagen und Wochen wurden nach Schnellverfahren eine unbekannte (aber jedenfalls in die Hunderte gehende) Zahl von Menschen hingerichtet. Als Begründung galt zum Teil „Krieg gegen Gott und Verdorbenheit auf Erden“ (Encke 1989:72ff). Revolutionäre Empörung richtete sich gegen die Vertreter der neuen Opposition: die um Autonomie kämpfenden Kurden, die Bahai, Liberale, Marxisten oder Volksmudschahedin. Oft mussten als Urteilsbegründung fingierte Anschuldigungen (Drogenhandel, Prostitution) herhalten. Zur Hinrichtung kamen teils brutale Folterungen und Entwürdigungen. Insgesamt starben im ersten Revolutionsjahrzehnt wahrscheinlich 10.000 bis 25.000 Menschen, der Iran ist auch heute hinter China das Land mit den meisten Hinrichtungen weltweit. Außerdem sollen etwa vier Millionen Menschen das Land seit 1979 verlassen haben. Kampagnen gegen Musik, Alkohol oder den Genuss von Schweinefleisch arteten oft in physische Gewalt gegen die „Exponenten der Ausschweifungen“ aus, teils wurden Menschen auf offener Straße verprügelt. Das gilt auch für Frauen, die sich nicht (genug) an die im Iran seit 1980 geltende Verschleierung halten, die von den Islamisten als „Akt der Befreiung“ der Frauen von sexueller Ausbeutung eingeführt wurde. Viele Frauen hingegen trugen den Tschador während der Revolution als Uniform, die sie nachher ganz selbstverständlich wieder ablegten. Das akzeptierte der Klerus aber nicht und verordnete eine strenge Trennung der Geschlechter und Unterordnung der Frauen unter ihre Männer und Väter. Der Zugang zu Bildung und den meisten gesellschaftlichen Funktionen steht Frauen aber offen, mit bemerkenswerten und vielsagenden Einschränkungen: „Sie [die Mullahs] werden nicht müde zu betonen, dass es den Frauen heute besser geht als zu Schahs Zeiten. Schließlich stünden ihnen in der Islamischen Republik alle Berufe offen, nur drei Ausnahmen gebe es: Eine Frau könne nicht Präsident der Republik werden, auch niemals Vorbeterin beim Freitagsgebet und sie könne das Richteramt nicht ausüben. Begründung: Für diese soviel Klugheit und Abstand erfordernden Berufe sind Frauen zu emotional veranlagt.“ (Encke 1989:47) Doch äußerte sich die Disqualifikation von Frauen auch radikaler, Demonstrationen von „aufgeklärten“ Frauen nach der Revolution wurden gewaltsam aufgelöst. „Junge Frauen werden verhaftet, gefoltert und manchmal getötet für ‚Vergehen‘ wie das Tragen von Nagellack oder weil sie mit einem Mann, der nicht ihr Ehemann ist, gemeinsam Auto gefahren sind.“ (Benard/Khalilzad 1988:98)

Die Systemopposition von linksradikalen Volksmudschahedin bis zu Monarchisten hatte und hat im Iran einen schweren Stand (Fürting 1987b:212ff; Lerch 1991:115ff). Teilweise wird sie geduldet, teilweise brutal bis ins Ausland verfolgt. Sie ist zudem zerstritten, Bündnisse waren meist kurzlebig, wie der „Nationale Widerstandsrat“ 1987 mit Bani Sadr, Rajawi und dem Kurdenführer Qassem Lou. Doch ist die oppositionelle Kraft auch durch ein gewisses Vertrauen in die demokratischen Institutionen gemildert worden. Kritische Iraner versuchen, ihre Meinung aktiv wie passiv an der Wahlurne auszudrücken, nur radikale Kräfte (reaktionäre wie progressive) artikulieren Unzufriedenheit auf der Straße. Doch haben gerade die letzten Jahre mit Gewaltausbrüchen und politischen Morden gezeigt, dass eine abweichende politische Meinung im Iran unverändert lebensgefährlich sein kann.

Die ersten Jahre nach der Revolution (Wöhlert 1993:73ff,172) waren stark durch den Golfkrieg bestimmt. Die Ölwirtschaft wurde verstaatlicht, was noch vom Schah eingeleitet worden war. Ölpreisschwankungen ließen die Öleinnahmen von 1981 bis 1983 von 8,7 auf 18,3 Milliarden US\$ steigen und bis 1986 wieder auf 8,6 Milliarden US\$ fallen. Die Importe folgten dieser Entwicklung, nur 1984 kam es zu einem Handelsbilanzdefizit. Insgesamt war der Wirtschaftstrend in den ersten zehn Jahren nach der Revolution fast durchgehend negativ (1986 betrug das Minus fast 12%). Diese Krise brachte ein Ende der ersten Liberalisierungswelle, die ohnehin nicht sehr kraftvoll war. Mit diesen wirtschaftlichen Phasen korrespondierten drei Phasen der Innenpolitik: die endgültige Machtübernahme durch die Klerikalen bis 1981 (begünstigt durch die äußere Bedrohung), die Konsolidierung durch Institutionalisierung und Islamisierung bis 1984 (begünstigt durch Wirtschaftsaufschwung und Kriegserfolge) und die Erosion dieser Macht danach (bedingt durch Wirtschaftskrise, die Stagnation im Krieg und Khomeinis physische Schwäche).

Khomeinis Hinterlassenschaft

Eine schwere Krankheit verschlechterte den Gesundheitszustand des Imam 1988. Bereits Jahre vorher hatte Khomeini ein politisches Testament verfasst und Vorkehrungen getroffen, damit die Stabilität der Islamischen Republik durch seinen Tod nicht beeinträchtigt würde. Doch am 14. Februar 1989 meldete er sich durch ein *Fatwa* gegen den britisch-indischen Autor Salman Rushdie wegen des Buches „Die Satanischen Verse“ noch einmal zu Wort, das die Aufforderung enthielt, ihn und die an der Veröffentlichung beteiligten Personen zu töten. Die Staaten Europas brachen ihre Beziehungen zum Iran daraufhin ab. Die Aufregung kam etwas spät: das Buch war bereits ein halbes Jahr alt und in Indien und einigen islamischen Staaten in Afrika und Asien auch verboten worden. Erst spätere Massenproteste in Großbritannien, Indien und Pakistan gegen das Buch führten zum *Fatwa*. Es diente daher viel eher innenpolitischen Zielen als der

Verfolgung einer Gotteslästerung. Es einte die Reihen der Revolution ein Jahr nach dem Ende des Golfkrieges und beendete eine Entspannungsphase, in der sich sowohl die Beziehungen zum „dekadenten“ Westen intensiviert hatten als auch ein liberaleres öffentliches Klima toleriert werden musste. Die Gegenreaktion wurde zumindest in Kauf genommen. Ali Montazeri, 1985 von der Expertenversammlung zu Khomeinis Nachfolger designiert, scheiterte an diesem Schwenk. Er musste sich nach seiner Kritik an Massenhinrichtungen aus der Politik zurückziehen (Thoß/Richter 1991:135). Khomeini regelte seine Nachfolge ein zweites Mal und sorgte dafür, dass Staatspräsident Khamenei trotz niedrigen geistlichen Ranges (*hoggat-ul-eslam*) als Nachfolger akzeptiert wurde. Verfassungsänderungen folgten, vor allem die Aufwertung des Staatspräsidenten (Gatter 1998:130ff). Schon 1988 wurde ein Schlichtungsrat gebildet, der Khomeinis Vermittlerrolle ausfüllen sollte.

Am 3. Juni 1989 starb Khomeini, sein Trauerzug wurde von Millionen Menschen begleitet, es kam zu tumultartigen Szenen. Zwischen 5. und 7. Juni wurde vom iranischen Rundfunk sein politisches Testament verkündet. Darin äußert er sich kritisch und selbstkritisch über zehn Jahre Islamische Republik. „Er verschweigt nicht, dass Korruption, wirtschaftliche Ausbeutung und administrative Willkür auch nach dem Sturz der Monarchie fortbestehen oder sogar in anderen Formen neu entstanden sind. Ausdrücklich verurteilt er selbst den Missstand, dass die Vertreter des neuen Regimes dem alten in despotischem Verhalten gegenüber dem Volk durchaus das Wasser reichen können.“ (Meier 1994:338) Dies rechtfertigt freilich nicht, warum er nicht mehr dazu beigetragen hat, dass diese Missstände eingedämmt wurden. Und es führt auch nicht zur Kritik an der Regierungsform: die Islamische Republik ist zwar durch die Unvollkommenheit der sie gestaltenden Menschen nicht das Reich vollkommener Gerechtigkeit, doch sie ist jedenfalls die relativ beste Staatsform (Meier 1994:337ff). Wenn sie fiele, dann würde das Schicksal des Iran wieder in die Hände einer der beiden Supermächte gelegt, mit großem Schaden für das Land und den Islam, so warnte Khomeini insbesondere die Verantwortlichen in der zukünftigen Regierung vor zu viel Zugeständnissen (vgl. Meier 1994:344).

Am 28. Juli 1989 erfolgte die Wahl eines neuen Staatspräsidenten. Rafsanjani wurde mit über 90% der gültigen Stimmen gewählt. Das höchste Amt im Staat, das bisher Imam Khomeini durch unantastbare Autorität allein bekleidet hatte, teilte er sich als politischer Führer mit seinem Widerpart Khamenei, der als Oberster Rechtsgelehrter ein ebenso *politisches* Amt innehat und der unmittelbar nach seiner Ernennung in einer in der hohen Geistlichkeit umstrittenen Entscheidung zum Ayatollah erhoben wurde. Diese Teilung ebnete den Weg für eine Aufwertung der politischen Macht. Man könnte aufgrund der vor allem die Reformer begünstigenden Änderungen sogar mutmaßen, dass das *Fatwa* gegen Rushdie nicht zuletzt ausgesprochen wurde, um die Diskussion um die neue Verfassung nicht allzu öffentlich werden zu lassen. Manch Radikaler hätte die

Stärkung der politischen Institutionen vielleicht nicht widerspruchlos hingenommen.

Der Iran als Rentierstaat

Als Rentierstaat (vgl. Gatter 1998:7ff) wird ein Land bezeichnet, das den Großteil seiner Staatseinnahmen aus dem Verkauf eines bestimmten Rohstoffes bezieht. Solche Renten können auch in Form von Lagerrenten oder politischen und strategischen Renten erzielt werden (Militärhilfe oder Entwicklungshilfe). Da ihnen kaum produktive Leistungen gegenüberstehen, stehen die Einnahmen der staatlichen Elite zur „freien (politischen) Disposition“. Durch direkte und indirekte Patronage werden sie an die eigene Klientel oder in die Gesellschaft umverteilt, je nach den Erfordernissen des politischen Systems. Im Mittelpunkt des ökonomischen Interesses steht das Erschließen neuer Rentenquellen und die Verbesserung der Ausbeutung bisheriger – mit negativen Rückwirkungen auf andere Wirtschaftssektoren. Für den Rentierstaat können eine nicht-demokratische Regierungsform ebenso unproblematisch sein wie außenpolitische Abhängigkeiten. Das Kernproblem für die Rentierschicht ist vielmehr die Garantie für den reibungslosen Fluss der Renten, da sonst das System zerbricht. Viele Rentierstaaten weisen zudem (wenigstens tendenziell) ein personalisiertes, auf einen relativ starken Apparat gestütztes und durch informelle Beziehungen bestimmtes Herrschaftsmuster auf.

Der Iran befand sich bereits Anfang des 19. Jahrhunderts auf dem Weg zum Rentierstaat. Aber erst in den 1970er-Jahren, als die Öleinnahmen stiegen und eine Welle der Korruption (nichts anderes als rentierstaatliche Klientelpolitik) auslösten, setzte sich diese Struktur durch, was durch massive Bürokratisierung untermauert wird. Auch wurden – mit Profitteilung – ausländische Ölgesellschaften nationalisiert, und aus den USA flossen großzügige strategische Renten. „Da der Staat mit steigenden Renteneinnahmen nicht mehr auf die Gewinne anderer Wirtschaftsbereiche angewiesen war, ist seit Mitte der [19]50er-Jahre eine Stagnation von Industrie- und traditionellem Manufaktursektor sowie eine augenfällige Vernachlässigung der Landwirtschaft zu verzeichnen.“ (Gatter 1998:28)

Die frühe Islamische Republik war nun aber mit dem Vorsatz angetreten, gerade diese Sektoren zu fördern, eine Strategie, die unmittelbar an den Grundfesten des Rentierstaates rüttelte und sich nicht nur deshalb als schwierig erwies. Der Golfkrieg brachte sie schließlich zum Scheitern, ohne dass der Nachweis erbracht werden konnte, ob wirtschaftliche Diversifizierung im Iran überhaupt ernsthaft angestrebt worden war – die Öleinnahmen waren im Konflikt mit dem Irak schlicht überlebensnotwendig. Ein weiteres Charakteristikum eines Rentierstaates zeigte sich nach dem Kuwait-Konflikt (1991): nur 11% des stark gestiegenen BIP wurden im Iran reinvestiert, der Großteil der Öleinnahmen also nicht in produktive Industrien, „sondern durch Konsumgüterimport legitimations-

stiftend in die Gesellschaft hinein umverteilt“ (Gatter 1998:78). Die Entbehrungen des Krieges erforderten Kompensation, um die revolutionäre Massenbasis zu gewährleisten. Die vom kurzlebigen Aufschwung nach dem Golfkrieg ermöglichten Reformen Rafsanjanis ab 1989 waren ebenso mittelfristig auf den Erhalt des Rentierstaates gerichtet, wie die Reaktion Khameneis darauf. So liegt der Anteil des Privatsektors am iranischen BIP ungeachtet aller Reformen unter 20%, an der Kontrolle des Staates über die Wirtschaft wurde nicht gerüttelt. Doch aus der Logik rentierstaatlicher Politik heraus waren die Reformen politisch und wirtschaftlich ein Erfolg oder zumindest erfolgreiches Krisenmanagement, gerade weil sie nur eine schwache politische Dimension aufwiesen (Gatter 1998:112ff).

Der Aufstieg der politischen Macht in den 1990er-Jahren

Gerade die Ereignisse des Jahres 1999 zeigten, wie fragil dieser Aufstieg ist, der während der 1990er-Jahre vielmehr einer ständigen, unregelmäßigen Auf- und Abwärtsbewegung folgte, bis in die jüngste Zeit: auch auf den Wahlsieg der Reformen von Februar 2000 folgte die Reaktion der Konservativen, die ihren Einfluss im Staat wieder ausbauten. Trotzdem scheint die Masse der Bevölkerung auf Reformen aus, während es zu Khomeinis Zeiten noch keinen Machtkampf zwischen politischer und religiöser Macht geben konnte – wobei damals wie heute im Iran alle führenden Politiker mehr oder weniger dem Klerus angehören. Es bildeten sich allerdings im Laufe der 1980er-Jahre Fraktionen im Parlament, die „Radikalen“, die „Pragmatiker“ und die „Konservativen“, wobei letztere durch ihre Kontakte zur Bourgeoisie und zu Großgrundbesitzern eine stabile Basis hatte, während die beiden anderen Gruppen auf die oft wankelmütige Unterstützung der Massen angewiesen sind. Ideologisch zeichnen sie sich wie folgt aus:

- Die **Radikalen** propagieren ein egalitäres Gesellschaftsmodell (sie sind daher gegen Privatisierung), verlangen Islamisierung und Härte in der Kontrolle islamischer Gebote, betonen die Eigenständigkeit Irans, trachten nach ökonomischer Diversifizierung und Staatsinterventionen, nach isolationistischer Außenpolitik und islamischer Einheit und sehen sich als Hüter der Errungenschaften der Revolution (Gatter 1998:47ff).
- Die **Pragmatiker** sind weniger islamisch als national ausgerichtet (auf der Basis der Islamischen Republik). Sie sind für eine Zurückdrängung des Staatseinflusses in Wirtschaft und Gesellschaft, eine Abfederung sozialer Probleme durch Umverteilung, eine offenere Gesellschaftspolitik, Privatisierung, eine Öffnung der Wirtschaft für ausländisches Kapital und eine Entspannung in der Außenpolitik (einschließlich der Beziehungen zu den USA). Sie bevorzugen Technokraten in der Regierung und waren hauptverantwortlich für die Zurückhaltung des Iran im Kuwait-Konflikt (Gatter 1998:51ff). Inzwischen sind aus dieser Gruppe die „Liberalen“ hervorgegan-

gen, die zur Zeit die politische Landschaft im Iran stark prägen. Diese Gruppe um Präsident Khatami strebt eine noch stärkere Öffnung und Demokratisierung (d.h. Machtverlust für den konservativen Klerus) des Iran an und wird dabei an der Wahlurne von der Bevölkerung massiv unterstützt.

- Die **Konservativen** wenden sich gegen die kulturelle Öffnung und Lockerung der Vorschriften, stehen Marktwirtschaft und Privateigentum zwar positiv gegenüber, wollen aber nur eine vorsichtige wirtschaftliche Öffnung und bevorzugen eine ebenso vorsichtige politische Öffnung unter Ausschluss der „Weltarroganz“ USA (Gatter 1998:56ff).

Die beiden führenden Personen der frühen 1990er-Jahre, der Pragmatiker Rafsanjani und der Konservative Khamenei, mussten sich arrangieren. Ersterer war nach seinem Wahlerfolg 1989 in der besseren Position und wollte dies zur Verwirklichung eines Reformprogramms nutzen. Zweiterer unterstützte es vorerst – vor allem, weil seine eigene Stellung zu dieser Zeit noch unsicher war, denn in religiöser Hinsicht war Khamenei nicht erste Wahl, mit Mohammed Ali Araki (er starb 1994) wurde ihm sogar ein neuer *Marga at-Taqlid* vor die Nase gesetzt. Rafsanjani konnte sich anfangs die Zersplitterung des Klerus zunutze machen (Gatter 1998:36ff). Die Entmachtung der Radikalen, die bis 1989 die Exekutive und bis 1992 das Parlament dominierten, lag aber im Interesse Rafsanjanis wie Khameneis (Gatter 1998:66ff). Sie erreichte ihren Höhepunkt mit der Nichtzulassung der meisten radikalen Kandidaten zu den Parlamentswahlen 1992, nachdem sie ihres Einflusses in der Expertenversammlung schon vorher verlustig gegangen waren. Auch die verbliebenen Radikalen wurden 1992 und auch später kaum mehr gewählt.

Rafsanjanis Reformen waren auch eingeleitet worden, um den im Krieg zerstörten Iran wieder aufzubauen und weil man die Islamisierung der Wirtschaft nach zehn Jahren als gescheitert ansehen musste. Der Erste Fünfjahresplan (ab 1989/90) sollte die Reform mit markt- und privatwirtschaftlicher Ausrichtung institutionalisieren. Er ebnete den Weg zur Kreditaufnahme im Ausland und zur Liberalisierung des Außenhandels und damit zur Exportförderung und sollte das Wachstum ankurbeln, die Inflation reduzieren und das Budget ausgleichen. Infrastrukturmaßnahmen sollten diese Strategie flankieren (Gatter 1998:72ff). Die Reformen waren wirtschaftlich nicht allzu erfolgreich, wenigstens die Handelsbilanz konnte aber saniert werden. Mitte der 1990er-Jahre ging die Krise in eine Rezession über, die ehrgeizigen Planziele verschwammen am Horizont.

Rafsanjani war als Oberbefehlshaber der Armee seit 1988 auch bestrebt, Armee, *Pasdaran* und verschiedene Milizen (*Hizbollah*, *Basij*) zu vereinen – dies nicht zuletzt, um die von Radikalen dominierten Truppenteile zu neutralisieren. Dabei regten sich aber Proteste, ebenso wegen der Privatisierungen und des Subventionsabbaus, die sich teils direkt gegen die revolutionäre Klientel wandten. So kam es auch zu heftigen Demonstrationen, Streiks und Gewaltexzessen vor allem 1992, die vom Militär gewaltsam unterdrückt wurden (Gatter 1998:120f).

Khamenei, der in dieser Situation durch Kritik nur gewinnen konnte, machte sich die vielleicht sogar von ihm geförderten Unruhen zunutze und nahm 1992 den innenpolitischen Machtkampf auf. Die Öffnung des Landes, die der Westen mit wenig Entgegenkommen beantwortet hatte, legte Khamenei Rafsanjani als Naivität aus. Das für die Massen belastende Wirtschaftsprogramm wurde vom Parlament gestoppt, der geistliche Führer hatte sich demonstrativ auf die Seite der Armen gestellt. Durch die hohen Öleinnahmen infolge des Kuwait-Konflikts entfiel auch in ökonomischer Hinsicht die Notwendigkeit weiterer Reformen und weiterer Öffnung, zumindest für die diese tragende Rentierschicht.

Khamenei verärgerte mit sozialradikaler Rhetorik aber die den Konservativen zugewandten Bazaris. Das gesellschaftliche Klima im Lande wurde daher schärfer, islamische Vorschriften wieder konsequent kontrolliert. So musste unter anderem Mohammed Khatami zurücktreten, Kulturminister und Minister für „Islamische Rechtleitung“. 1994 wandte Khamenei sich offen gegen Rafsanjani, indem er dessen Entwurf des zweiten Fünfjahresplans umfassend korrigierte. Dieser trat daher erst 1996/97 verspätet und im Geiste Khameneis in Kraft. Re-Islamisierung und außenpolitische Radikalisierung standen auf der Tagesordnung. Rafsanjani – schon 1993 mit nur noch etwa 65% gewählt – war de facto entmachtet (Gatter 1998:126ff). Khamenei gelang es allerdings mehrmals nicht, sich zum *Marga at-Taqlid* ausrufen zu lassen und damit seine Macht zu vervollkommen.

Am 23. Mai 1997 wurde ein neuer Staatspräsident gewählt. Für viele überraschend wurde der Machtzuwachs der Konservativen gestoppt, denn nicht Ali Akbar Nateq-Nuri, sondern Khatami wurde mit 70% gewählt und kam damit möglicherweise einer Entmachtung des Staatspräsidentenamtes zuvor. Khatami setzte Liberalisierungsmaßnahmen und leitete eine Öffnung ein: öffentliche Meinungsäußerung wurde erleichtert, weitere Wirtschaftsreformen sollten eine materielle Verbesserung für die Menschen bringen, er rief Anfang 1998 auch das US-amerikanische Volk zum „Dialog der Kulturen“ auf. Die religiöse Macht schlug allerdings vehement zurück, wie sich in der strafrechtlichen Verfolgung einiger Sympathisanten von Khatami zeigte (darunter der prominente Teheraner Bürgermeister Karbastschi, der inzwischen wieder frei ist), die ebenso durch westliche Medien gegangen ist, wie die von Radikalen verübten Morde an prominenten Dissidenten im Herbst 1998 (die Täter wurden inzwischen verurteilt, die mutmaßlichen Verantwortlichen blieben aber größtenteils unbehelligt) und die Reaktion auf die Studentenproteste 1999.

Wie fragil der erneute Wiederaufstieg der politischen Macht ist, zeigte sich im Frühsommer 1999 im Rahmen der Massendemonstrationen von Studenten nach dem Verbot der liberalen Tageszeitung *Salam*, eine Situation, die an 1992 erinnerte. In dieser Frage diktierte Khamenei Khatami eine unnachgiebige Haltung und untermauerte damit seine politische Vormacht. Der Präsident musste die Demonstranten, die Liberalisierung und Öffnung von Staat und Gesellschaft skandierten und damit seine eigenen Forderungen vertraten, zur Mäßigung aufrufen und die

Ausschreitungen schließlich sogar verurteilen. Seither hat sich die Situation wieder beruhigt, wenngleich im September 1999 Todesurteile gegen vier der Demonstrationsführer verhängt worden sind, und sich ein Jahr später erneut Unruhen mit über 100 Verletzten in der Provinzhauptstadt Khorramabad ereigneten. Inwieweit solche Unruhen möglicherweise von Konservativen provoziert werden, um progressive Kräfte zu diskreditieren, darüber kann nur spekuliert werden.

Der Machtkampf geht unvermindert weiter und sein Ausgang ist weiterhin offen. Die Konservativen bestimmen die politische Grundlinie, deren konkrete Ausgestaltung sie aus taktischen Überlegungen aber gerne den Pragmatikern überlassen – nachher zu kritisieren ist einfacher, als zu gestalten. Die Pragmatiker wiederum versuchen, ihre mit den Wahlen von Februar 2000 errungenen Schlüsselpositionen zu festigen, um ihre Konzepte durchsetzen zu können und damit den so wichtigen Erfolg an den Wahlen zu sichern. Von 247 im Mai „genehmigten“ Abgeordneten (43 Sitze blieben vorerst vakant) sind ungewöhnlich viele Journalisten, außerdem 171 zum ersten Mal im Parlament (obwohl die meisten Parlamentarier wieder kandidiert hatten) und nur etwa 40 sind nicht der politischen Linie von Khatami zuzuordnen. Außerdem ist das Parlament um im Schnitt 15 Jahre verjüngt worden, nur die Zahl der Frauen ist von 14 auf 9 gesunken. Die Reformer erhielten bei einer hohen Wahlbeteiligung von 80% insgesamt etwa 70% der gültigen Stimmen (Standard, 25.2.2000, 29.5.2000).

Jedoch setzt die konservative Geistlichkeit dem Parlament enge Grenzen. Der Wächterrat nutzt seinen Spielraum, um die meisten Reformvorhaben des neuen Parlaments zu blockieren, im Sommer 2000 wurde so ein neues, liberaleres Pressegesetz verhindert. Allerdings wurden durch das Verlesen eines Briefes von Khamenei im Parlament die Fronten offen gelegt. Darin begründete er seine Parteinahme mit der Formulierung: „Wenn Feinde des Islam und der Revolution die Presse unterwandern können, sind nationale Sicherheit, Einheit und Glaube ernsthaft in Gefahr. Dann kann ich nicht länger schweigen.“ (Standard, 10.8.2000) Seit den Wahlen ereignen sich Verhaftungen im Umfeld der Reformer, Rücktrittskampagnen gegen liberale Regierungsmitglieder, es kam auch zu öffentlich kritisierten tendenziösen Prozessen. Zudem werden reihenweise liberale Zeitungen und Zeitschriften wegen Verstößen gegen die Pressegesetze oder „unislamischen“ Inhalten verboten und Journalisten verhaftet und verurteilt – oft erscheinen freilich die Zeitungen unter neuem Namen wenig später erneut und ihre Auflagenzahlen werden durch die Ereignisse nur um so höher getrieben: *Amnesty International* musste aber konstatieren, dass im Jahr 2000 „at least 34 journalists, writers and human rights defenders were questioned, detained and tried; some were tortured. At least 12 were imprisoned, usually after unfair trials.“ (AI 2001) Dazu kam ein Aufsehen erregender Prozess gegen iranische Beteiligte an einer wissenschaftlichen Konferenz in Berlin im April 2000: auch hier wurden im Jänner 2001 bis zu 10-jährige Gefängnisstrafen gegen die meisten Teilnehmer wegen teils sehr vager Anklagen (wie etwa „Bedrohung der nationalen Sicherheit“) verhängt.

Im Juni 2001 wurde Staatspräsident Khatami überzeugend wiedergewählt, obwohl während des gesamten Frühjahrs politische Gruppierungen und Zeitungen verboten, seine politischen Verbündeten angegriffen und teils eingesperrt, und im Mai sogar viele Internet-Cafés (es gibt einige Tausend in Teheran) geschlossen wurden. Diese Wahl war letztlich eine Abstimmung über den Reformprozess, dem die Hälfte der Wahlberechtigten auf diese Weise zustimmte: 77% der Stimmen entfielen bei einer Wahlbeteiligung von 67% auf Khatami, während die konservativen Gegenkandidaten durchfielen (Ahmad Tawakoli brachte es auf knapp 15%, alle acht zusammen mobilisierten aber insgesamt nur ein Sechstel der Wählerschaft). Die gesunkene Wahlbeteiligung muss allerdings als Zeichen für die Unzufriedenheit vieler Iraner gewertet werden, dass die Reformen noch nicht weit genug gehen und Khatami zu viele Kompromisse mit den Konservativen schließt. Khatami hat zwar den Iran geöffnet, doch konnte er weder die materielle Lage der Iraner merklich verbessern, noch das politische Klima wirklich zugunsten der Reformen stabilisieren.

Denn unverändert liegt die faktische Macht im Iran in erster Linie bei Revolutionsführer Khamenei und seiner Klientel. Die massive Zustimmung der Bevölkerung für die Politik der Pragmatiker und Liberalen hat bisher nicht auf die politischen Grundstrukturen oder die Entscheidungen der religiösen Machthaber durchgeschlagen. Khamenei fühlt sich unverändert nur Gott und nicht dem Volk verantwortlich. Dennoch gratulierte er dem neuen und alten Präsidenten zu seiner Wiederwahl und wertete das Ergebnis als „deutliches Beispiel für die religiöse Demokratie“ (Standard, 11.6.2001). Jedenfalls wird für Khamenei immer schwieriger, Khatami wie einst Rafsanjani für sich zu vereinnahmen. Schon im Februar hat Khatami öffentlich und vehement politisches Umdenken gefordert, und die damalige Klage ist symptomatisch für den gesamten derzeitigen Reformprozess im Iran:

„Diejenigen, die ein Monopol auf Islam und Revolution beanspruchen, mit ihren engen und dunklen Ansichten, stellen sich gegen das Volk“, sagte Khatami, der allerdings auch hart mit den Kräften ins Gericht ging, die die Religion aus dem Leben der Iraner verdrängen wollen.“ (Standard, 13.2.2001)

Es ist klar zu erkennen, dass die breite Masse der Bevölkerung den Reformprozess gutheißt und sogar seine Beschleunigung erwartet. Khatamis Basis, gerade die große Zahl junger und oft arbeitsloser Wähler sowie der Frauen, die auf ihn gesetzt haben, erwartet weitere, über die langsame Entspannung der letzten Jahre hinausgehende Erfolge. Das macht Khatamis Position einerseits schwierig, doch wird es sich andererseits die konservative Geistlichkeit nicht auf Dauer leisten können, sich dagegen zu stellen, ohne weiter Legitimation einzubüßen. Daher ist der einzig gangbare Weg der politische Kompromiss im Sinne Khatamis, zu dem in nächster Zukunft die Konservativen einen stärkeren Beitrag leisten müssen als zuletzt. Präsident, Parlament, Presse und die Masse der Bevölkerung werden demokratische Zugeständnisse einfordern und wenn

die Reaktion ausbleibt, sind Proteste unvermeidlich. Das wäre auch für die Geistlichkeit nicht ungefährlich.

4.4. Außenpolitische Positionen im Wandel

Iranische (persische) Politik wurde lange Zeit durch externe Akteure bestimmt. Nach 1800 waren Russland, Großbritannien und die USA für die Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik des Iran bestimmend. Veränderungen vollzogen sich nur im Hinblick auf die Bezugsmacht: mit der Verstaatlichung der AIOC 1951 änderten sich nicht die Strukturen, sondern die USA trat an die Stelle Großbritanniens (Martschukat 1995:11ff). Nach 1979 wurde die iranische Politik von ausländischen Einflüssen unabhängig(er), insbesondere aus den USA. Die eigenen Interessen bestimmen die Politik, auch wenn diese nicht immer eindeutig und nicht immer konstant sind und sich auch nicht unbedingt am Interesse der Bevölkerung orientieren. Cheryl Benard und Zalmay Khalilzad benennen vier „ideologische Grundannahmen“ der iranischen Außenpolitik in der post-revolutionären Phase: islamischer Internationalismus, Blockfreiheit, Kampf gegen Israel und Positionierung in der Dritten Welt (Benard/Khalilzad 1988:185ff). In den 1990er-Jahren sollte sich diese Grundannahmen allerdings verändern.

Die USA und der Iran

Die Haltung der USA zum Schah-Iran fasst Torsten Wöhlert treffend zusammen: „Mit dem Sturz Mossadeghs begann der Aufstieg Schah Mohammed Reza Pahlevis [...] und] die außenpolitische Rolle Irans als Verbündeter der USA im Ost-West-Konflikt [...]. Dass diese Politik vor allem in den [...] 1970er] Jahren zunehmend emanzipatorische Züge annahm und sich in regionalen Hegemonieansprüchen Irans artikuliert, hat am Grundkonsens des iranisch-amerikanischen Verhältnisses nichts geändert.“ (Wöhlert 1993:19f) Diese Politik kippte nach einer kurzen Übergangsphase 1979 völlig. Das war aufgrund der antiimperialistischen und antiamerikanischen Grundhaltung der Revolution nicht anders zu erwarten, äußerte sich aber vorerst primär rhetorisch und symbolisch. Die neue iranische Politik war freilich auch antisowjetisch, eine gewisse Annäherung wurde lediglich betrieben, um einer Intervention vorzubeugen (Benard/Khalilzad 1988:210ff). Die Freundschaftsverträge wurden aber mit beiden Supermächten gekündigt. Khomeini drückte das „weder Ost noch West“ wie folgt aus:

„Im Osten stehen die Völker einer großen Diktatur gegenüber, im Westen ist es das Gleiche [...] Brüder und Schwestern, ihr wisst genau, dass die östlichen und westlichen Supermächte unsere materiellen und geistigen Ressourcen plündern. Sie halten uns alle in Armut, sie versuchen, uns politisch, ökonomisch, kulturell und militärisch in Abhängigkeit zu halten. Wir müssen erwachen und unsere islamische Identität suchen [...].“ (Khomeini, zitiert in Fürting 1987b:186)

Ein Verschlechterungsschub der Beziehungen zu den USA trat Ende 1979 ein, als eine Gruppe von „Studenten auf der Linie des Imam“ nach einer Massendemonstration wegen der Reise des Schah zur Behandlung seiner Krebserkrankung nach New York die US-Botschaft in Teheran besetzte. Rund 50 Angehörige der Botschaft wurden als Geiseln genommen, die Auslieferung des Schah und die Rückerstattung seines Auslandsvermögens gefordert. Die Besetzung war im iranischen Machtkampf von großer Bedeutung, sie mobilisierte die Massen und radikalisierte die öffentliche Meinung zugunsten des Klerus. Khomeini stärkte seine Stellung, Ministerpräsident Bazargan trat zurück, der Revolutionsrat musste eine radikalere Linie einschlagen (Thoß/Richter 1991:120ff; Fürtig 1987b:168ff). Die Führung in Teheran war Kompromissen Washingtons gegenüber unversöhnlich, eine militärische Lösung scheiterte am 25. April 1980 kläglich im Wüstensand. US-Präsident Carter kostete dieses Desaster die Wiederwahl, die Besetzung wurde schließlich erst am 22. Jänner 1981 beendet, dem Tag, als Reagan die Präsidentschaft von Carter übernahm, eine bewusste Provokation aus Teheran. Der Schah war längst gestorben, es hatte aber auch der Golfkrieg begonnen, die Besetzung wirkte daher angesichts internationaler Sanktionen bereits vielmehr störend als mobilisierend.

Schon vor der Besetzung hatte es Bemühungen der USA gegeben, das neue iranische Regime zu destabilisieren. In der Botschaft gefundene Dokumente waren nicht nur begehrte Munition im inneriranischen Machtkampf, sondern lieferten auch Hinweise auf vom CIA unterstützte Widerstandsgruppen. Nach der Besetzung wurden iranische Bankguthaben im Ausland gesperrt, ein Embargo durch die USA verhängt (dem sich Europa halbherzig anschloss) und iranische Diplomaten ausgewiesen. Der Sturz Khomeinis war Programm der US-Führung, aufgrund der Säuberung und Demobilisierung der Armee zugunsten der *Pas-daran* hätte man aber kaum mit Unterstützung im Land rechnen können, außerdem war die Haltung der Sowjetunion im Falle einer US-Einmischung unsicher. Diese Haltung verstärkte sich trotzdem mit der Amtsübernahme des „Sternenkriegers“ Reagan, der den Iran zum Reich des Bösen erklärte – was umgekehrt schon vorher geschehen war. Die USA unterstützten im Golfkrieg offiziell den Irak, betrieben Subversion (für ein früheres Beispiel vgl. Fürtig 1987b:218f) und verschärften das Wirtschaftsembargo. Das hinderte sie allerdings auch nicht daran, im Zuge der Iran-Contra-Affäre mit den Mullahs zusammenzuarbeiten, als über iranische Vermittlung und im Austausch gegen Waffen Geiseln im Libanon frei kamen. In der Folgezeit hat sich das Verhältnis aber nicht mehr entspannt. Es blieb in einem steten Zustand zwischen Krieg und Frieden, im Golfkrieg gab es auch bewaffnete Konfrontationen.

Das Verhältnis ist bis heute verkrampft, das Embargo wurde nach der Rushdie-Affäre noch verstärkt, Interessenkonflikte sind an der Tagesordnung. 1996 wurde durch den *Iran and Libya Sanctions Act* (PL 105-774; Strunz/Dorsch 2000:254ff) die Helms-Burton-Gesetzgebung auf den Iran erweitert, neben die direkten Sanktionen trat damit eine Drohung mit indirekten Sanktionen gegen

potenzielle Handelspartner. Im Frühjahr 2000 brüskierte US-Präsident Clinton auch die gemäßigten Kräfte im Iran, als er den Wahlsieg der Pragmatiker offen begrüßte. Die UN-Menschenrechtskommission verurteilt alljährlich auf Betreiben der USA den Iran ebenso wie Kuba (zuletzt E/CN.4/RES/2001/17 vom 20. April 2001). Dennoch ist die USA inzwischen offenbar an einer Normalisierung der Beziehungen zum Iran interessiert. Am Rande des UN-Millenniumsgipfels im September 2000 soll es zu Gesprächen auf höchster Ebene gekommen sein, UN-Generalsekretär Annan sprach wörtlich von „schmelzendem Eis“.

Der Golfkrieg

Der *einzig* Golfkrieg war einer der längsten und blutigsten Kriege zwischen zwei Staaten der Peripherie. Jene Auseinandersetzung, die 1991 in Europa zur Absage einiger Faschingsbälle geführt hat, alltägliche Virtualität in unseren Medien gewesen ist, eine neue *Infotainment*-Qualität der Kriegsberichterstattung mit sich brachte und deshalb in unserer kollektiven Wahrnehmung so wichtig geworden ist, dass sie einem verheerenden achtjährigen Desaster, das so viel Leid über so viele Menschen gebracht hat, nicht nur den Rang, sondern sogar den Namen ablaufen konnte, bezeichne ich als „Kuwait-Konflikt“.

Der Golfkrieg hatte vielerlei Ursachen. Zwischen dem Iran und dem Irak gab es territoriale, hegemoniale, ideologische, nationale und religiöse Konflikte. Zu den umstrittenen Territorien gehörten der Schatt al-Arab (der Zusammenfluss von Euphrat und Tigris) (Fürtig 1992:2ff) und die iranische Provinz Chuzestan. In diesem schon seit vorislamischer Zeit arabisch besiedelten Gebiet, das aber fast immer derselben politischen Einheit wie Persien angehörte, lebten 1976 1,5 Millionen Araber (70% der Bevölkerung). Manche arabische Staaten halten diese an Erdöl reiche Provinz für „usurpiertes arabisches Territorium“ (Fürtig 1992:15ff). Der Krieg wurde auch um die regionale Vormachtstellung geführt (Fürtig 1992:28ff; Gorawantschy 1993:122ff). Nach der iranischen Revolution waren ja zwei Positionen vakant – sowohl die des US-Juniorpartners als auch die der Hegemonialmacht – und der Irak wollte sich zumindest letztere sichern. Die vermutete Desorganisation der iranischen Armee nach der Revolution sollte dabei helfen (Gorawantschy 1993:128ff). Der Iran hingegen verfolgte nach der Abwehr der ersten Angriffswelle des Irak auch das Ziel innenpolitischer Stabilisierung: „[D]ie klerikale Führung Irans [ließ] keinen Zweifel daran, die führende Rolle in der Region unter anderen Prämissen fortsetzen zu wollen. Diesem Anspruch stand zunächst jedoch entgegen, dass der Iran politisch, ökonomisch und militärisch durch die Revolution spürbar geschwächt war [und] die zentrifugalen Tendenzen im Lande sprunghaft anwuchsen [...]“ (Fürtig 1992:46) So strebte der Iran nicht nur nach Hegemonie und *nationaler* Stabilität, sondern auch nach Revolutionsexport und *islamischer* Einheit. Khomeini erklärte des öfteren die Führungen arabischer Staaten für „unislamisch“, allen voran den säkularisierten Baath-Staat Saddam Husains (Fürtig

1992:46ff). Er verkündete daher als ein zentrales Kriegsziel den Sturz dieses Regimes durch Export der iranischen Revolution in den Irak. Der Konflikt hatte also eine religiöse und eine nationale Dimension. Das sunnitisch-arabische und sozialistische Baath-Regime, das den Panarabismus propagiert, stand einer schiitisch-iranischen Revolution gegenüber, die Panislamismus predigt, Positionen, die sich in jeder Hinsicht ausschließen. Da es im Iran 1,5 Millionen (schiitische) Araber gibt und im Irak 7 Millionen (arabische) Schiiten, hoffte jede Seite im Krieg zudem auf Unterstützung im anderen Land.

Der Golfkrieg begann 1979 mit dem wechselseitigen Aufstacheln innerer Konflikte, dem „Vorkrieg“ (Fürtig 1992:55ff; Gorawantschy 1993:136ff). Kleinere Grenzscharmützel gipfelten am 22. September 1980 im formellen Kriegsbeginn mit irakischen Bodenoffensiven im Süden und Luftangriffen auf Flughäfen und Wohngebiete iranischer Großstädte. Dass sie trotz anfänglicher Gebietsgewinne zum Stillstand kamen, lag vor allem daran, dass der Widerstand von Armee, *Pasdaran* und bewaffneten Milizen größer als erwartet war und die iranische Luftwaffe nicht vollständig zerstört werden konnte (Fürtig 1992:63ff; Gorawantschy 1993:140f). 1981 begann nach erfolglosen Bodenoffensiven beider Seiten der „Stellungskrieg“, während die iranische Luftwaffe und Marine für erhebliche Verluste der Iraker und die Zerstörung der irakischen Ölindustrie sorgten.

Am 19. März 1982 begann der Iran die Rückeroberung des besetzten Territoriums, nach deren Erfolg beendete die iranische Führung den Krieg aber nicht, sondern griff ihrerseits an. Innen- und außenpolitische Argumente (Stabilisierung bzw. Revolutionsexport) sprachen gegen einen Waffenstillstand. Bei der Strategie der „menschlichen Wellen“ wurden auch Tausende von Kindersoldaten eingesetzt (Thoß/Richter 1991:124ff). Ab 1984 wurden dafür Tanker im Persischen Golf und die iranische Erdölverladeinsel Khark zum Ziel irakischer Angriffe. Sie beeinträchtigten den iranischen Ölhandel und reduzierten die Exporte zeitweilig auf ein Fünftel. Der „Städtekrieg“ gegen den Iran richtete sich mit Luft- und Raketenangriffen primär gegen Zivilisten. Der Iran war trotzdem auf dem Vormarsch. Im Februar 1986 wurde mit der Eroberung von Al-Fao der Irak vom Meer abgeschnitten und die Millionenstadt Al-Basra stand vor dem Fall. Waffenstillstandsangebote des Irak wurden zurückgewiesen, weil der Irak sich darin nicht als Aggressor deklarieren wollte und Reparationen ablehnte. Der Irak intensivierte daraufhin den „Tankerkrieg“ (auch gegen Neutrale), um ausländische Mächte zum Eingreifen zu bewegen. Vor allem die USA zeigten erhöhte Flottenpräsenz im Golf und verübten schließlich 1987 und 1988 einige militärische Vergeltungsschläge gegen den Iran. Der Städtekrieg untergrub die Moral der iranischen Zivilbevölkerung, der Irak konnte das besetzte Territorium zurückerobern.

Am 18. Juli 1988, zwei Monate nachdem Rafsanjani den militärischen Oberbefehl von Khomeini übernommen hatte und zwei Wochen nach Abschuss eines iranischen Verkehrsflugzeuges durch einen US-Zerstörer, anerkannte der

Iran eine im Jahr zuvor verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrates (S/RES/598) und akzeptierte damit den Waffenstillstand. Die ökonomische Erschöpfung hat dazu sicherlich beigetragen (Gatter 1998:32). Am 20. August 1988 trat er in Kraft, nach fast einer Million Toten und mehr als einer Billion US\$ an direkten und indirekten Kriegsschäden auf beiden Seiten. Ganz zu Ende ist der Konflikt deshalb freilich nicht: Widerstandsgruppen (wie die Volksmudschahedin) operieren vom jeweils anderen Land aus unverändert militärisch.

Der Iran und die islamische Perspektive

Die Revolutionsführung verfolgt bis heute einen panislamischen Kurs. „Khomeini strebt die ‚Einheit der islamischen Welt‘ an und hat ihre Teilung in viele Nationalstaaten als Werk des ‚Imperialismus‘ und ‚tyrannischer, selbstsüchtiger Herrschaft‘ verurteilt und als ‚künstlich‘ verworfen.“ (Benard/Khalilzad 1988:185). Die Regierung ist sogar durch die Verfassung zu einer panislamischen Politik verpflichtet (Artikel 10), auch wenn die Aufhebung staatlicher Unabhängigkeit islamischer Staaten bald nicht mehr so vehement betrieben wurde (Ram 1997:13ff). Statt dessen sollte die Politik koordiniert werden, denn – so meint man im Iran – wenn der Islam siegreich sein will, muss er seine nationale Zersplitterung überwinden, die nur seiner Schwächung dient. Revolutionsexport durch Vorbildwirkung und Unterwanderung war daher Programm, die militärische Option kam erst mit dem Golfkrieg dazu. Khomeini sagte unzweideutig: „Für die Moslems ergibt sich die Notwendigkeit einer islamischen Revolution, d.h. alle nichtislamischen Regierungen in den muslimischen Staaten müssen gestürzt werden.“ (Khomeini, zitiert in Fürtig 1987b:186) Gegen die Infiltration haben sich insbesondere die Golfstaaten heftig und teils mit erheblicher US-amerikanischer Hilfe zur Wehr gesetzt. Sunnitische Mehrheiten und geringe soziale Spannungen dort fördern trotz vieler iranischer Gastarbeiter eine Revolution iranischen Musters nicht. Die Gefahr wird im Gegenteil in den Golfstaaten oft als Vorwand eingesetzt, die eigene Opposition auszuschalten.

Mit der Revolution verschoben sich die außenpolitischen Schwerpunkte von gemäßigten Regimen (Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien) zu radikalen (Palästinenser, Syrien, Sudan). Die Beziehungen zur PLO waren anfangs gut, verschlechterten sich aber immer mehr, weil keine ideologische Übereinstimmung bestand. Die PLO hat im Golfkrieg sogar den Irak unterstützt, das heutige Verhältnis zu Palästina leidet unter dieser Hypothek. Mit der Festigung der Macht der Islamisten verschärfte sich das außenpolitische Klima noch weiter, wobei die Großmachtpolitik des Schah fortgesetzt wurde. Dies führte dazu, dass schließlich sogar das islamische Element hinter das persisch-nationale in der Außenpolitik zurückstehen musste (Ram 1997:16ff). Obwohl verboten, wurde politische Agitation bei den jährlichen Pilgerfahrten nach Mekka vom iranischen Regime schon seit 1979 bewusst betrieben und gefördert, was 1987 zu einer Eskalation mit 400 Toten

führte. Durch die Ölmilliarden und die enge Bindung an die USA ist Saudi-Arabien zum einflussreichsten arabischen Staat, zum Schutzpatron der Golfstaaten und zur Heimstätte vieler islamischer Organisationen geworden. Saudi-Arabien ist zudem einerseits eine Monarchie und die Vorbehalte Khomeinis gegen weltliche Macht treffen daher auch die Herrscher in Riad, andererseits aber auch ein fundamentalistischer und totalitärer Staat, in dem der Koran alleingültiges Gesetz ist, allerdings in sunnitischer Lesart. Zu diesen Konfliktlinien kommt die sunnitisch-schiitische Rivalität. Dennoch beruhigte sie sich in den 1990er-Jahren merklich, wo es dem Iran gelang, seine politische Isolierung in der Region zu überwinden. Selbst die US-Verbündeten Türkei und Pakistan, beides Kandidaten für den Revolutionsexport, erfreuen sich schon seit den späten 1980er-Jahren größeren Wohlwollens aus Teheran, insbesondere im Rahmen der ECO (*Economic Cooperation Organization*) und ungeachtet der laizistischen Staatsphilosophie in der Türkei.

Das Verhältnis Irans war unter allen arabischen Ländern aber letztlich zum revolutionären Libyen und zum schiitisch regierten radikalen Syrien am besten. Zu Fundamentalisten wie in Algerien oder Afghanistan, nur im Westen immer monolithisch wahrgenommen, bestehen hingegen kaum Berührungspunkte. Die afghanischen Taliban sind auch den Mullahs zu radikal, außerdem sind sie Gegner der afghanischen Schiiten. Unstrittig ist aber die iranische Unterstützung für die teils radikalen libanesischen Schiiten, sowohl der *Hizbollah*, die erst mit iranischer Hilfe aufgebaut worden war, wie auch der *Amal*. Auch ideologisch ergeben sich Übereinstimmungen der radikalen Gruppen mit Teheran, in dessen Dienst sie terroristische Aktivitäten entfaltet haben (sollen).

Die Öffnung der islamischen Republik

Um die internationale Isolation aufzubrechen, näherte sich der Iran nicht nur manchen seiner Nachbarländern politisch (nicht ideologisch) an, sondern – ohne deshalb seine Grundhaltung des „weder Ost noch West“ aufzugeben – ab 1988 auch den kommunistischen Staaten. Ab 1990 wurden in Teheran internationale Handelsmessen abgehalten, um Auslandskapital anzuziehen, wie überhaupt die Außenbeziehungen des Iran in den 1990er-Jahren unter Führung Rafsanjanis und Khatamis deeskaliert wurden, und das insgesamt durchaus mit Billigung Khameneis. Ausländische Minderheitenbeteiligungen waren bereits möglich gemacht worden (1991 gab es schon über hundert Joint-Ventures), mehrere lukrative Handelsverträge wurden abgeschlossen. Die Gründung von Freihandelszonen sollte Handelskontakte mit dem Ausland und das Abschöpfen der Gewinne aus diesen Kontakten ermöglichen (vgl. allgemein Exenberger 1997:38ff; spezifisch: Gatter 1998:91f). Trotzdem ist auch Schmuggel sehr verbreitet und auch die Politik der Öffnung, vor allem zu westlichen Ländern, lieferte nur zaghafte Erfolge: „Obwohl der Iran während der Präsidentschaft Rafsanjanis dem Westen mit einer Reihe von Zugeständnissen entgegenkam (Vermittlung zur Freilassung westlicher Geiseln im

Libanon, Unterzeichnung sämtlicher UN-Konventionen, Neutralitätspolitik während des [... Kuwait-Konflikts]) und er heute, verglichen mit der Khomeini-Zeit, ein eher stabilisierender Faktor in der Region ist, hat sich dies für die Rafsanjani-Administration kaum bezahlt gemacht.“ (Gatter 1998:94)

Das US-Embargo war für den Iran zweifellos negativ. Handelskontakte von US-Firmen zum Iran sind unmöglich, selbst Drittstaaten, die sich im Handel mit dem Iran engagieren, sind von Sanktionen bedroht, Europa lässt sich aber auch in diesem Fall (wie bei Kuba) die extraterritoriale Gesetzgebung nicht einfach aufzwingen. Insbesondere ging und geht es den USA dabei um die Eindämmung des iranischen politischen und ökonomischen Einflusses in Zentralasien. Diese Isolationspolitik gegen den Iran, die seit der Revolution bestand, war 1993 und 1996 weiter intensiviert worden (Gatter 1998:101). Westeuropa (außer Deutschland) und Japan schlossen sich den US-Maßnahmen an, was zu Beeinträchtigungen im Ölgeschäft führte. Allerdings war der Boykott niemals total, weswegen auch seine Folgen wie in Libyen nicht katastrophal waren. Die internationale Isolation des Iran (für die Menschenrechtsbedenken, das Rushdie-Urteil, die Unterstützung des Terrorismus, aber auch einfach Ablehnung des klerikalen Regimes als Begründungen herangezogen wurden) erforderte eine Neuorientierung der wirtschaftlichen und politischen Kontakte. Da sich die USA bis heute wenig versöhnlich zeigen und auch die Mitgliedstaaten der EU ihre Ressentiments nur unzuverlässig überwinden, konnten neue Partner nur im Süden gefunden werden.

„Im Verlauf des Embargos ersetzte Iran seine ohnehin von ständigen Spannungen überschatteten Wirtschaftsbeziehungen zu den USA und reduzierte seine zwar freundlichen, doch zerbrechlichen Beziehungen zu Europa und Japan. Statt dessen knüpfte das Land enge Beziehungen zu Zentralasien und freundlich-kooperative Beziehungen zu den meisten Staaten der Dritten Welt. Dem Iran gelang es dadurch, nicht nur die Auswirkungen des Embargos abzuschwächen, vielmehr erreichte das Land [...] größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Industrienationen, die normalisierte Beziehungen von politischem Wohlverhalten abhängig machen.“ (Gatter 1998:105)

Die Süd-Süd-Beziehungen des Iran waren vor diesem Schwenk unterentwickelt, abgesehen vom unmittelbaren regionalen Umfeld. „In den Jahren 1994 und 1995 [aber] eskalierte die Zahl Iranischer Staatsbesuche in der Dritten Welt“ (Gatter 1998:101), inzwischen sind auch einige Staaten Europas von Khatami besucht worden. Vorher unterstützte der Iran eher Befreiungsbewegungen (insbesondere radikal-islamische), anstatt dass seine Führung Regierungen zu besuchte. Gerade die Beziehungen zu Staaten der Peripherie waren in den 1980er-Jahren noch unbedingt von den „Grundannahmen“ der iranischen Außenpolitik bestimmt, vor allem dem „weder Ost noch West“ und der Ablehnung Israels. Regionale Zusammenarbeit war im Vordergrund gestanden, in den internationalen Organisationen war der revolutionäre Iran relativ inaktiv. Seit dem Zerfall der Sowjetunion ringt er aber in den neu entstandenen Staaten Zentralasiens mit großen islamischen

Bevölkerungsanteilen vor allem mit der Türkei um Einfluss, wenngleich weniger ideologischen als vielmehr ökonomischen (Tafazzoli 1996:98ff). Zugleich intensivierten sich die Beziehungen zur Türkei und zu Pakistan unter denselben wirtschaftlichen Vorzeichen weiter. Bereits 1985 gründeten diese drei Staaten die ECO, der inzwischen sechs weitere Staaten in Zentralasien beigetreten sind (Tafazzoli 1996:138ff). Diese Annäherung soll den lukrativen Handel mit zentralasiatischem Öl in den Iran umleiten, den die USA viel lieber über Afghanistan nach Pakistan fließen sehen würde, was aber durch den Radikalismus der afghanischen Taliban in den letzten Jahren verhindert wurde. Die Ereignisse vom September 2001 rufen diesen völlig vergessenen Konflikt und seine strategisch und ökonomische Bedeutung der Weltöffentlichkeit wieder in Erinnerung.

In Südostasien (insbesondere den islamischen ASEAN-Staaten) wurde erfolgreich um Handelspartner und Investoren geworben, ebenso in der Golfregion und in Lateinamerika. Auch mit Kuba wurde schon im April 1994 ein Kooperationsabkommen abgeschlossen (Gatter 1998:98ff). Afrika, außenpolitisches und wirtschaftliches Stiefkind, erhielt in den 1990er-Jahren größere Aufmerksamkeit. 1995 wurde ein „Amt für afrikanische Angelegenheiten“ gegründet, das Entwicklungsaufgaben wahrnimmt (Gatter 1998:103). Aufgrund seiner zahlreichen neuen Partner und damit gewonnenen Rückendeckung in der UN-Generalversammlung kann es sich der Iran nun auch leisten, empfindsamer auf die als bevormundend empfundenen Forderungen und die Kritik des Westens zu reagieren, so mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zu den Staaten der EU nach dem „Mykonos-Urteil“ 1997. Der Iran leistet sich nun auch stärkeres Engagement in den Institutionen des internationalen Systems, da er dort mit Verbündeten rechnen kann. Das US-Embargo war daher insgesamt gesehen für den Iran zwar unmittelbar schädlich, hat aber mittelfristig den Spielraum sogar erhöht, sowohl wirtschaftlich wie politisch. Selbst die Staaten Europas erweisen sich als kooperativ – nicht zuletzt, weil sie bei einem so interessanten Partner wie dem Iran ihren Wirtschaftsinteressen gegenüber politischen Animositäten Vorrang einräumen. Deutschland (trotz „Mykonos“ und einiger diplomatischer Verstimmungen seit dem erfolgreichen Khatami-Besuch vom Juli 2000) und Italien führen den kritischen Dialog an.

Neben dieser aktiven Entspannung der Außenpolitik im Hinblick auf Partner in der Dritten Welt oder Europa nähern sich der Iran und Russland in letzter Zeit trotz historischer Hypothek und Interessenkonflikten am Kaspischen Meer einander an. Neben intensiven wirtschaftlichen und diplomatischen Kontakten intensivieren sich insbesondere die militärischen Beziehungen: der Iran erhält aus Moskau Waffen und Waffentechnologie, was inzwischen auch zum Aufbau eines beachtlichen Raketenarsenals mit unterschiedlichen Reichweiten geführt hat (daran waren auch China und Nordkorea nicht unbeteiligt). Die leistungsfähigsten dieser Raketen (die Shahab-3) können bis zu 1.300 Kilometer überwinden und bedrohen damit Israel.

5. Vergleichende Analyse

5.1. Periphere Entwicklung – Entwicklung zur Peripherie

Nationale Identitäten

Von Größe, Bevölkerungszahl und Landesnatur her sind Kuba, Libyen und der Iran relativ unterschiedlich, wenngleich es geographische und kulturelle Ähnlichkeiten gibt. Kuba und Libyen etwa bilden vergleichsweise homogene Gesellschaften: in Kuba sind 70% der Bevölkerung „christliche Europäer“ (eine *soziale* und keine religiöse oder gar ethnische Kategorie) und auch die übrigen Mitglieder der Gesellschaft sind in Sprache und Kultur der Mehrheit ähnlich; in Libyen sind die Einwohner zu mehr als 90% sunnitische Araber oder arabisierte Berber. Der Iran weicht in dieser Hinsicht stark ab, da kaum die Hälfte der Bevölkerung schiitische Perser sind und die andere Hälfte in verschiedene unterschiedliche Gruppen zerfällt. Während weder Kuba noch Libyen daher kaum Probleme hatten, spätestens nach ihrer Unabhängigkeitserklärung „nationale“ Gesellschaften zu bilden, bedurfte dies im Iran größerer, programmatischer Anstrengungen, die spätestens Anfang des 19. Jahrhunderts begannen (Vaziri 1993:169ff). Sowohl am Beginn der *Pahlewi*-Dynastie wie auch am Beginn der Islamischen Republik standen Integrationskämpfe gegen eine nationale Fraktionierung des Landes. Im Falle Libyens wurde die nationale Identität freilich auch erst konstruiert, als man nach dem Zweiten Weltkrieg die *Sanusi*-Bewegung nutzte, um die Nationalismen der Cyrenaika und Tripolitaniens zu bündeln. In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich soziale Spannungen auch aus dem teils sehr hohen Ausländeranteil ergeben, da die arabischen, insbesondere aber die afrikanischen Ausländer von der Bevölkerung nicht annähernd so herzlich aufgenommen werden, wie der Revolutionsführer das programmatisch immer wieder verkündet.

Die aber dennoch in jedem der drei Länder ausgebildeten nationalen Identitäten waren für die Stabilität der postrevolutionären Systeme von großer Bedeutung, weil sie in Zeiten der Krise den Zusammenhalt förderten. Das Wahren dieser Stabilität war gerade im Iran immer wieder schwierig und mit großen Opfern verbunden. Während es für Kuba und Libyen nach einer ersten Phase des Machtkampfes im Wesentlichen genügte, die Karte des „gemeinsamen äußeren Feindes“ USA zu spielen, musste im Iran auch der Golfkrieg als Integrationsklammer erhalten, der nach 1982 trotz irakischer Bereitschaft zum Waffenstillstand primär wegen der Leistungsfähigkeit des Krieges für die national-revolutionäre Mobilisierung fortgesetzt wurde.

Entwicklung zur Peripherie

Am kubanischen Beispiel kann man gut beobachten, wie sich eine periphere Gesellschaft und Ökonomie organisiert. Die Wirtschaftsstruktur der Insel war ab dem 16. Jahrhundert immer eine abhängige Variable der Patronagemacht. Zuerst organisierte Spanien seine Kolonie nach den Erfordernissen *seines* amerikanischen Kolonialimperiums, dann trat die USA ihm zur Seite und erschloss *sich* die Insel im 19. Jahrhundert als Rohstoff- und Profitquelle. Kuba wurde so zu einer Volkswirtschaft, die unter den Bedingungen doppelter struktureller Deformation agieren musste (Plantagenwirtschaft und Rohstofflieferant mit kaum eigener Industrie), was zum großen Problem wird, sobald frühere Beziehungen gekappt werden. Auch das politische System litt unter der Bevormundung, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war es eine „korrupte“ Kopie der US-amerikanischen Institutionen und ein Patronagesystem zur Umverteilung der Zuckerrenten an die politische Klasse. Trotz einer gewissen Eigendynamik, die auch der Politik in der Republik Kuba nicht abzusprechen ist, war sie ein ausgesprochen schwacher Staat, deren Staatsmacht nicht einmal immer ausreichte, die ausländischen Interessen zu schützen. Das war der Grund, warum sich die USA durch den *Enmienda Platt* als Kubas „Vormund“ einsetzten, was sie auch nach dessen formellem Ende 1934 blieben. Die soziale Disparität der vorrevolutionären kubanischen Gesellschaft (dünne, reiche Oberschicht in den Städten und bittere Armut am Lande) zeigt, dass die kubanische Wirtschaft auf der Ausbeutung ihrer Bevölkerung basierte, die hohe Arbeitslosigkeit verdeutlicht deren Grad.

Während Kubas gesamte Entwicklung eine Entwicklung *im* Weltsystem und die Entwicklung *einer* Peripherie war, mussten sich Libyen und der Iran *zur* Peripherie entwickeln. Libyen wurde von einer Peripherie innerhalb der türkischen Weltwirtschaft (Libyen war immer nur eine Randregion) mit Eintritt dieser Außenarena in das Weltsystem zu dessen oberflächlich integrierter Peripherie, die erst mit dem Eingreifen der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert und Beseitigung der Autonomie regionaler Eliten vertieft wurde. Libyen musste sich schließlich in Ermangelung von Rohstoffen (vor dem Öl) nach einem blutigen Krieg als Siedlungskolonie den italienischen Kolonialinteressen unterordnen, was sich nach dem Zweiten Weltkrieg in anderer Form fortsetzte: Libyen wurde als schwacher Staat ohne ökonomische Perspektive in die „Unabhängigkeit“ gestoßen. Selbst die Existenz des Staates war Ausdruck von Interessenkonflikten externer Mächte: gegen den sowjetischen Einfluss gerichtet, entstand Libyen als einer der ersten unabhängigen Staaten in Afrika primär deshalb, weil vor allem die USA und Großbritannien, aber auch Frankreich sich gegenseitig nicht die alleinige Kontrolle über das Land zugestehen, sich über eine Aufteilung nicht einigen und die finanziellen Lasten der Kolonialherrschaft in einer derart armen Region nicht tragen wollten. Mit den Ölfunden wurden die wirtschaftlichen Abhängigkeitsstrukturen sogar noch deutlicher. Die traditionelle Elite um den

König profitierte, ausländische Konsortien verdienten wie auch im Iran sehr gut mit. Am Großteil der Bevölkerung ging der neue Reichtum vorbei, ein weiteres Anzeichen für eine periphere Gesellschaft.

Der Iran war bis ins 19. Jahrhundert eine Weltwirtschaft für sich. Mit der zunehmenden Penetration durch europäische Mächte erfolgte aber auch im Fall des Persischen Kaiserreiches die Integration in das Weltsystem. Auch sie erfolgte als Peripherie, denn das politische, ökonomische und militärische Potenzial des Iran war im unruhigen 18. Jahrhundert kollabiert. Die persische Staatsmacht war bereits stark geschwächt, was am territorialen Rückzug gegen Russland und Großbritannien deutlich wird. Dem Eindringen britischer Kapitalinteressen stand der Kaiserhof in einer Mischung aus Kollaboration, Desinteresse und Naivität gegenüber (Greussing 1987:85ff). Großbritannien und Russland sicherten sich sukzessive die meisten Handelskonzessionen und so ging die wirtschaftliche Kontrolle auf Ausländer über. Und gerade die Quasi-Kolonisation brachte besondere Nachteile:

„Es gehört zu den charakteristischen Zügen der iranischen Geschichte des 19. Jahrhunderts, dass das Land infolge der britisch-russischen Rivalität nur indirekt kolonisiert wurde – und dass dadurch die Auswirkungen seiner handelspolitischen Integration in den Weltmarkt *noch drückender* wurden als in anderen, direkt beherrschten Ländern Asiens. Denn diese indirekte Kolonisierung im Zusammenspiel mit dem traditionellen despotischen System hatte zur Folge, dass das Land nicht einmal mit jenen bescheidenen institutionellen Änderungen – Straßen, Eisenbahnen, Verwaltung – bedacht wurde, wie sie anderswo eine bewusste Kolonialpolitik hervorbrachte.“ (Greussing 1987:89, Hervorhebung A.E.).

Der Iran war damit strukturell eines der ersten Dritte-Welt-Länder in der Geschichte, seine Produktionsstruktur war bereits zu dieser Zeit wesentlich auf den Weltmarkt ausgerichtet. Im 20. Jahrhundert wuchsen diese Tendenzen noch. In der Zeit des Ersten Weltkrieges erlebte die Staatsmacht ihre schwächste Phase und geriet auch später nicht aus der Abhängigkeit von den Großmächten (besonders deutlich 1941 und 1953) heraus; die wirtschaftlichen Verflechtungen wuchsen mit den Ölfunden und dem Ausverkauf der damit verbundenen Rechte noch weiter an. Vor wie nach 1953 erhielt der Iran nur einen Anteil an den Ölprofiten, die in der iranischen Wirtschaft keine nachhaltigen Impulse auslösten.

Alle drei Staaten waren und sind zudem Rentierstaaten. Kubas Zucker (heute nicht mehr so deutlich), Libyens und Irans Erdöl und strategische Renten ermöglichten in allen drei Ländern den Aufbau von auf Patronagenetzwerken beruhenden politischen Systemen. Dies wurde am Beispiel Iran ausgearbeitet, sollte im Falle Kubas ebenfalls klar geworden sein und gilt genauso für Libyen. Die Ausbeutung der Rentenquelle (die in allen Ländern fast immer mehr als zwei Drittel der Staatseinnahmen einbrachte) war vordringliches Ziel der Politik und vom Erfolg bei der Ausbeutung und Verteilung hing die Stabilität der politischen Macht ganz entscheidend ab. In diesem Klima gediehen auch soziale und wirtschaftliche Disparitäten.

Emanzipation vom Weltsystem

In allen drei Staaten zeigten sich bereits vor der jeweiligen Revolution Tendenzen zur Umkehr dieser wirtschaftlichen wie politischen Abhängigkeit, durch Zayas und Batista, durch Idris und durch Reza, Mossadegh und Mohammed Reza. Ihnen waren aber nicht nur enge Grenzen gesteckt, sondern sie alle wollten kaum an den Grundfesten der Integration in das Weltsystem rütteln. Es ging vielmehr um eine aus der Sicht der einheimischen Eliten günstigere Verteilung der Profite.

Das Hauptinteresse der kubanischen Emanzipationsbestrebungen war, Kubanern mehr ökonomische Mitbestimmung im eigenen Land zu ermöglichen. Der Profit sollte zugunsten Einheimischer neu verteilt werden, was auch zu politischer Emanzipation führen sollte. Man war mit der Einmischung der USA in innere Angelegenheiten zwar nicht einverstanden, an den Wirtschaftsstrukturen wollte man aber nichts ändern. Diese Quadratur schien schwierig, daher kamen die Bemühungen letztlich über Ansätze nicht hinaus. In Libyen waren die Eliten sogar noch gefügiger, deswegen waren auch die Emanzipationsbestrebungen am schwächsten. Im Iran zeigt sich deutlich, dass Emanzipation von den Führungsmächten im Weltsystem in deren eigenem Interesse nicht geduldet werden kann. Reza Shahs Reformen wurden im Sinne einer Steigerung der politischen Stabilität noch begrüßt, seine Umorientierung in den Zeiten des Zweiten Weltkrieges aber mit seiner Entmachtung beantwortet. Mossadegh wieder war ein besonders tragischer Held, indem er anstelle eine Umverteilung und Emanzipation einzuleiten letztlich nur dazu benutzt wurde, die Übertragung der Besitzstände von Großbritannien auf die USA zu organisieren.

Mohammed Reza Shah ist im Konzert der Reformen der einzige, dem das Potenzial zur grundlegenden Veränderung zufiel. Durch massives Abschöpfen von Renten und starke Unterstützung durch die USA, deren ureigenste strategische Interessen sich in den 1960er- und 1970er-Jahren als für die Pläne des Schah sehr nützlich erwiesen, sicherte er sich regionale Hegemonie und finanzielle Reserven. Dass diese weder der wirtschaftlichen Emanzipation (Industrialisierung), noch der Bevölkerung (Umverteilung) zugute kamen, trug letztlich zum Scheitern seiner Vision vom Iran als Mittelmacht und Industriestaat bei. Dennoch war er der Erste, der sein Land wenigstens ansatzweise aus der politischen Abhängigkeit vom Ausland jedweder ideologischer Färbung führte – bei freilich 50.000 US-Beratern im Land.

5.2. Die Revolutionen im Vergleich

Alle drei Staaten waren zwar unterschiedliche Peripherien mit einem unterschiedlichen Grad an nationaler Selbstbestimmung, teilten aber dennoch deren typische Merkmale: (1) schwache und von innen angefeindete Staatsmacht; (2) deutliche Spaltung der Gesellschaft in dünne, reiche Eliten, schwach ausgebildete Mittel-

schichten und eine große Masse, die am Existenzminimum lebt; (3) mit externen Mächten verknüpfte Kompradoren-Regime; (4) ökonomische Ausbeutung der Bevölkerung, die nur zu einem geringen Grad über proletarisierte Haushalte organisiert wird; (5) schwache Definitionsmacht über die eigenen außenpolitischen Beziehungen und keine im internationalen System; (6) die Beziehungen zur Patronagemacht sind enger als selbst zu den Staaten im regionalen Umfeld.

Das jeweilige Jahrzehnt vor der Revolution war in allen drei Ländern von Stagnation geprägt. Zwar erlebten sowohl Kuba als auch Libyen und der Iran einen Aufschwung der Staatseinnahmen, dieser strömte aber in die Patronagesysteme und in eine Steigerung der (Konsumgüter-)Importe. Sozialpolitik fand hingegen nicht statt, daher schwand die Legitimationsgrundlage der Regime: Batista desavouierte die kubanische Republik durch einen Putsch, geriet in den letzten Jahren auch in ökonomische Schwierigkeiten und verlor im Lauf seiner Regierung den Großteil der Gefolgschaft; das Regime von Idris verlor durch die Nicht-Umverteilungspolitik jeden Rückhalt in Bevölkerung und Militär; Mohammed Reza Shah rutschte durch eine Expansion der Staatsausgaben in eine schwere Finanzkrise und sah sich schließlich einer breiten Opposition in der Bevölkerung gegenüber.

Durch alle daraus erwachsenden Revolutionen wurde eine Verbreiterung der politischen Basis und materielle Umverteilung angestrebt. Alle drei Bewegungen waren gegen die etablierte Macht gerichtet, alle drei hatten oder erlangten eine breite Massenbasis in der Bevölkerung und in allen drei wurde nicht nur der „Wille“ zur grundlegenden Veränderung verkündet, sondern auch eine an politischer, sozialer und gesellschaftlicher Veränderung orientierte Politik betrieben. Alle drei sind daher im Lichte der eingangs aufgestellten Kriterien Revolutionen gewesen. Dass ihre Führungen bis heute an der Macht geblieben sind, liegt möglicherweise nicht zuletzt darin begründet, dass sich im internen Machtkampf an der revolutionären Spitze relativ schnell eine bestimmte Gruppe und dabei zugleich eine unangefochtene Person hervortun konnte. Der Preis für diese Stabilität war das tragische Schicksal vieler Mitrevolutionäre und das Blut und die Tränen Tausender.

Revolutionäre Form und revolutionärer Inhalt

Was in Kuba ein langer, bewaffneter Kampf einer typischen Avantgarde-Bewegung gewesen ist, die schließlich eine breite Massenbasis in der Stadt- und Landbevölkerung erlangte, war in Libyen ein Militärputsch einer Avantgarde, die nach der Revolution durch Massenzustimmung legitimiert wurde, im Iran jedoch von vornherein eine Revolte des Volkes, eine breite, heterogene Oppositionsbewegung, die zwar koordiniert und von bewaffneten Gruppen flankiert wurde, aber erst in der Schlussphase eine deutlich erkennbare Spitze ausbildete. Allen drei Bewegungen gemeinsam war auch die überragende Bedeutung einer einzelnen Person, die sich als unumstrittener Führer profilierte. Castro und

Khomeini war es bereits vor ihrem Sieg gelungen, sich an die Spitze zu setzen (sie kontrollierten die postrevolutionären Machtkämpfe, anstatt in sie involviert zu sein), die kubanische und iranische Revolution waren in der öffentlichen Wahrnehmung auch persönliche Duelle gegen den Führer der jeweiligen Elite. Für Qathafi gilt dies nicht in dieser Klarheit, obwohl er von Anfang an der Sprecher der Revolution war. Castro und Qathafi waren außerdem sehr jung (um die 30), nur Khomeini tanzt hier aus der Reihe, was wohl miterklärt, dass er so lange so eklatant unterschätzt worden ist. Auch die postrevolutionäre Brutalität teilen alle drei Revolutionen (wenngleich in unterschiedlichem Maße), Revolutionsgerichte entfachten eine blutige Tätigkeit, die sie sowohl zur Vergeltung als auch im postrevolutionären Machtkampf einsetzten.

Der revolutionäre Inhalt war in allen drei Fällen vor allem auf zwei Bereiche konzentriert: Umsturz der herrschenden politischen Verhältnisse und soziale und gesellschaftliche Neuordnung. Alle drei Bewegungen waren auf die Befreiung der Bevölkerung von politischer Bevormundung im Land, materiellen Zwängen und ausländischer Einflussnahme gerichtet. Auch waren alle Bewegungen gegen externe politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten gerichtet, vor allem von den USA. Ein dritter gemeinsamer Aspekt waren umfassende soziale Reformen, die auf mehr gesellschaftliche Gleichheit und Gerechtigkeit zielten. Ein weiterer Punkt ist gezielte Nationalisierung, die sich in Libyen und im Iran zugleich in Islamisierung der Gesellschaft äußerte. Der nationale Zusammenhalt sollte gefördert, die Lösung der Bindungen zum Ausland dadurch erleichtert werden. Die drei Revolutionen können daher als egalitäre, sozialreformerische und emanzipatorische Bewegungen beschrieben werden, die zudem betont anti-imperialistisch auftraten. In Kuba wurden sozialreformerische Ansätze durch geopolitische Rahmenbedingungen zudem so verstärkt, dass die Revolution schließlich per Selbstbestimmung sogar sozialistisch wurde. In Libyen trat die Revolution von Anfang an als sozialistische, basisdemokratische Bewegung auf, ohne dass damit ein Bekenntnis zur Sowjetunion verbunden gewesen wäre. Der Iran erlebte eine sozialreformerische Erhebung mit starken islamischen Elementen, wo sich durch ein Zusammenspiel innerer und äußerer Faktoren letztere durchsetzten. Dennoch verfolgten alle drei Revolutionen außenpolitisch mit mehr oder weniger Vehemenz einen „Dritten Weg“, ein „weder Ost noch West“, eine autochthone Entwicklung und Süd-Süd-Kooperation. Am wenigsten zu spüren war dies in Kuba, das trotz relativ unabhängiger Dritte-Welt-Politik immer in ein Nahverhältnis zur Sowjetunion gerückt wurde, am meisten im Iran, wo es sich zeitweise bis zur totalen Isolation steigerte.

Revolution und politische Transformation

Im Rahmen der systemloyalen vorrevolutionären Regime und unter deren strukturellen Bedingungen war es für alle drei Länder nicht möglich, die Position

im Weltsystem zu verändern. Die herrschenden Eliten mussten ersetzt werden, denn deren Interessen waren am Erhalt der *herrschenden* Strukturen orientiert. Der zur Veränderung notwendige Austausch von Eliten wird durch ein revolutionäres Klima erheblich erleichtert, in dem auch Umbrüche gesellschaftlicher Grundstrukturen leichter machbar sind, die alle drei Bewegungen offen anstrebten. Hätte man diese Umbrüche einem evolutionären Prozess innerhalb der gegebenen Systeme unterworfen, wären sie verwässert worden. Ich möchte sogar die These wagen, dass Sozialreformen ohne Revolution in keinem der Länder eine echte Chance gehabt hätten, da sie in Rentierstaaten nur dann Sinn ergeben, wenn sie für die politische Mobilisierung notwendig sind, oder dazu dienen, Bedrohungen für das System abzuwehren. Ersteres war nicht gegeben, da alle drei Staaten zur Zeit der Revolution diktatorisch regiert wurden, zweiteres unterblieb in falscher Einschätzung des Ausmaßes der Bedrohung oder erfolgte zu spät.

In Kuba war die geostrategische Position des Landes inmitten des Ost-West-Konflikts von überragender Bedeutung für die Richtung, die die Revolution schließlich einschlug. Der Ausgang des inneren Machtkampfes wurde durch die außenpolitischen Verhältnisse erheblich mitbestimmt. Dass Castros Macht so groß wurde, ist seiner Funktion als Integrationsfigur zu verdanken, die als Garantie für die Revolution und ihre Errungenschaften gegen auch äußere Widerstände stand. Dass die Kommunisten in Kuba so wichtig wurden und die Liberalen scheiterten, ist zumindest auch der US-amerikanischen Feindschaft und der dadurch begünstigten Annäherung an die Sowjetunion zu verdanken, die gemäßigte Positionen unmöglich machten. Auch die Massen gaben ihre Unterstützung angesichts der wachsenden Isolation immer mehr radikalen Positionen. In Libyen wurde die Richtung der Revolution nicht geo-, sondern innenpolitisch bestimmt, Machtkämpfe unter den Revolutionären brachen erst später aus, die Massenunterstützung garantierte vorerst die reibungslose Verwirklichung ihrer politischen Vorstellungen. Die antiimperialistische Außenpolitik stieß auf wenig Widerstand. Auch das politische System des Iran, das von den hier betrachteten durch die Revolution ohnehin die geringste Veränderung erlebt hat, wurde im Wesentlichen aus der Revolution heraus bestimmt. Hier wurden außenpolitische Positionen nach der Revolution ähnlich wie in Kuba aber dazu verwendet, um die innenpolitischen Machtkämpfe zu entscheiden.

Betrachten wir nun die revolutionsbedingten Veränderungen im politischen System der drei Länder, so stellt man weitere Übereinstimmungen fest: In Kuba wurde ein personalisiertes, direkt-demokratisches Modell angewandt, das erst nach mehr als 15 Jahren staatssozialistisch mit regierender Einheitspartei wurde. Beide Varianten festigten aber die politische Macht der Revolutionäre, da das erste keine politischen Korrekturen zuließ und das zweite die herrschende Klasse zuverlässig reproduzierte, was die *Poder Popular* auch nach 1992 trotz Reform garantiert. In Libyen wurde nach der Revolution eine kollektive Revolutionsführung mit einer Einheitspartei als loyaler Bürokratie gebildet. Dieses System

wurde bald durch Qathafis Volksjamahiriya ohne Parteiapparat abgelöst und durch den nicht formell verankerten Revolutionsbereich ergänzt. Es erlaubt den Volksmassen ein gewisses Maß an Mitbestimmung, während die Führungsspitze dem vorrevolutionären *Royal Diwan* gar nicht so unähnlich ist. Auch hier wurde ein politisches System wohl nicht zuletzt deshalb entwickelt, um der Revolutionsführung einen ungestörten Machterhalt zu ermöglichen. Im Iran schließlich wurde die Kontinuität vorrevolutionärer Institutionen nach der Revolution gewahrt. Echte Änderungen waren vor allem der Sturz der Monarchie, die in der Funktion des Obstersten Rechtsgelehrten ebenso wie in der Person Khomeini aber fortlebte, und die Islamisierung der Gesellschaft, die sich in politischen Institutionen und deren Aufgaben niederschlug. Auch dieses politische System enthält Elemente, die den Machterhalt der herrschenden Klasse fördern, insbesondere da politische Ämter nur nach Billigung durch den Wächterrat besetzt werden können, der wiederum von den herrschenden Eliten besetzt wird. Allerdings ist dieses System einer westlichen Demokratie nicht nur formal sehr ähnlich, freilich mit der *Sharia* als Basis.

Was die Revolutionen erreichen wollten, war die Umwandlung von extrem abhängigen Kompradoren-Regimen, sehr einseitigen Ökonomien und stark deformierten Gesellschaften in autonome nationale politische Systeme, diversifizierte Ökonomien mit selbst tragendem Entwicklungspotenzial und von Freiheit und Gerechtigkeit geprägte soziale Systeme, die ihre autochthonen Wurzeln wieder erkennen und leben. Doch ging es natürlich auch um eine Neuverteilung der innenpolitischen Macht und eine Neuorientierung der Rentenflüsse zugunsten der Revolutionäre. Wenngleich man allen Revolutionen auch bescheinigen muss, dass sie in der Neuverteilung von Macht und Reichtum der Bevölkerung einen weitaus größeren Anteil zuerkannten, als alle Regime dieser Länder vor ihnen das getan haben, zahlte sie dies doch überall mit dem Erdulden politischer Repression. Im Vergleich zu den vorrevolutionären Regimen brachten zwar alle materielle Verbesserungen für die Mehrheit der Bevölkerung und Demokratisierungsschübe, darauf folgte allerdings teilweise exzessiver Terror sowie politische und wirtschaftliche Stagnation.

5.3. Außenpolitik zwischen Hegemonie und Kooperation

Die relative Demokratisierung durch die jeweilige Revolution ist auch insofern interessant, da die USA ihre Maßnahmen gegen die drei betrachteten Länder mit dem Argument begründeten, die „Demokratie“ in diesen Staaten zu fördern. Für die USA spielte aber wohl ein anderer Aspekt eine wichtigere Rolle: konservative Diktatoren sind schützenswerter als sozialistische Demokraten. Das könnte sich nach 1989 geändert haben, Bernhard May meint zu dieser „Umorientierung“ der US-Außenpolitik: „Es bleibt abzuwarten, ob die USA in konkreten Fällen das neue Ziel der Demokratisierung höher einschätzen werden als das alte Ziel der

„Hilfe für befreundete Staaten“. Erste Beispiele für eine ernsthafte Durchsetzung der neuen Zielsetzung gibt es schon.“ (May 1994:260) Die ungleiche Behandlung von Jugoslawien und Indonesien spricht freilich dagegen, Marius Martens meint daher: „In the absence of the checks-and-balances represented by the Soviet Union, these agencies [(UNO, IMF, Weltbank, WHO) ...] have become simple instruments of American foreign policy. Despite all claims that America is the *„defender of democracy“*, American foreign policy can hardly be described as being noble or even democracy-oriented.“ (Köchler 1995:107) Die USA legten zwischen 1993 und 1996 insgesamt 61 mal anderen Staaten Sanktionen auf. Einige dieser Maßnahmen haben extraterritorialen Charakter oder sind WTO-widrig. Andererseits handelt es sich hauptsächlich nicht um Sanktionen als um Konditionen für US-amerikanische Hilfe, nur fünf neue Sanktionsgesetze wurden in dieser Zeit verabschiedet (Strunz/Dorsch 2000:188f), von denen allerdings zwei explizit gegen Kuba bzw. Libyen und den Iran gerichtet sind, und zwei weitere (der *Nuclear Proliferation Prevention Act* von 1994 und der *Antiterrorism and Effective Death Penalty Act* von 1996) zumindest auch auf sie zielen.

Für oder gegen das Zentrum

Für die meisten Staaten der Peripherie war und ist das Zentrum das vorrangige Bezugssystem, durch ihre Vergangenheit als Kolonie bot sich dies oft als Weg des geringsten Widerstandes an. Diese Beziehungen führten entgegen der postulierten Absicht (Entwicklung) durch den Export der jeweiligen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Modelle zu einer Verfestigung der Abhängigkeiten. Von dieser Beziehung profitierten aber natürlich auch die Peripherien und vor allem bestimmte Gruppen dort. Enge wirtschaftliche Bindungen sorgten nicht nur für sichere Rohstoffströme in das Zentrum, sondern auch für Absatzgarantien für die Peripherien und damit Rentenflüsse. Da abhängiger Handel auch Anreize bietet, an deformierten Wirtschaftsstrukturen festzuhalten, unterblieb systemimmanent industrielle und landwirtschaftliche Diversifikation. Vergünstigungen flossen zudem aus dem Zentrum exklusiv an die Gruppen, die für strukturelle Kontinuität standen.

Dies ist der Kern der Erklärung sowohl warum (1) in allen drei Fällen bestimmte politische Strukturen vor den Revolutionen Unterstützung aus dem Zentrum erhielten, was sich nach der gegen diese Strukturen gerichteten Revolution umkehrte, als auch warum (2) sich andere Staaten des Zentrums diesen Ländern zuwandten und gerade solche, zu denen vorher kaum Beziehungen bestanden. In Kuba ist dieses Muster besonders deutlich zu beobachten, wo die Sowjetunion die Zentrumsfunktionen der USA nach einer gewissen Übergangsphase in abgewandelter Form übernahm. Folge dieser Beziehungen sind strukturelle Deformationen im peripheren Staat: eine Wirtschaftsstruktur, die primär den Bedürfnissen des Zentrums gehorcht; ein politisches System, dessen vorrangige

Aufgabe die Aufrechterhaltung dieser Struktur darstellt (daher muss sie Anreize für Systemerhalter beinhalten); und eine Gesellschaftsstruktur, die im Dienst der Aufrechterhaltung des politischen Systems steht oder sie zumindest nicht behindert. Es ist in allen drei Fällen zu sehen, wodurch sich solche Deformationen konkret äußern: in der einseitigen Förderung der Produktion bestimmter Rohstoffe ohne Impulse für die heimische Wirtschaft oder gar Industrie im Rahmen von Rentenökonomien; in korrupten, diktatorischen und relativ abgeschlossenen Staatsklassen, überdimensionierter Verwaltung und Militär; im repressiven innenpolitischen Klima; in der gezielten Fraktionierung der Gesellschaften durch Modernisierung (Iran) oder der Förderung städtischer, bürgerlicher Oberschichten (Kuba) oder der Verfestigung tribaler Strukturen (Libyen).

„Antizentrische“ Politik, obwohl angesichts struktureller Deformationen sehr schwierig, war daher in allen betrachteten Ländern Grundposition der Revolution. Als Antiimperialismus und Unabhängigkeit von allen Großmächten, spezifischer als Anti amerikanismus, war sie eines ihrer zentralen Anliegen. Alle drei wandten sich insbesondere gegen den US-Einfluss auf das eigene Land (und andere Länder) und suchten damit zielsicher die Konfrontation. Diese Politik diente in allen Fällen auch der revolutionären Mobilisierung und stabilisierte damit die postrevolutionären Regime trotz der damit verbundenen Kosten. Im Laufe der Zeit schwenkten sie aber auf eine pragmatischere Linie und modifizierten radikale Positionen.

Die bewusste Politik gegen das Zentrum äußert sich in allen drei Fällen auch im Rahmen des internationalen Systems. In den Vereinten Nationen zählen gerade Kuba, Libyen und Iran in den letzten Jahren zu den aktiveren Mitgliedern und versuchen, dort die Machtverhältnisse und Organisationsformen zugunsten der Peripherien zu verändern. Diese Initiativen scheiterten trotz mancher Teilerfolge nicht zuletzt daran, dass in diesen Institutionen die Staaten des Zentrums über (Definitions-)Macht verfügen und zudem zahlreiche Staaten vertreten sind, die bewusst prozentrische Politik betreiben.

Isolation und Disoziation

Zur Überwindung der Abhängigkeiten, die aus der peripheren Integration in das Weltsystem erwachsen, wurde Disoziation als Gegenstrategie empfohlen und in manchen Fällen auch angewandt. Dieser Strategie zufolge sollten Außenbeziehungen abgebrochen und das Land von Abhängigkeiten „abgekoppelt“ werden. Kernelemente der Disoziation sind Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, Aufbau einer eigenen Industrie, die eigene Rohstoffe verarbeitet und das Wirtschaften im Sinne der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung (*self-reliance*). Es gibt zwar kaum ein Land, dessen natürliche Ausstattung autozentrierte Entwicklung unmöglich macht, strukturelle Deformationen haben diese Ausstattung aber in den meisten Fällen überlagert. Dazu kommen auch Effizienzverluste,

die durch einen Verzicht auf internationalen Austausch unvermeidlich sind (man erhält dafür freilich ein höheres Maß an Gestaltungsfreiheit). Erfolge der Dissoziationsstrategie waren daher sehr beschränkt, damit verbundene Hoffnungen gründeten sich wohl nicht zuletzt darauf, in einem Netzwerk disoziierter Staaten später einen „gerechteren“ Warenaustausch organisieren zu können.

Alle drei betrachteten Länder haben die Dissoziationsstrategie trotzdem bis zu einem gewissen Grad betrieben: Kuba versuchte über etwa zehn Jahre, der Zuckerfalle zu entgehen, vor allem anfangs mit zum Teil sehr negativen Folgen; Libyen versuchte von Anfang an, seine Öleinnahmen auch in den Dienst einer auf Selbstversorgung abzielenden Wirtschaft zu stellen, hat sich aber durch Großprojekte verkalkuliert; der Iran betrieb eine ähnliche Politik, musste aber im und nach dem Golfkrieg wegen des erhöhten Finanzbedarfs seine Vorstellungen aufgeben und sich auf eine Diversifikation der Exportgüter beschränken; beide Ölstaaten betrieben aber wenigstens eine nachhaltigere Bewirtschaftung ihrer Ölreserven.

Zum wirtschaftlichen Vorgang der Dissoziation gesellt sich der politische Prozess der Isolation. Aktive Isolation bedeutet das Kappen der internationalen Verbindungen und politische Abkoppelung, was völlige Block- und Bündnisfreiheit einschließt. Passive Isolation beschreibt hingegen das „Abgetrenntwerden“, die politische Vergeltung des Zentrums, das ein Land aus der Geopolitik ausschließt und zum „Schurkenstaat“ erklärt. Eine konsequente aktive Isolationspolitik wurde nur von den radikalen Islamisten im Iran wirklich betrieben. Diese Fraktion hatte aber nur in einigen Phasen der postrevolutionären Entwicklung ein Übergewicht, sie musste sich zumeist auch mit islamischen Internationalisten arrangieren, die den Revolutionsexport betreiben wollten. So blieb die aktive Isolation auch im Iran, der sich wie Libyen aber gezielt westlichen Einflüssen verschloss, stets selektiv. Man verurteilte viele Regime als nicht islamisch und verweigerte ihnen jede Zusammenarbeit, mit anderen kooperierte man aber auch in den Zeiten größter Isolation.

Die aktive Isolation war zwar in allen drei betrachteten Ländern in der Gestalt des Antiimperialismus Programm, doch blieb sie darauf beschränkt und bedeutete daher nie die völlige politische Abkoppelung vom internationalen System. Passive Isolation wurde allen drei Staaten hingegen aufgezwungen. Für Kuba bedeutete sie durch die „Quarantäne“ einen totalen Bruch mit den unmittelbaren Nachbarn, dessen Folgen durch den Kollaps der Beziehungen zu den vormals sozialistischen Staaten in den 1990er-Jahren dramatische Ausmaße annahmen. Für Libyen äußerte sie sich in den 1980er-Jahren in der Form des US-Embargos, das sich 1992 durch das UN-Embargo bis zum Kappen sämtlicher Flug- und Kommunikationsverbindungen steigerte. Diese Isolation Libyens war zwar ebenfalls nie total, aber sehr weitreichend. Auch der Iran sah sich im Laufe der postrevolutionären Geschichte mehrmals einer Politik der passiven Isolation ausgesetzt. Neben den Staaten des Zentrums (verstärkt nach der Ruschdie-Affäre) schlossen sich auch Staaten aus der Region dieser Politik an. Jedoch beruht

Isolationspolitik oft auf Gegenseitigkeit, aktive und passive Isolation bedingen sich teilweise gegenseitig und passive Isolation kann aus innenpolitischen Gründen auch bewusst provoziert werden.

Isolation und Dissoziation schließlich treten oft gemeinsam auf, nicht zuletzt, weil sich die politische und die ökonomische Sphäre wohl nur akademisch klar trennen lassen. Nach der jeweiligen Revolution wurde von den neuen Regierungen in allen drei Staaten ein *gewisses* Maß an Dissoziation und ein *gewisses* Maß an aktiver Isolation betrieben, wobei beides aufgrund teils beträchtlicher Schwierigkeiten abgeschwächt wurde – in Kuba durch die Öffnung zur sozialistischen Welt, im Iran durch die Rafsanjani-Reformen nach 1989, in Libyen durch die ökonomische Zusammenarbeit mit Europa. Durchgängiges Muster ist auch die Reaktion der Staaten des Zentrums (nicht nur der USA), die allen drei Staaten ihrerseits mit Isolationspolitik begegneten. Die entsprechenden Bemühungen passiver Isolation erstreckten sich auf das regionale Umfeld und sie beinhalteten eine Gleichschaltung der jeweiligen Verbündeten (oder zumindest den Versuch). Alle drei Staaten stehen in der Liste der in den USA „Besorgnis“ erregenden Staaten weit oben und sind daher Opfer gezielter Destabilisierungskampagnen und von feindseligen, oft extraterritorialen Gesetzen.

Die Peripherie als Bezugssystem

Isolation ist also ein zweiseitiges Schwert und funktioniert in beide Richtungen, und Politik gegen das Zentrum zu betreiben, bedeutet zugleich, die Konfrontation mit dem Zentrum in Kauf zu nehmen. Ein anderer Ansatz ist Süd-Süd-Kooperation. Die Peripherie als vorrangiges Bezugssystem, tritt aber – wie die betrachteten Fälle zeigen – oft gemeinsam mit den andern Optionen auf. Zugleich bedeutet diese Politik ebenfalls beschränkte Konfrontation mit dem Zentrum, da sie mit den Interessen der zentralen Staaten leicht in Konflikt gerät. Ein Kernpunkt dieser Strategie ist Machtzuwachs für die Peripherien in ihrer Gesamtheit, also ein Gegenentwurf zur Strategie des Zentrums, die Peripherien politisch zu zersplittern und in ihrer Heterogenität zu erhalten. Sie zielt auf Bündnisse innerhalb des Südens und politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, um Macht zu bündeln und in Relation zum Zentrum stärker zu werden, um schließlich eine für die Peripherien günstige Modifikation im internationalen System zu erreichen. Im Hinblick auf regionale Wirtschaftsbündnisse ist dieser Prozess am ehesten fortgeschritten, wobei die leistungsfähigsten derartigen Bündnisse aber trotzdem im Zentrum selbst bestehen. Dazu kommen politische Gremien wie die Arabische Liga, die aber stark unter ideologischen Differenzen leiden und litten. Das Potenzial eines Bündnisses scheint daher größer zu sein, wenn sich Staaten auf ähnlicher ideologischer Basis und mit ähnlicher Interessenlage ungeachtet ihrer regionalen Zugehörigkeit zusammenschließen oder wenigstens ihre Stoßrichtungen koordinieren. Solche Bemühungen waren in der Vergangenheit zu

beobachten und im spektakulären Fall des OPEC-Kartells auch für eine gewisse Zeit sehr erfolgreich. Die letzten Jahre bringen auch verstärkte Bemühungen um globale Organisationen der Dritten Welt, da die Ausgrenzung dieser Staaten teilweise allzu offensichtlich geworden ist (wie etwa auf der WTO-Ministerkonferenz von Seattle 1999).

Die drei betrachteten Länder zeigen, dass interperiphere Kooperation ein typisches Muster für politische Außenseiter ist. Alle haben sich bemüht, im Rahmen ihrer antiimperialistischen Strategie mit anderen Staaten der Peripherie (auch miteinander) politisch und ökonomisch zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit äußerte sich teils auch im Versuch der Penetration und stand meist im Dienst der Erweiterung der eigenen Macht. Dazu kommt ein weiterer gemeinsamer Aspekt der Revolutionen: sie alle betrieben Süd-Süd-Kooperation nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch im Rahmen einer finanziellen und organisatorischen Unterstützung verschiedener Widerstandsbewegungen in aller Welt. Neben ideologisch ähnlichen Bewegungen wurden dabei insbesondere solche unterstützt, die Antiimperialismus und (nationale) Autonomie auf ihre Fahnen geheftet hatten, nicht selten auch gezielt radikale Bewegungen.

Kuba war in der globalen internationalen Politik am aktivsten. Auf die Phase des intensiven Revolutionsexports im regionalen Umfeld folgte eine rege Dritte-Welt-Politik, auch im Rahmen der Bewegung der Blockfreien. Kuba schloß Freundschafts- und Handelsverträge mit vielen Staaten der Peripherie, betätigte sich als einigermaßen potenter Fürsprecher in den Gremien des internationalen Systems und stellte zahlreiche Berater. Diese Initiativen fanden allerdings meist vor sozialistischem Hintergrund statt und haben nach 1989 daher merklich an Kraft verloren. Kubas aktuelle Außenpolitik zielt dennoch weiterhin auf Kooperation mit anderen Staaten der Peripherie, neben der Suche nach neuen Partnern im Zentrum, vor allem in Europa. Die Einheit der Dritten Welt wird zumindest rhetorisch oft gefordert und betrieben, wie auf dem „Südgipfel“ von La Habana im April 2000.

Auch Libyen hat der Süd-Süd-Kooperation immer besonderen Stellenwert in seiner Außenpolitik eingeräumt. Selbst wenn die wirtschaftlichen Beziehungen des Landes primär auf das Zentrum bezogen blieben (in Ermangelung von zahlungskräftiger Kundschaft im Süden), wurde im regionalen Umfeld einer panarabischen Ideologie folgend Kooperationspolitik betrieben (was manchmal auch Konfrontation bedeutete). Ein zweiter Aspekt der libyschen Außenpolitik von besonderer Bedeutung ist die afrikanische Option. Sie war zwar früher auch von Konfrontation mitbestimmt, doch erlebte sie ein kooperatives Wiederaufleben, das in das vom Mangel an Interesse des Zentrums an diesem Kontinent verursachte Vakuum eindringt. Libysche Entwicklungshilfe und kubanische Experten substituieren hier zum Teil europäische Initiativen. In dieser Hinsicht durchaus ähnlich ist die Situation im Iran. Allerdings war die bewusste Süd-Süd-Politik im Iran stets stärker an der panislamischen Ideologie der Führung ausgerichtet, der Internationalismus hingegen nicht so stark wie in Libyen. So

wurde neben einem begrenzten Revolutionsexport nur mit wenigen „islamischen“ Regimen (Syrien) kooperiert. Nach dem Kuwait-Konflikt hat sich diese Politik pragmatisch gewandelt und die regionale Wirtschaftszusammenarbeit verstärkte sich, vor allem im Hinblick auf die ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien. Doch ist generell in den 1990er-Jahren eine zunehmende und auch gezieltere Süd-Süd-Politik der iranischen Revolutionsregierung erkennbar.

5.4. Revolutionäre Erfolge und revolutionäre Gewalt

Wie also verhalten sich nun Außenseiter im Weltsystem, welche Arten des Widerstandes sind ihnen gemeinsam? Die folgenden Punkte sollen die Gemeinsamkeiten der drei Fallbeispiele aufzeigen.

- Als Ziele waren den Revolutionen das Aufbrechen von Abhängigkeiten, mehr politische und ökonomische Autonomie, nachhaltige Diversifikation der Wirtschaft sowie Freiheit, Gerechtigkeit und kulturelle Emanzipation gemeinsam.
- Eine Reform der Institutionen des internationalen Systems (mehr Mitbestimmung für periphere Staaten) wurde von allen drei Staaten aktiv betrieben; auch regionale und globale „periphere“ Organisationen wurden in diesem Sinne beeinflusst.
- An die Stelle einer Politik *für* das Zentrum vor den Revolutionen trat offene Konfrontation mit dem Zentrum, die allerdings im Falle Kubas durch die Zuwendung an die Sowjetunion abgeschwächt wurde.
- Auf anfängliche Versuche teils radikaler aktiver Isolation und teils totaler Dissoziation folgte bald eine pragmatische Abschwächung hin zu zwar weiterhin antizentrischer, aber nur noch selektiver Isolation.
- Dazu trat eine Politik der Kooperation mit anderen peripheren Staaten: in Libyen und dem Iran in der Form einer panarabischen bzw. panislamischen Politik, in Kuba – nach 15 Jahren der Konsolidierung – durch die sozialistische Internationale.
- Diese Kooperation betraf auch revolutionäre Bewegungen in anderen Staaten; in einer zweiten Welle wurde nach einer Entradikalisierung wirtschaftliche Kooperation wichtiger.
- Antizentrische, isolationistische und dissoziative Politik wurden vom Zentrum mit passiver Isolation beantwortet, die allerdings kaum je total war.
- Durch die sozialen Errungenschaften, die für die Bevölkerung eine teils fundamentale Verbesserung bedeuteten, und durch eine Politik der nationalen Einheit erhielt das politische System Legitimität und Stabilität, die auch Stagnationsphasen überdauerten.
- Die Revolutionen hatten eine starke ideologische Programmatik und waren zudem stark personalisiert; die Revolutionsführer in Kuba und Libyen halten nach 42 und 32 Jahren noch immer die Macht in eigenen Händen und auch

Khomeinis Erbe lebt 12 Jahre nach seinem Tode trotz der Reformen im Iran fort.

- Die politischen Systeme wurden – im Vergleich zur vorrevolutionären Situation – demokratisiert, wenngleich nicht unbedingt im Sinne repräsentativer Demokratie oder von Mehrparteiensystemen, autoritäre Elemente blieben als Ausdruck einer gestärkten Staatsmacht nach innen aufrecht; dies äußert sich etwa in Überwachungssystemen und teils brutaler revolutionärer Justiz; weitere Demokratisierung vollzieht sich bedeutend langsamer.
- Die eingerichteten Herrschaftsmuster gehorchten auch dem Grundsatz der Reproduktion der Macht der revolutionären Führer; zur Stabilität gesellte sich damit Erstarrung.
- Allen drei Staaten ist es nicht gelungen, ihren wirtschaftlichen Charakter als Rentierstaaten zu verändern; die Profite wurden nach der Revolution zwar gerechter verteilt, doch konnte die Abhängigkeit von den Rentenflüssen nicht gebrochen werden; die damit verbundenen Probleme zeigten sich deutlich im Fall der kubanischen Wirtschaftskrise der 1990er-Jahre.
- Die Revolutionen waren auch bestrebt, Abhängigkeiten durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen von innen her aufzubrechen, blieben damit aber erfolglos.

Wenden wir uns hier zuletzt noch einem Schlüsselproblem zu: Waren die drei Staaten den eigenen Ansprüchen gemäß erfolgreich? Um dies zu klären, möchte ich sie im Weltsystem der Gegenwart positionieren und die tatsächlich erreichten Veränderungen mit den Ansprüchen konfrontieren, mit denen die Revolutionen angetreten waren.

Kuba

Kuba ist und war ein Staat der Peripherie. Das galt vor 1898, vor 1959, vor 1989 und es gilt noch heute. Seine Rolle im Weltsystem war dennoch über einige Zeit beinahe einzigartig: „Kuba ist eines der wenigen Länder mit einer dualen Identität: strukturell ein Land der Dritten Welt, gehört es andererseits auch in die Gruppe der Länder der ‚Zweiten Welt‘. Dieses außergewöhnliche Phänomen und seine geostrategische Lage stellten Kuba lange Zeit in den Schnittpunkt des Nord-Süd- und des Ost-West-Konflikts.“ (Grabendorff 1993:140) Aus dem Ost-West-Konflikt wurde zwar in den 1990er-Jahren für Kuba ein bilaterales Duell mit den USA, die duale Identität der Insel besteht aber weiterhin, da das sozialistische System in Kuba unverändert aufrecht ist – wenngleich durchzogen mit Einfallstüren für den Kapitalismus.

Der Umbruch von 1989 bedeutete aber eindeutig eine Verfestigung des peripheren Status. Stets bestand wirtschaftliche Abhängigkeit, da im Rahmen der sozialistischen Weltwirtschaft der Aufbau unabhängiger Strukturen unterblieb. Die strukturelle Deformation trat nach 1989 wieder deutlich sichtbar hervor.

Kuba erholt sich zwar langsam vom schweren Unwetter, das der Zusammenbruch des Ostblocks für die Insel darstellte, die zaghafte Integration in die Weltwirtschaft erfolgt aber unter peripheren Bedingungen. Kuba ist in den Schlüsselsektoren Treibstoff, Investitionsgüter und sogar Lebensmittel unverändert von Importen abhängig, bei Exporten folgt Kuba der Nachfrage des Zentrums nach Tourismus, Zucker und Nickel. Die Kontrolle über die eigene Wirtschaft ist Kuba teilweise abhanden gekommen, Kapital aus dem Ausland und dessen wirtschaftliche Interessen bestimmen mit. Die Peripherie Kuba ist zwar politisch noch nonkonform (nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen), solange dieser Spielraum der Elite nicht eingeschränkt wird, ist aber ökonomisch beinahe alles möglich. Die Rolle als Peripherie wird damit akzeptiert, lediglich die Staatsmacht ist sowohl nach innen wie nach außen für eine Peripherie relativ stark. Es besteht die Tendenz, dass Kuba seine bisherige antisystemische oder sogar antizentrische Politik aufgibt, gerade *um* die sozialen Errungenschaften der Revolution zu retten und das selbst unter Inkaufnahme einer wieder steigenden sozialen Disparität, die mit der Legalisierung des US\$ auf Kuba offensichtlich geworden ist (Bähr/Widderich 2000).

Die Ziele der Revolution auf sozialem Gebiet wurden trotz Rückschlägen in den letzten Jahren weitestgehend erreicht. Auf ökonomischer und politischer Ebene wurden die Absichten der Revolutionäre allerdings schon bald an die Wirklichkeit angepasst. Als sich zeigte, dass sich an der Art der Eingliederung Kubas in das Weltsystem trotz eines durch gesellschaftliche Veränderungen ausgelösten Wandels nicht viel ändern würde, wurde die auf Diversifikation und Dissoziation sowie Blockfreiheit basierende Politik umgestellt. Es sollte den Zielen der Revolution nun genügen, fairen Handel und ein gewisses Maß an politischem Gestaltungsspielraum zu bewahren. Dadurch wurde zwar das völlige Scheitern der ambitionierten Vorstellungen der Revolutionäre verhindert – die reduzierten Ziele konnten ihnen aber nicht gerecht werden. Außerdem kam Kuba auf wirtschaftlichem Gebiet aus der Abhängigkeit und der strukturellen Deformation nie heraus, trotz *und* wegen einer langen Phase der Integration in die sozialistische Weltwirtschaft. In der Politik verhinderte der Widerstand der USA – ausgelöst durch die jahrhundertealte Angst, ein unkontrolliertes Kuba könnte zum Brückenkopf einer europäischen Macht gegen die USA werden (diese Angst erwies sich nach der kubanischen Revolution schließlich als *self-fulfilling*) eine weitere Emanzipation und schob den regionalen wie globalen kubanischen Initiativen meist erfolgreich einen Riegel vor. So versperrt Kuba nun seit über 40 Jahren tatsächlich den direkten Weg nach Süden, was mancher US-Strategie trotz moderner Technik immer noch als spürbar bedrohlich empfindet.

Eine Befreiung der Bevölkerung wurde durch die Revolution eingeleitet, doch kam sie buchstäblich zum Stillstand. Von echter Mitbestimmung der Menschen über die nationale Politik kann trotz institutioneller Reformen in Kuba bis heute nicht gesprochen werden, im wesentlichen dominiert die alte Revolutions-

führung die politischen Institutionen. Fidel Castro ist immer noch ein charismatischer Führer und eine Integrationsfigur, Raúl soll die Familie auch in Zukunft an der Macht halten. Freilich ist die Gefolgschaft nicht mehr bedingungslos und die Bereitschaft, zwischen Sozialismus und Tod zu wählen, ist nicht sehr verbreitet. Das zentrale Problem in Kuba ist, dass politische Reformen durch jene Gruppen und Personen in Angriff genommen werden müssten, deren Macht diese Reformen einschränken. So werden sie nur betrieben, solange es der Stabilität des herrschenden Systems *nutzt*. Der soziale Konsens ist bereits gefährdet, der nationale Konsens scheint in Kuba noch breit zu sein. Um die Reihen wieder zu schließen, bedarf es aber jedenfalls weiterer Reformen, der nächste Kongreß der PCC bietet dazu vielleicht die letzte Gelegenheit.

Libyen

In Libyen zeigt sich eine interessante Ambivalenz: die libysche Ökonomie ist völlig auf Öl aufgebaut und damit in die Austauschmechanismen des Weltsystems eingebettet; zugleich wurden die Erlöse auf die Stärkung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit des Landes verwendet und außerdem an die Bevölkerung verteilt. Dies führte im Falle Libyens offenbar eher zu einer Emanzipation vom Weltsystem, nicht eindeutig ist jedoch, ob in der Form des Austritts oder des Aufstiegs. Als Indiz für den Austritt aus dem Weltsystem kann man werten, dass Libyens Ausschluss aus dem internationalen System in den 1990er-Jahren dem Land zwar geschadet, es diese Phase aber überstanden hat. Als Indiz für Libyens Aufstieg kann man die Existenz und die Art der Handelsbeziehungen werten, die das Land nicht nur bereits in den 1980er-Jahren (Maghreb-Union), sondern vor allem in den 1990er-Jahren (Sahara-Wirtschaftszone) mit seinen Nachbarländern unterhielt und unterhält. Libyen profiliert sich als Subzentrum in der Region und es versucht, sich als Vermittler zwischen die nordafrikanischen Peripherien und das Zentrum zu schalten.

Die Dritte Universelle Theorie Qathafis nennt sich zwar auch sozialistisch, war aber dennoch als Systemalternative zu Kapitalismus und Kommunismus angelegt und wollte auch, wie Qathafis progressive Islaminterpretation verdeutlicht, für die traditionellen islamischen und arabischen Gesellschaftskonzepte eine Alternative anbieten. Das Konzept ist zudem sowohl geistig als auch räumlich global, ja universell ausgerichtet, was es zur echten Systemalternative macht. „Der libysche Revolutionsführer und seine Anhänger gehen davon aus, dass das libysche Volk mit der Proklamation der Volksmacht (2.3.1977) als Avantgarde und Richtschnur für alle Völker der Welt (nicht nur für die arabischen und islamischen) und damit für die gesamte Menschheit eine weitere Etappe auf dem Wege der ‚Vollendung der Demokratie‘ beschritten hat.“ (Badry 1987b:146) Qathafi sähe Libyen sicher gerne als Zentrum eines alternativen Weltsystems. Der Aufstieg in die Semiperipherie des bestehenden Weltsystems kann ein erster

Schritt in diese Richtung sein, sehr wohl aber auch das sprichwörtliche Ende der Fahnenstange.

Libysche Außenpolitik war immer flexibel und pragmatisch und führte daher letztlich dazu, das dieses Land in Anbetracht seiner Größe eine bemerkenswerte Rolle in der Weltpolitik spielen konnte (wenngleich nicht unbedingt eine positive). Neben aktive und passive Isolation trat auch breit gefächerte Kooperation, allerdings mit interessanten Konstanten: Ablehnung politischer Dominanz (außer der eigenen), Betonung der Selbstbestimmung der Volksmassen, Unterstützung aller anti-amerikanischen und anti-israelischen Bewegungen, Distanz zu allen Ideologien (außer der eigenen) und Engagement in „peripheren“ Organisationen (je nach politischer Konjunktur Bewegung der Blockfreien, Arabischen Liga oder OAU). Ob durch die Revolution nur die weltpolitische Bedeutung Libyens verbessert werden konnte, oder auch ihre sozialen, innenpolitischen und ökonomischen Ziele erreicht, ist weniger deutlich. Zwar scheinen die konkreten sozialen Ziele der Revolution eingelöst (Gleichheit, Gerechtigkeit, Verteilung der materiellen Güter), aber die Ideale, die Qathafis Konzept zur Systemalternative machen, konnten nicht verwirklicht werden. Das libysche System steht abgesehen von seiner Finanzierung nicht auf libyschen Füßen und schon gar nicht auf der Basis der Volksmassen: politische Mobilisierung hat nicht in ausreichendem Maß stattgefunden, Libyen ist von ausländischen Arbeitskräften abhängig (Experten wie Hilfskräfte), Entwicklung (wirtschaftlich wie technologisch) erfolgt fast nur durch Einkauf, Anreize auf politischer, ökonomischer und auf Bildungsebene fehlen und im Land herrscht ein zugleich phlegmatisches wie repressives Klima. Da neben dem Öl nur wenig wirtschaftliches Potenzial besteht, basiert sein Status als Semiperipherie langfristig fast ausschließlich auf seiner politischen Kraft. Die aber ist ganz entscheidend vom Ölreichtum abhängig, was den fatalen Kreis schließt.

Die Vorbildwirkung des Modells ist aber auch aus anderen Gründen problematisch. International wird Libyen angefeindet, im regionalen Umfeld verhindern die ökonomischen, historischen und politischen Unterschiede der islamischen Staaten eine stärkere Koordination oder anerkannte gemeinsame Führung. Das starke Nationalbewusstsein in der arabischen Welt untermauert dies, wo „National“-Staaten heute kaum (mehr) in Frage gestellt werden. Auch ist Qathafi nicht konkurrenzlos in der Verbreitung seines Modells: einige andere islamische Staaten (Iran, Saudi-Arabien, Syrien) betreiben ebenfalls offensiv die Verbreitung ihrer Gesellschaftsvorstellungen. In Afrika spürt er hier weniger Widerstand, vielleicht mit ein Grund, warum Libyens Revolutionsführer sich dort verstärkt engagiert.

Iran

Die Situation des Iran ist in vieler Hinsicht der Libyens vergleichbar. Aktive und passive Isolation, die Abhängigkeit vom Erdöl, selektive regionale Kooperation,

Revolutionsexport und Islamisierungskampagnen stellen die deutlichsten Parallelen dar, und deshalb stellt sich dieselbe Frage erneut: ist der Iran auf dem Weg des Ausstiegs aus dem Weltsystem oder wandelte er sich zu einer Semiperipherie? Für die Isolationsphase in den 1980er-Jahren lassen sich infolge des Krieges nur bedingt Schlüsse ziehen. Insgesamt scheint aber auch der Iran diese Phase der Isolation überstanden zu haben. Dort wird deutlicher als in Libyen, dass ein völliger Ausstieg aus dem Weltsystem von der revolutionären Führung nicht beabsichtigt war, im postrevolutionären Machtkampf wurden systemtragende gesellschaftliche Gruppen kaum angefeindet und daher blieben viele politische und ökonomische Reformen auf der Strecke. Das politische System wurde zwar durch die Aufwertung der demokratischen Institutionen radikal verändert, vieles blieb aber teils dem Namen nach, teils der Funktion nach gleich. Auch der Golfkrieg 1980–88 hat die Abkoppelung behindert, als in der radikalsten Phase der Revolution das Zentrum mit Hilfe der Peripherie Irak die revolutionären Ziele „zurechtstutzte“.

Heute geht der Iran außenpolitisch und ökonomisch konsequent den Weg einer regionalen Mittelmacht. Im Rahmen der ECO wird sogar mit dem Hauptkonkurrenten in der Region (Türkei) kooperiert, zudem fungiert der Iran für die Staaten Zentralasiens und einige arabische Staaten der Region als Subzentrum, wofür die Investitionen in die Infrastruktur (Öl- und Gasleitungen, Häfen, Wirtschaftszonen) in jüngster Zeit deutliches Zeichen sind, weil sie den regionalen Status des Iran als ökonomische Bezugsgröße für seine Nachbarn fördern. Das Engagement des Iran in Afrika und in Ostasien muss unter diesem Gesichtspunkt weiter beobachtet werden. Insgesamt strebt die reformorientierte Führung aktiv bessere Beziehungen zum Ausland an, von den USA bis Südkorea und von Südafrika bis Russland. Angesichts dessen verkommen manche Drohgebärden gegen das Zentrum und seine Vertreter zu bloßer Rhetorik oder haben primär innenpolitische Adressaten (was auch für Libyen gilt). Trotz der Brutalität, mit der diese Machtkämpfe teils auch heute noch und teils auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wurden, besticht die iranische Revolution insgesamt durch geringe Radikalität in der Systemtransformation. Torsten Wöhlert geht sogar soweit, die Islamische Revolution lediglich für „eine politische Zäsur im Transformationsprozess Irans“ (Wöhlert 1993:126) zu halten, was aber den gesellschaftlichen Umbruch doch zu sehr verkleinert.

Der revolutionäre Anspruch konnte trotzdem, und nicht nur wegen des Golfkriegs, nicht eingelöst werden. Die Revolution war angetreten, die Bevölkerung von einheimischen und ausländischen Machthabern zu befreien, sie ökonomisch zu emanzipieren (insbesondere die ärmsten Schichten), sie zu islamisieren und eine neue, islamische Regierungsform zu schaffen, die trotz oberster religiöser Autorität den Menschen viel Mitbestimmung einräumt. Dieses letzte Ziel wurde unter Berücksichtigung der Eigeninteressen der Machthaber nach Machterhalt weitestgehend erreicht. Das Regierungssystem des Iran ist nicht nur

weltweit einzigartig, sondern auch verhältnismäßig progressiv und eine höchst interessante Antwort auf die konkreten Erfordernisse eines schiitisch-islamischen, zuvor monarchistisch regierten Landes. Der Iran zeigt auch viele Merkmale eines im westlichen Sinne modernen Verfassungsstaates: die Macht wird von den konstitutionellen Institutionen ausgeübt, die Möglichkeiten zu inhaltlicher Modifikation und personeller Umbesetzung von Funktionen sind geregelt (mit Interpretationsspielräumen) und diese Regeln werden eingehalten. Dies ist in Staaten der (Semi-)Peripherie alles andere als üblich, wo die meisten Verfassungen nur den Charakter von Absichtserklärungen oder Propagandapapieren haben. Trotzdem bleibt der Iran „ein totalitärer Staat, dessen Totalitarismus sich aus der Religion speist. Totalitär freilich, oder zumindest diktatorisch regiert, sind die meisten Länder der nahöstlichen Region.“ (Lerch 1991:67) Der Iran ist nach westlichem Verständnis sicher nicht absolut demokratisch und die Emanzipation von jeder inländischen Elite war von der Revolution wohl nie ernsthaft beabsichtigt, es ging eher um den Austausch von Köpfen. Es gelang der Revolution aber, das Land vom Einfluss ausländischer Machthaber zu emanzipieren. Zwar ist der Iran militärisch-technologisch noch auf ausländische Zulieferung angewiesen, eine vitale politische oder militärische Abhängigkeit besteht auf längere Sicht hin aber nicht mehr, es geht vielmehr bereits um Kooperation.

Die Islamisierung der Gesellschaft konnte durch teils rohe Gewalt ebenfalls durchgesetzt werden, allerdings kehren die früher verdammt westlichen Einflüsse (vor allem westliches Fernsehen und andere „dekadente“ Auswüchse) in letzter Zeit wieder in den Iran zurück. Die sozialen Ziele der Revolution sind hingegen nur in Ansätzen verwirklicht worden. Zwar wurde die soziale Stellung der „Entrechteten“ gehoben und die arme Landbevölkerung vielfach von Großgrundbesitzern befreit, Reformen, die an die Grundfesten dieser sozialen Missstände gerührt hätten, scheiterten aber am Widerstand anderer revolutionärer Klientel. Auch ist das Öl unverändert der zentrale Wirtschaftsfaktor im Iran (allerdings bei weitem nicht der einzige), es wird zur Sicherung von Rentenfällen ebenso verwendet wie zur produktiven Investition in eine diversifizierte Industrie.

Im Iran fließt relativ viel Geld in die ökonomische Emanzipation, während die sozialen Leistungen der Revolution in einem im Vergleich zur Schahzeit stärkeren Ausgleich zwischen Spitzenverdienern (oft die Mullahs selbst) und verarmten Schichten bestehen. Doch beide sozialen Schichten haben nie aufgehört zu existieren und die Entrechteten blieben „Werkzeuge und Kostgänger des neuen Regimes“ (Wöhlert 1993:41). Dennoch weist die Islamische Republik politische Stabilität auf und ein Klima, in dem Opposition sich auch weltweit hörbar artikulieren kann. Das Pendel schwingt zwar oft zurück, wie das ständige Hin und Her in der Frage zeigt, wie viel Pressefreiheit der Iran verträgt, doch ist es schon ein bemerkenswerter Umstand, dass aus dem Iran im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern der Region viele Nachrichten bis an die Weltöffentlich-

keit dringen. Die Bevölkerung hat bei den Wahlen im Februar 2000 und im Juni 2001 eindeutig ihren Wunsch nach Fortsetzung der Reformen bekundet – und das vielleicht auch deshalb, damit die mehr als eine Million Iraner, die auf den Schlachtfeldern des Golfkrieges und unter dem Schafott gestorben sind, für eine bessere Zukunft ihr Leben gelassen haben. Denn trotz vieler positiver Aspekte bleibt ein beispielloser Blutzoll zu vermerken, der diese Revolution direkt und indirekt begleitet. Letztlich reagiert der konservative Klerus auch heute noch heftigst auf Kritik und die Kritiker riskieren Gefängnis und teils sogar ihr Leben. Doch wird im Iran auch darüber öffentlich diskutiert, was man beispielsweise im Fall von Saudi-Arabien nicht behaupten kann.

Die politische Kraft, die der Islam seit 1979 im Iran entfaltete, war im säkularisierten Westen für eine Religion nicht mehr vorstellbar. Gerade der Islam wird in Europa als antiquiert, mittelalterlich und entwicklungshemmend, außerdem als gefährlich wahrgenommen, und er wird sich, so meint man, eines Tages unter Säkularisierungsdruck auf den privaten Bereich zurückziehen müssen, ebenso wie das Christentum in Europa. Diese Haltung wird verständlich, ja sie ist sogar konsequent, wenn man in Kategorien der Unterentwicklung denkt: Dann hinken die jetzt unterentwickelten islamischen Staaten dem Westen eben um einige Jahrhunderte hinterher, aber auch sie werden *zwingend* irgendwann (durch westliche Hilfe wahrscheinlich schneller) aufholen und „ihre“ Aufklärung erleben, so sagen manche. Wenn man dieses Denken aber seiner säkularisierten, materialistischen und westlichen *Vor-*Stellungen entkleidet, dann drängt sich die Frage auf, warum eigentlich der Islam die europäische Moderne nachvollziehen sollte. Wenn man akzeptiert, dass es weder den *einen* Weg zur Moderne gibt, noch diese *eine* Moderne, dann könnte im Iran vielmehr ein zukunftsweisender Aufbruch im Gange sein. Gesellschaftliche Umbrüche sind freilich zu langsam, um sie nach kaum einem Vierteljahrhundert schon beurteilen zu können.

Die Repressionsbilanz der Revolutionen

Neben diesen Erfolgen steht jedoch eine große Repressionskapazität der drei revolutionären Regime. Denn weder Erfolge noch äußere Anfeindungen rechtfertigen revolutionäre Gewalt, wobei es nicht genügt, sich mit einem sinnlosen Vergleich von Opferzahlen zufrieden zu geben. In allen drei Ländern hat das Unrecht System, weil das Recht politisch ist und gegen politisch Andersdenkende als Waffe eingesetzt wird.

Außerdem ist die Bereitschaft aller drei Staaten, mit internationalen Organisationen in Fragen der Menschenrechte zusammenzuarbeiten, auffällig unterentwickelt. Unabhängige Beobachter werden weder in Kuba noch in Libyen noch im Iran gerne gesehen, Aktivisten sind von politischer Verfolgung bedroht. So muss *Amnesty International* in allen drei Fällen alljährliche eine negative Bilanz ziehen: alle drei Länder wenden die Todesstrafe an, teils exzessiv, in allen drei

Ländern gibt es politische Gefangene, unfaire Prozesse, physische und psychische Gewalt gegen Oppositionelle und Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Im letzten Jahr erlebte Kuba eine neue Verhaftungswelle, in Libyen ereigneten sich rassistische Unruhen mit zahlreichen Toten und im Iran kam es zu zahlreichen Attacken gegen die Meinungs- und insbesondere Pressefreiheit (AI 2000, AI 2001). Der Iran zählt überdies zu den beiden einzigen Ländern, in denen 1999 Minderjährige zum Tode verurteilt wurden (Standard, 26.7.2000, AI 2000; das andere Land ist die USA). Für all diese Verletzungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte haben zwar die Länder „gute“ Gründe, die meist mit der Staatssicherheit zu tun haben (ein altbekanntes Argument). Es herrscht aber auch viel Willkür und ungeachtet des möglicherweise anders lautenden Volkswillens steht Systemstabilisierung im Mittelpunkt.

Fügt man diesem aktuellen Bild noch die letzten Jahrzehnte hinzu, verfinstert es sich weiter. In allen drei Fällen war der revolutionäre Umbruch von Gewalt begleitet und mündete vor allem in Gewalt – das mag ja vielleicht grundsätzlich unvermeidlich sein, ist in der Intensität aber zweifellos auch steuerbar. In allen drei Ländern folgte nach eher unblutigen Umstürzen auf die mehr oder minder blutige „Abrechnung“ mit dem alten Regime eine Kette von Säuberungen, die sich bald auf jede Form von politischer und gesellschaftlicher Opposition ausweitete. Zwar sind die Umerziehungslager in Kuba inzwischen geschlossen, die gewaltsame Verfolgung der libyschen Opposition ins Ausland hat aufgehört und der Iran verzichtet heute auf Massenhinrichtungen, doch gehören diese dunklen Kapitel zur Geschichte der Revolutionen und haben deren Charakter mitgeprägt. Die Zahl der Toten geht in die Tausende und die Zahl der Verletzten oder anderswie zu Schaden Gekommenen ist noch um einiges höher. Das wesentlichste Problem ist aber die Politisierung der Justiz: Hatte früher der revolutionäre Verdienst erheblichen Einfluss auf die Strafzumessung oder führte sogar zum Freispruch, so werden heute Gerichte als Machtmittel eingesetzt, um auf der Basis teilweise fingierter Anklagen (Prostitution, Drogen und ähnliches) oder diffus definierter Tatbestände („Gefährlichkeit“, „Beleidigung“ des Glaubens, „Gefährdung“ des Staates) politisch Andersdenkende mundtot zu machen.

An dieser Stelle wird die Diskussion normativ. Entweder man ist der Meinung, dass der Einzelne der Gesellschaft untergeordnet ist, oder nicht. Im einen Fall wäre zum Wohle der Gesellschaft auch der Preis vieler Menschenleben nicht zu hoch und die Frage der Bewertung konzentriert sich auf eine Kosten-Nutzen-Analyse, ob die „Gewinne“ aus der Revolution deren „Kosten“ aufgewogen haben. Im anderen Fall hingegen ist die Entscheidung einfach, weil jedes Opfer das moralische Scheitern der Revolution zur Folge hat.

Nur der Mittelweg zwischen der allzu realistischen ersten Einstellung und der allzu idealistischen zweiten scheint wirklich gangbar. Jeder Verlust eines Menschenlebens ist einer zuviel, doch sind sie manchmal unvermeidlich, insbesondere in revolutionären Situationen. Nach dem Sieg der Revolutionen eskalier-

te jedoch die Gewalt in allen drei betrachteten Ländern weit über das Unvermeidliche hinaus. Die Opfer dieser Gewalt sind der jeweiligen Revolution in Rechnung zu stellen, einer Rechnung allerdings, die völlig unabhängig von den Erfolgen einer Revolution offen bleibt. Denn um die moralische Verpflichtung zur Humanität kommt kein Mensch herum – egal welcher Kultur oder Religion er sich zugehörig fühlt. Die drei Revolutionen jedenfalls haben offene Rechnungen und sie sind mit ein Grund für die internationale Isolation, der sie sich oft ausgesetzt sahen und sehen, und für viele innere Probleme, die nicht auf diese Weise übergangen werden konnten. Das Verdrängte kehrt immer irgendwie zurück.

6. Schlussfolgerungen

Kuba blieb also eine Peripherie, während Iran und Libyen zu Semiperipherien wurden. Ein Unterschied, der diesen Umstand möglicherweise bereits erschöpfend erklären kann, ist die Tatsache, dass sich Kuba nach der Revolution binnen kurzer Zeit wieder einem exklusiven Partner verschrieb, während Iran und Libyen das niemals getan haben. Libyens große Abhängigkeit vom Ölexport nach Europa war stets von bestenfalls ambivalenten politischen Beziehungen flankiert, der Iran hat seit 1979 überhaupt eine betont unabhängige Außenpolitik betrieben. Was bedeutet es nun also, wenn ein in das Weltsystem inkorporierter Staat versucht, einen eigenen Weg zu gehen? Ich wollte dieser Frage nachgehen, indem ich die innersystemischen Mittel und Wege betrachte, welche die Grundfesten des Systems wie den Staat oder das internationale System nicht in Frage stellen, sondern den Widerstand auf dem Feld der konventionellen internationalen und nationalen Politik artikulieren.

Die Forderungen peripherer Staaten nach Mitbestimmungsmöglichkeiten in Weltpolitik und Weltökonomie bleiben unbeachtet, obwohl sie nach der WTO-Ministerkonferenz von Seattle 1999 wieder einmal deutlich wurden (vgl. *Le Monde Diplomatique* vom 14.1.2000). Das WTO-Abkommen mahnt bei Abstimmungen explizit das konsensuale Prinzip ein (Artikel IX, Absatz 1), da demokratische Abstimmungsmethoden aufgrund der Stimmenübermacht der Dritten Welt für die Industrieländer gefährlich wären. Ähnlich verhält es sich faktisch bei den Vereinten Nationen, wo wichtige Entscheidungen im Sicherheitsrat mit dem Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder fallen und nicht in der Generalversammlung. Andere internationale Organisationen sind ebenso oder noch hierarchischer strukturiert (in IMF und Weltbank wird etwa nach der Höhe der Einlagen gewichtet abgestimmt). Wenn die Demokratisierung einer Organisation droht, wird die tatsächliche Macht eben verlagert, auf die G7 oder die NATO zum Beispiel. Die drei hier betrachteten Staaten sahen sich trotz ihrer vehementen Versuche, diese strukturelle Gewalt aufzubrechen, stets dieser Gewalt gegenüber.

Auch doppelte Standards, Stigmatisierung und Isolationspolitik sind an den Fallbeispielen gut zu sehen. Ein Aspekt ist besonders hervorzuheben: Öffentliche Diffamierungskampagnen gegen Kuba, Libyen und Iran erreichten ein derartiges Ausmaß, dass man in Europa und den USA über diese Länder primär in Stereotypen und Feindbildern denkt; von Betty Mahmoodys „Nicht ohne meine Tochter“ über Verleumdungen gegen Qathafi (Geisteskrankheit, Drogensucht) bis zur Darstellung Kubas als riesigem Gefängnis mit einem senilen Castro als dessen zigarrenrauchenden Wärter. Es empfiehlt sich in diesem Zusammenhang, die US-Film-

industrie und insbesondere billigere Fernsehproduktionen aufmerksam zu beobachten, wie gerade in diesen Massenmedien mit Kubanern, Libyern und Iranern umgegangen wird. Sie erscheinen dort als Terroristen, Drogenhändler und skrupellose Folterknechte. Auf diesem Wege wird ein Stereotyp transportiert, das auch die Attraktivität der Gesellschaftsmodelle untergraben soll, *ungeachtet* seines Wahrheitsgehalts (vgl. auch Gerhard/Link 1992; Noor 1997; Ohde 1994; Friedli 1993). Diese Strategie ist zwar oberflächlich unblutig, aber dennoch eine der gewaltsamsten im Weltsystem, denn sie packt Widerstand moralisch und damit an einer empfindlichen Stelle. Angesichts einer massiven Verzerrung der öffentlichen Meinung ist Solidarität mit peripheren Staaten, die alternative Wege gehen, schwierig – trotz der Versuche, die Stereotype und Feindbilder durch eine fundierte und von möglichst wenigen Vorurteilen beeinflusste Beschäftigung mit den alternativen Vorstellungen zu korrigieren. Es wäre freilich genauso falsch, diese Alternativen zu idealisieren, zu glorifizieren und ihre Fehler zu ignorieren. Die Repressionskapazität der drei Regime stellt eine nicht zu begleichende „offene Rechnung“ dar, wie Ende des vorigen Kapitels nochmals hervorgehoben wurde.

Änderungen in den Ländern

Alle drei Revolutionen veränderten die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen in ihren Ländern grundlegend, wenngleich mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Charakteristisch war ihr Kampf gegen die Abhängigkeitsmechanismen des Weltsystems durch revolutionären Umbruch (zur Erleichterung der inneren Transformation), aktive Isolation, Dissoziation, Diversifizierung, Kulturrevolutionen und eine bis zu einem gewissen Grad bewusste politische, militärische und wirtschaftliche Konfrontation mit den Staaten des Zentrums sowie der teils exzessive Einsatz postrevolutionärer Gewalt.

Doch können gerade Ökonomien, die wegen peripherer Eingliederung in das Weltsystem stark vom Außenhandel abhängig sind, nicht einfach ausbrechen. Die Revolutionen auf nationaler Ebene reichten dazu nicht aus, obwohl sie zu einer Verbesserung der Situation beitragen konnten. Der Verkauf der Haupthandels Güter auf dem Weltmarkt blieb erforderlich, um einen weiteren Fluss von Staatseinnahmen und Renten zu garantieren, ohne die weder der Staatsapparat noch die nationalen Ökonomien finanziert werden können. Unverändert hängen Libyen und Iran vom Öl ab und Kuba vom Tourismus und von den Überweisungen aus Miami fast schon so sehr wie früher vom Zucker. Die Ökonomie erwies sich daher als entscheidender für die Eingliederung in das Weltsystem als die Politik, die politischen Abhängigkeiten wurden in allen drei Fällen „per Willensäußerung“ gebrochen, nur im Falle Kubas sorgte auch die Politik für systemerhaltenden Druck und führte zur Annäherung an die Sowjetunion.

In allen drei Fällen führte der aktive Widerstand aber trotzdem nicht zur politischen Abkoppelung; diese war bestenfalls auf bestimmte Bereiche und/oder

auf eine gewisse Zeit begrenzt und oft durch passive Isolation bedingt. Genau darin zeigt sich die Gegenstrategie der Staaten des Zentrums. Es war deren durchgängige „Taktik“, die Widerstand leistenden Staaten zu isolieren, von den Möglichkeiten der internationalen Politik auszuschließen, ihnen politische Optionen zu rauben und damit die neuen Regime zu diskreditieren und zu destabilisieren. Durch Isolation sollten die Revolutionen zur Rücknahme ihrer Errungenschaften genötigt werden, was ihre Gefolgschaft zusammenbrechen hätte lassen, sie sollten fühlen, was es heißt, ein „Außenseiter“ zu sein. Dies wurde von den drei Staaten unterschiedlich beantwortet: Kuba suchte neue Partner im Zentrum, während es mit interperipherer Kooperation eher scheiterte, der Iran reagierte mit pragmatischer Anpassung der Reformen und Libyen diversifizierte nicht nur seinen Handel, sondern wandte sich konsequent der Peripherie als Ansprechpartner zu. Überdies haben die drei betrachteten Länder auch ungeachtet ihrer teils fundamentalen ideologischen Differenzen kooperiert und tun es noch. Doch *das* Problem der Peripherie – ihre Heterogenität – konnten sie trotzdem nicht überwinden. Globale „periphere“ Organisationen konnten sich nie zu einem Forum entwickeln, in dem antizentrische Politik koordiniert hätte werden können, obwohl gerade Kuba und Libyen dies versucht haben. Die Bewegung der Blockfreien etwa blieb so zahnlos, dass Amin sie als „Bandung-Projekt“ (die Bewegung wurde 1955 in Bandung in Indonesien gegründet) sogar für eines der Grundfesten des Weltsystems hält, das Modernisierung und Industrialisierung global propagiert und die Einbindung der Peripherien noch verstärkt (Amin 1997:84).

Die drei betrachteten Staaten haben es zweifellos nicht geschafft, aus dem Weltsystem auszusteigen, auch wenn sie darin eine teils bewusste Außenseiterposition einnahmen. Sie haben es auch nur beschränkt geschafft, seinen Ausbeutungsmechanismen zu entgehen. Als klares Ergebnis kann man eigentlich nur festhalten, dass die Verteilung der Erlöse einerseits global (aber nur graduell) zugunsten der Widerstand leistenden Staaten und andererseits innerstaatlich zugunsten der revolutionären Eliten und der Bevölkerung verändert wurde. Ein größerer Anteil der gestiegenen Handelserlöse wurde „verstaatlicht“, der Staat wiederum verteilte ihn „gerechter“, so dass die ärmere Bevölkerung nach der Revolution sowohl in den Genuss direkter finanzieller Transfers als auch staatlicher Sozialleistungen kam, vor allem auf Kosten der vorrevolutionären Eliten. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen hat sich daher eingeebnet, insbesondere im Vergleich zu sehr ungleichen Verteilungen kurz vor der Revolution – ein Pendel, das freilich überall zurückschlug, vor allem in Kuba.

Änderungen im Weltsystem

Das Weltsystem selbst ist im Laufe der letzten vierzig Jahre durch den Einfluss von „zu Staatsmacht gelangten systemfeindlichen Bewegungen“ nicht wirklich verändert worden. Dazu schreibt Immanuel Wallerstein sehr treffend:

„Als die Vereinten Nationen die 1970er zum ‚Jahrzehnt der Entwicklung‘ ausriefen, dachten viele, dass die Verbindung des materiellen Wachstums mit dem Anwachsen der systemfeindlichen Kräfte eine grundlegende Transformation der von vor 1945 stammenden Struktur der Weltwirtschaft ankündigen würde. Die angekündigte Transformation fand nicht statt. Und heute [...] dreht sich die Diskussion darum, warum sie nicht stattgefunden hat.“ (Wallerstein 1995:138).

Für Wallerstein hat sich im Weltsystem in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem zweierlei verändert: erstens ist der Prozentsatz an Rohstoffproduzenten zurückgegangen, zweitens sind nicht zuletzt durch die Urbanisierung heute beinahe alle Haushalte „zumindest halb-proletarisiert“. Insbesondere gegen die zweite Tendenz hat das Weltsystem sich gewehrt, indem Mechanismen und politische Programme geschaffen wurden, die eine erneute Marginalisierung proletarisierter Haushalte einleiteten: seit Thatcher und Reagan wird im Zentrum Sozialabbau und eine Marginalisierung der Peripherien betrieben; ebenso wurde der Wettbewerb um Kapital und Arbeitskraft, vor 1980 noch vielen Beschränkungen unterworfen, seither globalisiert. Die drei Typen systemfeindlicher Bewegungen befinden sich zugleich auf dem Rückzug. Die sozialistischen Staaten existieren nicht mehr, die aus Befreiungskämpfen entstandenen Nationalstaaten der Peripherie „entwickeln“ sich nicht und in den Wohlfahrtsstaaten in Westeuropa wird die „soziale Treffsicherheit“ erhöht.

Sozialistische Staaten betrieben zwar fairen Handel und nannten sich Volkdemokratien, sie haben aber an den Abhängigkeitsbeziehungen im Welthandel festgehalten, ja haben sie – durch die geplante Arbeitsteilung im RGW – sogar institutionalisiert. In politischer Hinsicht wandelten sie sich immer mehr zu starren und paranoiden Staatsbürokratien, absorbierten damit die Ausbeutungsmechanismen des Weltsystems und kehrten sie nach innen. Die ideologischen Differenzen zum Kapitalismus (größere „Fairness“ im Handel, „Solidarität“) überdeckten nur die systemkonforme Grundtendenz des sozialistischen Subsystems. Die Sowjetunion betätigte sich als eifriger Mitstreiter in der Aufrechterhaltung der „Totalität“ des Weltsystems, indem sie ihrerseits die völlige Abkoppelung mancher Staaten verhinderte. Insgesamt wurde die Position der USA im Weltsystem durch den Verlust des Einflusses auf manche Länder zugunsten der Sowjetunion nur geschwächt, ohne dass sie nachhaltig erschüttert worden wäre, denn zugleich errang die USA durch die Dekolonisation Zugang zu bisher von anderen zentralen Staaten exklusiv ausgebeuteten Märkten. Doch brachten die Gewichtsverschiebungen immerhin die Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren und die friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion mit sich, bis sich diese in die Geschichtsbücher verabschiedete. In Westeuropa wiederum verfechten heute selbst sozialdemokratische Regierungen den schlanken Staat. Sie sind offensichtlich durch die strukturelle Gewalt des Weltsystems so stark deformiert worden, dass sie von ihrer Programmatik her ihren konservativen Rivalen aus den frühen 1970er-Jahren näher sind als

damaligen linken Parteien, die durch eine stärkere Sowjetunion auch eher sozialistisch agieren konnten. Nicht nur Macht korrumpiert, sondern auch das Weltsystem hat eine hohe Vereinnahmungskapazität, die man nicht unterschätzen darf. Selbst nationale Befreiungskämpfe muss man oft als systemtragend interpretieren, weil sie die weltweite und folgenreiche Implementation der europäischen Konzepte vom *National-Staat* in Weltregionen ermöglichten, wo es vorher weder Nationen noch Staaten gab, und weil sie die politische Zersplitterung der Peripherie in viele solche schwache Staaten herbeiführten. Wie im Falle Irans zitiert, erlaubt indirekte Kolonisation noch strengere ökonomische Eingliederung, denn das betroffene Land muss seine Integration überdies selbst bezahlen, während die indirekten Kolonialmächte sich völlig auf das Abschöpfen von Profiten beschränken können und keine lästigen Investitionen tätigen müssen. Dass diese Eingliederung noch dazu mit Krediten aus dem Zentrum finanziert wurde, führte zur weltweiten Verschuldung und war damit eine weitere, drückende Quelle der Abhängigkeit.

Eine wichtige Folge einer der Revolutionen, nämlich der im Iran, war und ist auch der Aufstieg des politischen Fundamentalismus in der islamischen Welt. Zwar kann diese bereits seit den 1960er-Jahren bestehende Tendenz nicht allein auf diese Revolution zurückgeführt werden, doch wirkte sie als Verstärker. Im Iran entstand ein Regime, das ideologisch übereinstimmende fundamentalistische Bewegungen förderte und unterstützte. Nicht zuletzt dadurch wurden die innenpolitischen Machtkämpfe in einigen islamischen Ländern (Afghanistan, Libanon, Jemen, Ägypten, Algerien) weiter radikalisiert. Auch hätten ohne diese Revolution weder Golfkrieg noch Kuwait-Konflikt stattgefunden, sie hätten das Gleichgewicht der Kräfte in einer instabilen Weltregion zu empfindlich gestört, ebenso wie sie auch den Einmarsch von Sowjettruppen in Afghanistan 1979 begünstigt hat, den der Schah mit Rückendeckung Washingtons sicherlich nicht einfach hingenommen hätte.

Man sollte auch nicht vergessen, was bei der Betrachtung der in ihrer Emanzipation besonders erfolgreichen Staaten (wie der drei hier diskutierten) leicht in den Hintergrund tritt: zusätzlich zu ihren zahllosen Problemen sind diese Staaten *Ausnahmen* von der Regel. Auch wenn die Befreiung von kolonialer oder postkolonialer Abhängigkeit tatsächlich eine Befreiung der Bevölkerungen von politischer Bevormundung gewesen ist (oft nur von äußerer) und echten systemfeindlichen Charakter aufwies, insgesamt überwog für das Zentrum der Vorteil aus der Dekolonisation den Nachteil durch das Aufkommen systemfeindlicher Kräfte. Die Ära nach 1945 war trotz mancher Krisen bis heute die Ära eines beispiellosen Wirtschaftswachstums *gerade im Zentrum* und weniger in den Peripherien, auch wenn dieses Wachstum sich seit den Ölkrisen verlangsamt hat und inzwischen längst von Ostasien in den Schatten gestellt wird.

Nicht einmal die drei betrachteten außergewöhnlich erfolgreichen Revolutionen haben also das Weltsystem entscheidend verändert, es gab keine nennenswerte Stärkung alternativer internationaler Strukturen und keine gravierende

Veränderung der Abhängigkeitsbeziehungen, nicht einmal der eigenen. Zentrum, Peripherien und auch ihre Unterschiede existieren unverändert. Was sie erreicht haben, ist die zeitweise Stärkung bestimmter Stoßrichtungen (Sozialismus, Fundamentalismus) des Widerstandes im Weltsystem. Das rüttelte aber nicht am System selbst, sondern beeinflusste nur die Gewichtsverteilung *im Zentrum*. Im regionalen Umfeld der Revolutionen wurden zudem prosystemische Kräfte gestärkt, da die ins Hintertreffen geratenen Staaten des Zentrums einen weiteren Machtverlust zu verhindern versuchten, teils durch Erhöhung der Toleranzschwelle gegenüber repressiven Regimen (Lateinamerika, Irak). Iran, Kuba und Libyen bilden daher lediglich Ausgleichsmechanismen, die Alternativen im Zentrum und in den Peripherien begünstigen und die Hegemonie der USA damit schwächen, nicht jedoch Alternativen *zum* Weltsystem.

Die Chancen des Widerstandes

Wallerstein ist zuzustimmen, wenn er meint, dass systemfeindliche Bewegungen, selbst wenn sie tatsächlich größere Gleichheit und Demokratie zu erreichen versuchen, in ein schwer lösbares Dilemma geraten. Sie meinen mit guten Gründen, dass Ausbeutung nur durch den Staat als einzigem im internationalen System einigermaßen mächtigen Akteur bekämpft werden kann. Sobald zur Staatsmacht gelangt, stehen die Bewegungen dann vor der Wahl zwischen ausbeutungsfeindlicher Gleichheit und ausbeutungsförderndem Wachstum. Und diese Wahlentscheidung wird von Bürokratien gefällt, die aus Menschen bestehen, deren Eigeninteresse auf Wachstum gerichtet ist – denn ökonomisches Wachstum verbessert ihre individuelle Lage, Gleichheit hingegen verschlechtert sie eher. Wallerstein folgert daher: „Solange Lösungen auf nationaler Ebene gesucht und auf sie beschränkt werden, wird das Dilemma weiterbestehen. Staaten, die von ehemals systemfeindlichen Bewegungen regiert werden, werden repressiv gegenüber ihren eigenen Volksschichten bleiben und im besten Fall nur teilweise Gewinner der Aufholjagd sein – hauptsächlich zum Nutzen der Kader.“ (Wallerstein 1995:147). Die drei „Rentierstaaten“ Kuba, Libyen und Iran teilen dieses Dilemma. Abkoppelung wurde in allen drei Staaten eben gerade deshalb nicht sehr konsequent verfolgt, weil sie den Kadern nicht nutzte, ungeachtet dessen, was sie für die Bevölkerung bedeutet hätte. Doch war dem Zentrum offenbar schon das Zurückweichen, das die Revolutionen ihm gegenüber betrieben, zuviel. Es wurde mit Isolation, Embargo und teils sogar offener Feindschaft (und sei es durch „Stellvertreter“) beantwortet. Die Isolationspolitik sollte den „Außenseibern“ deutlich vor Augen führen, wie abhängig sie sind und was ein Kappen der Beziehungen zum Zentrum bedeutet – noch größere Nachteile nämlich, als der ungleiche Tausch bedeutet hatte.

Diese Gegnerschaft hat sich im Falle Libyens relativ und im Falle des Iran auch absolut abgeschwächt, ja selbst im Falle Kubas bestehen Tendenzen

(insbesondere in Europa), sich dem revolutionären Staat wieder stärker zuzuwenden. Diese Bewegung muss freilich auch als Ausdruck des sich verschärfenden interzentralen Kampfes um die Hegemonie zwischen den USA und Europa verstanden werden, für den es auch sonst viele Anzeichen gibt, und in den sich Russland und China offenbar einschalten wollen, die ihre Beziehungen gerade zu den drei betrachteten Außenseitern in den letzten Jahren sehr intensiviert haben. Die Abschwächung der Opposition beruht aber auch darauf, dass sie im Falle Kubas nicht mehr notwendig ist, weil das kubanische System einerseits bereits teilweise angepasst ist und andererseits seine positive Vorbildwirkung durch seinen Niedergang praktisch verloren hat und im Fall Libyens und des Iran, weil beide Staaten nun die Funktion einer Semiperipherie ausüben und damit das Gesamtsystem im eigenen Interesse stützen, wiewohl sich dadurch auch ihre Freiräume im Vergleich zu früher deutlich vergrößert haben. Der Aufstieg in die Semiperipherie ist auch eine Folge der Betonung des Wachstumsziels durch die staatlichen Eliten. Er wurde durch die Nutzung der Renteneinkünfte, eine Strategie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit „eigenen“ Peripherien und stärkere Kooperation mit Staaten des Zentrums vollzogen.

Ein weiteres Dilemma des staatlichen Widerstandes im Weltsystem ist die Notwendigkeit, dass er sich, wenn er im internationalen System gehört werden will, durch Staaten artikulieren muss, was aber bedeutet, das System mit seinen konstituierenden Größen „Nation“ und „Staat“ anzuerkennen. Ein Land passt sich damit an die strukturelle Notwendigkeit der Staatenbildung und -erhaltung an. Dieses Dilemma ist nicht aufzulösen, gerade die Betonung des nationalen Zusammenhalts nach der Revolution ist dafür ein starkes Indiz. Indem sich die Revolutionen der Mechanismen des internationalen Systems bedienen, instrumentalisierten sie nicht etwa dieses System für sich, sondern anerkannten seine Funktionsweisen. Sie stellten daher niemals den Staat in Frage (am ehesten noch die libysche), sie übernahmen lediglich die Macht im Staat und verteilten sie und ihre Früchte im staatlichen Rahmen neu. Daraus entwickelte sich ein Verständnis des internationalen Systems, das im Wesentlichen darauf beruhte, die eigene Position im System zu verbessern und nicht so sehr, das System an sich zu verändern. Veränderung sollte primär als Vehikel der Verbesserung der eigenen Position dienen. Der strukturelle ZeitRaum des Weltsystems blieb daher durch die Revolutionen, die auf nationaler Ebene einiges bewegen konnten, praktisch unangetastet.

Phasen des Widerstandes

Innersystemischer Widerstand gehorcht daher drei Phasen: in einer **ersten Phase** verbessert die Revolution unmittelbar die politische und materielle Situation der eigenen Bevölkerung. Dies geschieht durch (1) Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der durch Entmachtung der vorrevolutionären Eliten frei wird,

und (2) Durchtrennung der exzessivsten externen Ausbeutungsmechanismen durch Neuverhandlung der Außen(wirtschafts)beziehungen, wodurch vorerst ein größerer Mehrwert der Produktion im Land selbst einbehalten wird. Für diese Phase ist ein „Frühling der Freiheit“ charakteristisch, in dessen Rahmen sich allerdings lediglich der postrevolutionäre Machtkampf ordnet. Diese erste Phase dauert meist nur einige Monate, höchstens wenige Jahre.

In einer **zweiten Phase** folgt auf den revolutionären Aufbruch teils ineinander greifend die Antwort des Zentrums, die durchaus ebenso konfliktorientiert sein kann. Das Zentrum versucht, dem revolutionären Staat die Nachteile seiner Politik mittels gezielter politischer und wirtschaftlicher Isolation und Konfrontation vor Augen zu führen. Für das Zentrum ist dies weitaus leichter möglich, weil es weiterhin auf viele andere Peripherien zurückgreifen kann, während der periphere Staat kaum Alternativen zur Verfügung hat. Charakteristisch für diese Phase ist der Schulterchluss der Revolution auf nationalstaatlicher Ebene, durchaus gegen innere Widerstände. Zu dem so aufkommenden repressiven Klima gesellt sich in der Regel Stagnation in wirtschaftlicher Hinsicht, die die Errungenschaften der Revolution in Gefahr bringen kann. Eine starke revolutionäre Basis kann diese Krisenerscheinungen mildern, daher werden außenpolitische Feindbilder zu Mobilisierungszwecken herangezogen. Diese Phase ist in der Regel zeitlich lang, sie kann mit gewissen Nuancen sogar zum Dauerzustand werden.

Die **dritte Phase** bringt eine Abschwächung der revolutionären Veränderung durch Reform oder Liberalisierung mit sich. Außerdem sucht und findet die Revolution neue außenpolitische und wirtschaftliche Partner im Zentrum und in den Peripherien, was aber zugleich bedeutet, dass die vorrevolutionären Strukturen wieder erscheinen. Wenigstens tendenziell findet eine „Wiedereingliederung“ in das Weltsystem statt, meist aufgrund der Mächtigkeit der nie abgebrochenen ökonomischen Verflechtungen oder der Erschöpfung der revolutionären Widerstandskraft gegen die äußeren Anfeindungen. Die Revolution fügt sich pragmatisch den Erfordernissen des internationalen Systems, wobei sie allerdings unverändert versucht, sich im System möglichst große Autonomie zu erhalten. Wann diese Phase letztlich einsetzt, ist von vielen wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Faktoren abhängig, in der Regel dauert es zumindest einige Jahre, bis die Revolution ihre antisystemische Stoßrichtung abmildert.

Eine vierte Phase scheint aufgrund der hier behandelten Fälle möglich, in der sich unter bestimmten Bedingungen eine noch stärkere Zuwendung an andere Peripherien ergibt, die schließlich dem revolutionären Charakter wieder mehr Gewicht verleihen kann und die Wiedereingliederungstendenzen abschwächt. Für diese Phase ist der Beobachtungszeitraum in den drei betrachteten Fällen allerdings noch zu kurz und überdies ist diese Tendenz entscheidend von geopolitischem Wandel abhängig und daher nicht unbedingt eine autonome Leistung der Revolutionen.

Die Zukunft des Weltsystems

Für die weitere Forschung ergeben sich Fragen aus dieser Arbeit: Braucht das Weltsystem Widerstände, um sich an ihnen zu entwickeln? Kann man zeigen, dass jede Form von Widerstand (aber insbesondere innersystemischer) letztlich der Verfestigung des Weltsystems und seiner Strukturen dient, da es an ihnen neue Immunisierungsstrategien lernt? Ich möchte noch ein letztes Mal Immanuel Wallerstein bemühen, um zu fragen, auf welche Weise sich mehr Demokratie, mehr Gleichheit und mehr soziale Gerechtigkeit im Weltsystem entwickeln könnten (Wallerstein 1995:147ff). Die begrenzten Möglichkeiten des innersystemischen Widerstandes hat diese Arbeit klar aufgezeigt. Ebenso ist die „Weltrevolution“, des Widerstandes auf staatlicher Ebene, oder auch nur weltweit koordinierter Widerstand unrealistisch. So erscheint Wallerstein Widerstand am effektivsten, der „darauf abzielt, den meisten Teil des geschaffenen Mehrwerts einzubehalten“, am besten in einer Politik der weltweiten Nadelstiche:

„Die [systemfeindlichen] Bewegungen können sich keine engen Verbindungen zu den Staaten und sogar zu den Regierungen, für deren Machtergreifung sie gekämpft haben, leisten. Sie müssen sich darum kümmern, wie an jedem Punkt der Handelsketten ein größerer Prozentsatz des Mehrwerts einbehalten werden kann. Eine solche Strategie wäre langfristig darauf gerichtet, das System zu ‚überlasten‘, die globalen Profitraten beträchtlich zu reduzieren und die Verteilung gleichmäßiger zu gestalten.“ (Wallerstein 1995:149)

Diese Strategie ist nur noch innersystemisch in dem Sinne, dass sie gegen das System dessen eigene Mechanismen einsetzen will. Doch ist sie auch durchführbar? Kaum, denn sie setzt „den Glauben voraus, dass globale Profitraten auf lokaler Ebene gute Angriffsflächen bieten“. Nur wenn sich die lokalen Siege häufen (noch weit mehr als in den letzten fünfzig Jahren), würde die „politische Unterstützung des Systems“ „bedeutend zurückgehen“ (Wallerstein 1995:149). Damit entpuppt sich auch diese Option als zu idealistisch. Der Kapitalismus fällt nicht, wenn ihn an manchen Orten in der Welt einige Menschen zu Zugeständnissen zwingen, die er an anderen Orten bei anderen Menschen kompensieren kann.

Die Grundstrategie, das System durch „Überlastung“ zu zerstören, ist aber ein interessanter Ansatz, wenngleich nicht neu. Auch Jean Baudrillards Analyse der Herrschaft des Kapitalismus war schon 1976 sehr ähnlich:

„Wenn die Herrschaft daraus entspringt, dass das System das Monopol der Gabe ohne Gegengabe innehat [...], dann ist die einzige Lösung die, gegen das System das Prinzip seiner Macht selbst zu kehren: die Unmöglichkeit der Antwort und der Vergeltung. *Das System herausfordern durch eine Gabe, auf die es nicht antworten kann, es sei denn durch seinen eigenen [symbolischen] Tod und Zusammenbruch.*“ (Baudrillard 1982:64ff)

Das Weltsystem hat das Monopol über die Verteilung der Gaben und es ist daher auf zwei Wegen am ehesten angreifbar: entweder es ist – nach Baudrillard – in

seiner Perfektion dem Kollaps schon nah, dann wäre innersystemische Subversion das erfolgversprechendste Mittel (es gleicht darin der selbstzerstörerischen absoluten Demokratie, die den eigenen Idealen gemäß antidemokratische Bewegungen dulden muss); oder das System definiert Perfektion ständig neu oder schafft selbst Defizite, gerade um der Perfektion fern zu bleiben, dann kann es nur durch radikale Opposition von außerhalb seines Regelungsrahmens bekämpft werden.

Beide Ansätze wirken einigermaßen utopisch. Was bleibt daher als realistische Option? Dass das Weltsystem sich effizient an die wechselnden Herausforderungen anpassen wird und immer wieder Mittel und Wege findet, antisystemische Bewegungen zu neutralisieren? Dass auch ein Wechsel der Hegemonialmächte keine Änderung der Systemstrukturen bedeutet? Das 21. Jahrhundert wird nicht viel mehr als den Abstieg mancher Staaten aus dem Zentrum, ihre Ersetzung durch periphere Aufsteiger und Machtverschiebungen im Zentrum bringen. Weiteres Wirtschaftswachstum wird dazu führen, dass die reiche Minderheit und die arme Mehrheit in 100 Jahren wahrscheinlich beide absolut „mehr“ haben werden als heute, dass aber auch der relative und absolute Abstand zwischen beiden sich dramatisch vergrößern wird, wodurch das Potenzial an gewaltsamem Widerstand wächst. Da dieser Widerstand aber punktuell bleiben wird, wird durch ihn nichts Grundlegendes verändert. Diese Aussichten sind düster, doch sie sind zum Glück nicht zwingend, sondern lediglich meiner Ansicht nach einigermaßen wahrscheinliche Spekulationen über die nähere Zukunft. Ich sehe weniger Änderungen als so mancher, der angesichts des Gespenstes der Globalisierung bereits alles in Frage stellt, an das vor zehn Jahren noch geglaubt wurde. Auch ich rechne mit technischen Fortschritten, doch lehrt die Erfahrung eines besonders eindeutig: Das, womit der Zukunftsforscher rechnet, geschieht fast nie und was tatsächlich geschieht, hat kaum jemand für möglich gehalten.

Was als Ergebnis dieser Arbeit schließlich steht, ist die schlüssige Erkenntnis von der Anpassungsfähigkeit des Weltsystems und von den Schwierigkeiten des Widerstandes gegen seine Ausbeutungsmechanismen. Dies gilt zumindest dann, wenn der Widerstand den Rahmen des Systems nicht verlässt, wenn er sich innersystemisch auf staatlicher Ebene artikuliert, wenn er sich damit bescheidet, nationale Regime zu verändern. Die Versuche der Revolutionen, ihr Veränderungspotenzial über die nationalen Grenzen zu tragen, wurden noch heftiger vom Zentrum bekämpft, als die nationalen Revolutionen selbst. Doch es ist auch die Macht, die korrumpiert, selbst ohne dass man sich immer dessen bewusst ist, und Hoffnung ist eine gern verwendete Methode der Täuschung. Doch Widerstand wird niemals enden, solange es Ungerechtigkeit gibt, egal ob er „erlaubt“ wird oder nicht und egal, ob ihn die Angegriffenen als gerechtfertigt empfinden, oder nicht.

7. Bibliographie

- Altwater Elmar/Brigitte Mahnkopf (1995): Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Amnesty International (AI) (2000): Jahresbericht. Frankfurt a. M.: Fischer
- Amnesty International (AI) (2001): Jahresbericht. Frankfurt a. M.: Fischer
- Amin Samir (1997): Die Zukunft des Weltsystems. Herausforderungen der Globalisierung. Hamburg: VSA-Verlag
- Badry Roswitha (1987a): Die Dritte Universaltheorie (DUT) Mu'ammars al-Qaddafis. Eine umstrittene Staatsideologie. In: Operschall/Teuber: 48-86 [Badry 1987a]
- Badry Roswitha (1987b): Libyen – eine Vorreiterrolle im arabisch-islamischen Raum? In: Operschall/Teuber: 146-163
- Bähr Jürgen/Sönke Widderich (2000): Vom Notstand zum Normalzustand – eine Bilanz des kubanischen Transformationsprozesses. Kieler Geographische Schriften 103. Kiel: Geographisches Institut der Universität Kiel
- Barthel Günther, Hg. (1987): Die Islamische Republik Iran. Köln: Pahl-Rugenstein
- Baudrillard Jean (1982): Der symbolische Tausch und der Tod. München: Matthes & Seitz
- Beede Benjamin R., Hg. (1994): The War of 1898 and U.S. Interventions 1898–1934. An Encyclopedia. New York/London: Garland Publishing
- Benard Cheryl/Zalmy Khalilzad (1988): Gott in Teheran. Irans Islamische Republik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bergs Rolf (1987): Das libysche Entwicklungsmodell und die wirtschaftliche Krise seit 1981. In: Operschall/Teuber: 87-113
- Blight James G./Bruce J. Allyn/David A. Welsh (1993): Cuba on the Brink. Castro, the Missile Crisis and the Soviet Collaps. New York: Pantheon Books
- Braudel Fernand (1986): Die Dynamik des Kapitalismus. Stuttgart: Clett-Kotta
- Braudel Fernand (1990a): Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts. Band 1: Der Alltag. München: Kindler
- Braudel Fernand (1990b): Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts. Band 3: Aufbruch in die Weltwirtschaft. München: Kindler
- Braudel Fernand (1992): Schriften zur Geschichte 1: Gesellschaften und Zeitstrukturen. Stuttgart: Clett-Kotta
- Brezinski Horst (1993): Die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Sozialismus in Osteuropa auf die Wirtschaft Kubas. Möglichkeiten der Anpassung. In: Sevilla/Rode: 227-240
- Burchardt Hans-Jürgen (1996): Der lange Abschied von einem Mythos. Stuttgart: Schmetterling
- Burchardt Hans-Jürgen (2000): Die halbierte Transformation: Wirtschaftsreformen in Kuba. In: Bähr/Widderich: 1-24
- Busch Andreas/Thomas Plümper, Hg. (1999): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft: Anmerkungen zum Thema Globalisierung. Baden-Baden: Nomos
- Callies de Salies Bruno (2000): Gaddafi – Wandel als Überlebenskunst. In: Le Monde Diplomatique 12/2000 (deutsche Ausgabe vom 15. Dezember 2000): 18

- Camilleri Joseph A./Jim Falk (1993): *The End of Sovereignty? The Politics of a Shrinking and Fragmenting World*. Aldershot [u.a.]: Edward Elgar
- Chomsky Noam (2000): Das Besorgnis erregende Konzept vom Schurkenstaat. In: *Le Monde Diplomatique* 8/2000 (deutsche Ausgabe vom 11. August 2000): 12-13
- Clam Jean-Joseph/Helmut Hubel (1987): *Die Krise um Libyen*. Bonn: Europa-Union-Verlag
- Clapham Christopher (1985): *Third World Politics: an Introduction*. Madison: University of Wisconsin Press
- Conert Hansjörg (1998): *Vom Handelskapital zur Globalisierung*. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Diaz-Vazquez Julio A. (2000): *Apertura Económica e Inversiones Extranjeras en Cuba*. In: Bähr/Widderich: 139-172
- Duran Khalid (1993): Islam: alter Konfliktherd und neues Feindbild. In: *Friedensbericht 1993, Das neue Chaos der nationalen Egoisten*. Wien: 105-117
- Ebert Hans-Georg (1987): Staatsrechtliche Struktur und ideologische Ausrichtung der Islamischen Republik Iran. In: Barthel: 365-468
- Edlinger Fritz (1998): Libyen. Out of Africa. In: *INTERNATIONAL* 3/1998: 4-7
- Encke Ulrich (1989): *Ayatollah Khomeini. Leben, Revolution und Erbe*. München: Heyne
- Ende Werner/Udo Steinbach (1989): *Der Islam in der Gegenwart*. München: Beck
- Exenberger Andreas (1997): *Geldmaschinen oder Blutsauger? Die Bedeutung von Exportverarbeitungszone im Entwicklungsprozess*. Innsbruck: Diplomarbeit
- Falk Richard (1997): False Universalism and the Geopolitics of Exclusion: the Case of Islam. In: *Third World Quarterly* 18 (1, March): 7-23
- Fallwinkl Robert (1987): Abriß der libyschen Geschichte bis 1969. In: Operschall/Teuber: 12-30
- Ferdowsi Mir A. (1993): Iran. In: Nohlen/Nuscheler 1993: 340-364
- Flohr Anne Katrin (1991): *Feindbilder in der internationalen Politik*. Münster/Hamburg: LIT
- Follath Erich (1993): *Die letzten Diktatoren*. München: Droemer Knauer
- Fontaine Pascal (1998): Kuba: Der fast nicht endende tropische Totalitarismus. In: *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, Hg. Stephane Courtois u.a. München: Piper: 711-730
- Frank Sabine/Martina Kamp (1995): *Libyen im 20. Jahrhundert. Zwischen Fremdherrschaft und nationaler Selbstbestimmung*. Hamburg: Deutsches Orient Institut
- Friedli Richard (1993): Arrogantes Christentum. Fundamentalistischer Islam. In: *Friedensbericht 1993, Das neue Chaos der nationalen Egoisten*. Wien: 119-140
- Furtak Robert K. (1993): Die kubanisch-sowjetischen Beziehungen. In: Sevilla/Rode: 183-196
- Fürtig Henner (1987a): Die iranische nationale Befreiungsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Abriß. In: Barthel: 1-46
- Fürtig Henner (1987b): Die antimonarchistische Volksrevolution – eine historische Tat der iranischen Volksmassen. In: Barthel: 47-220
- Fürtig Henner (1992): *Der irakisch-iranische Krieg 1980–88. Ursachen, Verlauf, Folgen*. Berlin: Akademie Verlag
- Gatter Peer (1998): *Khomeinis Erben. Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran*. Münster: LIT

- Gerhard Ute/Jürgen Link (1992): Der Orient im Mediendiskurs – aktuelle Feindbilder und Kollektivsymbolik. In: Der Islam im Aufbruch?, Hg. Michael Lüders. München: Piper: 277-297
- Gorawantschy Béatrice (1993): Der Golfkrieg zwischen Iran und Irak 1980–88. Eine konflikttheoretische Analyse. Frankfurt a. M.: Peter Lang
- Göthner Karl-Christian (1993): Die soziale und ökonomische Entwicklung Kubas im lateinamerikanischen Kontext. In: Sevilla/Rode: 116-139
- Grabendorff Wolf (1993): Die Beziehungen zwischen der europäischen Gemeinschaft und Kuba. In: Sevilla/Rode: 140-176
- Greussing Kurt (1987): Vom „guten König“ zum Imam. Staatsmacht und Gesellschaft im Iran. Bregenz: Vorarlberger Autoren Gesellschaft
- Hetsch Irina (1992): Islam und Unterentwicklung. Konzeptionelle Ansätze zur Überwindung der Unterentwicklung in islamischen Wirtschaftstheorien – Das Beispiel Iran. Berlin: Klaus Schwarz
- Hoffmann Bert, Hg. (1994): Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte. Frankfurt a. M.: Vervuert
- Horowitz Irving Louis, Hg. (1995, 8. Aufl.): Cuban Communism 1959–1995. New Brunswick/London: Transaction Publishers
- Hout Wil (1993): Capitalism and the Third World. Brookfield: Edward Elgar
- Jakob Petra (1992): Die kubanische Revolution und der Ost-West-Konflikt. Innsbruck: Diplomarbeit
- Jentsch Christian (1996): Vom Weltsystem zur Postmoderne. Die Säulen der Moderne und deren Erosionsprozesse. Innsbruck: Diplomarbeit
- Köchler Hans, Hg. (1995): The United Nations and International Democracy. Wien: Jamahir Society for Culture and Philosophy
- Köchler Hans, Hg. (1996): Democracy and an Alternative World Order. Wien: Jamahir Society for Culture and Philosophy
- Kopf Elias (1998): Abhängige Wirtschaft, Politik und Korruption. Die Erste Kubanische Republik 1909–25. Frankfurt a. M.: Peter Lang
- Kossok Manfred, Hg. (1987): Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode. Vaduz: Topos Verlag
- Lage Carlos (1999): Rede während der 55. Sitzungsperiode der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (Genf, 24. März 1999), veröffentlicht im Internet auf <http://www.cuba-si.de/archiv/sonstige/carloslage-menschenrechte.htm> (Zugriff am 19.5.2001)
- Lanc Erwin (1987): Terrorismus – eine Form der Außenpolitik? In: Operschall/Teuber: 164-174
- Le Monde Diplomatie (deutsche Ausgaben vom 14.1.2000, 11.8.2000 und 15.12.2000 und 15.6.2001)
- Lerch Wolfgang Günther (1991): Allahs neue Krieger. Braunschweig: Westermann
- Leonard Thomas M. (1999): Castro and the Cuban Revolution. Westport/London: Greenwood
- Luciak Ilja A. (1995): The Sandinista Legacy. Lessons from a Political Economy in Transition. Gainesville: University Press of Florida
- Lueg Andrea (1993): Das Feindbild Islam in der westlichen Öffentlichkeit. In: Feindbild Islam, Hg. Jochen Hippler/Andrea Lueg. Hamburg: 14-43
- Marscher Gabriele (1999): Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des Dauerembargos über Kuba unter besonderer Berücksichtigung des Helms-Burton-Gesetzes. Innsbruck: Diplomarbeit

- Martschukat Jürgen (1995): *Antiimperialismus, Öl und die ‚Special Relationship‘. Die Nationalisierung der Anglo-Iranian Oil Company im Iran 1951–54.* Münster: LIT
- Mattes Hans-Peter (1987a): *Abriß der libyschen Geschichte bis 1969.* In: Operschall/Teuber: 31-47
- Mattes Hans-Peter (1987b): *Organe und Akteure der libyschen Außenpolitik 1969–1986.* In: Operschall/Teuber: 114-145
- Mattes Hans-Peter (1993): *Libyen.* In: Nohlen/Nuscheler 1993: 217-237
- May Bernhard (1994): *Demokratisierung statt globaler Eindämmung. Perspektiven der amerikanischen Politik gegenüber der Dritten Welt.* In: *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Hg. Matthias Dembinski u. a. Baden-Baden: Nomos: 243-263
- Meier Andreas (1994): *Der Politische Auftrag des Islam. Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der Islamischen Welt.* Wuppertal: Hammer
- Mesa-Lago Carmelo (1993): *Ursachen, Ausmaß und Alternativen der Wirtschaftskrise Kubas in den neunziger Jahren.* In: Sevilla/Rode: 197-226
- Mies Maria/Claudia von Werlhof, Hg. (1998): *Lizenz zum Plündern: das Multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“.* Hamburg: Rotbuch-Verlag
- Moin, Baqer (1999): *Khomeini, life of the Ayatollah.* London: Tauris
- Niess Frank (1993): *Auslaufmodell oder Vorbild für die Dritte Welt? Zur Geschichte und Soziologie der kubanischen Revolution.* In: Sevilla/Rode: 59-72
- Nohlen Dieter/Franz Nuscheler, Hg. (1992): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien.* Bonn: Dietz
- Nohlen Dieter/Franz Nuscheler, Hg. (1993): *Handbuch der Dritten Welt. Band 6: Nordafrika und Naher Osten.* Bonn: Dietz
- Nohlen Dieter/Franz Nuscheler, Hg. (1995): *Handbuch der Dritten Welt. Band 3: Mittelamerika und Karibik.* Bonn: Dietz
- Noor Farish A. (1997): *Terrorising the Truth. The Shaping of Contemporary Images of Islam and Muslims in Media, Politics and Culture.* Penang: International Movement for a Just World
- o.V. (1988): *The Great Green Charter of Human Rights of the Jamahiriyan Era.* Baida
- Ohde Christina (1994): *Der Irre von Bagdad: zur Konstruktion von Feindbildern in überregionalen deutschen Tageszeitungen während der Golfkrise 1990/91.* Frankfurt a. M./Wien: Lang
- Operschall Christian/Charlotte Teuber (1987): *Libyen: Die verkannte Revolution?* Wien: Promedia
- Packenharn Robert A. (1995): *Cuba and the Soviet Union: What Kind of Dependency?* In: Horowitz: 141-171
- Pagés Beatriz (1992): *Can Cuba Survive? An interview with Fidel Castro.* Melbourne: Ocean Press
- Piok Arnold (2000): *Mehr als Dreizehn Tage. Die Kubakrise im historischen Kontext.* Innsbruck: Diplomarbeit
- Al-Qathafi Muammar (ohne Jahr): *The Green Book: Part One. The Solution of the Problem of Democracy. „The Authority of the People“.* Tripolis
- Al-Qathafi Muammar (ohne Jahr): *The Green Book: Part Three. The Social Basis of the Third Universal Theory.* Tripolis
- Al-Qathafi Muammar (ohne Jahr): *The Green Book: Part Two. The Solution of the Economic Problem. „Socialism“.* Tripolis

- Ram Haggay (1997): Exporting Iran's Islamic Revolution: Steering a Path between Pan-Islam and Nationalism. In: Religious Radicalism in the Greater Middle East, Hg. Bruce Maddy-Weitzman/Efraim Inbar. London/Portland: Frank Cass: 7-25
- Reno William (1998): Warlord Politics and African States. Boulder, London: Lynne Rienner
- Reuter Christoph (1997): Libyen: Abschied vom Großen Bruder. In: GEO Nr. 6/1997: 60-80
- Rouleau Eric (2001): Chatamis zweite Amtszeit – Iran nach der Theokratie. In: Le Monde Diplomatique 6/2001 (deutsche Ausgabe vom 15. Juni 2001): 8-9
- Rumi Galah-ad-Din (1998): Jenseits von Sufismus und Heiligkeit. Eine Auswahl aus Rumis Gedichten. Übersetzt von Ensieh Edinger-Taheri. Innsbruck: Dream & Reality
- Sassen Saskia (1996): Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization. New York: Columbia University Press
- Schade K. Friedrich (1995, 2. Aufl.): Wolfgang Sachs. Zur Archäologie der Entwicklungs-idee. Frankfurt a. M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation
- Schwarz Jürgen, Hg. (1993): Der politische Islam. Intentionen und Wirkungen. Paderborn u.a.: Schöningh
- Serauky Eberhard (1991): Geschichte des Islam. Entstehung, Entwicklung und Wirkung von den Anfängen bis zur Mitte des XX. Jahrhunderts. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften
- Sevilla Rafael/Clemens Rode, Hg. (1993): Kuba: die isolierte Revolution? Unkel am Rhein/Bad Honnef: Horlemann
- Smith Lois M./Alfred Padula (1996): Sex and Revolution: Women in Socialist Cuba. New York/Oxford: Oxford University Press
- Stahl Karin (1993): Politische Organisation und Partizipation im nachrevolutionären Kuba. In: Sevilla/Rode: 73-100
- Stahl Karin (1995): Kuba. In: Nohlen/Nuscheler 1995: 479-514
- Der Standard (Tageszeitung) (diverse Ausgaben aus den Jahren 2000 und 2001). Wien
- Stier Hans-Erich u.a., Hg. (2000): Großer Atlas zur Weltgeschichte. München: Orbis
- Strunz Herbert/Monique Dorsch (2000): Libyen. Zurück auf der Weltbühne. Frankfurt a. M. (u.a.): Peter Lang
- Sucher Johannes (1992): Zum Verständnis der direkten Demokratie in Afrika: die Rezeption des Grünen Buches in Ghana. Innsbruck
- Tafazzoli Hossein (1993): Die Revolutionen von 1963 und 1979 im Iran. Ein Vergleich und die Rolle der Religion. Innsbruck: Diplomarbeit
- Tafazzoli Hossein (1996): Die Rolle der regionalen Großmächte in Zentralasien. Innsbruck: Dissertation
- Teuber Charlotte M. (1987): Libyen im weltpolitischen Kräfte- und Machtfeld. In: Operschall/Teuber: 175-186
- Thomas Hugh (1984): Castros Cuba. Berlin: Siedler
- Thoß Gabriele/Franz-Helmut Richter (1991): Ayatollah Khomeini. Zur Biographie und Hagiographie eines islamischen Revolutionsführers. Münster: WURF
- Tibi Bassam (1993): Die fundamentalistische Herausforderung: Der Islam und die Weltpolitik. München: Beck
- UNDP (2000): Human Development Report: Human Rights and Human Development. New York/Oxford: Oxford University Press

- Vaziri Mostafa (1993): *Iran as Imagined Nation. The Construction of National Identity.* New York: Paragon House
- Vaziri Mostafa (1992): *The Emergence of Islam. Prophecy, Imamate and Messianism in Perspective.* New York: Paragon House
- Wagner Norbert/Martin Kaiser (1995, 3. Aufl.): *Ökonomie der Entwicklungsländer: eine Einführung.* Stuttgart, Jena: Fischer
- Wallerstein Immanuel (1986): *Das moderne Weltsystem: kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert.* Frankfurt a. M.: Syndikat
- Wallerstein Immanuel (1995): *Die Sozialwissenschaften kaputt-denken.* Weinheim: Beltz Athenäum
- Wallerstein Immanuel (1998): *Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750.* Wien: Promedia
- Watt Montgomery C. (1992): *Der Einfluss des Islam auf das europäische Mittelalter.* Berlin: Wagenbach
- Wöhlert Thorsten (1993): *Iran: Die Pragmatische Republik Gottes? Transformation im Zeichen des Krieges.* Frankfurt a. M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation
- Zadehmohammad Reza (1988): *Politischer und wirtschaftlicher Umbruch in der islamischen Welt am Beispiel Iran.* Innsbruck: Dissertation
- Zeuske Michael/Max Zeuske (1998): *Kuba 1492–1902. Kolonialgeschichte, Unabhängigkeitskriege und erste Okkupation durch die USA.* Leipzig: Leipziger Universitätsverlag

Auswahl interessanter Internet-Adressen (Stand: 01.09.2001):

- United Nations: <http://www.un.org/>
- United Nations Development Programme: <http://www.undp.org/>
- UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte: <http://www.unhchr.ch/>
- Resolutionen des UN-Sicherheitsrates: <http://www.un.org/documents/scres.htm>
- Amnesty International: <http://www.amnesty.org/>
- World Trade Organisation: <http://www.wto.org/>
- Third World Network: <http://www.twinside.org.sg/>
- Helms-Burton-Gesetz: <http://usembassy.state.gov/posts/cu1/www0022.html>
- Allgemeine Informationen zu Libyen: http://www.arab.net/libya/libya_contents.html
- Studienzentrum des Grünen Buches: <http://home.worldnet.fr/~ijed/>
- GRANMA (kubanische Tageszeitung, PCC-Organ): <http://www.granma.cu>
- Archiv der Reden kubanischer Politiker: <http://www.cuba-si.de/archiv/index.html>
- Mohammed Khatami, iranischer Präsident: <http://www.president.ir/>
- Der Standard (österreichische Tageszeitung): <http://derstandard.at/>
- International Herald Tribune (internationale Tageszeitung): <http://www.iht.com/frontpage.htm>
- Le Monde Diplomatique (internationale Monatszeitung): <http://monde-diplomatique.de/mtpl/.home>